

**III-186 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP**

# **Die Zukunft des Industriestandortes Österreich**

**Parlamentarische Enquete**

Mittwoch, 1. Juni 1994

**(Stenographisches Protokoll)**



# Parlamentarische Enquete

Mittwoch, 1. Juni 1994

(XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

## Die Zukunft des Industriestandortes Österreich

### Tagesordnung

#### I. Einleitungsreferat von:

Dr. Wolfgang Schüssel, Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

#### II. Gästereferate von:

1. Dr. Paul Weissenberg, Kabinettchef von Kommissar Dr. Bangemann (zuständig für Industrie, Telekommunikation und neue Technologie): „Die Industriepolitik der EU – Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“
2. Dr. Hanns R. Glatz, Konzern-Repräsentant Daimler/Benz: „Industriestandort Europa im internationalen Wettbewerb aus der Sicht der Auto- und Autozulieferindustrie“
3. Dr. Dieter Brunke, Vorstandsmitglied Preussag AG: „Industriestandort Europa im internationalen Wettbewerb aus der Sicht der Stahlindustrie“
4. Chris Brooks, OECD, Leiter der Abteilung für regionalpolitische Entwicklung in OECD-Ländern: „Soziale Sicherheit und permanente Weiterbildungsmöglichkeiten als Standortfaktoren für den Arbeitnehmer der Zukunft“
5. Professor Dr. Martin Jänicke, Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin: „Aktive Industriepolitik als Erfolgsfaktor für eine ökologische Modernisierung“
6. Dr. Wilfried Vossen, Plant Location International: „Entscheidungskriterien zur Standortauswahl für Europa aus der Sicht internationaler Unternehmungen“ (Präsentation einer Studie)
7. Charles Spring, ehemaliger stellvertretender Staatssekretär, Washington, Labour Department: „Die Schaffung neuer hochwertiger Arbeitsplätze“

#### III. Statements der einzelnen Parlamentsfraktionen

#### IV. Diskussion über die Referate

#### V. Zusammenfassung von:

Mag. Viktor Klima, Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

\*\*\*\*\*

#### Einleitungsreferat

Bundesminister Dr. Schüssel (S. 5)

#### Gästereferate

Dr. Weissenberg (S. 10)

Dr. Glatz (S. 12)

Dr. Brunke (S. 17)

Brooks (S. 22)

Professor Dr. Jänicke (S. 26)

Dr. Vossen (S. 30)

Spring (S. 33)

#### Statements

Abg. Dr. Bartenstein (S. 36)

Abg. Koppler (S. 38)

Abg. Böhacker (S. 40)

Abg. Dr. Madeleine Petrovic (S. 41)

Mag. Peter (S. 43)

#### Geschäftsbehandlung

Unterbrechung (S. 38)

Antrag im Sinne des § 98a Abs. 5 GOG, das Stenographische Protokoll dieser Enquete dem Nationalrat als Verhandlungsgegen-

stand vorzulegen (S. 69) – Annahme  
(S. 69)

Generaldirektor Dkfm. W e n c k h e i m  
(S. 59)

#### Diskussion über die Referate

Dkfm. H a m m i n g e r (S. 45)

Dr. E i n e m (S. 46)

Universitätsprofessor Dr. A i g i n g e r  
(S. 47)

Dr. B a y e r (S. 48)

Q u e h e n b e r g e r (S. 49)

Monika P a c h e r (S. 50)

Abg. Monika L a n g t h a l e r (S. 51)

Dr. L i s t (S. 52)

Dkfm. Dr. S i l b e r m a y r (S. 53)

P r a g e r (S. 53)

Maria H o f s t ä t t e r (S. 54)

Universitätsprofessor Dkfm. DDr. C l e -  
m e n t (S. 55)

S c h r o t t e r (S. 56)

Dipl.-Ing. S c h i c k e r (S. 56)

Dkfm. K i n d e l m a n n (S. 57)

Mag. M o s e r (S. 58)

Mag. O b e r m a y r (S. 59)

Dipl.-Ing. T u t s c h e k (S. 60)

B a u m g a r t i n g e r (S. 61)

Dipl.-Ing. Dr. S t r e i c h e r (S. 62)

Dipl.-Ing. A i c h i n g e r (S. 63)

Dipl.-Ing. F e g e r l (S. 64)

#### Zusammenfassung

Bundesminister Mag. K l i m a (S. 64)

#### Anhang

schriftliche Stellungnahmen zum Thema

„Die Zukunft des Industriestandortes  
Österreich“ (S. 70)

SPÖ (S. 70)

ÖVP (S. 75)

FPÖ (S. 81)

Grüne (S. 84)

Liberales Forum (S. 89)

## Beginn der Enquete: 9 Uhr 6 Minuten

**Vorsitzende:** Zweiter Präsident des Nationalrates Dr. Robert **Lichal**, Abgeordneter Erhard **Koppler**, Abgeordneter Dr. Martin **Barteinstein**.

\*\*\*\*\*

Vorsitzender Präsident Dr. Robert **Lichal**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich hier im Plenarsaal des österreichischen Nationalrates begrüßen.

Ich eröffne hiemit die Enquete.

Der Hauptausschuß des Nationalrates hat die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zum Thema „Die Zukunft des Industriestandortes Österreich“ beschlossen.

Es soll allen Teilnehmern die Möglichkeit geboten werden, ihre Vorstellungen zu diesem wichtigen Thema vorzubringen. Ich möchte Ihnen allen, insbesondere aber den aus dem Ausland angereisten Referenten, für Ihr Erscheinen wirklich herzlich danke sagen. Ich bin überzeugt davon, daß die Diskussionsbeiträge wesentliche Anregungen hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung des Industriestandortes Österreich darstellen werden.

Ich darf Sie also herzlich willkommen heißen und nochmals danke sagen.

Ich muß aber einige technische Anmerkungen machen, bevor ich das Wort an die Referenten weitergeben kann.

Alle Beiträge zur Enquete, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden englisch-deutsch beziehungsweise deutsch-englisch gedolmetscht. Die entsprechenden Kopfhörer liegen auf Ihren Sitzplätzen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Kanal 1 deutsch- und Kanal 2 englischsprachig eingerichtet ist.

Die Enquete ist zwar zeitlich nicht begrenzt, ich würde aber trotzdem vorschlagen, zu versuchen, diese bis etwa 17 Uhr zu beenden, um den aus den Bundesländern angereisten Teilnehmern eine Rückreise noch bei Tageslicht zu ermöglichen.

Ich beabsichtige weiters, die Sitzung von etwa 12.30 Uhr bis 14 Uhr zu unterbrechen. Im Sprechzimmer ist für alle Teilnehmer ein kleines Mittagbuffet vorbereitet.

Nun zum Ablauf: In der Vorsitzführung werde ich mit dem Präsidenten des Nationalrates Dr. Heinz Fischer und auch mit dem Obmann des Ausschusses für Verstaatlichte Betriebe Erhard Koppler und erforderlichenfalls mit dem Obmannstellvertreter Dr. Martin Barteinstein ab-

wechseln. Ich darf bitten, daß die beiden Herren über die zeitliche Vorsitzführung eine Übereinstimmung finden.

Das Einleitungsreferat wird von Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel übernommen, dem im Anschluß die Ausführungen unserer Referenten folgen werden.

Für die Dauer jedes Referats sind in etwa 20 Minuten vorgesehen. Danach wird in die Diskussion eingegangen, wobei für die Statements der einzelnen Parlamentsfraktionen 10 Minuten, für jede weitere Wortmeldung 5 Minuten Redezeit vorgesehen sind.

Die Zusammenfassung wird vom Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima nach Erschöpfung der Rednerliste übernommen werden.

Es liegt auf allen Plätzen ein Zettel für eine mögliche Wortmeldung auf. Ich ersuche Sie, wenn Sie von Ihrem Rederecht in der Diskussion Gebrauch machen wollen, diesen auszufüllen und den Parlamentsbediensteten, die links — von Ihnen aus gesehen rechts — neben mir am Präsidium sitzen, zu übergeben.

Die Bundesminister und die Referenten werden von der Regierungsbank, alle anderen Teilnehmer vom Rednerpult aus das Wort ergreifen.

Damit sind eigentlich meine Ausführungen zum Organisatorischen schon beendet. Falls einzelne Anwesende noch Fragen oder Wünsche äußern möchten, bitte ich Sie, diese an die mir assistierenden Parlamentsbediensteten zu richten.

Ich glaube, daß im großen und ganzen der Ablauf nunmehr klar ist.

### I. und II. Punkt: Referate

Vorsitzender Präsident Dr. Robert **Lichal**: Wir beginnen nun mit den Referaten.

Ich darf den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel bitten, das Einleitungsreferat zu dieser parlamentarischen Enquete zu halten. — Bitte, Herr Bundesminister.

### Einleitungsreferat

9.11

Referent Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang **Schüssel**: Morgendlichen Respekt, Herr Präsident und hohes Publikum! Ich danke, daß ich eröffnen darf. Ich werde mich sehr bemühen, den vorgegebenen

## Referent Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel

Zeitraumen penibel einzuhalten, wenn nicht, höre ich einfach auf zu reden. Ich begrüße auch den Ministerkollegen, der gerade gekommen ist.

Ich fange damit an, uns ganz kurz die gegenwärtige Situation in der Konjunkturfrage in Zahlen in Erinnerung zu rufen. Wir haben im vergangenen Jahr — natürlich von der europäischen Rezession beeinflusst — angeblich minus 0,3 Prozent Wirtschaftsrückgang gehabt. Ob das wahr ist, werden wir erst in zwei Jahren wissen. Ich vermute, wir werden ungefähr plus/minus null ausgestiegen sein.

Für heuer schaut es wesentlich günstiger aus. Die Prognosen liegen in etwa bei 2 Prozent. Das hängt natürlich sehr stark davon ab, wie die Abstimmung am 12. Juni ausgehen wird. Für das nächste Jahr sind die Prognosen noch optimistischer und sagen ein Wirtschaftswachstum von 2,5 voraus, manche Wirtschaftsforscher sagen sogar 3,9 Prozent voraus.

Für den industriellen Sektor bedeutet das, daß die konjunkturellen Impulse für die Industrieproduktion deutlich besser geworden sind. Die Wertschöpfung in der Industrie und die Produktion werden nach einem realen Rückgang von 3 Prozent im Vorjahr heuer und nächstes Jahr deutlich zunehmen.

Vor allem ist die Entwicklung der Stundenproduktivität interessant, die heuer und nächstes Jahr um 4,5 Prozent zulegen wird, und interessant ist auch die Entwicklung der Lohnstückkosten. Wir haben im vergangenen Jahr eine kleine Steigerung um etwa 0,3 Prozent gehabt. Heuer hingegen sinken die Lohnstückkosten um 1 Prozent und 1995 um 0,45 Prozent, während sie in der Gesamtwirtschaft mit 1,5 Prozent leicht steigend sind.

Das heißt, wir haben in der Rezession — und das ist, glaube ich, ein sehr wichtiges Zeichen — die Chance genutzt, die Industrie, die produzierende Wirtschaft schlanker, wettbewerbsfähiger zu machen. Das wird sich sicherlich auch als Ausgangsposition für die nächsten Jahre sehr positiv bemerkbar machen.

Wir haben in der Industrieproduktion im Frühjahr eine deutliche Steigerung gegenüber jener des Vorjahres zu verzeichnen. Ohne Einbeziehung des Energiebereiches liegt die Energieproduktion im heurigen Februar um 5 Prozent höher als im selben Monat des Vorjahres. An Produkten, die als Vorleistungen verwendet werden, wurden im heurigen Februar sogar um 7 Prozent mehr erzeugt.

Läßt sich nun daraus schon der Schluß ableiten, daß Österreich nicht nur in der Hochkonjunktur besser abgeschnitten hat als der Durch-

schnitt Europas, sondern daß wir auch die Rezession besser durchgetaucht haben und daß möglicherweise sogar diese Enquete zu spät kommt oder vielleicht gar überflüssig wäre? — Ich glaube es nicht.

Ich glaube, daß sie etwas tun soll, was dringend notwendig ist: Sie soll zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt einer Zäsur, die ja zufällig — aber ich glaube nicht an Zufälle — wenige Tage vor einer entscheidenden Volksabstimmung stattfindet, eine Standortbestimmung für Österreich machen.

Meine persönliche Überzeugung ist, daß wir in dieser Dekade — fünf Jahre zurück, fünf Jahre im voraus, 1989 bis 1999 — die wahrscheinlich entscheidendste Weichenstellung überhaupt in der Wirtschaftsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg erleben. 1989 die Ostöffnung, die ja einerseits faszinierende Perspektiven eröffnet, auf der anderen Seite natürlich auch eine bedeutende Strukturveränderung für die österreichischen Standortfaktoren bewirkt hat. Ab jetzt wird die Westintegration die nächsten fünf Jahre das entscheidende Thema sein, beginnend mit dem 1. Jänner dieses Jahres, wo wir den Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft gesetzt haben. Ein Jahr später — voraussichtlich 1995 oder knapp danach — der Volleintritt in die Europäische Union und damit in den Binnenmarkt, mit allen vollen Freiheiten.

Zunächst einmal zur Ostöffnung: Man darf nicht übersehen, daß sich derzeit rund 2 Milliarden Menschen aus ehemals geschlossenen sozialistischen Wirtschaftssystemen in die Weltwirtschaft integrieren wollen und müssen. Sie wollen ihre Produkte international verkaufen und sind damit natürlich auch beachtliche Mitbewerber auf dem internationalen Markt.

Nur wenige Kilometer östlich von Wien entsteht ein Niedriglohnstandort, der in manchen Bereichen qualitätsmäßig gar nicht so schlecht ist und natürlich gewaltige Strukturverschiebungen für die österreichische Produktionslandschaft bewirken wird. Wir nützen das besser als alle anderen europäischen Mitbewerber insofern, als wir über mittlerweile 15 000 Joint-ventures voll in diesen mittel- und osteuropäischen Märkten drinnen sind. Natürlich wollen die österreichischen Unternehmer, die dorthin Direktinvestitionen verlagert haben, dies nicht nur aus karitativen Überlegungen machen, sondern sie wollen mit der Kombination der Standortvorteile Österreichs — high quality, high-tech — mit einer sehr gut motivierten Mitarbeiterschaft und den Produktionsfaktoren in Mittel- und Osteuropa den Weltmarkt optimal bedienen.

Dennoch, brutto gesehen, wird diese Ostöffnung eine beachtliche Verschiebung bedeuten. Wenn man dazu noch die Verschiebungen und

**Referent Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel**

Veränderungen durch die Westintegration berücksichtigt, dann sieht man deutlich, daß hier Bruttoverschiebungen von 3 bis 5 Prozent der Beschäftigten insgesamt möglich sind. — Das wären etwa 100 000 bis 150 000 Beschäftigte, die aber in Summe natürlich sowohl positive als auch negative Faktoren haben. Wir rechnen damit — ich glaube, das ist auch gut durch entsprechende Studien abgesichert —, daß netto die positiven Effekte sowohl aus der Ostöffnung als auch der EU-Integration natürlich überwiegen werden.

Ich kann natürlich jetzt nicht umhin, wenige Tage vor diesem 12. Juni auch die Konsequenzen der Europäischen Integration für den Produktionsstandort Österreich, für den Wirtschafts- und Industriestandort Österreich zu beleuchten. Ich glaube, man braucht gar nicht ins Detail zu gehen. Der Trend aller Umfragen, aller Bewertungen — ob sie jetzt optimistischer oder vorsichtiger sind — liegt klar auf der Hand. Ob Wifo, ob IHS, ob frühere Prognosen, ob heutige Prognosen: Der Trend ist eigentlich klar erkennbar. Die Vollintegration bringt uns letztlich mehr Wachstumschancen, bringt uns mehr Exportmöglichkeiten und bringt uns damit auch wesentlich mehr Beschäftigungschancen. Der Standort Österreich als Investitionszielpunkt für Auslandsinvestitionen, für Eigeninvestitionen, für Geschäftsmöglichkeiten wird bedeutend gestärkt.

In Zahlen gesehen — ich beziehe mich jetzt auf das IHS — werden die realen Güterexporte in den nächsten fünf Jahren gegenüber dem Nichtbeitrittsszenario um fast 40 Milliarden Schilling steigen. Bei einem Nichtbeitritt würden die Importpreise um etwa 5 Prozent höher sein, ein kumulierter Wachstumsverlust nominell von etwa 100 Milliarden Schilling würde entstehen. Das ist eine nicht unbeträchtliche Gesamtsumme, die sich als Wohlstandseffekt hier zu Buche schlägt. Die Arbeitsplatzeffekte werden je nach Institut zwischen 40 000 und 60 000 netto besser eingeschätzt, wenn wir beitreten.

Ich meine daher, daß wir das an den Beginn der Überlegungen stellen müssen, weil Österreich bei jedem Integrationsschritt die gleiche Diskussion, die wir jetzt erleben, gehabt hat, nämlich: Werden wir von dieser Integration zusätzlich profitieren, wird es die österreichische Industrie schaffen, in diesem internationalen Wettbewerb bestehen zu können? 1972 etwa wurde die Frage des Freihandelsabkommens gerade in der Industrie sehr oft von der Seite her diskutiert, ob der wegfallende Zollschutz für die österreichische Industrie eigentlich noch aushaltbar ist. Tatsache war, daß wir von dieser Integration und von allen Integrationsschritten überdurchschnittlich profitiert haben und uns daher von dieser Seite her nicht zu fürchten brauchen.

Auf der anderen Seite muß aber klar sein, daß es auch zu den Standortfaktoren gehört, daß wir sehr intensiv Prioritäten im öffentlichen Sektor setzen. Es ist ganz klar, daß man nicht nur von einem schlanken Produktionssektor reden darf, sondern daß man sich auch in der öffentlichen Wirtschaft auf einen schlanken öffentlichen Sektor einlassen muß. Ich bejahe daher ausdrücklich, gerade an dieser Stelle, die Fortsetzung des Konsolidierungskurses im Staatshaushalt, weil es letztlich ein ganz entscheidendes As im Ärmel ist, wie sicher und stabil unsere Währung ist, wie hoch die Belastungen für die Steuerzahler, aber natürlich auch für die produzierende Wirtschaft sind und wie die Wettbewerbsbedingungen und Rahmenbedingungen insgesamt in der Wirtschaft aussehen.

Ich glaube, daß wir zusätzlich versuchen müssen, gerade auch durch das Integrationszenario neue Ansätze in der Subventionspolitik zu suchen. Wir sind hier in ein europaweites System eingebunden. Es kann keine verzerrenden Standortsubventionen geben, das ist von uns aus voll akzeptiert. Wir werden daher in manchen Bereichen neue Instrumente — vor allem regionalpolitische Instrumente im Einklang mit den Ziel-2-, -3- und -4-Gebieten, sowie -5a-, -5b-Gebieten, Sanierungselemente, Stiftungen et cetera — entwickeln müssen, auf der anderen Seite aber auch manche Bereiche und Subventionsansätze ändern müssen.

Ein ganz wichtiger Bereich scheint mir zu sein, daß wir als Standortpolitik der nächsten Jahre ein Bündel von angebotsseitigen Maßnahmen auf volks- und betriebswirtschaftlicher Ebene anbieten sollten, die zusammengenommen eine umfassende Standortpolitik ergeben und zur Erhöhung der Produktivität führen. Ziel ist einerseits eine Nachfragesteigerung aufgrund gesenkter Stückkosten, niedrigerer Preise, andererseits aber ein gesteigertes Qualitätsniveau, das uns insgesamt sehr helfen wird.

Was kann von der Seite des Wirtschaftsressorts zu der Standortdiskussion eingebracht werden, und worauf sollten wir uns konzentrieren?

Erstens: Ich bin fest davon überzeugt, daß Österreich aufgrund seiner geographischen Lage für die Zukunft nicht bange zu sein braucht. Wir liegen nach wie vor — das wird sich nie ändern — an der Schnittstelle zwischen Nord und Süd, Ost und West. Wir haben eine faszinierende geographische Stellung: Wir sind nahe dran an großen Nachfragemärkten in Süddeutschland, Norditalien, der Schweiz. Aber auch die erwachenden Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa sind für uns hochinteressante Märkte, die genützt werden können und auch in der Vergangenheit genützt wurden.

## Referent Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel

Der Beitrag der öffentlichen Hand dazu ist — das wird sicher auch mein Banknachbar Klima sagen —, besonders behutsam in die Infrastruktur zu investieren. Wenn wir die Chancen dieser geographischen Vorteile nützen wollen, dann bedeutet das natürlich Investitionen in Bahn, Straßen, Wasserwege, Telekommunikation, Energie und, und, und. All dies sind enorme Faktoren, um den Standort Österreich höher zu qualifizieren. Wenn allerdings nichts geht, wenn alles blockiert wird und sich überall die Neinsagerfronten breitmachen — Stichwort jetzt wiederum Blockaden, weil es halt nett ist und weil das Aufmerksamkeit schafft —, dann sind das genau die Punkte, die den Standort gefährden oder jedenfalls schwächen.

Zweitens: Ich bin sehr optimistisch, was die Situation und die Wettbewerbsstärke Österreichs betrifft.

Ich darf nur noch einmal in Erinnerung rufen: Was die Kreditwürdigkeit betrifft, hat die Märznummer von „EURO-Money“ Österreich hinter den USA an zweite Stelle jener Länder gereiht, die das geringste Länder-Risiko haben. Der „World-Competitiveness-Report“ aus 1993 führt in seinem score-board Österreich unter den westlichen Industrienationen auf Platz sieben, in Europa sogar auf Platz fünf. Wenn man sich wirtschaftliche Eckdaten, wie etwa die Exportentwicklung ansieht, dann sieht man im Volumen, Basisjahr 1974, daß Irland mit einem Faktor von 380 an der Spitze liegt — das Jahr 1974 ist mit Hundert gerechnet —, Österreich hat 305. Dann kommt Norwegen, und dann geht es weiter hinunter: fünfter Platz Japan, zwölfter Deutschland, 14. Schweiz, 15. USA.

Das soll uns nicht stolz machen, weil es natürlich noch immer stärkere Exportländer gibt als Österreich. Aber in der Aufholjagd gibt es immerhin wenige Länder, die es so wie Österreich in der Vergangenheit geschafft haben, Wettbewerbsstärke zu demonstrieren.

Dritter Punkt — ein großer Vorteil für uns und daher auch sehr behutsam zu behandeln — ist der Faktor Arbeit und der Umgang mit den Arbeitskräften. Wir haben eine unglaublich motivierte Arbeitswelt und Arbeitskräfte. In Deutschland oder in anderen europäischen Ländern herrscht fälschlicherweise das Gerücht vor, die Österreicher sind bequem, ein bißchen lässig, freundlich und nett. Freundlich und nett stimmt, aber alles andere stimmt nicht. Wir gehören in Wahrheit, was Produktivität, was Fleiß, was Einsatzbereitschaft betrifft, zu den stärksten Nationen. Das hängt damit zusammen, daß wir in Wahrheit ungeheure Leistungstiger sind, und das hängt auch wiederum damit zusammen, daß die Österreicher eine hervorragende Ausbildung — nimmt man alles in allem — genießen.

Wenn man nur die Bildungsausgaben hernimmt — ein Faktor, der wenig bekannt ist — dann sieht man, daß Österreich etwa 5,6 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Bildung ausgibt. Das ist mehr, als Deutschland, die Schweiz, Japan oder gar die USA ausgeben. Wir sind hier weit, weit vorne. Hinzu kommen aber noch etwa 10 Milliarden Schilling, die die Betriebe selbst für die Schulung ihrer Mitarbeiter ausgeben.

Das ist wiederum kein Grund, selbstzufrieden in die bequemen Sessel zurückzusinken, sondern wir müssen uns noch mehr anstrengen, weil es auch Schwächenprofile gibt. Wir haben eine enorme Fehllokation im Bildungssystem. Ich weiß nicht genau, was 7 000 Psychologen einmal machen werden, wenn sie fertigstudiert haben. Nicht einmal das Land Sigmund Freuds wird ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für Abgänger mancher Studienrichtungen schaffen können.

Wir haben eine zu lange Studiendauer. Wenn die durchschnittliche Studiendauer 14 bis 18 Semester beträgt, dann muß ich sagen, das ist ganz einfach international gesehen zu lang. Wir müssen daher Kurzstudien anbieten. Wir haben keine vernünftigen Fachhochschulen. Gott sei Dank sind jetzt die Grundsteinlegungen für zehn konkrete Fachhochschulen erfolgt und ist der Startschuß gegeben worden.

Wir müssen uns etwas einfallen lassen, damit wir dieses lebenslange Lernen, und zwar bitte möglichst unbürokratisch, wirtschaftsnahe organisiert umsetzen können, um diesen Standortvorteil Arbeit/Ausbildung wirklich optimal nutzen zu können.

Wir haben Probleme, was den Einsatz der Arbeit betrifft. Es ist jetzt ein kleiner Schritt vom Parlament beschlossen worden, ein moderneres Arbeitszeitgesetz, aber von einem wirklich modernen, leistungsstarken, flexiblen Arbeitszeitgesetz, das im 21. Jahrhundert Bestand hat, sind wir noch etwas weit entfernt. Diese Arbeitsaufgabe wird sicherlich in der nächsten Legislaturperiode noch sehr energisch angegangen werden müssen.

Ein wesentlicher Punkt scheint mir zu sein, daß wir uns auch mit der Frage beschäftigen, wie wir die steuerliche oder sonstige Beitragsbelastung des Faktors Arbeit reduzieren können. Wir haben, im internationalen Schnitt gesehen, diesbezüglich eine recht hohe Belastung, auch wenn alle Studien in Wahrheit falsch sind, weil sie Direktlohntangenten, wie etwa 13. und 14. Gehalt und ähnliches mehr, immer mit hineinnehmen. Aber trotzdem, die Entwicklung ist in diesem Bereich nicht positiv. Wir müssen bedenken, daß wir nicht unbegrenzt Sozialoffensiven verkraften können wie in den letzten drei, vier Jahren, wo



## Referent Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Wolfgang Schüssel

das zweite Karenzjahr, die Pflegevorsorge, Familienleistungen eingeführt worden sind. Das sind alles notwendige Maßnahmen, die sind sozial höchst gerechtfertigt, aber sie müssen verkraftet, sie müssen konsolidiert werden. Und in diesem Bereich liegen natürlich Problempunkte, die man sehen muß.

Hier hilft die EU, weil sie sich interessanterweise eine Diskussion über die Umlenkung im Steuersystem in Richtung Energiesteuern vorgenommen hat, die wir aus österreichischer Sicht absolut begrüßen, weil nur so eine Umlenkung tatsächlich möglich ist. Ein Alleingang Österreichs wäre so ziemlich das Tödlichste, was man überhaupt machen könnte im Lichte der österreichischen Industriebedingungen.

Ganz große Wirtschaftsbereiche, die sehr energieintensiv sind, wie Stahl, Aluminium, aber auch Papier und andere, wären blitzartig vom Produktionsstandort Österreich weggetilgt. Es hieß dann nicht mehr Industriestandort, sondern „Industrie stand dort“, und das ist genau das Gegenteil von dem, was wir haben wollen.

Ein sehr wesentlicher Bereich scheint mit der Kapital- und Beteiligungsmarkt zu sein. Früher war hier ein echter Engpaß gegeben. Wir waren auch ein armes Volk, mehrere Male sind die Ersparnisse vernichtet worden. Mittlerweile haben wir enorm aufgeholt. Wir haben ein privates Geldvermögen im Inland in Höhe von rund 3 300 Milliarden Schilling, das sind 150 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Auch der Beteiligungsmarkt selbst, die Börsenkapitalisierungen haben sich in den letzten zehn Jahren verzwölffacht auf weit über 330 Milliarden Schilling. Wir haben den Kapitalverkehr total liberalisiert. Wir haben in einer ersten Etappe der Privatisierung von 1987 bis 1990 30 Milliarden Schilling an die Börse gebracht. Dann war eine kleine Denk- und Konsolidierungspause.

Jetzt geht es wieder los, jetzt kommt die nächste Etappe in Höhe von rund 40 Milliarden Schilling. Das sind wesentliche Bereiche, die allerdings österreichische Kernbereiche enthalten sollten. Das sollten wir auch als Wirtschaftspolitiker, glaube ich, in den Vordergrund rücken, daß wir nicht einfach wegverkaufen wollen, sondern österreichische Kernbereiche wohl auch unter österreichischem Einfluß und österreichischer Steuerung gerade im Energie-, im Bankenbereich oder in sonstigen Sektoren haben wollen.

Die Steuerreform ist ein ganz wichtiger Bereich. Es gibt eine Studie der deutschen Industrie, die zeigt, daß die durchschnittliche Belastung eines deutschen Industrieunternehmens 62 Prozent ausmacht, in Frankreich 52, in den USA 45 Prozent, in Österreich 39 Prozent. Ich glaube, das ist ein ganz interessanter Punkt. Dafür haben wir

wieder einen Nachholbedarf in anderen Steuerbereichen, wie etwa bei der Mehrwertsteuer und anderem.

Export — vorletzter Punkt — ist ein wichtiger Bereich für uns, weil die Hälfte unseres Volkseinkommens letztlich über Güterexporte oder Dienstleistungsexporte verdient werden muß. Österreich hat hier eine bedeutende Stellung erreicht. Wir haben aber allerdings eine enorme Eurozentrierung. Wir sind von den vier Beitrittskandidaten zur Europäischen Union jenes Land, das den bei weitem höchsten Eurofaktor hat. Das ist ein Vorteil, weil wir wirtschaftlich längst in der Union drinnen sind, ist aber auch ein gewisser Nachteil, weil etwa unsere Asienexporte 5 Prozent ausmachen, und dies auf einem Markt, der letztlich immerhin die Hälfte der Menschheit abdeckt. Daher sind hier Schwächen.

Ganz wichtig scheint mir daher zu sein — wir haben das gestern verhandelt mit dem Sozialminister, mit den Sozialpartnern —, daß wir in einem eigenen Außenhandelsbeirat mit einer neu und modern organisierten Außenhandelsorganisation der Wirtschaftskammern Österreichs die Aktivitäten der Exportindustrie und der Exportwirtschaft echt unterstützen. Wir wollen natürlich alles tun, damit die Finanzierung dieses so wichtigen Außenhandelsnetzes in den nächsten Jahren auch wirklich gesichert wird.

Wesentlich scheint mir zu sein — und das kann ein wichtiger Beitrag der öffentlichen Hand sein —, daß wir über Forschung und Entwicklung, über Patentinformation, über Techno-counseling, über Technologieoffensive und Cluster-Bildung im Industriebereich, auch über verschiedene Auftragsvergaben sprechen, die ja bitte im reichen Maße in der öffentlichen Wirtschaft kommen, ganz gleich, ob das jetzt Bahntechnologie ist — Ressort Klima —, ob das Telekommunikation ist — auch Ressort Klima —, ob dies Energiebereiche sind, Netze — mein Ressortbereich —, ob dies etwa moderne Abrechnungssysteme sind wie im Straßensektor, Stichwort Road-pricing — mein Ressortbereich —, in Abstimmung mit der Bundesrepublik und anderen europäischen Trends.

Das sind schon Punkte, die meiner Meinung nach zu einer echten Cluster-Bildung führen könnten und daher letztlich auch weltweit eine interessante Exportchance werden können.

Meine Redezeit ist um. Ich werde daher jetzt schließen. Es gäbe noch viel zu sagen, aber Sie werden ja auch noch sehr viel hören. Danke! *(Beifall.)* 9.31

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Danke, Herr Bundesminister, für die einleitenden Worte und für die Zeitdisziplin.

**Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal****„Die Industriepolitik der EU — Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“**

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Ich darf nunmehr Herrn Dr. Paul Weissenberg, Kabinettschef von Kommissar Dr. Bangemann, bitten, zum Thema „Die Industriepolitik der EU — Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ das Wort zu ergreifen.

9.32

Referent Dr. Paul Weissenberg (Kabinett Dr. Bangemann): Vielen Dank, Herr Präsident. — Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen sehr, daß Sie einen Vertreter der Europäischen Kommission eingeladen haben, denn diese Einladung und die Aussagen von Minister Schüssel zeigen ja ganz deutlich, daß zwischen der Zukunft Industriestandort Österreich und der europäischen Industriepolitik Querverbindungen bestehen.

Die Kommission hat sich vor fünf Jahren Gedanken darüber gemacht, wie man die Voraussetzungen für Unternehmen verbessern kann, in bestimmten Regionen zu investieren oder dort zu bleiben. Und ich sage bewußt „Regionen“, weil für uns die Industriedebatte mittlerweile eine europäische Dimension hat.

Wenn wir über Industriestandorte reden, reden wir derzeit natürlich zwölfmal über Industriestandorte, aber wir reden bei dem globalen Wettbewerb natürlich auch über den Industriestandort Europäische Union.

Als wir vor nunmehr vier Jahren im Europäischen Ministerrat dieses Thema diskutierten, stießen wir auf religiöse Debatten zwischen den verschiedenen Ländern der damaligen Europäischen Gemeinschaft, weil das Thema Industriepolitik immer noch emotional besetzt ist. Das zeigt, daß wir in der Europäischen Union verschiedene industriepolitische Kulturen haben. Da gibt es Länder wie Großbritannien und Deutschland, die eher mit Adam Smith und Ludwig Erhard groß geworden sind, und da gibt es eben Länder wie Frankreich, die mit Industriepolitik natürlich Colbert assoziieren.

Es gab und gibt immer noch das Vorurteil, daß eine Industriepolitik aus Brüssel inhaltlich bedeutet: Subventionen nach innen für die Unternehmen und Abschotten der Märkte nach außen, und diesem Vorurteil mußten wir entgegentreten. Wir konnten die Minister überzeugen, daß europäische Industriepolitik vom Inhalt her weder Subvention nach innen noch Protektionismus nach außen bedeutet. Und ich will Ihnen anhand einiger Beispiele deutlich machen, was für uns der Inhalt europäischer Industriepolitik bedeutet.

Ich fange mit einem Thema an, das politisch — vielleicht erfreulicherweise — abgehakt ist, näm-

lich dem Europäischen Binnenmarkt. In der Politik geht ja schnell unter, was ein Erfolg gewesen ist, hingegen wird lange über Mißerfolge diskutiert.

Wir weisen immer wieder darauf hin, daß der Europäische Binnenmarkt ein Erfolg war und ein Erfolg ist. Dieser Europäische Binnenmarkt ist ein Stück europäischer Industriepolitik, denn dieser Binnenmarkt trägt dazu bei, Unternehmen für größere Märkte fitzumachen, weg vom nationalen Markt, in vielen Fällen über den europäischen Markt hin zum globalen Markt.

Erstaunlicherweise haben ja Drittländer die Kraft des Europäischen Binnenmarktes sehr rasch erkannt, sie haben den Binnenmarkt antizipiert, indem sie verstärkt in die Europäische Gemeinschaft investiert haben, lange bevor der Europäische Binnenmarkt eine Realität war.

Zurzeit kommt es für uns darauf an, diesen Binnenmarkt zu kontrollieren und ihn teilweise auch noch umzusetzen. Diese Implementierungsarbeiten bedeuten natürlich Arbeit für die Kollegen in Brüssel. Und ich will hier auch ziemlich ungeschützt sagen, daß wir in monatlichen Abständen eine sogenannte Hitliste führen, welches Land der Europäischen Union der Musterknabe in der Umsetzung des Binnenmarktes ist. Bei dieser Hitliste stellen wir immer wieder fest, daß nicht die Länder auf Platz eins der Hitliste stehen, die man sich an sich vorstellen könnte, sondern daß durchaus kleinere Länder im Süden, im Südwesten der Europäischen Union die Hitliste anführen. Das ist für uns eine erstaunliche Erkenntnis.

Ein zweiter Punkt unserer europäischen Industriepolitik ist eine aktive Wettbewerbspolitik. Für uns steht außer Frage, daß nur durch einen intensiven Wettbewerb der Strukturwandel beschleunigt werden kann. Wir haben aber immer auch hinzugefügt, daß Wettbewerb bedeutet, daß sich der Bezugsrahmen für Wettbewerb geändert hat. Der sogenannte relevante Markt ist nicht mehr der nationale Markt, der sogenannte relevante Markt ist die Europäische Union geworden — mit erheblichen Konsequenzen für diejenigen, die im Wettbewerb stehen, die kooperieren wollen, ebenso aber auch für diejenigen, die letztlich Wettbewerbsgesetze anwenden oder interpretieren müssen.

Unternehmen haben ein Anrecht darauf, wenn sie im größeren Europäischen Binnenmarkt kooperieren, daß diese Kooperationen auch entsprechend in der Wettbewerbsgesetzgebung berücksichtigt werden. Mit anderen Worten: Wir sind in Brüssel dazu aufgerufen, bei der Interpretation der Regeln auf diesen größeren Wettbewerbsmarkt Rücksicht zu nehmen. Unternehmen kooperieren grenzüberschreitend, aber die grenz-

**Referent Dr. Paul Weissenberg**

überschreitende Kooperation alleine reicht natürlich in vielen Fällen nicht aus — ob es Flugzeuge sind, ob es Schiffe sind, da ist der sogenannte relevante Markt längst der Weltmarkt und nicht mehr die Europäische Union.

Ein wesentliches Element des Wettbewerbes ist natürlich die Beihilfenkontrolle. Die Beihilfenkontrolle ist in Brüssel zentral angesiedelt, denn es gibt keine andere Alternative. Wer in Europa soll eine Kapitalerhöhung von Air France kontrollieren? Wer in Europa soll kontrollieren, ob Rover in Großbritannien mit Recht bestimmte Kapitalvergünstigungen bekommen hat? Wer in Europa soll kontrollieren, ob ECO-Stahl in dieser Form, mit Beihilfen, gebaut werden kann? — Zu dieser Kontrolle gibt es keine andere Alternative als die Europäische Kommission.

Wenn Sie gestatten, will ich gerne den Exkurs zur Subsidiarität an dieser Stelle machen, weil hier immer wieder die Auffassung vertreten wird, die Europäische Kommission verstoße gegen diesen Grundsatz. Die Debatte über Subsidiarität ist politisch sehr aktuell, aber sie wird von vielen mißverstanden.

Viele glauben, Subsidiarität bedeutet, daß die Hauptstädte in der Regel alles machen und in Ausnahmefällen Brüssel tätig werden darf. Unsere Definition im Einklang mit Maastricht ist, daß diejenige Stelle tätig werden muß und soll, die am geeignetsten für die Lösung eines Problems ist — und das kann unterschiedlich sein. Was die Harmonisierung von Betriebszulassungen im Automobilbereich anlangt, liegt es auf der Hand, daß es sinnvoller ist, dies einmal auf der Ebene der Union zu regeln, als zwölfmal national.

Ich komme zum dritten Punkt einer Industriepolitik der Europäischen Union: Es ist dies die Forschung und Entwicklung, die Minister Schüssel bereits angesprochen hat. Es ist unbestritten, daß Forschung und Entwicklung zulässige Mittel nationaler Industriepolitik sind. Auf europäischer Ebene stellte sich für uns die Frage, ob es nicht besser ist, nationale Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu bündeln. Verkürzt gesprochen: statt zwölfmal national bei bestimmten Projekten einmal europäisch. Diese Erkenntnis hat sich durchgesetzt.

Aber es gibt ein weiteres Problem der europäischen Forschungs- und Entwicklungspolitik, nämlich die Frage der Marktnähe. Wie nahe kann ich als öffentliche Hand die Förderung von Forschung und Entwicklung dulden? Und auch hier gibt es in bestimmten Kreisen der Gesellschaft noch immer einen religiösen Krieg zwischen denjenigen, die sagen, wir müssen uns ausschließlich auf den vorwettbewerblichen Bereich der Forschung beschränken, und denjenigen, die sagen,

wir dürfen keine Scheu haben, ein bißchen näher an den Markt heranzugehen.

Unsere Antwort war relativ pragmatisch. Wir haben gesagt: Wenn wir im Wettbewerb mit internationalen Partnern stehen — Japan, USA —, müssen wir uns auch anschauen, was diese Länder machen. Und wir stellen in der Tat fest, daß diese Länder weniger Hemmungen haben, Forschung und Entwicklung in der Marktnähe zu finanzieren. EUREKA ist ein typisches Beispiel für die Europäische Union, wo es uns gelungen ist, im Interesse der Industrie ein bißchen marktnähere Forschungsmöglichkeiten zu gewähren.

Das heißt nicht — und auch gegen diesen Vorwurf müssen wir uns immer wieder wehren —, daß europäische Industriepolitik bedeutet: You are picking the winners — ihr sucht die Gewinner von morgen aus. Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Auf der anderen Seite wissen Unternehmen besser als wir, wohin die Reise geht. Aber es ist klar, daß es bestimmte Märkte gibt, die zukunfts-trächtiger sein werden als andere, ob es nun Industriegesundheitsmärkte sind, Biotechnologiemärkte, Wissensmärkte, Multimedia und so weiter.

In diesem Zusammenhang taucht auch immer die Frage auf: Industriestandort Europa — blueprint-society. Das heißt: Können wir es uns leisten, bestimmte traditionelle Industrien zugunsten von Drittländern aufzugeben? Wir in der Union sind der Auffassung, wir können uns dies nicht leisten. Wir brauchen industrielle Strukturen, traditionelle industrielle Strukturen, um auf dieser Basis intelligenter und kreativer zu produzieren. Wir können natürlich nicht konkurrieren mit einigen Drittländern, in denen die Arbeitskosten wesentlich geringer sind, aber wir können intelligentere, qualitätsvollere, anspruchsvollere Produkte herstellen.

Der dritte Punkt ist die Verbesserung der Infrastruktur. Bislang war es so, daß der Europäische Binnenmarkt in einem Abbau von Handels-schranken bestand. Die Zeit ist vorüber. Wir sind dabei, konstruktive Verzahnungen zwischen den Mitgliedstaaten zu schaffen, und dazu gehört die Schaffung der sogenannten europäischen Netze. Die europäischen Netze bestehen aus Telekommunikation, aus Verkehr, Straße, Schiene, Luftfahrt und aus Energie. Das sind drei europäische Netze, die zurzeit intensiv vorbereitet werden.

Sie sind insofern von Bedeutung, als die Industrie in Europa einen Anspruch darauf hat, eine optimale Infrastruktur vorzufinden. Und die Industrievertreter wissen besser als wir, daß es zum Beispiel darauf ankommt, ein funktionsfähiges Netz der Telekommunikation vorzufinden. In der Europäischen Union gibt es national höchst unterschiedliche Infrastrukturnetze im Bereich der

**Referent Dr. Paul Weissenberg**

Telekommunikation, und unsere japanischen Freunde wissen sehr wohl, wo die besten Telekommunikationsnetze sind. Ein Kriterium für die Investition in Europa ist auch die Frage eines funktionsfähigen Telekommunikationsnetzes.

Außenwirtschaft — auch ein Bereich europäischer Industriepolitik; ich will das wegen der Kürze der Zeit nur schlaglichtartig beleuchten. Wir sind der Auffassung, daß wir einen offenen Außenhandel brauchen, aber wir haben auch keine Scheu, den Begriff der Reziprozität im internationalen Handel anzuwenden. — Auch ein Reizwort übrigens: Reziprozität.

Wir sagen, wir als Europäische Union sind bereit, unsere Märkte zu öffnen, wenn ihr Drittländer im Gegenzug bereit seid, unseren europäischen Unternehmen die gleichen Chancen zu geben. Chancengleichheit bedeutet aber nicht in jedem Fall die gleichen Erfolgchancen.

Heute diskutiert die Kommission in Brüssel die Frage der sogenannten Entwicklungsländer und ihre Präferenzen. Auch hier müssen wir uns Gedanken machen, ob es nicht möglicherweise Entwicklungsländer gibt, die schon lange keine mehr sind, gleichwohl aber immer noch in den Genuß der Vorteile von Entwicklungsländern kommen. Das ist also das berühmte Präferenzsystem der Europäischen Union.

Es gibt Länder wie Hongkong und Singapur, um zwei zu nennen, deren Bruttoinlandsprodukt über dem Bruttoinlandsprodukt einiger Länder der Europäischen Union liegt. Angesichts dessen muß man sich schon die Frage stellen, ob diese Länder noch als Entwicklungsländer behandelt werden können. Sie sind nämlich knallharte Wettbewerber der europäischen Industrie geworden.

Anti-Dumping spielt eine wesentliche Rolle für die europäische Industrie, denn zum offenen Handel gehört fairer Handel. Wir müssen auf europäischer Ebene Instrumente entwickeln, um diese Praktiken von dritten Ländern kontrollieren zu können. Und da fehlen uns in Brüssel immer noch Instrumente und Manpower, um dieses effizient zu tun. Es kann nicht richtig sein, daß Anti-Dumping-Verfahren in Japan oder in Kanada oder in den USA in wenigen Monaten abgeschlossen sind, die Europäische Union dafür aber länger braucht. Hier hat die europäische Industrie ein Recht darauf — bei freiem Welthandel —, daß wir über effektive Instrumente verfügen, um unsere europäische Industrie im wohlverstandenen Sinne zu schützen.

Ich komme zum Schluß. Europäische Industriepolitik hat auch eine institutionelle Komponente, nämlich die Frage, in welcher Form Politik und Wirtschaft miteinander umgehen. Die Kolle-

gen in Bonn und London neigen zu der Auffassung, daß Unternehmen und Politik zwei Kategorien sind, und auch wir sind der Auffassung, dies sind und bleiben zwei Kategorien, Verantwortungen dürfen nicht verwischt werden. Gleichwohl müssen wir uns die Frage stellen, ob wir im Verhältnis zu unseren Mitbewerbern in der sogenannten Triade optimale Dialogstrukturen haben, um mit den Problemen der nächsten Jahrzehnte fertig zu werden. Mit anderen Worten: Wenn sich in regelmäßigen Abständen die amerikanische Administration oder die japanische Seite mit der Industrie zusammensetzt, um dort Fragen der Wettbewerbsfähigkeit zu diskutieren, dann stellt sich für uns die Frage, ob wir nicht gut beraten wären, dies auf europäischer Ebene auch zu tun.

Und wir kommen zu dem Ergebnis, daß wir die Dialogstrukturen in der Europäischen Union zwischen Wirtschaft und Administration verbessern müssen. Ob man das „konzentrierte Aktion“ oder „Runder Tisch“ nennt, ist völlig sekundär. Entscheidend ist, wir brauchen einen permanenten Dialog mit der Industrie, um zu wissen, wo die Probleme sind und wie wir eure Interessen dann politisch optimal einbringen können.

Dies hat, und damit möchte ich schließen, nichts damit zu tun, daß wir das japanische MITI kopieren möchten — auch ein Vorwurf, der uns oftmals entgegengehalten wird aus bestimmten Ländern der Europäischen Union. Das japanische MITI hat seinen Mythos weitgehend verloren. Die Musik in Japan wird nicht mehr, wenn ich das so offen sagen darf, in MITI gespielt. Da gibt es andere Instanzen, die wichtiger geworden sind. Europa kann MITI nicht kopieren, weil MITI nur konzipiert worden ist vor dem Hintergrund einer japanischen Gesellschaft.

Nein, wir plädieren als Kommission für eine Dialogform sui generis in Europa — wir brauchen sie. — Vielen Dank. 9.50

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Danke, Herr Dr. Weissenberg, für Ihre Ausführungen.

**„Industriestandort Europa im internationalen Wettbewerb aus der Sicht der Auto- und Autozulieferindustrie“**

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Ich darf nun Herrn Dr. Hanns Glatz, Konzern-Representant von Daimler-Benz, um sein Referat „Industriestandort Europa im internationalen Wettbewerb aus der Sicht der Auto- und Autozulieferindustrie“ bitten.

9.51

Referent Dr. Hanns R. Glatz (Daimler-Benz): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten zum Nationalrat! Meine Damen und

**Referent Dr. Hanns R. Glatz**

Herren Bundesräte! Meine Herren Bundesminister! Meine Damen und Herren! Es freut mich ganz besonders, heute hier von Ihnen eingeladen worden zu sein, um zu dem genannten Thema zu sprechen. Es ist das nicht die übliche Formel eines Redners, der nett behandelt worden ist, wenn er irgendwo hinkommt, sondern ich habe drei ganz präzise Gründe dafür:

Der erste Grund ist, daß ich stolz bin, als Vertreter von Daimler-Benz zu diesem Thema sprechen zu dürfen, denn das heißt, daß Ihre Wahl auf ein Unternehmen gefallen ist, dem Sie Vertrauen schenken, daß es die globale Sicht hat, um das Thema der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Europa zu beurteilen.

Der zweite Grund ist, daß ich als Österreicher besonders stolz darauf bin, hier als Vertreter des größten deutschen und des drittgrößten europäischen Unternehmens zu Ihnen zu sprechen.

Und der dritte Grund ist ein persönlicher. Vor über 25 Jahren war ich auch schon hier in diesem Raume, allerdings hinten bei der Regierungsbank, als ich meinen damaligen Minister in die Fragestunden begleitet habe. Und es ist schön, auch einmal hier von dieser Stelle aus zu sprechen.

Aber genug der Einleitungen, lassen Sie mich zum Thema kommen.

Die europäische Automobilindustrie, also die Hersteller von Automobilen und die Zulieferer, beschäftigen derzeit deutlich über 1,5 Millionen Personen. Die Automobilindustrie ist nicht nur einer der wichtigsten Arbeitgeber, sondern auch ganz klar eine Schlüsselindustrie, die vieles an Produkt- und Prozeßtechnik erarbeitet, was dann in anderen Industrien verwendet wird, die vieles an Ausbildung bringt, was sich dann auch in der weiteren Industriestruktur niederschlägt, die einen positiven Beitrag zur Außenhandelsbilanz liefert.

Andererseits, meine Damen und Herren, wenn Sie sich das letzte Jahr ansehen, kann man etwas Zweifel daran haben, ob denn diese Automobilindustrie noch so kräftig ist. Etwa 20 Prozent der Produktionskapazitäten waren nicht genützt. Seit 1989 hat sich in Stückzahlen die Exportbilanz in ein Defizit verwandelt. Wir sind in Japan und USA relativ schwach vertreten. Seit dem Jahr 1992 hat sich die Beschäftigung um nahezu 10 Prozent verringert, und sie wird sich weiter verringern.

Die Frage, ob denn Europa noch der Platz für eine Automobilindustrie sei — Herr Dr. Weissenberg hat das bereits angesprochen, als er von traditionellen Industrien in Europa sprach —, hat sich schon in den siebziger Jahren gestellt, und

damals grassierte der Gedanke, man müßte in Niedriglohnländer — man dachte vor allem an Nordafrika — gehen und die Industrien dorthin verlegen.

Nichts dergleichen ist geschehen, und — um das Ergebnis meines Vortrages vorwegzunehmen — nichts dergleichen wird auch in Zukunft geschehen. Europa hat durchaus sehr gute Chancen, ein weiterer wichtiger Standort der Automobilindustrie, einer weltweit wettbewerbsfähigen Automobilindustrie zu bleiben.

Meine Damen und Herren! Das Ganze ist nicht nur eine akademische Übung, was Europa betrifft, sondern das betrifft ganz klar auch Österreich. Die österreichische Automobilindustrie schafft etwa 50 000 Arbeitsplätze, etwa 50 Milliarden Schilling werden dort umgesetzt, und ein nicht geringer Teil ist als Zulieferindustrie für die europäische Industrie tätig; die beiden Industrien sind also schon ganz eng miteinander verbunden.

Die europäische Automobilindustrie ist nach wie vor der größte Kraftfahrzeughersteller in der Welt. Der Europäische Binnenmarkt ist nach wie vor der größte Binnenmarkt für Kraftfahrzeuge. Und wenn wir nicht den Einbruch vergangenen Jahres gehabt hätten, dann wären etwa 13 Millionen PKW, etwa 1,3 Millionen leichte Nutzfahrzeuge und 250 000 schwere Nutzfahrzeuge in der Europäischen Gemeinschaft produziert worden. Ein Großteil wäre auch dort verkauft worden, ein anderer Teil in den übrigen europäischen Ländern. Ich habe ja bereits gesagt, in den USA und in Japan ist die europäische Automobilindustrie — das gilt zum Glück nicht so sehr für mein Unternehmen — noch relativ schwach vertreten.

Wir sind auch, und das gilt eben für die gesamte Industrie, technologisch nach wie vor an der Weltspitze, wenn uns auch die Japaner und Amerikaner ganz hart auf den Fersen sind. Viele Techniken, ABS und andere Sicherheitstechniken, sind in Europa entwickelt worden. Wir haben ausgezeichnete Universitäten, wir haben sehr gute Wissenschaftler — das gilt ja auch insbesondere für Österreich —, wir können also durchaus positiv in die Zukunft blicken.

Jedes Jahr investiert die europäische Automobilindustrie etwa 4 Milliarden Ecu in ihre Forschung. Die Europäische Gemeinschaft gibt noch etwas mehr als 100 Millionen Ecu dazu. Das zeigt ganz deutlich — und auch hier liege ich voll auf der Linie, die Herr Weissenberg vertreten hat —, die Verantwortung liegt bei der Industrie. Und nur dort, wo Anschubfinanzierung, wo Hilfsmittel nötig sind, tritt dann die Forschungsförderung der Europäischen Union hinzu.

Ich möchte, um ein paar Schlaglichter zu werfen, fünf Themen hier behandeln: das eine ist die

**Referent Dr. Hanns R. Glatz**

Kostenfrage, das zweite die Internationalisierung und die Globalisierung, das dritte ist die Handelspolitik, das vierte die Industriepolitik, und das fünfte Thema ist das Umfeld, um dann zu meinen Schlußfolgerungen zu kommen.

Meine Damen und Herren! Das heikelste Thema ist die Kostenfrage, denn es gilt, insgesamt sowohl die Arbeits- als auch die Kapital- und die Strukturproduktivität — und ich nenne alle drei gleichwertig — um etwa 30 Prozent zu steigern, damit wir den derzeitigen Kostenvorteil der Japaner und der Amerikaner einholen können. Zum Teil liegt er auch schon etwas höher. Herr Minister Schüssel hat hier die Lohnstückkostensenkung in Österreich aufgeführt und stolz auf einzelne Prozentzahlen verwiesen. Das reicht nicht aus. Wir haben bei uns, bei Mercedes-Benz, also dem Automobilteil des Daimler-Benz-Konzerns, im vergangenen Jahr die Produktivität um etwa 10 Prozent erhöht, und wir werden dies in den nächsten zwei Jahren genauso durchziehen, damit wir dann einmal auf Paritätstellung sind mit unseren japanischen und amerikanischen Kollegen, und wir müssen dann bereit sein, mit dem dort noch immer fortschreitenden Produktivitätswachstum mitzuziehen. Eine gewaltige Anstrengung also, die aber durchaus durchführbar ist.

Insbesondere die deutsche Automobilindustrie, die innerhalb der Gemeinschaft etwa 50 Prozent der automobilen Wertschöpfung erbringt, leidet relativ stark unter den hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, die gekoppelt sind mit relativ kurzen Arbeitszeiten. Andererseits, meine Damen und Herren, sehen wir schon heute, daß die lohnbezogenen Kosten im Gesamtumsatz eines Automobilherstellers etwa nur ein Fünftel, also 20 Prozent, ausmachen. Und daher ist der Ansatz eben nicht der — entschuldigen Sie den Ausdruck — Dagobert-Duck-Ansatz, daß man versucht, hier einfach Löhne zu senken und Arbeitszeiten zu verlängern, um das Problem zu lösen, sondern es ist ein sehr komplexer Systemansatz.

Wir müssen zum einen versuchen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, zum anderen müssen wir auch versuchen, die System- und Kapitalproduktivität so zu erhöhen, daß hier entsprechende Fortschritte erzielt werden können.

Was zum Beispiel die Lohnkosten im Gesamtumsatz betrifft, werden wir versuchen, diese 20 Prozent auf 15 oder 10 Prozent herunterzudrücken und dann weitere Maßnahmen in den übrigen Bereichen zu ergreifen. Natürlich führt das dazu, daß die Beschäftigung bei den Automobilherstellern selbst weiter sinken wird, daß die Anforderung an die Qualifikationen der Mitarbeiter steigen wird und daß wir eine relativ hohe Rate der Maschinenlaufzeit durchsetzen müssen. Wir brauchen also flexiblere Gestaltungen der Produktion, und wir haben auch ein Beispiel in

unserem eigenen Unternehmen. Wir sind zuversichtlich, daß wir die Produktion der neuen kleinen A-Klasse in Rastatt 1997 mit Kosten durchführen können, die man sonst nur in Großbritannien oder in Tschechien erlangt hätte — wobei die Realeinkommen dort in etwa gleich gehalten werden können. Es waren nur ganz geringe Abstriche, kombiniert auch mit einer gewissen Arbeitszeitverkürzung, vorzunehmen, aber es war vor allem das Bündel aller Maßnahmen im Gesamtunternehmen, das uns diese Hoffnung gibt.

Die Zulieferindustrie, meine Damen und Herren, steht natürlich vor dem gleichen Problem, hat aber nicht unbedingt die gleichen Lösungsmöglichkeiten. Denn eine unserer Lösungsmöglichkeiten ist, daß wir die Zulieferung — im Augenblick sind es etwa 45 Prozent der Wertschöpfung, 55 Prozent der Wertschöpfung machen wir noch im Unternehmen — deutlich erhöhen, um dann zu einem Wertschöpfungsanteil von 45 Prozent oder darunter zu gelangen. Es muß mehr Verantwortung für Entwicklung, für Produkte, für Qualität nach außen an die Zulieferer gegeben werden, damit sie dann von sich aus bessere Losgrößen — größere economies of scale — erreichen können.

Aber mit den Lohnkosten werden sie allein nicht fertig werden. Nehmen Sie die deutsche Zulieferindustrie, und ich setze das Wort „deutsche“ unter Anführungszeichen —: Sie produziert bereits in 65 Ländern auf der ganzen Welt. Die Internationalisierung ist, zum Teil auch wegen der Lohnkostenvorteile bei einfacheren Fertigungen, eine Notwendigkeit, an der man hier schlichtweg nicht vorbeikommt.

Der Binnenmarkt hat mit dem Wegfall der Behinderungen — wie es Herr Weissenberg bereits geschildert hat — auch einen großen Beitrag dazu geleistet, und wir legen großen Wert darauf, daß das erhalten bleibt. Für Österreich ist das eine Chance. Das Draußenbleiben aus dem Binnenmarkt bringt überhaupt nichts, ganz im Gegenteil: Sie werden dazu verurteilt, bei erheblich kleineren Losgrößen steckenzubleiben, das heißt, hoffnungslos mit Kosten zu arbeiten, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Es ergibt sich daraus unter dem Titel der Kostenfrage für Unternehmer, Regierungen und Arbeitnehmervertreter folgendes Bündel von Maßnahmen, die nötig sind, damit der Produktionsstandort Europa gehalten werden kann: Europa muß die Strukturmaßnahmen konsequent fortsetzen, auch wenn die Marktnachfrage jetzt wiederum etwas anzieht und damit die größten Gewitterwolken vom Himmel zu verschwinden scheinen, um dieses Ziel der Produktivitätssteigerung zu erreichen; ferner sind mehr Delegation von Verantwortung, flachere Hierarchien, effizienterer Kapitaleinsatz und so weiter nötig. —

**Referent Dr. Hanns R. Glatz**

Auch hier möchte ich Herrn Weissenberg zustimmen: Japan zu kopieren wäre der falsche Ansatz; wir müssen eigenständige Lösungen finden.

Die Regierungen dürfen das Augenmaß dafür nicht verlieren, welche Kosten ihre Hersteller sich im internationalen Wettbewerb noch leisten können. Sozialer Abbau ist nicht angesagt. Hingegen sollen wir uns sehr gründlich überlegen, ob neue Maßnahmen wirklich erforderlich und zu rechtfertigen sind. Die Pflegeversicherung in Deutschland ist das Paradebeispiel. Aber — ich greife die heiße Kartoffel gerne an — auch der Europäische Betriebsrat ist eine Sache, die dem Zweck, nämlich der Information der Beschäftigten, nicht dient und Herstellern, wie unserem Unternehmen, Mehrkosten vom mindestens 500 000 — einer halben Million! — D-Mark im Jahr verursacht. Solche Sachen sollte man sich also gut überlegen.

Eine stabile Wirtschafts- und Währungspolitik ist wichtig, damit der Kreditrahmen, der zur Verfügung steht, nicht durch eine übermäßige Aufnahme der öffentlichen Hand überstrapaziert wird.

Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb, daran kommen wir nicht vorbei. Auch die Arbeitsmärkte müssen sich diesem Wettbewerb stellen. Arbeitnehmervertreter müssen lernen, nicht in alter Klassenkampfmanier nur für ihre Mitglieder Vorteile herauszuschlagen und sich einen bestimmten Sockel gesetzlich absegnen zu lassen, auf dem sie dann weiterkämpfen, sondern sie müssen lernen, unternehmerisch zu denken. Nur ein Unternehmen, das erfolgreich ist, ist in der Lage, Arbeitsplätze zu halten und vernünftige Sozialleistungen zu erbringen. Unternehmensleitungen und Arbeitnehmervertreter müssen daher gemeinsam das gleiche Ziel haben und im Rahmen dieses Ziels versuchen, möglichst viel der Besitzstände zu erhalten, um in Zukunft auch weiteren sozialen Fortschritt finanzieren zu können.

**Zur Internationalisierung und Globalisierung:**

Hier könnte man sich fragen: Wenn sich ein Unternehmen wie Mercedes-Benz zunehmend in Brasilien, in Mexiko, in den USA oder in Indonesien und vielen anderen Staaten engagiert, handelt es sich dann nicht doch um diese Abwanderung, von der man gesprochen hat, um dieses Fliehen aus dem teuren Standort Europa? — Nein, meine Damen und Herren, es handelt sich nicht darum. Es ist heute nötig, daß man marktnah produziert und spürt, wie die Nachfrage auf den Wachstumsmärkten Asiens und auf dem reichen Markt Amerika — ich denke hier an die USA, Nordamerika — ist. Sie können einfach nicht hier produzieren und ins Ausland verkaufen. Sie müssen auch vor Ort produzieren.

Es handelt sich hierbei eben um keine Reduktion dessen, was Sie hier tun können, sondern um eine echte Bereicherung, weil Sie durch Technologielieferungen, durch Produktlieferung, durch Erfahrungen aus dem Ausland den Produktionsstandort Europa stärken. Ich nehme hier Beispiele wie etwa Brasilien oder den LKW-Markt in Nordamerika: Das wäre uns von hier aus nie gelungen. Nur dadurch, daß wir die Mercedes-Benz AG Brasilien und daß wir die Produktion von Freightlinern in den USA haben, war es möglich, dort zusätzliche Märkte aufzurollen und unser eigenes Unternehmen zu stärken.

**Ein paar Worte zur Handelspolitik:**

Die EU ist — wie auch Herr Weissenberg schon ausgeführt hat — ein offener Handelsblock, und wir hoffen, daß es so bleibt. Eine Industrie wie die Automobilindustrie, die global tätig ist, muß den Protektionismus fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Als Unternehmer kann man es sich natürlich nicht aussuchen, in welchem Markt man operiert, und man muß daher auch in Märkten operieren, die geschlossen sind. Die Unternehmer werden sich darauf einstellen, aber stets mit dem gesunden Augenmaß, daß das keine Lebensgarantie auf Dauer ist und daß sie in einem geschlossenen Markt keine Lebensrente beziehen können. Man soll daher auf keinen Fall versuchen, Europa in einen solch geschlossenen Markt umzuwandeln. Protektionismus schwächt den Geschützten strategisch.

Das ist auch die Überzeugung der meisten europäischen Automobilhersteller und sicherlich der EU-Kommission und der meisten Mitgliedsländer. Trotzdem hat die Europäische Union als Übergangslösung mit Japan ein Mäßigungsabkommen für die Zeit von 1993 bis 1999 getroffen, weil nämlich durch Öffnung des Binnenmarktes etliche Länder — mehr als die Hälfte der Länder des Europäischen Binnenmarktes, darunter Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Großbritannien — plötzlich dem japanischen Wettbewerb geöffnet worden wären, was vor allem die dort ansässigen Automobilhersteller nicht überlebt hätten, um es kraß auszudrücken. Das war die einzige Lösung, um den offenen Binnenmarkt zu schaffen und trotzdem die Zustimmung der dort ansässigen Regierungen zu bekommen.

Für uns — ich spreche jetzt nicht für die europäische Automobilindustrie, sondern als Vertreter von Mercedes-Benz — ist es ganz wichtig, daß dieses Schlußdatum 1999 eingehalten wird, daß es keine Verlängerung gibt und daß die Kommission alles tut, daß bis dahin die Voraussetzungen geschaffen werden, daß der Markt bruchfrei geöffnet werden darf. — Die europäische Automobilindustrie steht weitgehend auch auf diesem Standpunkt.

**Referent Dr. Hanns R. Glatz**

Zur Industriepolitik: Die Automobilindustrie befindet sich, wie schon ausgeführt, in einer schwierigen Phase der Strukturanpassung, und die schlechte Konjunktur hat das sicherlich noch erschwert. Aber es kann nicht sein, daß die Kommission jetzt — gestützt auf die neuen Zuständigkeiten, die ihr der Vertrag von Maastricht gegeben hat — einen Restrukturationsplan für die Automobilindustrie entwickelt. Das tut sie auch nicht, ganz im Gegenteil. Sie tritt voll dafür ein, daß man die Verantwortung im Rahmen der Industriepolitik wahrnimmt und sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft, die es der Industrie ermöglichen, nach eigener Entscheidung wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben.

Ein wesentlicher Teil davon ist, wie schon ausgeführt, die Wettbewerbspolitik, die sich aber vielfach erst damit anfreunden muß, in diesen neuen Dimensionen der Globalität zu denken. Ich würde sagen, Brüssel hat das weitgehend verstanden, im nationalen Bereich ist das jedoch leider noch nicht der Fall. Hier steht die „Kirchturmspitzenpolitik“ noch manchmal etwas im Vordergrund; Umdenken und Umlernen ist hier noch erforderlich.

Und nun zum letzten der Punkte, die ich ansprechen wollte, zum sogenannten Umfeld. Was meine ich damit? — Standortbedingungen erschöpfen sich ja nicht nur in gesetzlichen und anderen Regierungsmaßnahmen oder in den Beziehungen der Sozialpartner zueinander, sondern in diesem Zusammenhang ist auch das sozialpolitische Umfeld wichtig. Dazu gehören etwa Fragen wie die der Technologiefeindlichkeit oder Technologiefreundlichkeit oder der zukünftigen Akzeptanz des Automobils vom verkehrs- und umweltpolitischen Standpunkt.

Wir glauben, daß die Automobilindustrie hier vor erheblichen Herausforderungen steht, denen sie sich aber auch stellen muß. Gerade Daimler-Benz steht der verkehrspolitischen Debatte sehr offensiv gegenüber.

Meine Damen und Herren! Wir haben Interesse an nahezu allen Transportmitteln, sei es an denen auf der Straße, auf der Schiene oder in der Luft und wir haben auch gute Kompetenzen im Bereich der Verkehrsplanung und der Verkehrsleittechnik. Es hat aber keinen Sinn, sich irgendwelchen romantischen Vorstellungen hinzugeben. Es steht außer Zweifel, daß der innerstädtische und auch der interurbane Verkehr und Transport noch auf viele Jahrzehnte hinaus auf das Automobil angewiesen sein wird. Der Verkehr auf der Schiene, die Binnenschifffahrt und zum Teil auch die Küstenschifffahrt sind interessante und wichtige Ergänzungen, die gezielt eingesetzt werden können. Die Brenner-Diskussion

ist sicher ein Beispiel dafür. Aber daß man Schlagworte wie „Verlagerung von der Straße auf die Schiene“ als Hauptlösung betrachtet, ist schlichtweg nicht drin.

Wir betrachten es daher als eine Aufgabe der Verantwortlichen der Automobilindustrie, daß sie sich mit den dadurch bedingten Problemen auseinandersetzt, wie mit der Verstopfung von Innenstädten mit konventionellen Autos, mit der Problematik der Verkehrsunfälle, mit Umweltverschmutzung, Lärm, Emission und ähnlichem mehr.

Es ist sehr vieles geschehen, aber es gibt noch immer Raum für Verbesserungen. Es geht um — Sie lesen davon bereits in der Zeitung, und dieser Trend wird sich in der nächsten Zeit noch verstärken — intelligente und phantasievolle Lösungsansätze, die von der Industrie gebracht werden. *(Abg. Dr. Martin Bartenstein übernimmt den Vorsitz.)*

Gerade diese kritische Auseinandersetzung mit dem Umfeld ist für das Industriewachstum wahrscheinlich ein positives Element, denn es wird hier nicht dem quantitativen Wachstum, sondern dem qualitativen Wachstum Raum gegeben. Fahrzeuge, die noch sicherer, noch umweltfreundlicher, noch bequemer und für den Zweck adäquat sind, werden eben eine höhere Wertschöpfung erfordern; dort liegt das Wachstum eben bei der Qualität. Die öffentliche Debatte wird oft subjektiv und emotionell geführt, staatliche Vorschriften müssen jedoch von einer trockenen Kosten-Nutzenanalyse ausgehen, dem Prinzip der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit entsprechen und der Industrie Raum für eigenständige Lösungen bieten. Es hat keinen Sinn — wie es leider derzeit die Realität ist —, wenn man auf der einen Seite verlangt, daß die Emissionen des Einzelfahrzeuges im Schadstoffbereich deutlich gesenkt werden, dann aber zwei Drittel dieses technischen Fortschritts dadurch verlorengehen, daß die Fahrzeuge beim Parkplatzsuchen oder im sonstigen Verkehr blockiert sind oder im Kreis um die Blocks herum fahren, wie es zum Beispiel derzeit in Deutschland der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wollte dieses Referat Anspruch auf Vollständigkeit erheben, dann würde ich Sie jetzt noch stundenlang langweilen und müßte noch Themen wie Unternehmensbesteuerung, unternehmensrechtlicher Rahmen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Energie- und CO<sub>2</sub>-Besteuerung, die Telekommunikationsinfrastruktur und etliches mehr diskutieren, was als Standortnachteil in Frage käme. Das will ich aber nicht tun. Ich möchte mich auf das Automobilspezifische beschränken, wie es gefordert war, und komme daher nun zu meinen Schlußfolgerungen.



**Referent Dr. Hanns R. Glatz**

Der Standort Europa für die Automobilindustrie ist nicht problemlos — ich glaube, das haben Sie meinen Ausführungen entnehmen können —, aber er bietet durchaus gute Perspektiven. Die Industrie befindet sich in einem wesentlichen Strukturwandel, der vor allem dadurch geprägt ist, daß sich die Automobilhersteller auf einen kleineren Teil der Wertschöpfung beschränken werden und mehr Verantwortung, mehr Arbeitsplatzmöglichkeiten, mehr Wertschöpfung in die Zulieferindustrie verlagert wird. Österreich ist von diesem Prozeß voll erfaßt und kann durch den Beitritt seine Chancen weitaus mehr verbessern, als wenn es draußen bliebe.

Zur Durchführung dieses Strukturwandels brauchen wir bestimmte Rahmenbedingungen. Diese Notwendigkeit wurde von der Kommission erfaßt und von den Mitgliedsregierungen der Europäischen Union gutgeheißen. Es bleibt jetzt noch zu sehen, ob das auch in die Praxis umgesetzt wird. Dazu gehört die Bereitschaft der Regierungen zu akzeptieren, daß bei den Automobilherstellern der Beschäftigtenstand abnehmen wird und daß Marktkräfte frei walten. In der Strukturumwandlung wird es eine Beseitigung und eine Neuschaffung von Arbeitsplätzen geben.

Es gehört weiters dazu, daß der Binnenmarkt international offengehalten wird. Andererseits muß das Automobil den sozialen, verkehrs- und umweltpolitischen Erfordernissen angepaßt werden.

Meine Damen und Herren! Repressive Lösungen werden jedoch nur zu Störungen führen und nicht zur Problemlösung.

Weiters gehört dazu, daß die Regierungen bereit sind, stabile Wirtschafts- und Währungspolitiken zu verfolgen, die den entsprechenden Rahmen geben. Ich denke hier vor allem auch an die einheitliche europäische Währung, die sicherlich ein für die Industrie sehr wichtiges Ziel ist.

Und schließlich, meine Damen und Herren, müssen Regierungen davon Abstand nehmen, Sozialstandards durchsetzen oder festschreiben zu wollen, die zu teuer sind und die Sozialpartner daran hindern, gemeinsam die flexiblen Lösungen zu finden, mit denen die unternehmenspolitischen Ziele realisiert werden können, ein hohes Niveau an sozialer Absicherung gehalten werden kann und Raum für entsprechende weitere Fortschritte vorhanden ist, sobald man sie sich verdient hat.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke herzlichst für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*) 10.16

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Martin **Bartenstein**: Herr Dr. Glatz! Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen.

Ich darf nunmehr Herrn Dr. Dieter Brunke, Vorstandsmitglied der Preussag AG, um seinen Vortrag mit dem Titel „Industriestandort Europa im internationalen Wettbewerb aus der Sicht der Stahlindustrie“ bitten.

**„Industriestandort Europa im internationalen Wettbewerb aus der Sicht der Stahlindustrie“**

10.17

Referent Dr. Dieter **Brunke** (Preussag AG): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich danke Ihnen sehr — und ich empfinde es als eine Auszeichnung —, daß ich heute anlässlich Ihrer Enquete zum Thema „Industriestandort Europa im internationalen Wettbewerb aus der Sicht der Stahlindustrie“ referieren darf. Wir haben das Thema etwas erweitert auf: „... aus der Sicht der Stahlindustrie und stahlverarbeitender Branchen“.

Ich vertrete mit dem Preussag-Konzern ein typisches Mehrbereichsunternehmen. Wir beschäftigen 72 000 Mitarbeiter, davon 9 200 im Ausland. Der Umsatz betrug im Geschäftsjahr 1992/93 23,3 Milliarden DM, bei einem Auslandsanteil von 44 Prozent. Die zahlreichen Aktivitäten sind in fünf Geschäftsfeldern zusammengefaßt mit folgenden Umsatzanteilen: Stahl und NE-Metallerzeugung: 12 Prozent, Energie- und Rohstoffe: ebenfalls 12 Prozent, Handel und Verkehr: 42 Prozent, Anlagenbau, Schiffbau und Waggonbau: 20 Prozent, Gebäudetechnik, Informationstechnik und Komponenten: 13 Prozent. Die Vielfalt dieser Aktivitäten hat sich im Konzernaufbau bewährt. Auch im konjunkturell schwierigen Jahr 1992/93 haben wir erfolgreich gearbeitet. Wie im Jahr zuvor haben wir auf das Grundkapital von 762 Milliarden DM eine Dividende in der Höhe von 20 Prozent ausgeschüttet.

Meine Damen und Herren! Es geht um die Zukunft des Industriestandortes Österreich — so der Gegenstand dieser Enquete —, und Sie haben sich das Ziel gesetzt, für Ihr Land ein Industriekonzept zu erarbeiten.

Diese Aufgabenstellung setzt Antworten auf zwei grundsätzliche Fragen voraus, und darauf möchte ich mich in meinem Vortrag beschränken: Die erste Frage: Welchen Anteil soll die Industrie im Verhältnis zu anderen Sektoren unter europäischen Bedingungen behalten? Und zweitens: Welche Branchen sind für Investoren auch künftig aussichtsreich im Wettbewerb Europas mit anderen Teilen der Welt?

**Referent Dr. Dieter Brunke**

Die modischen Antworten auf diese Fragen sind erstens: Der Trend geht in Richtung Dienstleistungsgesellschaft, und zweitens: Europa muß sich zu einer High-Tech-Schmiede für die Welt wandeln. — Diese gebetsmühlenartig immer wieder zu hörenden Antworten führen meines Erachtens zu einer falschen wirtschaftspolitischen Konzeption, nämlich zur unkritischen Förderung des tertiären Sektors und von High-Tech zu Lasten der traditionellen Industrien.

Mit meinen folgenden Ausführungen und Thesen möchte ich Ihnen diese kritische Sicht vorgeblich moderner industriepolitischer Konzepte nahebringen.

Die Betonung der wachsenden Bedeutung des tertiären Sektors führt in die Irre. Sie übersieht, daß Dienstleistungen, insbesondere kommerzielle Dienstleistungen, eine Basis brauchen. Und diese Basis ist und bleibt die Industrie.

Der Anteil der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt betrug 1992 in Westdeutschland 37 Prozent. 1970 waren es noch real 47 Prozent. Bei den anderen Sektoren handelt es sich vor allem um Handel und Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungen, Wohnungsvermietung sowie Dienstleistungen, und, nicht zuletzt, den Staat. Diese Struktur ist mit der der Nachbarländer in etwa vergleichbar.

Auf den ersten Blick scheint dies die These von der abnehmenden Bedeutung der Industrie zu bestätigen. Dabei wird jedoch vergessen, daß die Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes von 1970 bis 1992 absolut um real 35 Prozent stieg. Die Industrie schrumpft also nicht, sie wächst weiter, nur nicht so stark wie andere Sektoren. Deren Wachstum basiert jedoch auf der Anwendung technischer Innovationen aus der Industrie, gegenwärtig zum Beispiel der Geräte für den Mobilfunk mit der dahinterstehenden technischen Logistik der Service Provider. Die Industrie ist der Innovationsmotor, der den Dienstleistungssektor beschleunigt. Je kleiner der Anteil der Industrie am Gesamtprodukt ist, umso größer wird seine Bedeutung für den Dienstleistungssektor.

Das aber bedeutet, daß die übliche Frage ins Gegenteil verkehrt werden muß. Es geht nicht um eine Entscheidung zwischen Industrie und Dienstleistungen, die Frage kann nur lauten: Wie stark muß die Industrie gefördert werden, damit sich daraus zusätzliche Dienstleistungen entwickeln können?

Ein wirklicher Gegensatz zwischen Industrie und Dienstleistungen besteht nicht, zumal ein Teil der Dienstleistungen fern vom Endverbraucher nur Vorleistungsfunktion für die Industrie-

produktion hat, zum Beispiel die Kommunikationsdienste im internationalen Produktionsverbund.

Nur am Rande sei noch vermerkt, daß die Abgrenzung zwischen Ware und Dienstleistung in der Statistik zum Teil vage bleibt. Das gilt zum Beispiel für den Bereich der Autoreparatur, dessen Dienstleistungsanteil im industriellen Produktionsindex Eingang findet. Gleiches gilt für die Anarbeitungsleistungen in Stahlunternehmen. Auch die Beschichtung von Stahlblechen ist eine Dienstleistung, sie wird aber der Industrie zugerechnet. Wenn wir eine Funktion, zum Beispiel EDV, ausgliedern, zählt das dann zur Dienstleistung, was vorher Teil der Industrie war, aber die Arbeit ist natürlich die gleiche.

These 2: Die Fixierung auf High-Tech ist ein Irrweg. Industriepolitisch muß das Gesamtspektrum industrieller Aktivitäten im Auge behalten werden, da auch und gerade die traditionellen Industrien in hohem Maße Anwender und Nutzer von High-Tech sind. Sie steuern daher wesentlich den nutzungsorientierten Transformationsfluß von der High-Tech-Basiserfindung zur ökonomisch fundierten Innovation.

Die Suche nach besonders aussichtsreichen Investitionsmöglichkeiten hat zu manchem Branchen-Ranking geführt. Bis in die achtziger Jahre hinein expandierte die EDV-Technik besonders stark, anfangs mit Großrechnern, später mit PC-Systemen. Von dieser Erfolgsgeschichte ist zumindest im Hardware-Bereich wenig geblieben, und berühmte Unternehmen wurden zum Sanierungsfall.

Im Gegensatz dazu bestehen traditionelle Branchen erfolgreich weiter, und die Rezessionseinflüsse von 1992 und 1993 klingen ab. Der Erfolg beruht also nicht allein darauf, daß in Branchen investiert wird, die gerade im Mittelpunkt der Wertschätzung stehen.

Ähnliches gilt für die vielzitierten Schlüsseltechnologien. Dazu zählen unter anderem die Umwelttechnik, Verbundwerkstoffe, Telekommunikation, Verkehrsleitsysteme, Laseranwendungen, Automatisierung, besonders Robotik, automatische Sprach- und Mustererkennung und die Bioverfahrenstechnik, um die wichtigsten hier aufzuzählen.

Es fällt auf, daß die meisten dieser Technologien nicht neu sind und daß sie ihrerseits in hohem Maße von einer Basisinnovation, dem Microchip, abhängen. Die Wertschöpfung entsteht jedoch nur im geringen Maße im Chip, sondern vor allem durch dessen Anwendung.

Das gilt erst recht im Falle der Nutzung neuer Technologien in Branchen, die als herkömmlich

**Referent Dr. Dieter Brunke**

gelten, etwa Stahl, Kraftfahrzeuge, Maschinenbau. Dort sind durch Implementierung der Innovationen anderer Branchen fast ständig Qualitäts- und Produktivitätsfortschritte möglich, die vom gewohnten Endprodukt her nicht erwartet wurden. Fortschritte in der Metallurgie, etwa hochfeste Bleche mit geringerem Gewicht, wirken sich in weiten Bereichen der Wirtschaft aus.

Dieser Multiplikationseffekt, unternehmerisch genutzt, gestattet es, auch seit Jahrzehnten bestehende Branchen zu erhalten und fortzuentwickeln. Die meisten der uns in Europa vertrauten Branchen werden ihre Position im internationalen Wettbewerb deshalb behaupten, so etwa die Elektrotechnik, die Chemie, der Automobilbau, die Luft- und Raumfahrt sowie Maschinenbau, Stahl und Bauwirtschaft. — Dies ist eine Auswahl der im vielzitierten Buch von Henzler, dem deutschen Chef von Mc Kinsey, genannten Branchen.

Ein wichtiger Grund für diese Beharrungskraft bestehender Branchen ist die unabdingbare Orientierung an der Funktion der Produkte, das heißt am Kundennutzen. Ein Mangel an Wohnraum wird nicht durch Innovationen in der Ausstattung mit technischen Konsumgütern ausgeglichen. Oder: Die Freude der Menschen am Reisen mit dem eigenen fahrbaren Untersatz, zum Beispiel in Ihrem schönen Österreich, kann nicht durch die Betrachtung eines Fernsehbildes auf dem noch so modernen, hochauflösenden Bildschirm oder durch Telekommunikation ersetzt werden.

Hochtechnologie ist kein Wert an sich, sondern Basis oder Ergänzung für ein Produkt, dessen Nutzen der Abnehmer nachvollziehen kann. Wenn Produzenten diese Einsicht fehlt, kommt es zu einem teuren Overengineering und/oder zu übertriebener Produktdifferenzierung. Dadurch verschlechtert sich die Kostensituation des Herstellers, und das Unternehmen verliert seine Wettbewerbsfähigkeit. Das sind dann Managementfehler und nicht Branchenschicksale.

Die Suche nach besonders erfolgversprechenden Branchen, das heißt die zeitweilig — jedenfalls bei uns — hektisch betriebene Diversifikation, war in Unternehmen mit traditioneller Branchenstruktur häufig ein Fehlschlag. Die Diversifikation in völlig neue Gebiete führte nur zu Verlusten. In den Mittelpunkt einer Industriestrategie gehört primär die Optimierung der vorhandenen Wertschöpfungskette. Die damit zu erzielende Kostensenkung sichert die Weiterentwicklung des Bestehenden.

Mit dieser Politik hat zum Beispiel eine Gesellschaft meines Konzerns Erfolg, die in Westdeutschland so vertraute Produkte wie Heizkörper und Sanitärprodukte herstellt. Kostenführerschaft und gutes Design lassen auch

bei deutschen Kosten eine wirtschaftliche Fertigung zu. In dem durchrationalisierten Fertigungsprozeß ist der Lohnkostenanteil gering, und die weitere Expansion des Unternehmens gestattet es, Arbeitsplätze bei steigender Produktivität zu erhalten.

Keine Volkswirtschaft — ich wiederhole das — lebt von der Hochtechnologie allein. Sie ist stets nur ein Teil des Produktes, der Dienstleistung oder des Produktionsverfahrens. Mit dieser Einsicht hatte sich der deutsche Maschinenbau aus dem Tief zu Beginn der achtziger Jahre emporgearbeitet, und auch die aktuelle Krise wird von den leistungsfähigsten Anbietern gemeistert werden.

Wir von der Preussag nehmen diese Denkweise auch für den Schiffbau und den Waggonbau in Anspruch, solange die politischen Rahmenbedingungen es zulassen. Vom Qualitätsstandard her ist der deutsche Schiffbau wettbewerbsfähig. Es darf nur keine subventionsbedingten Verzerrungen wie beim Stahl geben.

Ich komme damit zu meiner nächsten These, die vor einem anderen, den bisherigen Ausführungen entgegengesetzten Irrweg warnen soll.

Erhaltungssubventionen, auch wenn sie nur und angeblich dem Abfedern industrieller Strukturumbrüche dienen sollen, sind ein Irrweg, weil sie a) internationale Kostennachteile auf Dauer nicht ausgleichen können und insofern volkswirtschaftlich verschwendet sind, weil sie b) die üblicherweise beabsichtigte Rettung von Arbeitsplätzen eben nicht leisten, jedenfalls nicht auf Dauer, und c) die Tendenz zur Verewigung in sich tragen.

Lassen Sie mich dies am Beispiel Stahl näher ausführen.

Mit einer konsequenten Unternehmenspolitik sollte es auch in Deutschland und im gesamten Europa möglich sein, Stahl wirtschaftlich zu produzieren und zu verarbeiten. Der nur konjunkturell bedingte Teil der Belastungen ließ und läßt sich durchhalten. Das Problem liegt nicht in der traditionellen Branche, sondern in der „Tradition“ der europäischen Stahlsubventionen. Überkapazitäten können auch auf relativ jungen Märkten eintreten. Das Problem des Stahls liegt nicht in einer durchgehend zu geringen Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber anderen Regionen — das gilt allenfalls für einfache Baustähle. Vielmehr ist es doch so, daß Europa hier zu seinem eigenen Problem wird.

Die Bemühungen der privaten Stahlindustrie, sich in Europa zu restrukturieren, sind von der Politik immer wieder durchkreuzt worden.

Noch im Dezember 1993, also vor wenigen Monaten, wurden unseren europäischen Wettbe-

**Referent Dr. Dieter Brunke**

werben bei der Ministerratssitzung der Europäischen Union weitere Subventionen in Höhe von 13 Milliarden DM zugestanden, ohne daß die Begünstigten in Italien und Spanien wirksame Beiträge zur Kürzung der Kapazitäten leisten. Die Diskussion über die Kapazitätskürzungen in Europa hält auch 1994 an. Erst im März hat die Europäische Kommission den Stahlherstellern mehr Zeit für Stilllegungen zugestimmt. Vor wenigen Tagen aber hat der zuständige EG-Kommissar die eigenen Bemühungen und die der europäischen Stahlindustrie um abgestimmte Kapazitätskürzungen als „Totgeburt“ qualifiziert.

Dieses Hin und Her zwischen Brüssel und den nationalen beziehungsweise regionalen Politinstanzen, das nicht erst seit gestern, sondern seit Jahrzehnten andauert, hat dem Ansehen der Stahlindustrie in der Öffentlichkeit großen Schaden zugefügt.

Herr Dr. Weissenberg! Sie werden sicher eine andere Interpretation dieses Vorganges haben. Ich füge aber gleich hinzu, um Ihnen das vorwegzunehmen: Die Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Bundesregierung ist bei diesem Thema wahrlich kein Musterknabe. Das Stichwort Eco-Stahl in Brandenburg haben Sie schon genannt.

Dieser von der Politik verursachte Lästigkeitswert hat meines Erachtens wesentlich zu dem schlechten Image der Stahlindustrie als überholte Schornsteinindustrie — so sagt man — beigetragen. Es wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Meine nächste These lautet daher:

Der Werkstoff Stahl hat unnachahmliche Eigenschaften, die auf absehbare Zeit ökonomisch nicht zu substituieren sind. Insofern ist und bleibt die Stahlindustrie eine zwar traditionelle, aber moderne Industrie mit einem spezifischen, unverzichtbaren Know-how.

Zum Beleg möchte ich an die von keinem anderen Werkstoff gleichzeitig erreichten hohen Ansprüche an Verformbarkeit, Festigkeit und Reparaturfähigkeit erinnern, die der Werkstoff Stahl scheinbar selbstverständlich erfüllt. Dabei wird häufig übersehen, daß diese Spitzeneigenschaften Produkt umfangreicher, von den Werken selbst finanzierter und durchgeführter Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist. Die Produktpalette des zu meinem Konzern gehörenden Stahlunternehmens besteht zu über 50 Prozent aus Qualitäten, die erst in den letzten fünf oder zehn Jahren entwickelt wurden.

Stahl erfüllt darüber hinaus vergleichsweise am besten den in unserer Zeit so wichtigen Anspruch an die Recyclebarkeit. Im Gegensatz zu anderen Werkstoffen, wie etwa Kunststoffen, bleibt Stahl auch nach dem Recyclen ein Werkstoff erster Wahl, der weiterhin für anspruchsvollste Anwen-

dungen genutzt werden kann. Aus Stahlschrott werden also zum Beispiel wieder neue Karosserien; recycleter Kunststoff ist dagegen nur für Einfachstprodukte, zum Beispiel Blumentöpfe, zu verwenden.

Die in Europa zweifellos vorhandenen Standortprobleme — dies ist von meinen Vorrednern schon deutlich gemacht worden — sind also, wie ich Ihnen am Beispiel der Stahlindustrie erläutere, zum Teil auch auf politische Interventionen und Rahmenbedingungen zurückzuführen. Eine der Ursachen für diese und andere Fehlentwicklungen ist der hohe Anteil der staatlichen Unternehmen in Schlüsselbereichen. Dies gilt für die Telekommunikation, die Elektrizitätsversorgung, die Gaswirtschaft, den Schienen-, Luft- und Straßenverkehr und eben die Stahlbranche. Japan und die USA betreiben zum Beispiel die meisten dieser Bereiche rein privat. Umso bedeutender sind in Deutschland die jüngsten Privatisierungen im Falle der Bahn und neuerdings der Lufthansa.

Darüber hinaus ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben mit rund 49 Prozent in Europa zu hoch, in den USA sind es 39 Prozent und in Japan 31 Prozent. Dadurch erklärt sich die höhere Flexibilität der außereuropäischen Regionen, wenn es um die Anpassung an geänderte Marktbedingungen geht. Dort wirkt der Markt, während Europa dazu neigt, dessen Regelungsmechanismus zu bremsen. Die Veränderung der Produktionsstruktur ist aber der unvermeidbare Preis für die Freiheit der Konsumenten, selbständig aus dem Angebot zu wählen; darauf wird keine der Regionen verzichten.

Spätestens hier besteht aber die Gefahr unzulässiger Vergleiche. Die europäische Infrastruktur hat einen hohen Preis, aber sie bietet viel — wer andere Kontinente bereist, weiß das. Westeuropa verfügt über Stärken, mit denen sich Kostennunterschiede rechtfertigen lassen. Wäre es nicht so, hätten wir längst erhebliche Teile unserer Fertigung an Osteuropa verloren. Davon kann jedoch keine Rede sein.

Der Außenhandelsaldo — hier sind nur Güter genannt — zwischen Gesamtdeutschland und den mittel- und osteuropäischen Reformländern ist durchaus positiv geblieben. Für Österreich gilt das ebenso. Gegenwärtig expandiert in Deutschland der Auftragseingang aus dem Ausland spürbar. Der vielbeschriebene Verlust der Wettbewerbsfähigkeit trifft also nur für Teilbereiche zu, gilt aber nicht generell.

Ich halte die Behinderung und Verzögerung der Anpassung des Produktionsapparates durch die Politik für gefährlicher als etwa die vielzitierten Unterschiede in den Arbeitskosten. Die Vergleichszahlen lauteten zum Beispiel 1992: EG: 20 Dollar in der Stunde; Japan: 16 Dollar in der

**Referent Dr. Dieter Brunke**

Stunde; USA ebenfalls 16 Dollar in der Stunde. Diese Unterschiede — 23 Prozent — sollten nicht überbewertet werden, da sie sich über die Wechselkurse schnell verändern können; die Aufwertung des japanischen Yen gegenüber der Deutschen Mark um 32 Prozent gegenüber 1992 zeigt dies deutlich. Auch die Kursrelation zwischen D-Mark und US-Dollar kann wieder heftiger schwanken.

Dagegen wird das extrem niedrige Niveau der Lohnkosten in Mittel- und Osteuropa auf absehbare Zeit ein nicht zu vernachlässigender Faktor im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze sein, denn die Lohnkosten betragen dort nur 1,2 US-Dollar je Stunde, während für Südostasien schon ein Wert von nahezu 5 Dollar je Stunde anzusetzen ist.

Die Antwort kann nicht eine Trendwende der westeuropäischen Lohnpolitik sein. Damit würde das innere Gleichgewicht gefährdet. Die Wettbewerbsfähigkeit in der Außenwirtschaft ist stets nur ein Themenkreis unter anderen. Unverzichtbar ist hingegen die Senkung der Lohnnebenkosten, die im Produzierenden Gewerbe in Deutschland, und zwar in Westdeutschland, auf 84 Prozent gestiegen sind. Damit und mit den sich auch weiterhin abzeichnenden Steigerungen werden wir — das gilt jedenfalls für Deutschland — große Schwierigkeiten bekommen.

Der größte Sündenfall — auch er ist schon genannt worden —, der aktuell bei uns hinzukommt, ist die Pflegeversicherung. Offenbar will man einfach nicht zugeben, welche Eigendynamik solche Systeme entfalten. Wenn die Anspruchsgrundlagen feststehen, werden sie auch genutzt. Beiträge von 1 Prozent beziehungsweise 1,7 Prozent werden sich nicht halten lassen. In den Niederlanden müssen dafür schon 7,5 Prozent der Arbeitskosten aufgebracht werden. Vor diesem Hintergrund ist die Frage einer Kompensation durch Streichung eines oder zweier Feiertage in Deutschland eine Illusion. Diese Politik kostet Wirtschaftswachstum und muß geändert werden.

Lassen Sie mich die Perspektive auf Gesamteuropa erweitern. Sie führt mich zu folgender, optimistischer Aussage:

Europas wirtschaftliche Stärke liegt in seiner produktiven Vielfalt, die hohe Qualitäten und Spezialitäten hervorgebracht hat, die weltweit erfolgreich und mit positivem Image vermarktet werden.

Die europäische Geschichte war geprägt von der Zerstrittenheit der Völker. Kein Kontinent wurde so stark durch Kriege in Mitleidenschaft gezogen und nirgendwo kam es so oft zu Zerstörung und Wiederaufbau wie in Europa. Die jetzt

endlich erreichte Einigung zur Europäischen Union ist dauerhaft, und dieser größte Wirtschaftsblock der Welt schickt sich erst an, seine Geschlossenheit zu nutzen.

Was für Europa spricht, ist unter anderem die Vielfalt hochwertiger Konsumgüter. Sie ist eine positive Konsequenz des historisch wenig einheitlichen Kontinentes mit zahlreichen nationalen Identitäten und einem entsprechend vielfältigen Güterangebot. Solange in Fernost vorwiegend europäische Markenartikel, die aus einem jeweiligen Nationalcharakter heraus entstanden sind, illegal kopiert werden, kann es um die Leistungsfähigkeit und Kreativität Europas nicht schlecht bestellt sein. Markenpiraterie bestätigt indirekt den Rang der Original-Anbieter. Manchmal ist eben das Produkt sein eigener Standortvorteil.

Gewachsen ist die hohe Produktqualität Europas durch Forschung und Ausbildung und nicht zuletzt auch aus dem vielgeschmähten Anspruchsdenken. Weil in Europa höchste Qualität verlangt und produziert wird, ist das Angebot am gesamten Weltmarkt gefragt. Wer — nicht zuletzt wegen hoher Ansprüche im eigenen Land — Kraftfahrzeuge baut, die dann auch weltweit Standards setzen und ein hohes Markenprestige begründen, der übersteht auch eine Rezession.

Das gilt nicht minder für Investitionsgüter und an solchen Gütern orientierte technische Dienstleistungen. Hohe Ansprüche an die Erhaltung der Umwelt führen zu einem fortschrittlichen Angebot an Systemen zum Schutz vor Verschmutzung und zur Sanierung von Altlasten im Hinblick auf Luft, Wasser und Boden. Was uns anfänglich aus Kostengründen Sorge bereitet, das eröffnet zunehmend Marktchancen in aller Welt. Die Industrie steht dem Umweltschutz heute überwiegend positiv gegenüber. Voraussetzung ist allerdings, daß das tatsächliche Gefährdungspotential realistisch abgeschätzt wird. Dem steht die in Europa allgemein anzutreffende Bürokratisierung entgegen, die zum Teil eine Folge der schon erwähnten Staatslastigkeit ist. In der übertriebenen Reglungsdichte besteht das Problem. Der größte Standortnachteil Europas ist seit langem der Zeitverlust bis zur Genehmigung eines Investitionsvorhabens. Dies gilt jedenfalls in eklatanter Weise für Deutschland.

Auf Österreich sehe ich eine besondere Rolle im integrierten Europa zukommen, nämlich seine Drehscheibenfunktion im Wirtschaftsaustausch mit Ost- und Südosteuropa. Schon im 19. Jahrhundert, in der Gründerzeit, war Wien das Bindeglied der sich in Österreich und seinen Nachbarländern etablierenden Industrien. Mit seinem traditionell guten Zugang insbesondere zur Tschechischen Republik und zu Ungarn entstehen für Österreich mit dem Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in den Reformländern

**Referent Dr. Dieter Brunke**

große Chancen, die für ganz Europa wichtig sind. Wir jedenfalls, der Preussag-Konzern, nutzen Wien seit langem als Basis für unsere geschäftlichen Beziehungen zu Österreichs östlichen und südöstlichen Nachbarländern, zum Beispiel im Stahlhandel, aber auch auf dem Transportsektor.

Die Beschreibung der österreichischen Chancen durch die Öffnung nach Osten ist keineswegs nur ein Akt der Höflichkeit. Die amtliche Statistik belegt bereits die positive Entwicklung. Österreich exportierte 1992 nach Ost-Mitteleuropa, und zwar nach Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn, 93 Prozent mehr als 1989. Zugleich stieg die Einfuhr aus diesen Ländern um 48 Prozent. Das sind stolze Zuwachsraten und Beleg für die entstehende neue Arbeitsteilung in Europa.

Die Strukturen ändern sich bei Ihnen und uns zu Lasten der arbeitsintensiven Tätigkeiten mit geringerer Produktivität, aber Unternehmertum besteht eben darin, mit Strukturveränderungen umzugehen, sie zu nutzen. Ich freue mich über das Ergebnis einer in Österreich durchgeführten Unternehmer-Befragung. Nach Ansicht von fast zwei Dritteln der Befragten überwiegen die Chancen der Ostöffnung. Gefährdet sind nur Grundstoffe und einfache Produkte. Mit zunehmender Veredelung der Erzeugnisse wachsen dagegen die Vorteile aus der wirtschaftlichen Integration Ost-europas.

Österreich kann darüber hinaus für sich in Anspruch nehmen, seine Standortbedingungen 1994 von der Steuerseite her wesentlich verbessert zu haben. Mit dem zweiten Schritt der 1989 begonnenen Steuerreform zur Entlastung der Unternehmen von ertragsunabhängigen Steuern hat Österreich die Gewerbeertragsteuer und die Vermögensteuern einschließlich Erbschaftssteuer-äquivalent abgeschafft. Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland sehe ich darin eine Vorbildfunktion.

Eine solche Politik trägt wesentlich zur Überwindung der Schwächen des europäischen Standorts bei. Wenn wir zusätzlich an der Weiterentwicklung unserer Stärken arbeiten, sollte uns um den Industriestandort Europa nicht bange sein. — Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)* 10.47

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Martin **Barstenstein**: Herr Dr. Brunke! Ich danke für Ihren Beitrag und ersuche jetzt Herrn Chris Brooks, Leiter der Abteilung für regionalpolitische Entwicklung in den OECD-Ländern, um seinen Beitrag „Soziale Sicherheit und permanente Weiterbildungsmöglichkeiten als Standortfaktoren für den Arbeitnehmer der Zukunft.“

**„Soziale Sicherheit und permanente Weiterbildungsmöglichkeiten als Standortfaktoren für den Arbeitnehmer der Zukunft“**

10.48

Referent Chris Brooks (OECD) *(in Übersetzung)*: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich bin sicher, daß die Kapazität der Parlamentarier, Informationen aufzunehmen, wirklich außergewöhnlich ist. Ich kann etwa nur eine Stunde lang Informationen aufnehmen, aktiv aufnehmen, und da jetzt schon seit einer Stunde und 30 Minuten gesprochen wird, fürchte ich, daß ich einige Dinge wiederholen werde. Ich werde die wichtigsten Aussagen, die hier bereits gemacht wurden, nochmals erwähnen, weil ich damit die Wichtigkeit dieser Aussagen betonen möchte. Ich werde aber auch einige kritische Punkte hier anmerken. Ich glaube, daß sich diese Punkte ergänzen und mit dem übereinstimmen, was meine Vorredner gesagt haben.

Herr Präsident! Vielen Dank für Ihre Einladung. Es ist für die OECD ein sehr günstiger Zeitpunkt, zu diesem Thema bei einer Versammlung wie dieser zu sprechen, denn wir haben gerade die erste Runde eines zweijährigen Forschungsprojekts abgeschlossen, bei dem wir uns mit der Frage befaßt haben: Wie kann man die Arbeitsplätze auf diesem hohen Niveau, das wir derzeit in der OECD haben, halten?

Ich möchte mich mit einigen wichtigen allgemeinen Aussagen beschäftigen und mit den Auswirkungen, die diese allgemeinen Thesen für den Rahmen, in dem wir Politik zu gestalten haben, haben.

Zuerst einmal möchte ich betonen — Sie wissen es natürlich, aber die OECD möchte Sie in Ihrer Überzeugung bestärken —, daß die Öffnung Ihrer Wirtschaft gegenüber dem Osten und Ihre mögliche Beteiligung an der Europäischen Union Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit Ihrer Wirtschaft haben werden.

Ich weise deshalb darauf hin, weil man oft denkt, daß dieser Prozeß der vermehrten Konkurrenz nur eine Reihe von Industriezweigen, eine gewisse Anzahl von Orten beeinflussen wird, und man glaubt, daß die Mittel der Strukturfonds, die Brüssel ausgezahlt werden, einen Ausgleich schaffen können. Aber diese Art von Veränderung wollen wir nicht. Die Öffnung Ihrer Wirtschaft, die Globalisierung, von der Herr Dr. Glatz gesprochen hat, bedeutet, daß Konkurrenz überall zu finden sein wird, alle Wirtschaftszweige beschäftigen wird, auch das kleine Geschäft an der Straßenecke. Daher ist es notwendig, daß wir das Problem grundlegend angehen.

**Referent Chris Brooks**

Wir können nicht nur für einen Industriezweig eine Logistik entwickeln. Ich glaube, daß wir aufgrund dieser Zunahme des Wettbewerbes unsere Zielsetzung ändern müssen. Wir müssen in die Zukunft schauen, wir müssen neue Geschäfte, neue Betriebe, neue Märkte schaffen, neue Produkte finden, aber auch neue Arbeitsplätze schaffen.

Eines der Tabus, die wir zerstören müssen, die unseren Gesellschaften aber derzeit noch dienlich sind, ist der Gedanke, daß ein Arbeitsplatz immer gegeben ist und bis in alle Ewigkeit besteht.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Verschwinden von Arbeitsplätzen, die Schaffung von neuen Produkten und das Verschwinden von Produkten hat ein ganz rasantes Tempo angenommen und wird aufgrund des internationalen Konkurrenzdrucks noch schneller werden. Das heißt, wir brauchen einen neuen Stellenwert für das Unternehmertum — ich werde auf dieses Thema gleich zu sprechen kommen. Das hat also Auswirkungen darauf, welche Unternehmenskultur und welche Kultur des Unternehmertums wir bei uns schaffen werden.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft das soziale Unterstützungssystem. Wir von der OECD möchten klar zum Ausdruck bringen, daß die sozialen Unterstützungssysteme, die wir derzeit haben, das Klima und die Zuversicht schaffen, daß sich Leute auf eine Veränderung einlassen. Wenn es diese sozialen Unterstützungssysteme nicht gibt, wenn die Turbulenz immer größer wird, dann nimmt auch die Unsicherheit immer mehr zu. Dies würde für die Wirtschaft und für die Arbeitsmärkte bedeuten, daß es die Leute ablehnen, den Arbeitsplatz zu wechseln. Das läßt sich sogar geographisch nachweisen.

In jenen Gegenden, in denen es keine effizienten sozialen Unterstützungssysteme, also kein soziales Netz, gibt, ist die Kapazität für die wirtschaftliche Entwicklung und für eine große Wertschöpfung in der Tätigkeit sehr gering. Das ist ein Mythos, auf den man hier zu sprechen kommen sollte.

Es gibt keine rasche Lösung für unsere derzeitigen Probleme betreffend die Arbeitslosigkeit, die sozialen Systeme helfen uns dabei nicht. Das Problem ist viel komplexer, Herr Glatz hat schon davon gesprochen. Es geht also um die Frage: Wie können wir diese Systeme dem Wesen nach verändern? — Darüber möchte ich hier sprechen.

Wenn Sie bezweifeln, daß soziale Unterstützungssysteme irgendeinen Wert haben, dann möchte ich Sie auf Japan verweisen. Ich stimme mit meinen Kollegen aus der Europäischen Kommission nicht überein. Ich würde vorschlagen, daß man in Europa, also dort, wo man gute Er-

fahrungen macht, diese Systeme kopieren und in die eigene Industrie übernehmen sollte — egal woher sie kommen. Man muß erkennen, wo die kulturspezifischen Merkmale sind. Ich glaube, daß es in Japan sehr gute Ansatzpunkte dafür gibt. Der soziale Schutz und die entsprechenden Systeme sind dort zwar nicht staatlich finanziert, aber der Gedanke an einen lebenslangen Arbeitsplatz und der Gedanke an die Versorgung beziehungsweise an die Kontrolle des Arbeitgebers über die Arbeitnehmer bedeuten letztlich effiziente soziale Systeme.

Das Unternehmerklima und die Frage, wie man das Sozialsystem reformieren kann, sind zwei Themen, die ich noch ansprechen werde.

Ich möchte aber vorerst eine Aussage, die Herr Brunke bezüglich der Bedeutung der Erzeugerbetriebe und der Erzeugerindustrie gemacht hat, unterstreichen. Das ist eine sehr wichtige Frage, vor allem im Hinblick auf die Arbeitsplätze. Daran kann man messen, daß der Multiplikator für die Schaffung von Arbeitsplätzen bei einem Arbeitsplatz in der Industrie viermal so groß ist wie der bei einem Arbeitsplatz im Dienstleistungssektor. Wenn man das nun gegenüberstellt und meint, daß die Erzeugerindustrie wichtiger sei als andere Bereiche, dann muß man dazu sagen, daß es sehr wichtig ist, daß man beides hat, also Dienstleistungen und Erzeugung. Beide Bereiche sind also sehr wichtig.

Ich darf das kurz erläutern und als Beispiel eine Firma heranziehen, die mir bekannt ist. Diese Firma heißt Levi Strauss und erzeugt Jeans, Lederwaren und diverse Freizeitkleidungen. Ich hoffe, daß kein Vertreter von Levi Strauss hier ist, denn ich muß sagen, daß es nichts Banaleres als diese Produkte, die diese Firma herstellt, gibt. Seit 100 Jahren werden Jeans hergestellt, das ist geradezu eine Legende. Wenn wir uns aber diesen Erzeugerbetrieb näher anschauen, dann werden wir erkennen, daß diese Firma eine hoch entwickelte Unternehmensstruktur hat.

Zum ersten werden 2 500 Produkte verkauft, denn so viele Arten von Jeans, Jacken et cetera gibt es.

Zweitens: Wie werden sie verkauft? — Vor zwei Jahren zum Beispiel wurde von Levi Strauss eine Kette von 500 Einzelhandelsgeschäften aufgekauft. Man hat diese Geschäfte umgewandelt, und sie können jetzt die Tendenzen, die man auf dem Freizeitmarkt vorfindet, kontrollieren, überwachen und verfolgen, damit die Vorräte, die sie früher in ihren Geschäften hatten, entsprechend umstrukturiert werden können. Diese Vorräte, dieser Bestand an Waren, den man in den Einzelhandelsgeschäften findet, sind sehr kostspielig und stellen einen hohen Wert dar, denn sie werden zum Teil im Ausland produziert. Sie wollten

## Referent Chris Brooks

damit auch ihre Erzeugungsstruktur verbessern und somit die Kosten des Inventarbestandes reduzieren. — Ich könnte über diese Firma noch sehr lange sprechen.

Worum geht es hier im wesentlichen? — Es geht hier um ein Unternehmen, das auf einem sehr hohen Sachwissen aufbaut. Dieses Unternehmen ist hochintelligent, auch wenn das Produkt an sich sehr banal ist. Das heißt, daß die Erziehung eine sehr große Rolle spielt. Warum erzähle ich das? — Ich möchte damit eigentlich nur die Wichtigkeit der Erzeugerindustrie betonen.

Ich möchte noch sagen, daß ich diesen Punkt immer wieder anspreche, weil wir uns in Europa zu leicht aufgeben. Sogar bei der Textilindustrie glauben viele — auch viele Banken glauben das —, daß die Textilindustrie in Europa keine Zukunft hat. Und das ist, glaube ich, nicht der Fall.

Auf diese beiden Fragen, nämlich das Unternehmensklima und die Unternehmenskultur, möchte ich jetzt ein wenig eingehen. Eine solche fehlt uns nämlich in den meisten Ländern Europas. Vielleicht ist das in Österreich nicht der Fall, ich kann das nicht beurteilen.

Als Ausgangspunkt dafür möchte ich Adam Smith nehmen, der ein Landsmann von mir ist. Er hat ein Buch über den Reichtum der Nationen geschrieben. Wenn er das Buch heutzutage in Edinburgh zu schreiben hätte, würde er den Titel des Buches wahrscheinlich verändern, es würde wahrscheinlich „Reichtum der Regionen“ heißen.

Er meint, daß die Vorteile der Konkurrenz dadurch bestimmt werden, daß es hohe Technologien gibt, daß gewisse Regionen Vorteile haben, daß es Know-how gibt, daß es entsprechende Infrastrukturen gibt, daß es eine saubere Umwelt geben soll und daß unser Besteuerungssystem fair und stabil ist. All das sind Faktoren, die nicht unbedingt mit nationalen Grenzen gleichzusetzen sind. In vielen Ländern gibt es vielerlei Regionen innerhalb des Staatsgebietes. Manchmal herrscht diese Konkurrenz auch innerhalb der einzelnen Regionen, und Gebiete sind zum Teil auch grenzüberschreitend. Mein Ansatzpunkt: Wir müssen jetzt viel mehr an Regionen denken und nicht zu sehr an Staatsgebiete. Die Regionen sind nämlich die Zentren, die Wettbewerbsvorteile haben. Es sind nicht Nationen, die Wettbewerbsvorteile haben.

Zweiter Punkt: Wir müssen auch begreifen, daß der Prozeß der Schaffung von Arbeitsplätzen und des Verschwindens von Arbeitsplätzen, daß diese Turbulenzen sehr schnell vor sich gehen, Firmen werden gegründet und verschwinden wieder vom Markt — und das mit einer rasanten Geschwindigkeit! Dieses Tempo der Turbulenzen — ich glaube, in Österreich kennt man das, Schum-

peter hat das schon diagnostiziert — muß unter den gegenwärtigen Umständen verstärkt werden, denn wir versuchen, uns sehr rasch anzupassen, weil wir in unserem Konkurrenzkampf neue Partner haben.

Das heißt, man muß vorausschauen. Man darf sich nicht an der Vergangenheit orientieren. Ich habe gestern im Fernsehen zwei Diskussionen darüber gehört, wie viele Arbeitsplätze verlorengehen werden, wenn in den nächsten Wochen in Österreich bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Ich glaube, das zeigt ganz deutlich, welche Gefahren bestehen. Niemand denkt daran, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden oder entstehen können, und niemand denkt an die Prozesse, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Man denkt immer nur an Prozesse, die bestehende Arbeitsplätze schützen.

Der nächste Punkt, den ich unterstreichen möchte, ist, daß die Unternehmenskultur sehr wichtig ist, wenn die Rolle der Öffentlichkeit und der Politik steigen soll. Ich habe vor sechs oder sieben Jahren mit Friedman gemeinsam ein Buch geschrieben. Meine Sorge war der Einfluß eines sehr wichtigen Geschäftsindex, der von einer bestimmten Firma herausgegeben wird. Diese Firma hat 50 Staaten der USA nach ihrer Anziehungskraft für die Industrie bewertet.

Im wesentlichen sah die Beurteilung folgendermaßen aus: Die Staaten, die niedrige Löhne hatten, in denen es keine Gewerkschaften und fast keine gesetzlichen Regelungen gab, waren jene, in denen die Industrie am raschesten wuchs.

Leider Gottes ist diese Analyse der Zahlen nicht im Einklang gewesen mit den Schlußfolgerungen. Es wurde die Zahl der Arbeitsplätze, die in jenen Gegenden, die diese Merkmale nicht haben, tatsächlich geschaffen wurden, angeführt. Wenn ich von Schaffung von Arbeitsplätzen spreche, dann meine ich natürlich Arbeitsplätze, die auch eine Wertschöpfung mit sich bringen. Also ich habe mir diese Liste angeschaut und einige Aspekte gefunden, die dazu beitragen, ein Unternehmensklima zu schaffen. Ich lade Sie ein, darüber nachzudenken. Vielleicht können Sie diese Werte ebenfalls in Ihre Wirtschaft hier in Österreich einbinden.

Der erste Punkt ist eine saubere Umwelt. Denken Sie daran, wo Microsoft seine Betriebe hat, nämlich nicht in einer schmutzigen Industriegegend, sondern in einer sehr freundlichen Umgebung. Moderne Betriebe, auch moderne Fertigungsbetriebe, verursachen nicht die Umweltverschmutzung wie noch vor einem Jahrhundert oder vor mehreren Jahren. Das heißt, man braucht eine saubere Gegend, in der man gerne



**Referent Chris Brooks**

arbeiten möchte. Damit werden auch die Leute hingezogen, die dort arbeiten und auch wohnen sollen.

Man braucht eine stabile und faire Besteuerung. Fair und stabil — beides. Das bedeutet nicht unbedingt eine niedrige Besteuerung. Die Firmen wissen und verstehen schon, daß Steuern zu bezahlen sind. Was Unternehmer aber nicht verstehen, ist, daß in manchen Regionen es so schlecht ist. Man braucht eine gewisse Dichte an höheren Bildungseinrichtungen, also Universitäten müßten in größerer Zahl vorhanden sein ebenso wie Forschungsinstitute. Diese müssen aber zugänglich sein und müssen den neuen Unternehmen offenstehen.

Da, glaube ich, müssen wir alles tun, was in unserer Macht steht, um den Austausch zwischen Akademikern an den Universitäten, Forschern und der Geschäftswelt zu fördern, denn sie alle tragen dazu bei, daß Geschäft entsteht.

Man braucht also strategische Partnerschaften. Das bedeutet, daß die Regierung, aber auch die Geschäftswelt zusammenarbeiten. Oft läßt sich nur gemeinsam etwas erreichen. Das heißt, daß die öffentlichen Behörden zum Teil auch das Risiko ihrer privaten Partner übernehmen müssen. Das heißt, daß der Staat, die Regierung nicht mehr ein Polizist ist, der immer aufpaßt, sondern ein Partner, der auch dabei helfen muß, Kapital zur Verfügung zu stellen, zum Teil Venture-Kapital für die Gründung neuer Betriebe.

Das Arbeitsklima muß positiv sein, vor allem im Hinblick auf die Gewerkschaften, es sollte aber auch fördern, daß Menschen bereit sind, den Arbeitsplatz zu wechseln und diesen Übergang gerne auf sich zu nehmen. Man braucht eine größere, eine breitere, eine umfassendere Schicht der Unternehmer. Der durchschnittliche Angloamerikaner mit 35 Jahren, der in Harvard die Universität absolviert hat — normalerweise auf der Titelseite von „Business-week“ —, sieht ja sehr hübsch aus, aber davon haben wir nicht genug. Wir brauchen mehr Menschen, wir brauchen eine größere Bevölkerungsschicht, die Unternehmer werden wollen.

Ich denke vor allem an das Potential von Frauen als Unternehmer. Ich glaube, daß sie die wichtigste Quelle und der wichtigste Grund für die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Vereinigten Staaten sind. Viele Arbeiter wollen selbständig werden. Es gibt viele Möglichkeiten dafür, und diese Möglichkeiten sollten wir ausbauen.

Das heißt, wir brauchen sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene eine breite Unternehmerschicht. Damit Sie verstehen, wie dynamisch das System ist, möchte ich folgendes sagen: Schauen Sie sich die Liste der 500 Firmen von

„Fortune“ für das Jahr 1993 an. Darauf stehen die größten Firmen, die es gibt. Sie werden feststellen, daß auf dieser Liste, seitdem sie herauskommt — das sind jetzt schon 40 Jahre —, alle zehn Jahre etwa 75 dieser Betriebe neu sind, das heißt, daß 75 Firmen von dieser Liste verschwinden — sie sind ganz einfach nicht mehr unter den führenden 500 — und 75 neue Firmen dazukommen.

Auch bei sehr großen Firmen stellt man diese Auswirkungen fest. Diese Dynamik ist auch bei den großen Firmen gegeben, und diese Dynamik ist bei den mittleren und bei den kleinen Betrieben noch viel größer. Aber auch bei den großen Firmen finden wir diesen dynamischen Prozeß. Das bedeutet, daß wir den Menschen helfen müssen, mit diesem Prozeß fertig zu werden.

Zur Frage der sozialen Unterstützungsnetze, der sozialen Netze. Natürlich sind sie sehr wichtig, aber es gibt viele Umstände, für die sie nicht mehr geeignet sind. Sie haben natürlich die Verantwortung, das österreichische Volk zu beraten. Ich glaube, es geht aber auch um die Ausgabe von staatlichen Mitteln.

Schließlich möchte ich auch darauf eingehen, daß es um eine Ungleichheit zwischen den Generationen geht. Was also die öffentlichen Ausgaben für die sozialen Netze angeht, so haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg in fast allen Ländern miterlebt, daß es zu einem Rückgang bei den Ausgaben für Investitionen, aber zu einem absoluten Anstieg der Transferzahlungen gekommen ist.

Viele europäische Länder haben im wesentlichen das gleiche Niveau der öffentlichen Ausgaben wie noch vor 15 oder 20 Jahren, aber die Zusammensetzung dieser öffentlichen Ausgaben hat sich verändert. Wir haben die Transferzahlungen angehoben, denn das ist sehr bequem. Damit kann man Nachfrage und Angebot makroökonomisch managen. Ich sage oft meinen Kollegen, die sich mit der Sozialpolitik beschäftigen, daß mit den Transferzahlungen zumeist die allgemeine Nachfrage befriedigt werden soll. Ich glaube, das ist sehr weit verbreitet.

Wir sehen eines der Elemente, das dafür verantwortlich ist, daß wir von unseren sozialen Systemen so abhängig sind. Das sieht man in allen westlichen Ländern. Man verläßt sich zu sehr auf diese Transferzahlungen, auf diese Unterstützungen, auf das soziale Netz. Wenn Sie sich Ihr eigenes Land und die Entwicklung in den letzten 150 Jahren anschauen, dann werden Sie erkennen, daß die größten Fortschritte in der Sozialpolitik, die von der Öffentlichkeit erzielt wurden, von den Investitionen angekurbelt wurden. Als erstes möchte ich zum Beispiel die Wasserqualität nennen. Das zweite ist das Kanalisationsnetz. Das

## Referent Chris Brooks

dritte wäre ein öffentliches Postsystem, dann die Massentransportmittel, die Untergrundbahnen, die Verkehrsnetze, die Straßennetze, die öffentlichen Bibliotheken und so weiter und so fort. Die Liste ist sehr lang. All das sind Investitionsgüter, und sie alle hatten große soziale Auswirkungen.

Wir müssen uns jetzt aber wieder mit den öffentlichen Investitionen auseinandersetzen und damit, wie eigentlich unsere Möglichkeiten, die Wirtschaft zu fördern, ausgehöhlt werden. Wir müssen in das Wissen, in die Erziehung und in die Schulung investieren. Das ist aber sehr schwer zu quantifizieren. Das sind Dinge, die man nicht angreifen kann, sie haben eher einen symbolischen Wert. Aber diese Bereiche müssen wir unterstützen. Das sind strategische Investitionen für die Weiterentwicklung, und wir dürfen nicht dahingehend verfallen, Einkommenstransfers vorzunehmen. Das sind keine echten Investitionen in die Ressourcen der Menschen, damit sie mit dem Wandel, der Platz greift, fertig werden. Ich glaube, das ist wahrscheinlich noch viel wichtiger als die absolute Größe dieser Zahlen.

Eine weitere Frage, die ich noch ansprechen möchte, ist die Frage der Ungleichheit zwischen den Generationen. Sie in Österreich werden sich damit in den nächsten 20 Jahren auseinandersetzen müssen. Das wird sehr große Auswirkungen auf Ihre Fähigkeit haben, in der Weltwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben.

Wir haben eigentlich noch nicht zur Kenntnis genommen, daß die Lebenserwartung in unseren Ländern auf 80 Jahre angestiegen ist. Das heißt, wir haben eine 15 Jahre höhere Lebenserwartung. Das heißt, heute erben Menschen, die 55 Jahre alt sind, die schon ein gewisses Vermögen, ein Haus und auch hohe Pensionsansprüche haben, von ihren Eltern Geld, die 20 oder 25 Jahre älter sind als sie. Ich würde sagen, das ist eine Massenbewegung. Wenn man dieses Phänomen analysiert und sich die Zahlen anschaut — das gilt vor allem für Österreich —, dann stellt man fest, es gibt einen großen Transfer von Vermögen an Menschen, die nicht mehr auf dem Arbeitsplatz zu finden sind, die konservative Konsumenten, die keine Unternehmer sind. Diese werden immer mehr, man findet sie in immer größerer Zahl.

Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die im aktiven Leben und vor dieser Ungleichheit in der Vermögensverteilung stehen. Diese haben diese riesigen finanziellen Aufgaben für die Zukunft zu tragen. Sie müssen die Pensionen bezahlen für diese immer mehr werdenden Menschen, die Pensionen brauchen. Sie müssen auch die Umwelt wieder reparieren, rehabilitieren, und das wird in den nächsten 30, 40 Jahren sehr viel Geld kosten, auch wenn man dabei die gigantischen Kosten,

die das allein schon in Osteuropa kosten wird, nicht berücksichtigt.

Das heißt, wir bewegen uns in eine Richtung, in der das Gleichgewicht zwischen dem Zugang zur Macht und Vermögen gegen jene Menschen gerichtet ist, von denen wir erwarten können, daß sie Unternehmer sind, daß sie produzieren, daß sie neue Märkte schaffen und daß sie neue Arbeitsplätze schaffen.

Ich möchte Sie also bitten, darüber nachzudenken, daß es eine ungleiche Basis gibt. Das ist nicht sosehr eine Frage der Klassensysteme, sondern zunehmend eine Frage der Ungleichheit der Generationen. Wenn wir den jungen Menschen nicht die Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie die Arbeit für uns machen können, dann werden wir in der Zukunft nicht mehr sehr lange von unserer Konkurrenzfähigkeit sprechen. Wir müssen diesen Menschen die Mittel zur Verfügung stellen!

Herr Präsident! Es tut mir leid, ich habe fünf Minuten zu lange gesprochen. Es tut mir auch sehr leid, daß ich nicht Deutsch zu Ihnen gesprochen habe. Ich darf mich noch einmal bedanken, daß ich die Möglichkeit hatte, hier zu Ihnen zu sprechen. — Danke. (*Beifall.*) 11.16

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Martin **Bartenstein**: Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen, Herr Brooks.

Ich darf nun den Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin bitten, zum Thema „Aktive Industriepolitik als Erfolgsfaktor für eine ökologische Modernisierung“ zu sprechen. — Herr Professor, bitte schön.

### „Aktive Industriepolitik als Erfolgsfaktor für eine ökologische Modernisierung“

11.17

Referent Professor Dr. Martin **Jänicke** (*verdeutlicht seine Ausführungen an Hand von Folien*): Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß es die Aufmerksamkeit erhöht, wenn ich Ihnen die Probleme anhand von Folien erläutere.

Ich möchte Ihnen in der gebotenen Kürze der Zeit darlegen, warum die Umweltfrage in der Standort-Debatte und in der industriepolitischen Debatte immer wichtiger wird. Es gibt dafür zwei Argumentationsstränge. Der eine kommt von der Umweltpolitik und den Defiziten, die die herkömmliche Umweltpolitik langfristig aufweist, und der zweite Argumentationsstrang kommt von der Wirtschaftspolitik.

Das erste ist, daß langfristig gesehen die Umweltpolitik in Wachstumsprozessen, so wie sie bis jetzt betrieben worden ist, nämlich als End-of-

**Referent Professor Dr. Martin Jänicke**

pipe-treatment, vor dem Problem steht, daß wir „endkurvenförmige“ Entwicklungen haben. Es gibt einen Anstieg, einen Rückgang und dann wieder einen Anstieg. Innerhalb von 20 Jahren ist in der Regel der Wiederanstieg, und dann ist er schon relevant. Das ist das eine.

Das zweite ist, daß klassische End-of-pipe-Umweltpolitik in der Regel nur ein kleines Segment der Umweltprobleme, die vorhanden sind, anspricht. Denken Sie an ein Kohlekraftwerk oder Kohlestrom als Produkt, an die Öko-Bilanz von Kohlestrom. Heute gibt es eine perfekte Entstaubung, Entstickung und Entschwefelung, aber wir lösen damit keinerlei Probleme im Bereich der Rohstoffgewinnung. Denken Sie an Braunkohle in Ostdeutschland; das ist ein großes Problem. Denken Sie an die Transportprobleme, die damit verbunden sind. Denken Sie an den enormen Wasserverbrauch eines Kohlekraftwerks. Zwei Drittel des Wasserverbrauchs in Deutschland gehen in die thermischen Kraftwerke. Wir haben Abfallprobleme, Flächenprobleme und so weiter.

Auch hier ist der klassische End-of-pipe-Umweltschutz, wie wir ihn bisher betrieben haben, sehr begrenzt. Es wurde bereits angesprochen, daß natürlich auch die Ansprüche an Umweltqualität steigen. Die Umweltqualität ist immer mehr zum Standortfaktor geworden.

Das ist der Grund, warum aus ökologischer Sicht die Variante ökologische Modernisierung, also technische Effizienzsteigerung in den Produktionen, als Faktor der Umweltentlastung wichtiger ist als die Variante, die in der Regel danach kommt, die darin besteht, daß umweltintensive Industrien in ihrer Bedeutung zurückgeführt werden.

Ich darf das an einem Beispiel verdeutlichen. Ich wähle das Beispiel Japan, nicht um zum wiederholten Male einen Modellfall Japan vorzustellen, sondern um einen sehr weit entwickelten Fall zu benutzen, um bestimmte Dinge zu verdeutlichen.

Wir haben in meinem Institut alle 32 Industrieländer untersucht. Japan ist eben ein sehr ausgeprägter Fall, an dem man viele Probleme verdeutlichen kann. Sie sehen am Beispiel der SO<sub>2</sub>-Verringerung in diesem Land (*Folie*) — Verringerung von 1974 bis 1986 —, daß der dort betriebene, sehr massive End-of-pipe-Umweltschutz in Form eines massiven Einsatzes von Entschwefelungsanlagen nicht mehr erreicht hat als diese Reduzierung. Eine weitere Reduzierung ist durch bessere Brennstoffe, Gaseinsatz, schwefelarme Heizöle und so weiter erreicht worden. Der größte Block ist durch ökologische Modernisierung — ich nehme gleich diesen Begriff —, durch Energieeinsparung, durch technische Energieeinsparung vor allem in den Industrien, erreicht wor-

den. Schon jetzt ist diese Entlastungsvariante die wichtigste. Die letzte Reduzierung ist durch den Bedeutungsverlust der energieintensiven Industrien in Japan erreicht worden, die in der Regel auch immer umweltintensiv sind.

Ziehen wir die beiden Begriffe „ökologische Modernisierung“ und „Strukturwandel“ in Betracht, dann kann man auch anhand der Entwicklung der japanischen Industrie in bezug auf andere Entwicklungen aufzeigen, daß die ökologische Modernisierung in den Industrien, der technische Fortschritt in den Industrien, Effizienzsteigerungen bei Rohstoffeinsatz, Materialeinsatz, Wassereinsatz und so weiter als Faktor der Umweltentlastung heute eine besondere Bedeutung haben, und zwar die größere im Vergleich zum Bedeutungsverlust umweltintensiver Industrien.

Hier sehen Sie das Gesamtwachstum der Industrien (*Folie*), da die Veränderungen in den Branchen, in dem Fall bezogen auf Energieverbrauch, Endenergieverbrauch, speziell Stromverbrauch, Wasserverbrauch und Flächenverbrauch. Am Beispiel der japanischen Chemieindustrie kann man sehen, daß sie sogar ein überproportionales Wachstum, aber einen rückläufigen Energieverbrauch hatte, und dieser rückläufige Energieverbrauch ist natürlich eine Umweltentlastung, ein Gratisseffekt des Umweltschutzes, der über den klassischen End-of-pipe-Umweltschutz hinausgeht.

Sogar beim Stromverbrauch gibt es fast keinen Zuwachs seit 1971. Das muß man mit der Stromintensität etwa der deutschen Chemieindustrie oder der Chemieindustrie fast aller Industrieländer vergleichen. Dann stellt man fest, sie haben eine überproportional gewachsene Stromentwicklung gehabt. Da hat es fast nicht zugenommen — übrigens als Folge von hohen und progressiv steigenden Strompreisen auch für die Industrie. Das war eine Folge von Kapazitätsengpässen.

Der Effekt war etwas, was man sich auch als Modell ansehen kann, nämlich eine sehr starke industrielle Bruttowertschöpfung, ein starkes Wachstum der Wertschöpfung, bei weitgehender Entkopplung, sehr weitgehender Entkopplung der ökologisch relevanten Inputfaktoren. Also der Energieverbrauch verläuft unten. (*Folie*). Der Wasserverbrauch ist seit Ende der siebziger Jahre konstant geblieben. Der Rohstoffverbrauch war zehn Jahre lang konstant und ist dann wieder angestiegen. Konstant ist er übrigens seit 1980 auch in Deutschland; in Österreich hat er immer noch zugenommen.

Wir haben auch beim Bodenverbrauch eine Stabilität der Industrieproduktion, bezogen auf die Industrie, und analog zum Rohstoffverbrauch ist auch das Abfallaufkommen entkoppelt gewesen. Wir haben viele Länder, in denen das über-

**Referent Professor Dr. Martin Jänicke**

proportional wächst — unter anderem als Folge von Umweltschutz. Der End-of-pipe-Umweltschutz transformiert das Problem in der Weise, daß in der Regel zusätzlich Abfälle und Sonderabfälle entstehen. — Das war in Stichworten der umweltpolitische Strang, der zu ökologisch orientierter Industriepolitik führt.

Ich halte den wirtschaftspolitischen Strang für viel wichtiger. Da gibt es zunächst einmal das schlichte Phänomen, daß sich heute eine entwickelte Volkswirtschaft der Tatsache stellen muß, daß ökologische Modernisierungen und Effizienzsteigerungen aller Art natürlich als Wettbewerbsdimensionen ergeben haben, daß bei Produkten und Anlagen neue Kriterien, Effizienzmerkmale, denen man gerecht werden muß, entstanden sind.

Aber viel wichtiger, meine Damen und Herren, scheint mir zu sein, daß heutzutage mehr denn je umweltintensive Industrien unter Druck geraten. Ich möchte Ihnen zeigen, unter wie vielen Aspekten dies heute geschieht — im Gegensatz zu früher. Wir haben zunächst einmal das Problem der Abfälle, die Engpässe der Entsorgung, nicht nur bei Sonderabfällen, sondern generell. Diese kommen hinzu zu Flächenproblemen, die insbesondere in Ballungsräumen bestehen, sie kommen hinzu zu der wachsenden Transportbelastung insbesondere bei materialintensiven Produktionen.

Wir haben eine veränderte Umweltberichterstattung als weiteren Druckfaktor. Wenn Sie der Europäischen Union beitreten, werden Sie freiwillig ein Umwelt-Audit für die Industrieunternehmen haben. Diese Freiwilligkeit ist faktisch ein Zwang unter Wettbewerbsbedingungen. Diese „informationelle“ Steuerung hat meiner Ansicht nach eine unglaubliche Bedeutung — nach allen Erfahrungen, die man umweltpolitisch heute mit Instrumenten, mit „informationellen“ Instrumenten gemacht hat.

Die Kriterien, über die da berichtet werden muß, betreffen Material- und Energieintensität, Abfall und so weiter. Das sind Dinge, über die berichtet werden muß, über die im Wettbewerb berichtet werden muß, die nicht nur der Konsument, sondern auch der Wettbewerber kennt, und der jeweils beste wird natürlich Maßstäbe setzen. Dieses heißt wiederum für umweltintensive Vorlieferanten, Lieferanten solcher Industrien, daß sie die Leidtragenden sind.

Der nächste Punkt: Es gibt heute nahezu auf allen Stufen der Produktion eine umweltbewußte Nachfrage. Das fängt mal an als Diskussion über den Staat. Der Staat sollte seine Nachfrage ändern. Es zeigt sich, daß der Handel viel wichtiger ist.

Der Handel hat längst einen Wettbewerb um umweltfreundliche Produkte begonnen. Der deutsche Konzern Hertie zum Beispiel hat gemeinsam mit einem Umweltverband 3 500 Produkte aussortiert, weil sie umweltbeeinträchtigend sind. Vergleichen wir diese Steuerungsleistung mit potentieller staatlicher Steuerung, dann sehen wir, daß heute ganz andere gesellschaftliche Interventionsfaktoren Bedeutung erlangt haben und daß das Setzen auf den Staat und die Sicherheit, die man da hat, heute nichts mehr hilft. Aus der Ökonomie selbst kommen Steuerungseffekte, die auf umweltintensive Industrien negativ wirken oder Anpassungszwänge schaffen. Das gilt auch für die Unternehmen selbst. Beim Handel gibt es das, und auch bei Unternehmen gibt es das.

Ich habe gerade eine Umfrage von skandinavischen Betrieben gesehen, in der 25 Prozent der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sagen, daß sie ihrerseits ihre Vorlieferanten ökologisch evaluieren. Manche haben ein Informationssystem für ihre Vorlieferanten, mit dem sie die Umweltfreundlichkeit der Produktion ihres Vorlieferanten, ihres Zulieferers bewerten. Sie können daraus ersehen, daß aus der Ökonomie selbst Steuerungseffekte gewaltigen Ausmaßes und gewaltiger Intensität entstehen, bei denen immer der Zulieferer, das umweltintensive Unternehmen — in der Regel die Grundstoffindustrien — die Leidtragenden sind.

Also es gibt eine Entwicklung, daß sich der Käufer heute zu Lasten des Lieferanten ökologisch profiliert. Letzterer in der Kette sind die Grundstoffindustrien. Das heißt, man muß industriepolitisch dem Rechnung tragen, daß Anpassungsprozesse gewaltigen Ausmaßes nötig werden. Ich will die anderen Punkte jetzt nicht näher ausführen. Natürlich gibt es auch Effizienzsteigerungen der Produktionen, die diesen Effekt haben. Je teurer Rohstoffe oder Abfälle werden, desto mehr wird natürlich der Druck entstehen, wiederum die Nachfrage bei den Ressourcen zu reduzieren.

Wir haben eine Tendenz der Steuerpolitik, die dahin geht — wiederum am meisten in den skandinavischen Ländern. Dänemark hat eine Steuerreform durchgeführt, laut der umweltbelastende Produktionen deutlich verteuert werden und gleichzeitig der Faktor Arbeit entlastet wird. Das ist eine Tendenz, die sich auch in der Europäischen Union abzeichnet. Wir führen eine wissenschaftliche Debatte, und es gibt einen Konsens unter Umweltwissenschaftlern, und zwar unter den regierungsnahen Umweltwissenschaftlern, nicht den Umweltschützern, einen Konsens, daß eine radikale „Entmaterialisierung“ der Produktion nötig ist, nicht nur Nullwachstum, der Inputfaktoren, sondern Herunterfahren. Da ist die

**Referent Professor Dr. Martin Jänicke**

Rede von 90 Prozent Reduzierung des Materialeinsatzes und ähnlicher Dinge, und das wird ökologisch begründet.

Das heißt, dieser Druck muß von der Wirtschaftspolitik, weil er sich faktisch schon institutionalisiert hat, vergegenwärtigt und berücksichtigt werden. Wirtschaftspolitik steht zunehmend industriepolitisch vor der Frage, ob sie Industrien, die ökonomisch und ökologisch problematisch geworden sind, weiterhin subventioniert und auf einem bestimmten Produktionsniveau hält, und zwar subventioniert auf Kosten der angepaßten und der modernen Industrien, ober ob sie in den Wandel investiert. Insoweit, denke ich, ist eine ökologisch orientierte Industriepolitik schwer zu vermeiden.

Lassen Sie mich noch an einem Beispiel zeigen, wie sich der Druck auswirkt. Wir haben in allen Industrieländern untersucht, wie sich die umweltintensiven Industrien entwickelt haben. Deutschland ist ein mittlerer Fall, Japan und Schweden wären eher positive Beispiele. Auf der Folie sehen Sie ein mittleres Beispiel (*Folie*).

In der Mitte haben Sie die Wertschöpfungsentwicklung: Inlandsprodukt. Wir haben eine typische Entkopplung seit der Ölkrise bei Stahl, Zement und Düngemittel. In Österreich kommt noch die Aluminiumindustrie hinzu, die sich auch entkoppelt hat, die in letzter Zeit rückläufig ist und deutlich zurückgeht, jedenfalls Hüttenaluminium.

Wir haben in Deutschland wie in vielen anderen Ländern ein starkes Wachstum moderner umweltintensiver Industrien zu verzeichnen. Die Chlorproduktion, die Papierproduktion, Aluminium, Elektrizität, Gütertransport auf der Straße, Pestizidproduktion wären einige Beispiele, und es gäbe noch viele weitere.

Man kann sehen, daß sich diese Produktionen weiterentwickelt haben, aber in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Opfer eines öffentlichen Diskurses wurden, der heute etabliert ist und dem, wie gesagt, Rechnung getragen werden muß. Sie sehen hier bei der Chlorproduktion einen Rückgang. Die Chlorindustrie ist sehr eindeutig Opfer dieser Tendenz, daß sich heute so ziemlich jeder auf Kosten solcher Industrien ökologisch profilieren möchte. Wo immer möglich, wird man Chlor im Handel, im verarbeitenden Gewerbe ausschließen. Die Wirkung kann man hier sehen: Die Kurve ist in den letzten Jahren weiter zurückgegangen.

Die gleiche Situation haben wir bei den Pestiziden. Wir haben vermutlich sogar bei der Stromproduktion diesen Effekt. Das geht in der Bundesrepublik zurück und ist in den letzten Jahren auch weiter zurückgegangen. Wir haben ja eine

Diskussion über Stromeinsparung, über Effizienzsteigerung im Zusammenhang mit der CO<sub>2</sub>-Debatte, und die durchaus nicht gerade umweltfreundliche Industrie der Elektrizitätserzeugung ist von dieser Debatte auch betroffen. Das sind die Probleme.

Ich würde gerne noch eine Bemerkung machen zur Frage der Chancen, die sich damit verbinden. Wir sehen immer nur die Nachteile solcher Entwicklungen — mit denen muß die Industriepolitik natürlich auch umgehen —, aber positiv ist natürlich zu sehen, daß in dem Maße, wie sich Produktivitätsphilosophien auf den Ressourcenverbrauch konzentrieren, weniger auf den Arbeitsinsatz, auch Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt eintreten. Auch wenn sie vielleicht keine Patentlösung darstellen, sind doch Wirkungen zu erwarten.

Die Tendenz zur ökologischen Steuerreform in Europa, die den Faktor Arbeit entlastet und den Ressourcenverbrauch verteuert — am stärksten, wie gesagt, in Dänemark —, dürfte hier Auswirkungen haben. Wir haben seit 200 Jahren immer den Faktor Arbeit eingespart, die Rationalisierungsstrategien haben sich darauf konzentriert, und beim Ressourcenverbrauch, den wir reichlich zu verzeichnen haben, gibt es erhebliche Möglichkeiten. Lassen Sie mich das kurz am Beispiel Japans zeigen.

Da wurde schon in den siebziger Jahren bilanziert, wie die Arbeitsproduktivität gesteigert wurde: a) über die Einsparung von Arbeit und b) über die Einsparung von Ressourcen, Material und Energie. Die Autoindustrie beispielsweise hat in diesem kurzen Zeitraum ihre Produktivität um 30 Prozent erhöht — die eine Hälfte der Produktivitätssteigerung erreichte sie über die Einsparung von Material und Energie und die andere Hälfte nur über die Einsparung von Arbeitskräften. Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie hatte die Ressourcenproduktivitätssteigerung größere Bedeutung als die Arbeitsproduktivitätssteigerung. Was den Bereich der Chemie, den elektrotechnischen Maschinenbau und die Nichteisen-Metallindustrie betrifft, kann man auch sagen, daß es diesbezüglich hohe Anteile gibt.

Ich denke, in diese Richtung, die schon vor-exerziert ist und mit der wir schon empirische Erfahrungen in einem Land haben, wird die Entwicklung gehen und gehen müssen, und darin sind auch beschäftigungspolitische Chancen zu sehen. Sie sind weiters natürlich darin zu sehen, daß neue Märkte entstehen in Bereichen ökologisch angepaßter Produktionen und Produkte, die diese Effizienzrevolution mitmachen.

Beschäftigungsmöglichkeiten sind auch zu sehen in neuen Dienstleistungen. Es wurde zu Recht betont, wie wichtig Industrie in bezug auf

**Referent Professor Dr. Martin Jänicke**

Dienstleistungen ist. Modernste und hochentwickelte Industrien und Produkte erfordern nun einmal besonders viele Dienstleistungen und Informationen und einen entsprechenden Input. Also in den Bereichen Entwicklung, Forschung, Beratung, Leasing, Reparatur, Wartung und so weiter sind bei dieser Entwicklung neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erkennen.

Es ist auch lokale Beschäftigung auf diesem Wege möglich. Das betrifft insbesondere ländliche Räume. Interessanterweise ist sogar die eingesparte Ressource eine lokale Ressource. Wenn sie lokal eingespart wird und mit Arbeit verbunden war, ist sie eine lokal produzierte Ressource, wenn man so will. Eingesparte Energie, Abwärme, Umgebungswärme, ganz abgesehen von Wind- und Solarenergie und ähnlichen Sachen, sind lokale Energien.

Viel wichtiger finde ich übrigens, wenn man Wind und Sonne hernimmt, den Boom, der heute bei Biogasanlagen besteht, insbesondere in Dänemark, aber auch in Schwellenländern. Es gibt unglaubliche Zuwachsraten beim Einsatz von Biogasanlagen, weil sie eine hocheffiziente Form sind, bestimmte, sehr problematische Abfälle zu entsorgen, Schlachthausabfälle zum Beispiel, die sehr schwierig zu entsorgen sind. Es handelt sich dabei um einen Rohstoff, der vom Lieferanten bezahlt wird — ein seltener Fall —, und es werden daraus Wärme und Elektrizität erzeugt, und man hat dann einen Dünger, der im Vergleich zu Gülle und ähnlichem den Vorteil hat, daß er aus medizinischer Sicht, was die hygienischen Aspekte betrifft, völlig akzeptabel ist. Lokale Beschäftigung ist also in diesem Bereich ebenfalls denkbar.

Mein letzter Punkt: urban-type-industries. Ich bin ebenfalls der Meinung, auch aus ökologischen Gründen, daß die Abwanderung von Industrie aus Ballungsräumen, die in der Regel auch eine Abwanderung in andere Länder ist und mit einer Entindustrialisierung verbunden ist, in vielfältiger Hinsicht ein Problem ist, ökologisch ein Problem deshalb, weil der Innovationsdruck, der in hochentwickelten Ballungsräumen besteht, dann nicht mehr besteht und weil Industrien dann in Regionen und Räumen produzieren, wo auch die Innovationskapazitäten geringer sind. Wenn ein Ballungsraum wie Wien oder Berlin die Industrie hält, heißt das, daß sich die Industrie vor Ort sehr stark innovieren muß, und man hat dort die Forschungskapazitäten und die entsprechende Ausbildung, um Anpassungsprozesse auch möglich zu machen.

Urban-type-industries, das sind die Industrien, mit denen eine tragfähige Entwicklung möglich ist. Ich denke, das langfristige und weltweit verallgemeinerbare und tragfähige Modell von industriellem Wohlstand wird in den Ballungsräumen produziert — oder es wird nie produziert. Ich

denke, auch das ist eine Aufgabe für eine ökologisch orientierte Industriepolitik. — Danke schön. (*Beifall.*) 11.37

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Martin **Bartenstein**: Ich danke auch Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Jänicke, sehr herzlich für Ihre Ausführungen und darf jetzt Herrn Dr. Wilfried Vossen von Plant Location International ersuchen, seine Studie betreffend „Entscheidungskriterien zur Standortauswahl für Europa aus der Sicht internationaler Unternehmungen“ zu präsentieren. — Bitte, Herr Dr. Vossen.

**„Entscheidungskriterien zur Standortauswahl für Europa aus der Sicht internationaler Unternehmungen“**

11.38

Referent Dr. Wilfried Vossen (Plant Location International — *in Übersetzung*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Guten Morgen! Herr Brooks hat Ihnen schon aufgezeigt, daß man eine Stunde aufmerksam zuhören kann, vielleicht auch eineinviertel Stunden. Das ist äußerst erstaunlich, denn Forschungsergebnisse an der Universität Brüssel haben ergeben, daß man überhaupt nur acht Minuten aufmerksam zuhören kann. 70 Prozent der männlichen Zuhörer wenden sich dann eher sexuellen Interessen zu. Ich weiß, daß Sie alle einen wunderbaren Morgen hatten, und ich werde daher versuchen, Herr Präsident, mich auf zweimal acht Minuten zu beschränken.

Ich bin der Geschäftsführer einer Firma, die sich Plant Location International nennt. Wir sind ein privates Unternehmen. Wir beraten Firmen darüber, wo sie ihren Standort wählen sollen, wo sie ihre Betriebe ansiedeln sollen. Was ich Ihnen jetzt vortrage, ist nicht das, was ich glaube, sondern das, was mir meine Klienten sagen, daß sie tun.

Zum ersten möchte ich Ihnen etwas über mobile Investitionen erzählen. Mobile Investitionen bedeuten nicht, daß der Standort jährlich oder alle zwei Jahre gewechselt wird. Mobile Investitionen bedeuten vielmehr, daß man eine Auswahl bezüglich der Standortwahl hat. Man muß sich nicht irgendwo ansiedeln, weil eben eine große Marktnähe gegeben ist oder weil es einen direkten Zugang zu den Rohmaterialien gibt. Wenn man nur ein Produkt zu verkaufen hat und wenn dieses eine Produkt sehr schwer oder unmöglich zu transportieren ist und wenn es nur einen Kunden gibt, dann gibt es keine Standortauswertung, dann ist es ganz gleich, welche Politik Sie verfolgen. Man wird eben nur einen Standort neben dem Kunden wählen.

Es gibt ja immer dieses Paradoxon: Wo ist der Markt, und wie steht es mit der Marktnähe? Ich

**Referent Dr. Wilfried Vossen**

möchte über jene Projekte sprechen, wo es eben eine gewisse Wahlmöglichkeit bezüglich der Betriebsansiedlung gibt. Wie wird das gemacht? Man beginnt mit einem sogenannten green-field-investment, auf der grünen Wiese. Ich möchte Ihnen jetzt meine Erfahrungen bezüglich Unternehmensübernahmen und der grünen Wiese mitteilen.

Ich weiß, daß Politiker Investitionen sehr große Aufmerksamkeit schenken, aber noch wichtiger sind der Technologietransfer, der Know-how-Transfer und auch das direkte Einkommen seitens der Regierung aufgrund des Standortes. Bei den Investitionen, die wir heute tätigen, kann man sagen, daß sie sehr kapitalintensiv sind und der Arbeitsanteil nicht mehr so groß ist. Der Durchschnittswert, obwohl es nie Durchschnitte gibt, bewegt sich zwischen 1 500 und 500 Dollar, und die Beschäftigtenzahl variiert von 150 über 800 bis 3 000. Das kommt eben ganz auf das Projekt an. Meistens liegt die Beschäftigtenzahl in der Größenordnung von 850. Der Multiplikatoreffekt kommt natürlich auch zum Tragen. Ich habe leider darüber keine Zahlen.

Ich möchte Ihnen eine Vorstellung darüber geben, welche Projekte wir derzeit bearbeiten, welche Investitionen gemacht werden und wohin sie fließen. Ich habe die Zahlen für Ihr Land leider nicht. Wir sprechen hier nicht von Hunderten verschiedenen Investitionen, sondern von ungefähr Dutzenden Investitionen pro Jahr. Ich möchte Ihnen jetzt einen kurzen Überblick über die Investitionsentscheidung seitens der Unternehmung geben, und dann möchte ich Ihnen noch erläutern, was das für Ihr Land bedeutet.

Was ich Ihnen hier zeige — es ist vielleicht zu klein gedruckt —, sind natürlich keine vollständigen Listen; alles wird nur angerissen. (*Der Redner zeigt Overhead-Folien.*) Was machen Sie also, wenn eine Firma einen Betrieb ansiedeln will? Der erste Schritt ist: Sie definieren das Projekt mit allen technischen Eigenschaften: Was brauchen wir in bezug auf Personal, auf Gebäude? Wie schaut es mit den Rohmaterialien aus? Wie sieht es mit der Ökologie aus? Und so weiter. Die technische Beschreibung des Projektes umfaßt meistens 30 bis 40 Seiten.

Was sind die kritischen Aspekte in dieser Definition? Wenn es keine Übereinstimmung gibt zwischen dem, was wir wollen, und dem, was wir bekommen, dann ist das Projekt zum Scheitern verurteilt. Wenn man zum Beispiel 60 000-Tonnen-Schiffe braucht, um das Ganze zu transportieren, und diese nicht vorhanden sind, gibt es ein Problem. Wenn man besondere Fähigkeiten seitens der Arbeiter braucht und es diese nicht gibt, dann wird es wieder kein Projekt geben.

Was sind also nun die kritischen Aspekte? Je nach Projekt gibt es natürlich verschiedene Kombinationen. Es gibt also hier kein Allheilmittel, man kann nicht sagen, das sind die kritischen Aspekte. Die wechseln natürlich. Das kann sich im menschlichen Bereich bewegen, das kann natürlich Forschung und Entwicklung sein, das kann die Infrastruktur sein, was immer. Also es gibt immer eine Kombination von Faktoren, die hier zum Tragen kommen.

Zum ersten müssen wir uns fragen: Wo finden wir einen Standort, wo es eine Übereinstimmung gibt zwischen den technisch-kritischen Dingen und dem, was man uns anbietet? Es gibt hier wirklich keinen Kompromiß. Wenn Sie als Land, als Region diese kritischen Punkte für ein Projekt nicht anbieten können, dann werden Sie automatisch von der Liste gestrichen.

Nun zum zweiten Schritt — und dieser zweite Schritt vollzieht sich übrigens gleichzeitig mit dem dritten Schritt —, zur Wirtschaftlichkeit, zum Geld. Wieviel muß die Firma in Ihr Land investieren, und wieviel kostet es, um den Betrieb in Ihrem Land, in Ihrer Region, Subregion, Gemeinde zu führen? Wie sieht es mit den Investmentkosten, mit den Kosten für Grund und Boden, Gebäude, Geräte, Kapital und so weiter und mit den Subventionen aus? Sie haben die Investitionskosten auf der einen Seite und die Betriebskosten auf der anderen Seite. Natürlich wird man bei diesem zweiten Schritt die Cash-flow-Analyse und die Investmentanalyse anwenden. Sie wollen einfach wissen, wie Sie das Geld, das Sie investieren, wieder zurückbekommen können.

Nun zum dritten Schritt, zu den Betriebsbedingungen. Wie ich schon sagte: Der erste Schritt ist der technische Schritt, der zweite Schritt befaßt sich mit dem Geld, und beim dritten Schritt, der sich gleichzeitig mit dem zweiten vollzieht, geht es um die Betriebsbedingungen. Es geht also um den permanenten Vergleich zwischen Betriebsbedingungen und Kostenfaktoren. Übrigens: Die zehn wichtigsten Ansiedlungsfaktoren sind hier aufgezählt — wir haben sie in Gesprächen mit 4 000 unserer Kunden herausgefunden. Ich weiß nicht, ob Ihnen das sehr viel sagt, denn man spricht hier von den verschiedensten Industrien und Sektoren. Arbeit, Qualität und Kosten sind unter den ersten zehn Faktoren zu finden. Die Arbeitskosten, die Produktivität, das soziale Klima und so weiter stehen sehr weit oben auf der Liste. Es gibt natürlich auch die Infrastruktur und die Steuern, die man hier berücksichtigen muß. Ich möchte mich nur ganz kurz auf dieses eine Kapitel konzentrieren, und ich werde ein paar Kostenstrukturen aufzeigen, nicht alle.

Zum Kostenvergleich. Was Sie natürlich wissen wollen, ist: Wo sind Sie konkurrenzfähig?, denn Sie konkurrieren ja mit dem Rest der Welt, und

**Referent Dr. Wilfried Vossen**

deshalb konkurrieren Sie auch mit Regionen, die weit entfernt sind, aber Sie wollen natürlich auch wissen, was um Sie herum vorgeht, und das ist ja das Aufregende, denn jetzt wurde der Osten geöffnet, und Sie haben auch noch Westeuropa als Partner. Sie sehen hier also einige vergleichende Zahlen bezüglich der Betriebsstättenkosten. Die Zahlen von Österreich sehen Sie hier links — im Vergleich mit Zahlen von einigen anderen Regionen in Westeuropa. Was den Vergleich bei den Energiekosten betrifft, fällt dieser Vergleich für Sie äußerst günstig aus. Hier sehen Sie den Vergleich betreffend die Arbeitskosten, und da wird es interessant. Die Arbeitskosten für bestimmte Kategorien unterscheiden sich natürlich; das Unternehmen interessiert sich natürlich nicht für die Löhne, sondern für die Arbeitskosten insgesamt. Außerdem fällt der Vergleich für Sie auch nicht so schlecht aus.

Dann haben Sie noch die Körperschaftsteuer — wieder sehen Sie hier das Ergebnis. Die horizontalen Vergleiche bedeuten natürlich gar nichts, sie sind wertlos, denn der wirkliche Vergleich ist der integrierte Vergleich, wo sich das Unternehmen fragt: Was bedeutet das für mich, für meine spezifische Investition? Ich habe Ihnen einige Fälle mitgebracht, zum Beispiel medizinische Geräte betreffend.

Was sehen Sie hier auf dieser Folie? Sie haben hier einen Vergleich von verschiedenen Rentabilitätsindizes. Der Rentabilitätsindex sagt aus, wieviel Geld man mit seinen Kostenstrukturen verdienen kann, im Verhältnis zur Investition. Wenn Sie hier einen Rentabilitätsindex von 2,99 haben, dann bedeutet das, daß Sie in zehn Jahren ungefähr dreimal die ursprüngliche Investition zurückbekommen werden. — 1,8 ist die Zahl für Deutschland. Also dieser Rentabilitätsindex für dieses Projekt zeigt, wie hoch Österreich für diese spezifische Investition im Preis steht. Also das betraf jetzt diagnostische medizinische Apparate.

Hier sehen Sie noch die Indizes für Autoteile, für Nahrungsmittel und für Konstruktionskräne und ihre Montage. Natürlich kann man aus diesen vier Fällen keine Schlußfolgerungen ziehen, auch keine Schlußfolgerungen auf Sektorbasis. Branchenvergleiche funktionieren hier einfach nicht. Man kann also daraus keine Schlußfolgerungen ziehen, aber es zeigen sich hier doch einige Indikatoren.

Hier geht es nur um die Preisgestaltung. Sie sind sehr attraktiv, was die Kostenstruktur betrifft, viel attraktiver als die großen Nachbarn. Es zeigt sich jedoch, daß einige Mitbewerber bessere Kostenstrukturen haben. Das ist natürlich kein Desaster, denn man muß ja auch die Qualität und die Betriebsbedingungen berücksichtigen. Es wäre jedoch äußerst klug, weise und auch interessant, zu kontrollieren, wie man diese Position ver-

bessern könnte, sodaß man wirklich Nummer eins wird in bezug auf Attraktivität für ausländische Investitionen.

Sie können sich noch an den Vorgang erinnern? Wir sprechen über mobile Investitionen. Es gibt bei den technischen Fragen keine Kompromisse. Die technischen Dinge müssen so angeboten werden, wie man sie braucht. Dann geht es um die Wirtschaftlichkeit und die Qualität. Über die Qualität werde ich heute nicht sprechen, aber ich habe über die wirtschaftliche Seite und über die Kompromisse, die zu schließen sind, gesprochen. Und so wird dann auch die Investitionsentscheidung gefällt.

Nun muß man sich auch verkaufen — und das ist an sich ganz einfach. Man spricht mit den Japanern, mit den Amerikanern, mit den Deutschen und sagt ihnen: Schauen Sie doch, was wir Ihnen alles anbieten können! Investieren Sie doch bei uns! Ich weiß, daß Sie das sehr wohl machen. — Sie sehen hier einen Vergleich zwischen Frankreich, Irland, den Niederlanden und Ihnen, es geht darum, wie Sie sich im Ausland verkaufen. Sie haben hier die verschiedenen Zielsektoren, die Geographie, aber unten rechts sehen Sie auch die Budgets, die in den einzelnen Ländern eingesetzt werden, um das Land als Investitionsstandort zu verkaufen.

Ich darf Ihnen einige Zahlen hier anführen. In Irland — ich habe Irland absichtlich eingefügt, ich weiß, daß das, was da derzeit geschieht, ein Overkill ist — werden über 30 Millionen ECU dafür investiert. Ich habe das alles in ECU umgerechnet, denn wenn Sie dann Mitglied der EU sind, werden Sie auch mit ECUs operieren müssen. Also 30 Millionen werden in Irland dafür investiert.

Die Niederlande ist ein viel kleineres Land. Wie sieht es da aus? — 6 Millionen ECU werden hier investiert. Was Frankreich betrifft, haben wir zwar kein Budget, aber wir wissen, daß ungefähr 100 Leute Frankreich als Standort zu verkaufen versuchen. In Österreich beträgt das Budget dafür nur 2,2 Millionen ECU, und nur elf Leute und vier im Ausland versuchen, Österreich als Standort zu verkaufen.

Es ist also ganz unmöglich, hier genauso erfolgreich zu sein wie die Konkurrenten, ganz gleich, wie gut das Produkt und wie gut der Preis sein wird. Ich glaube, das sollten Sie sich hier genau ansehen, nämlich wie sich die Konkurrenz im Vergleich zu Ihnen im Ausland verkauft. Sie sollten natürlich auch Ihre Zielmärkte genau kennen. Sie sollten auch die richtigen Informationen zur Verfügung haben, und natürlich sollten Sie auch einen Verkaufsstab und eine Organisation haben, die zumindest genauso groß sein sollte wie die der Konkurrenz.



**Referent Dr. Wilfried Vossen**

Was ist nun wichtig das Produkt betreffend? Erstens die Infrastruktur, zweitens die Bildung und die Ausbildung. Es ist erstaunlich: Wenn ein Lehrer, der vor hundert Jahren gelehrt hat, heute unterrichten würde, dann wären keine großen Veränderungen festzustellen. Bei den Ärzten wäre das jedoch ganz anders. Die Ärzte der Jahrhundertwende würden die Welt heute überhaupt nicht mehr erkennen. Das heißt, wir müssen das Bildungssystem ändern. Es geht einfach nicht an, daß die Universitätsprofessoren nur an der Universität unterrichten — sie müßten auch mit der Wirtschaft in engem Kontakt stehen.

Sind Sie auch sicher, daß Sie die richtigen industrial estates zur Verfügung haben? Heute will man etwas ganz anderes, was Industrieparks und so weiter betrifft. Wie sieht es mit dem Zeitrahmen aus? Wie schnell kann eine Entscheidung getroffen werden bezüglich Lizenzen, Regionalplanung und so weiter? Was die Preisgestaltung betrifft, muß man versuchen, die Konkurrenz der verschiedenen Anreize aufzuzeigen. Ich glaube, Sie könnten, was die Anreize betrifft, etwas innovativer und etwas phantasievoller vorgehen.

Um mit Ihren Nachbarn konkurrieren zu können, müssen Sie natürlich Ihre Arbeitskosten genau überwachen. Das ist wieder sehr paradox, denn das alles ist sehr kapitalintensiv, aber bei den Arbeitskosten gibt es viel Konkurrenz.

Was die Steuersituation betrifft, haben Sie sehr große Fortschritte gemacht, aber zusätzlich zur Körperschaftsteuer fehlen jene Steueranreize, die es in anderen Ländern gibt. Das sollten Sie sich auch noch einmal genau überlegen.

Kurz gesagt: Ich glaube, daß einige Dogmas fallen werden müssen und daß man sich bemühen muß, das Produkt „Österreich“ noch konkurrenzfähiger zu gestalten. Vergessen Sie eines nicht: Wichtig ist es, sich richtig zu verkaufen. Ein Verkaufsbudget ist nicht einfach ein Budget, sondern eine Investition. — Ich danke Ihnen. (Beifall.) 11.59

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Martin **Bartenstein**: Vielen Dank, Herr Vossen, für diese sehr ermutigenden, zum Teil aber auch kritischen Anmerkungen bezüglich Österreich.

**„Die Schaffung neuer hochwertiger Arbeitsplätze“**

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Martin **Bartenstein**: Ich erteile Charles Spring zum Thema „Die Schaffung neuer hochwertiger Arbeitsplätze“ das Wort. Bitte, Herr Spring.

12.00

Referent Charles **Spring** (ehemaliger stellvertretender Staatssekretär, Washington, Labour Department — *in Übersetzung*): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist für mich eine große Ehre, hier zu Ihnen sprechen zu können, denn die lebendige Vitalität jeder Demokratie hängt von Parlamenten wie dem Ihren ab. Hier wird die sehr schwere Arbeit geleistet, die manchmal sehr einsam sein kann, hier werden Ideen ausgeheckt, hier werden Reformen vorgeschlagen und Diskussionen in Gang gesetzt, und diese Aufgaben sind sehr wichtig in jedem Industrieland, wenn es hochentwickelt ist, vor allem dann, wenn man vor großen Problemen mit den Arbeitskräften steht.

Natürlich werde ich Ihnen nicht sagen, was Sie in Österreich machen sollen. Ich möchte Ihnen nur ganz einfach sagen, was wir in den Vereinigten Staaten tun, und ich hoffe, daß Sie einige der Elemente für Ihre Diskussion und für Ihre Arbeit nützlich finden.

In den Vereinigten Staaten ist das Problem die Qualität der Arbeitsplätze, nicht die Menge der Arbeitsplätze, denn es werden Arbeitsplätze geschaffen, aber viele davon sind Substandardarbeitsplätze. In den letzten 16 Monaten sind in der amerikanischen Wirtschaft, in der Privatindustrie, mehr als 2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden; das ist doppelt so viel wie in den davorliegenden vier Jahren.

Das heißt, es gibt wieder neue Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten, aber nicht jeder hat Arbeit gefunden. Denn: Wann immer Arbeitsplätze neu geschaffen werden, werden damit nicht unbedingt entsprechende Löhne und Gehälter bezahlt. Mehr als 8 Millionen Amerikaner haben noch immer keine Arbeit, und weitere 4 Millionen haben eine Teilzeitbeschäftigung, wollen aber eigentlich eine Ganztagsbeschäftigung.

Akademiker, also Amerikaner mit Universitätsausbildung, verdienen allmählich mehr, aber die restlichen 75 Prozent des Arbeitskräftepotentials verdienen immer weniger. Etwa 16 Prozent der Arbeitskräfte mit Ganztagsjobs verdienen nicht genug, um eine vierköpfige Familie über die Armutsgrenze zu heben. In Europa hingegen sind in den letzten zwei Jahrzehnten die Löhne und die Gehälter um mehr als 50 Prozent gestiegen, aber neue Arbeitsplätze wurden nur zu einem Drittel der Zahl geschaffen wie in den Vereinigten Staaten. Es gibt also in Europa gute Arbeitsplätze, aber nicht genug. In Amerika gibt es viele Arbeitsplätze, aber nicht sehr gute.

Müßten wir also in den hochentwickelten Industrieländern die diabolische Wahl treffen zwischen mehr Arbeitsplätzen und guten Arbeits-

## Referent Charles Spring

plätzen? Diese Frage ist provokativ, sie verschleiert aber ein sehr grundlegendes Problem: Die Probleme des Arbeitsmarktes sind unterschiedlich in den einzelnen Ländern, ihr Ursprung ist aber zumeist gleich. Ganz einfach ausgedrückt, kann man sagen, daß es in jedem hochentwickelten Industriestaat auf der Welt zu einer ungeheuren Verlagerung gekommen ist beim Bedarf an Arbeitskräften: Man braucht Arbeitskräfte, die hochentwickelt sind, die hohe Qualifikationen haben; diese bekommen auch einen guten Lohn oder ein gutes Gehalt. Arbeitskräfte mit geringen Qualifikationen haben aber zu kämpfen, damit sie durchkommen.

In den letzten 15 Jahren ist es in den hochentwickelten Industrieländern zu einer Veränderung gekommen, die an die Wurzeln ihrer Existenz gegriffen hat. Es ist eine Revolution gewesen, die wir eigentlich seit der Industrierevolution nicht mehr erlebt haben. Damals, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, ist die Landwirtschaft eigentlich zur Seite geschoben worden. In der Wirtschaft herrschte nach dem Zweiten Weltkrieg die routinemäßige Massenproduktion. Firmen haben damit verdient, daß sie immer mehr Produkte zu immer niedrigeren Stückkosten machen konnten, und Größenvorteile, „economies of scale“, waren die Antriebskraft bei der Organisation der Arbeit und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine Zeitlang hat das ganz gut funktioniert, vor allem in den Vereinigten Staaten. Diese Wirtschaft, die große Volumina erzeugte, schuf Millionen von Mittelklassearbeitsplätzen. Dadurch gab es Konsumenten, die die Produkte kaufen konnten, die von diesen Arbeitskräften erzeugt wurden. Zumeist hatten diese Menschen eine sehr geringe Ausbildung, sie mußten ganz einfach nur eine gewisse Routinearbeit auf ihren Arbeitsplätzen erbringen.

Diese alten Systeme gibt es aber nicht mehr, sie sind verschwunden. Der internationale Handel und vor allem die neuen Technologien haben die Grundfesten erschüttert und haben Organisationsprinzipien zerstört. Die geringen Produktionskosten hängen nicht mehr von Größenvorteilen ab. Man kann sagen, daß allein in den Vereinigten Staaten 25 Millionen von insgesamt 90 Millionen Arbeitsplätzen in der Fertigungsindustrie verschwunden sind. Diese werden nie wieder neu geschaffen werden. Das ist natürlich eine sehr große strukturelle Verlagerung.

Mit Computern kann man heutzutage Produkte und Dienstleistungen maßgeschneidert dem Kunden anbieten und sich den entsprechenden Kundenwünschen anpassen. Das heißt, es gibt keine Größenvorteile mehr, es gibt keine Economies of scale, statt dessen gilt nun das Gesetz von Gordon Moore, dem Gründer der Intel Corporation. Er sagt, daß sich alle 18 Monate die Kapazität

von Mikroprozessoren verdoppelt und daß das nur halb soviel kostet. Auf Grund dieser Entwicklung haben wir nun auf jedem Schreibtisch einen Computer, der die Kapazität und das Potential eines Großcomputers hat. Die Wirkungen dieses Gesetzes sind natürlich durch die ganze Wirtschaft hindurchgegangen. Zum Beispiel wurden 1990 nur 18 Prozent der typischen Aufgaben in einem Automobilwerk von Ford vom Computer gesteuert. 1994 beträgt der Anteil 82 Prozent. Das typische in den Vereinigten Staaten gebaute Auto besteht heutzutage aus 675 US-Dollar an Stahl und 782 US-Dollar an Microelektronik.

Die mächtigen Computer sind mit rasantem Tempo vernetzt worden. Zwischen 1989 und 1993 ist der Anteil der Computer in den Vereinigten Staaten, die zu Netzen zusammengeschlossen sind, von weniger als 10 Prozent auf mehr als 60 Prozent angestiegen. Das Ergebnis ist, daß riesige Summen Geld und riesige Mengen an Information in riesiger Geschwindigkeit um die Welt transportiert werden, indem man ganz einfach eine Taste am Computer betätigt. Die digitale Revolution höhlt die nationalen Grenzen viel rascher aus, als wir es uns je vorstellen konnten.

In einer Welt, in der Daten und Kapital so frei beweglich sind, hängt der Wettbewerbsvorteil eines Staates von der Ressource ab, die immer gleichbleibt: den Arbeitskräften, ihren Fähigkeiten, ihren Möglichkeiten und ihrer Kapazität für Innovation.

Damit bleibt den Regierungen eine doppelte Verantwortlichkeit. Die Regierungen müssen den Arbeitskräften dabei helfen, ihre Kapazität für die Produktivität zu erhöhen. Man muß aber auch den Übergang leichter machen, damit sich Staatsbürger von einem Arbeitsplatz zum anderen bewegen. Solange die Massenproduktion die Wirtschaft beherrschte, so lange konnte man ein Leben lang einen Job haben. Das ist aber heutzutage nicht mehr der Fall. Man muß die eigenen Qualifikationen immer wieder auf den neuesten Stand bringen. Das heißt, daß man ein Leben lang lernen muß. Die Regierung von Clinton hat ein Programm ausgearbeitet, „Ziele 2000“, das ist ein Gesetz, das vom Präsidenten im Frühjahr verabschiedet wurde. Zum erstenmal in unserer Geschichte werden wir Standards für die Erziehung setzen, und zwar für jedes Kind in jeder amerikanischen Schule. Was ebenso wichtig ist: Wir werden auf freiwilliger Basis Standards schaffen für Fertigkeiten, die man am Arbeitsplatz braucht.

Im letzten Monat hat Präsident Clinton ein weiteres Gesetz unterschrieben, das sehr wichtig ist, nämlich die Ausbildung am Arbeitsplatz betreffend. Die Amerikaner wußten ja, daß sie es sich nicht mehr leisten könnten, ein Land zu sein, das nicht eine entsprechende Ausbildung für die jungen Menschen vorsieht, vor allem dann, wenn sie

## Referent Charles Spring

nicht jahrelang an die Universität gehen können. Mit diesem Gesetz werden die Klassenzimmer zum Arbeitsplatz gebracht und der Arbeitsplatz in die Klassenzimmer. Man hat erkannt, daß eines der Ziele des Lernens die Arbeit ist und eines der Ziele der Arbeit das Lernen ist. In den letzten zwei Jahren des Schulbesuchs — das ist das elfte und zwölfte Jahr des Schulbesuchs —, und möglicherweise auch noch ein Jahr danach, werden die jungen Menschen im Rahmen dieses Programmes am Arbeitsplatz tätig sein können, und sie werden auch in der Klasse gut ausgebildet werden, damit sie über Qualifikationen verfügen, die sich vermarkten lassen. Ich nehme an, daß dieser Anstoß für das lebenslange Lernen wahrscheinlich das kühnste Projekt ist, das wir angegangen sind.

Ein weiteres Projekt, das wir angegangen sind, ist eine Reform der Arbeitslosenversicherung. Man hat dieses System geschaffen, damit Arbeitskräfte, die eine Zeitlang keine Arbeit haben, aber nach einiger Zeit wieder Arbeit finden, versorgt werden können. Heutzutage aber ist es so, daß, wenn man einen Arbeitsplatz verliert, der Arbeitsplatz verschwindet. Man versucht nun im Kongreß der Vereinigten Staaten, ein neues System zu schaffen, ein Wiedereinstellungssystem und nicht ein Arbeitslosigkeitsversorgungssystem.

In den ruhigeren Jahrzehnten, in den fünfziger, in den sechziger, in den siebziger Jahren, gab es ein Netz der sozialen Sicherheit, das von der Regierung geboten wurde. Das gibt es aber nicht mehr. In Amerika, aber auch in anderen Industriestaaten wird die Sicherheit von der Anpassungsfähigkeit kommen. Wir müssen also dieses Sicherheitsnetz umbauen.

Dieser Wiedereinstellungsplan wird die verschiedenen Umschulungsprogramme zusammenfassen. Das heißt, jeder, der arbeitslos ist und Hilfe braucht, ganz egal, aus welchem Grund er seinen Arbeitsplatz verloren hat, wird diese Hilfe bekommen.

Die meisten arbeitslosen Menschen werden beraten werden, damit sie neue Arbeitsplätze oder neue Berufe finden. Wenn sie neue Qualifikationen brauchen, werden sie im Rahmen dieses Programmes die entsprechende Unterstützung bekommen, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch bezüglich der Ausbildung. All diese Dienstleistungen wird es in einem Gebäude geben, in lokalen Karrierezentren, die alle an eine nationale Datenbank über Arbeitsplätze angeschlossen sind, damit man genau weiß, welche Qualifikationen benötigt werden.

Der Kongreß und der Präsident diskutieren derzeit auch eine der umfassendsten innenpolitischen Veränderungen in der Politik der Vereinigten Staaten, nämlich die Reform des amerikanischen Gesundheitswesens. Es geht dabei nicht nur

darum, ein medizinisches Versorgungssystem festzulegen, sondern man braucht gleichzeitig auch eine Anpassungsfähigkeit; das ist immer schon ein wesentliches Merkmal der amerikanischen Wirtschaft gewesen. Amerikaner sind immer schon gerne von einem Arbeitsplatz zum anderen gezogen; sie tun dies aber nicht mehr so sehr auf Grund der Krise in unserem Gesundheitssystem. Diese Mobilität der Arbeitskräfte ist verschwunden. Das nimmt sehr viel von der Vitalität der Wirtschaft weg.

Studien weisen darauf hin, daß 30 Prozent der Arbeitskräfte nicht gerne ihren Arbeitsplatz wechseln wollen, weil sie Angst haben, nicht die entsprechende Krankenvorsorge zu haben. In den Vereinigten Staaten ist die Krankenvorsorge in erster Linie vom Arbeitgeber ausgegangen, und nun, wo die Kosten steigen, möchte er nicht die zusätzliche Kosten verkraften. In vielen Fällen tragen jetzt die Arbeitnehmer einen zusätzlichen Teil dieser Kosten, und in vielen Fällen ist es auch so, daß der Arbeitgeber den Arbeitnehmern überhaupt keine Krankenfürsorge bietet und es den Arbeitnehmern überläßt, sich entsprechend zu versorgen. Derzeit gibt es in Amerika mehr als 37 Millionen Amerikaner, die keine Krankenfürsorge haben. Eine Reform, die eine allgemeine Krankenfürsorge vorsieht, wird sicherlich dazu beitragen, daß die Inflation bei den medizinischen Versorgungskosten gesenkt werden kann. Damit wird es auch möglich sein, daß Arbeitskräfte von einem Arbeitsplatz zum anderen wandern können.

Diese Reform des Wohlfahrtssystems, die Clinton nun angegangen ist, bedeutet im wesentlichen, daß jeder erwachsene Amerikaner eigentlich Arbeit als die angemessene Lebensart betrachten sollte. Abhängig zu sein, Fürsorge zu bekommen, das ist nur eine Notlösung vorübergehender Art. Natürlich kann man das nur voll unterstützen.

Eine Fürsorgereform ist natürlich nicht einfach: Man muß die verschiedenen Modelle auseinanderführen, man muß dazu beitragen, daß Personen, die von der Fürsorge abhängen, entsprechend anders versorgt werden, und man muß die Menschen darauf vorbereiten, daß sie nicht mehr von der Fürsorge abhängig sein sollen, sondern sich wieder aktiv um Arbeit kümmern sollen.

Natürlich wird das nicht einfach sein. Aber die Kosten, die dadurch verursacht werden, werden sicherlich gerechtfertigt werden durch die Tatsache, daß wir damit große Teile der amerikanischen Gesellschaft aus den Fesseln der Untätigkeit befreien können.

Die Arbeit an sich muß sich ebenfalls verändern. Das ist aber nicht nur allein die Arbeit der

## Referent Charles Spring

Regierung, Privatfirmen müssen auch Investitionen vornehmen, Investitionen in ihre eigenen Arbeitskräfte, vor allem die Vorgesetzten müssen weiter ausgebildet werden, und es müssen die Qualifikationen verbessert werden. Dazu gibt es ebenfalls Programme. Herr Brooks hat schon darauf hingewiesen: Diese Faktoren sind für die Sicherheit der Arbeitsplätze natürlich sehr wichtig. Es ist, glaube ich, sehr wichtig, daß man eine Entscheidung auf Konsensbasis in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern findet. Wir müssen davon ausgehen, daß Erwachsene miteinander sprechen und nicht so, wie dies bisher oft der Fall gewesen ist, daß mehr oder weniger der „Vater“ mit dem „Kind“ spricht.

Wir müssen lernen, wie wir uns darauf einigen können, andere Meinungen zu haben, ohne daß wir deswegen zu streiten beginnen. Man braucht eine auf Gegenseitigkeit aufgebaute Beziehung. Es muß jedem Mitarbeiter bewußt sein, daß er einen Beitrag zum Erfolg eines Unternehmens zu leisten hat, und es muß der Arbeitgeber diese Philosophie weitergeben können. Wir müssen es ermöglichen, daß Arbeitskräfte einen gewissen Anteil am Unternehmen haben. Es müssen jene Verhaltensformen belohnt werden, die eine Risikoübernahme ermutigen. Wenn wir wollen, daß auch unsere Arbeitskräfte innovativ sind, dann brauchen wir ein System, das einen Fehler akzeptieren kann. Wir lernen alle aus unseren Fehlern. Eine Organisation oder ein Unternehmen kann nur dann wachsen und erfolgreich sein, wenn es innovativ ist. Ein Mitarbeiter wird nur dann seinen Beitrag leisten, wenn er sich auch gesichert fühlt.

Wir müssen auch die Informationen an alle unsere Mitarbeiter in den Betrieben weitergeben, damit jeder das Notwendigste weiß, das er braucht, um seine Arbeit erfüllen zu können. Das gilt für alle Mitarbeiter, auch für die Arbeiter in der Einlaufstelle; jeder muß seine Rolle kennen.

Wenn wir diese Herausforderungen an das neue Wirtschaftssystem aufgreifen und damit fertig werden wollen, brauchen wir die entsprechende Unterstützung. In Amerika wird von Clinton derzeit eine Strategie für Investitionen in Arbeitskräfte umgesetzt. Mit dieser neuen Strategie wird man den Amerikanern helfen, zuerst einmal Arbeitsplätze zu bekommen, neue Arbeitsplätze und bessere Arbeitsplätze zu bekommen.

Diese Aufgabe, das lebenslange Lernen, der Respekt für den Arbeitsplatz, die Reform des Gesundheits- und des Fürsorgesystems, beginnt zu greifen, und unsere Aufgabe besteht darin, darauf zu achten, daß jeder amerikanische Staatsbürger den Übergang von der Schule zum Arbeitsplatz, vom Wohlfahrtssystem zum Arbeitsplatz und vom alten Arbeitsplatz zum neuen Arbeitsplatz gut schafft. (*Allgemeiner Beifall.*) 12.17

Vorsitzender Abgeordneter Dr. Martin Bartenstein: Vielen Dank, Herr Spring, für diesen sehr interessanten Beitrag über die Bemühungen der Vereinigten Staaten, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Da wir diese Enquete zwingend um 12.30 Uhr für die Mittagspause unterbrechen müssen, geht sich jetzt nur mehr ein Redebeitrag aus. Aus terminlichen Gründen haben Herr Abgeordneter Koppler und ich getauscht, sodaß ich jetzt mein Statement abgeben werde. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Koppler, den Vorsitz zu übernehmen und mir das Wort zu erteilen. (*Abgeordneter Koppler übernimmt den Vorsitz.*)

### III. Punkt: Statements der einzelnen Parlamentsfraktionen

Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler: Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Bartenstein um sein Statement.

12.18

Abgeordneter Dr. Martin Bartenstein (ÖVP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt ein berühmtes Zitat des großen Amerikaners Lee Iacocca, das da lautet: „Laßt die Schornsteine wieder rauchen.“ Lee Iacocca hat diesen Ausspruch in einer Phase gemacht, als gerade auch in Amerika die Industriegesinnung zurückging zugunsten der Vorstellung, daß die Finanzmärkte um Wallstreet und Junkponds die Industrie schlichtweg ersetzen könnten und man die Manufacturing Industries, von denen wir heute viel gehört haben, nicht mehr bräuchte, in den Hintergrund getreten ist.

Ich bin daher sehr dankbar, daß praktisch alle Referenten, unter anderem auch Herr Dr. Brunke und Herr Brooks, sehr deutlich von der immerwährenden Bedeutung der Manufacturing Industries für den Wohlstand und für die Volkswirtschaft eines Landes gesprochen haben. Das gilt natürlich auch für die Volkswirtschaft Österreichs.

Wenn diese Enquete einen Sinn hat, dann ist das aus meiner Sicht die Unterstreichung der Bedeutung der Industrie für den Wohlstand Österreichs, ihrer Bedeutung für die soziale Sicherheit in unserem Land, ihrer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes schlechthin. Wenn es uns gelingt, mit dieser „Industrie-Enquete“ ein gutes Stück Industriegesinnung und Industriebewußtsein zu transportieren, dann ist das schon ein Erfolg, denn wir wissen alle, die wir als Österreicher hier herinnen sitzen, daß es mit diesen Dingen in unserem Land, im Land des Tourismus und der Schönheit der Künste, nicht immer allzu weit her ist.

**Abgeordneter Dr. Martin Bartenstein**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Drei Ursachen haben in allen westlichen Ländern und somit natürlich auch in Österreich zur Standortdiskussion geführt, die wir heute hier in diesem Hohen Haus dankenswerterweise abführen: zum einen die Rezession, die Österreich erst recht spät und, wie Bundesminister Dr. Schüssel ausgeführt hat, nur marginal, mit etwa minus 0,3 Prozent, berührt und getroffen hat; zum anderen die Ostöffnung des Jahres 1989 und danach die völlig neuen Perspektiven der Möglichkeiten des Outsourcing, der Inanspruchnahme relativ billiger, relativ qualifizierter, aber doch geographisch recht nahegelegener Produktionsstätten und zuletzt, wie das Herr Dr. Vossen auch ausgeführt hat, der Möglichkeit der Transferierbarkeit von Kapital und Know-how über viele tausend Kilometer, die Produktionsstandorte in Fernost in den neunziger Jahren zu einer ganz anderen Qualität und Möglichkeit für europäische und US-amerikanische Produzenten geführt hat.

Ich möchte jetzt keine Swot-Analyse, wie sie schon angezogen und vielfach berührt worden ist, wiederholen, diese Analyse der Stärken, der Schwächen, der Gelegenheiten, aber auch der Bedrohungen für den Industriestandort Österreich. Ich möchte aber demonstrieren, wie unser Land sich hinsichtlich der drei wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren Wachstum, Inflationsrate und Arbeitslosigkeit, was den sogenannten Performance-Index betrifft, in den Jahren 1980 bis 1992, also in einem überschaubaren, aber doch ausreichend langen Zeitraum, laut Informationen und Daten der Österreichischen Nationalbank im Verhältnis zum Durchschnitt der Europäischen Union entwickelt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während der Durchschnitt der Europäischen Union lediglich auf einen Index von 14,0 pro Jahr gekommen sind, hat Österreich einen Index von 34,3 erzielt. Ich glaube, das ist ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftspolitik unseres Landes in diesen zwölf Jahren insgesamt eine gute war. Wir können daher mit Stolz auf diese Phase zurückblicken, auf eine Wirtschaftspolitik und Industriepolitik, die untrennbar — das darf heute hier erstmals erwähnt werden — mit der Institution der Sozialpartnerschaft verbunden ist, mit der maßvollen Lohnpolitik, die Österreich kennt und auch in Zukunft kennen wird.

Es wurde hier davon gesprochen, wie wichtig ein entwickeltes Sozialsystem, ein funktionierender Sozialstaat gerade in Zukunft für Standorte werden wird, weil die notwendigsten Veränderungen, der rasche wirtschaftliche Wandel durch einen funktionierenden Sozialstaat abgefangen werden müssen. Ich glaube, wir können mit Stolz darauf verweisen, daß Österreich seinesgleichen sucht, wenn es um Streikstunden pro Jahr geht —

ein perfekter Indikator für den sozialen Frieden in einem Land: Österreich mit einer Minute pro Arbeitnehmer und Jahr; in den Jahren 1975 bis 1990 deutlich vor Wettbewerbsländern wie der Bundesrepublik Deutschland oder auch Frankreich.

Zusätzlich stehen wir heute vor der recht erfreulichen Ausgangsposition, daß wir die Rezession, die uns, wie gesagt, nur tangential gestreift hat, recht gut beziehungsweise sehr gut überstanden haben. Auch die neuen Arbeitsmarktdaten zeigen, daß wir auf dem Arbeitsmarkt Erfolge haben, daß die Arbeitslosigkeit rückläufig und mit 4,5 Prozent im EU-Vergleich erfreulich niedrig ist; nur Luxemburg und Japan liegen vor uns, sind besser. Auch die uns prognostizierten Wachstumsraten mit 2 Prozent 1994 und 3 Prozent 1995 kündigen Erfreuliches am Horizont an.

Es wäre aber nicht seriös, wenn wir hier nicht auch auf die threats und auf die weaknesses des Industriestandortes Österreich eingingen. Das will ich in aller gebotenen Kürze noch tun.

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Österreich die drittkürzeste Jahresarbeitszeit aller westlichen Industrieländer; mit 1 722 Stunden pro Jahr liegen wir nur knapp hinter Dänemark und Deutschland. Wir haben darüber hinaus — das ist wahrscheinlich das strukturell wesentlich gravierendere Problem — die jüngsten Pensionisten weltweit; mit weniger als 58 Jahren geht man in Österreich durchschnittlich in Pension.

Es wurde hier gesagt, daß die Lohnnebenkosten in Deutschland mit 84 Prozent im internationalen Vergleich zu hoch sind. Es sind die österreichischen mit knapp 95 Prozent — auch unter Einbeziehung des 13. und 14. Monatsgehaltes; ich kenne diese Problematik — erst recht so hoch, daß wir uns über die Arbeitskosten Gedanken machen müssen, zumal die Arbeitskosten, die labour costs, wie wir soeben von Dr. Vossen gehört haben, der Standortfaktor Nummer eins sind und wir zwar gesehen haben, daß wir im Verhältnis zu Deutschland noch ganz gut liegen, aber im Vergleich zu allen anderen Wettbewerbsländern, mit Ausnahme der Schweiz, schon unter Wettbewerbsdruck stehen.

Dazu kommt noch, daß wir zwar eine qualitativ ausgezeichnete Telekommunikation in unserem Land haben, daß wir aber nach einer Studie der Firma Siemens auf Basis eines definierten Telefonkorbs nur von den Iren und von den Iranern bezüglich unserer Telefonkommunikationskosten überholt werden; wir also diesbezüglich das drittteuerste Land der Welt sind.

Meine Informationen, Herr Dr. Vossen, gehen dahin — und damit schließe ich schon die Aus-

**Abgeordneter Dr. Martin Bartenstein**

fürhungen betreffend einiger österreichischer Struktur- und Standortschwächen ab —, daß unsere Energiekosten im europäischen Vergleich um 15 bis 20 Prozent über dem Durchschnitt der EU-Länder liegen, gerade was die elektrische Energie betrifft. Ihre chart hat, sofern ich sie vom Vorsitz aus richtig interpretieren konnte, aber etwas anderes gezeigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß vor einem warnen: Wir haben jetzt gute Konjunkturaussichten. Es wird in Österreich nach dem Ja am 12. Juni — ich hoffe das von ganzem Herzen — zu einem großen Boom kommen. Es werden aufgeschobene Investitionen eingeleitet werden. Es wird in Österreich wirtschaftlich und damit insgesamt für unser Land sehr gut weitergehen. Ich bin durchaus optimistisch.

Vergessen wir aber nicht in der Freude über diese erfreulichen konjunkturellen Entwicklungen, daß wir mit allen anderen Industrieländern gemeinsam noch eine Strukturkrise zu bewältigen haben. Es ist ein konjunktureller „Schnee“, der da gewissermaßen auf uns fällt und der sich gleichsam über die strukturellen Probleme legt und diese zudeckt. Wir dürfen aber diese strukturellen Probleme nicht außer acht lassen. Es wird, Herr Minister, gerade die Industriepolitik in unserem Land gefordert sein, sich dieser strukturellen Probleme auch in Zeiten guter Konjunktur anzunehmen.

Es ist schon gesagt worden: Österreichs Chancen sind zurzeit in zwei Richtungen gegeben und ganz ausgezeichnet. Zu den Chancen des EU-Beitritts ergeben sich für unsere Industrie — das wissen wir ja schon, darüber haben wir schon Daten, auf die wir zurückgreifen können — die Chancen der Ostöffnung. Wir haben sie genützt, und wir werden sie in Zukunft noch besser nützen.

Abschließend darf ich noch einen Wunsch im Hinblick auf das Ergebnis dieser „Industrie-Enquete“ aussprechen. Ich komme dabei zurück auf den ersten Referenten des heutigen Morgens nach Minister Schüssel, nämlich auf den Kabinettschef von Vizepräsident Bangemann, Herrn Dr. Weisenberg, der gemeint hat, es wäre ein weiterer und tiefergehender Dialog zwischen Industrie und Politik wünschenswert und notwendig.

Gestatten Sie mir als einem, der gewissermaßen auf beiden Seiten der Linie Industrie und Politik tätig ist, festzustellen, daß auch wir in Österreich Verbesserungsmöglichkeiten für die Intensivierung eines solchen Dialoges haben. Auch in diesem Sinne hoffe ich, daß diese „Industrie-Enquete“ zur Verbesserung dieses Dialogs zwischen Industrie und Politik beiträgt. — Ich danke sehr. *(Beifall.)* 12.28

**Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Bartenstein für seine Ausführungen.

Ich möchte nun in Erinnerung rufen, daß im Sprechzimmer für alle Teilnehmer ein kleines Buffet vorbereitet ist.

Ich unterbreche diese Enquete bis 14 Uhr.

*(Die Sitzung wird um 12 Uhr 28 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 3 Minuten wiederaufgenommen.)*

**Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf die unterbrochene Enquete wiederaufnehmen und erteile dem Herrn Abgeordneten Erhard Koppler das Wort.

Die Redezeit im Rahmen der Statements der einzelnen Parlamentsfraktionen beträgt, wie Sie wissen, maximal 10 Minuten.

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

14.03

**Abgeordneter Erhard Koppler (SPÖ):** Herr Präsident! Werte Gäste aus dem Ausland! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das erste Mal, daß das österreichische Parlament eine umfassende industriepolitische Diskussion veranstaltet, deren Umfang und Rahmen, vor allem auch die Besetzung die Wichtigkeit dieses Ereignisses widerspiegeln.

Der Veranstaltungsort, meine sehr verehrten Damen und Herren, die große und bestens besetzte Teilnehmerliste sind Ausdruck dafür, wie sehr wir dieser Thematik Wichtigkeit beimessen. Glauben Sie mir, als Obmann jenes parlamentarischen Ausschusses, in dem diese Enquete beschlossen wurde, ist das heutige Thema für mich im besonderen Maße verpflichtend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich ganz besonders, daß alle im Parlament vertretenen Fraktionen die Zeichen der Zeit erkannt haben und mit dem Beschluß zur Durchführung dieser Enquete ein gemeinsames Zeichen setzten. Man erzielte über alle Fraktionen hinweg den politischen Grundkonsens, daß es nur eine österreichische Industrie gibt, der wir uns verpflichtet fühlen und auch fühlen müssen.

Ich freue mich über jeden Besucher, jeden Teilnehmer an dieser Enquete und besonders über die Teilnehmer aus der Wirtschaft — Unternehmer, Manager, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre — sowie darüber, daß Sie, sehr geehrte Herren Vortragenden, aus den verschiedenen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten von Amerika hier heute anwesend sind.

### Abgeordneter Erhard Koppler

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie kam es zu dieser Enquete? — Es lag unserem Ausschuß ein Antrag vor, ein industriepolitisches Konzept zu erstellen. Frau Dr. Petrovic, ich habe diesen Antrag der grünen Fraktion sehr gerne aufgegriffen und eben diese Enquete vorgeschlagen. Für die Zustimmung zu meinem Vorschlag möchte ich mich nochmals bei allen Fraktionen sehr herzlich bedanken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sollen in dieser Enquete auch die Bedeutung und die Unverzichtbarkeit der österreichischen Industrie sichtbar werden — aber leider ist das nicht auch die Meinung der österreichischen Bevölkerung. Die Industrie erbringt in Österreich 31 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und damit den größten Anteil. Lediglich 26 Prozent der Österreicher meinen, daß die Industrie den größeren Sektor darstellt. Der Anteil der Landwirtschaft liegt bei schwachen 3 Prozent. Dennoch meinen 32 Prozent der Österreicher, daß sie der bedeutendste Wirtschaftsfaktor ist. Diesbezüglich muß sich, glaube ich, etwas ändern, hier sollte man Aufklärungsarbeit leisten — nicht nur in der Politik, sondern, wie ich meine, auch in den Schulen.

Es ist dies die erste Industrienquete für Österreich, die im Rahmen dieses Hohen Hauses stattfindet, daher soll diese Veranstaltung eine Initialzündung für die Erstellung eines industriepolitischen Konzepts zur Sicherung der Zukunft des österreichischen Industriestandortes geben. Was ist dazu besser geeignet als eine offene, abwechslungsreiche Präsentation beziehungsweise ein Wettbewerb der Vorstellungen der einzelnen Parteien sowie eine Diskussion mit maßgeblichen Vertretern der Wirtschaft an jenem Ort, an dem die gesetzlichen Rahmenbedingungen erarbeitet und beschlossen werden?!

Die zahlreichen anwesenden Vertreter der Medien bitte ich, Multiplikatoren zu sein. Eine hoffentlich überzeugte, aufmerksame Öffentlichkeit wird Werbeträger für uns sein.

Es geht hier und heute nicht darum, daß die jeweiligen Interessengruppen ihre alten Standpunkte herunterbeten. Von dieser Stelle aus möchte ich die Vertreter der Unternehmen, die Unternehmer selbst, die Vorstände und die Betriebsräte als Arbeitnehmervertreter ermuntern, als Praktiker ihre Sichtweise, Vorschläge und Wünsche, aber auch ihre Kritik klar und deutlich anzubringen.

Vieles wird in der Zukunft davon abhängen, ob es gelingt, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Volksvertretern, von Wirtschaftstreibenden und zuständigen Regierungsmitgliedern und nicht zuletzt von Wirtschaftstreibenden und Verwaltung auf unbürokratische Art zu verankern und kontinuierlich einen Austausch zu pflegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute im Rahmen einer großen parlamentarischen Enquete über die Zukunft des Industriestandortes Österreich diskutieren, dann muß dabei auch über den Tag hinaus gesehen und gedacht werden, denn in knapp sechs Jahren wird die Menschheit den Schritt in das neue Jahrtausend vollziehen. Es ist unbestritten, daß wir insgesamt an einer bedeutenden Zeitenwende angeht sind.

Wie immer, wenn alte Strukturen auseinanderbrechen, bringt die Übergangszeit ein sehr hohes Maß an Risiken, aber auch an Chancen. In diesem Restrukturierungsprozeß sind jedoch unter dem starken internationalen Konkurrenzdruck einige Unternehmen, insbesondere aber zunehmend Arbeitskräfte in Gefahr, auf der Strecke zu bleiben.

Sich anpassen, meine sehr verehrten Damen und Herren, reicht heute nicht mehr — nicht mehr für den Unternehmer, nicht mehr für den Politiker. Man muß Änderungen zum Teil selbst herbeiführen. Dabei gibt es drei Dimensionen zu bedenken: den Zeitfaktor, die räumliche und geographische Ausweitung in globalen Strukturen, und drittens haben wir es mit einer Dynamik des Bezugsrahmens zu tun, bei dem die grundlegenden Annahmen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhaltens rasch und neu definiert werden müssen.

Die Aufgaben sind also gewaltig. Im Grunde sind sie nur über eine Neuorientierung der Gesellschaft insgesamt zu bewältigen. Alle sind gefordert, meine sehr verehrten Damen und Herren: der Staat, die Gewerkschaften, die Unternehmer. Die guten Vorsätze sind eindrucksvoll, aber jetzt kommt es darauf an zu handeln. Der Weg wird weder einfach noch kurz sein. Es geht um Visionen — ohne Illusionen.

Da ich natürlich an eine gewisse Redezeit gebunden bin, möchte ich abschließend doch meinen persönlichen Wunsch zum Ausdruck bringen: Seit Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, betone ich, daß die Zusammensetzung der Ministerien mit ihrer Aufgabenteilung nicht mehr zeitgemäß ist. Denken Sie beispielsweise an den Förderungsdschungel bei den Förderungsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung: Fast jedes Ministerium hat dafür Töpfe und Töpfchen. Kein Mensch kennt sich in diesem Dschungel mehr aus.

Oder denken wir an die Industrieprojekte von Umweltministerium, Wirtschaftsministerium bis hin zum Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr — einige Minister sind dafür verantwortlich. Die Industrie braucht so wie die Landwirtschaft einen verantwortlichen Minister, und wir sollten im Parlament einen Industrieaus-

**Abgeordneter Erhard Koppler**

schuß installieren, in dem wir uns bezüglich spezieller Themen sachkundig machen sollten und wo wir uns auch andere Vorschläge hinsichtlich der Förderungsmittel überlegen sollten.

In diesem Sinne ein herzliches „Glück auf!“ – Ich danke schön. (*Beifall.*) 14.13

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Ich danke Herrn Kollegen Koppler für seine Ausführungen.

Als nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Hermann Böhacker das Wort.

14.13

Abgeordneter Hermann Böhacker (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geschätzten Damen und Herren aus dem In- und Ausland! Es hieße wohl Eulen nach Athen tragen, würde ich noch einmal in diesem Forum die große Bedeutung der österreichischen Industrie für die heimische Volkswirtschaft und für den Wohlstand in diesem Land betonen. Kollege Koppler hat es bereits angetönt: 31 Prozent der Wertschöpfung werden von der Industrie erwirtschaftet.

Und trotzdem ist es in der österreichischen Industriepolitik „höchste Eisenbahn“, an weitreichende Neuorientierungen zu denken. Am Vorabend der Europäischen Integration ist eine weitere Anpassung an die gesamteuropäischen Wettbewerbsregeln unumgänglich notwendig. Auch muß Österreich rasch die richtigen industriepolitischen Antworten auf die Herausforderungen durch die neuen Marktwirtschaften der Länder des ehemaligen Ostblocks finden.

Diese auch als Ostöffnung bekannte Entwicklung hat für Österreichs Industrie grundsätzliche Veränderungen mit sich gebracht. Österreich steht hier einem neuen Markt mit zum Teil sagenhaft billigen Produkten gegenüber. Das Kostenverhältnis von 1 : 10 sagt Ihnen als Menschen aus Wirtschaft und Industrie ja wohl alles.

Diese Entwicklung hat für Österreich einen großen negativen Effekt, nämlich daß gewisse Produktionen in Österreich nicht mehr Platz haben. Die logische Folgerung daraus ist der Verlust von Arbeitsplätzen. Diese Entwicklung beinhaltet aber gleichzeitig auch eine große Chance und eine große Herausforderung für eine innovative österreichische Industrie. Durch den Wegfall bisher in Österreich angesiedelter verlängerter Werkbänke und die Schaffung von neuen wertschöpfungs- und arbeitsplatzintensiven Unternehmungen ist für Österreichs Industrie eine Aufgabe entstanden, die dazu führt, daß wieder neue Arbeitsplätze, saubere Produkte und gefragte Technologien in Österreich geschaffen werden können.

Um das alles umzusetzen, ist ein gesamtes Maßnahmenbündel notwendig, welches beispielsweise aus einer neuorientierten und nachfragegerechten Bildungspolitik, aus einer flexibleren und aktiveren Arbeitsmarktpolitik, aus einem attraktiven Kapitalmarkt, aus einer ökologisch orientierten und das Humankapital schonenden Steuerpolitik sowie der Schaffung neuer Infrastrukturen besteht.

Dies alles wird notwendig sein, meine Damen und Herren, um in einer Art zweiten industriellen Revolution dem 21. Jahrhundert mit seinen neuen Herausforderungen offensiv ins Gesicht schauen zu können.

Die neue wettbewerbsfähige Industrie muß wieder der Motor der österreichischen Volkswirtschaft werden. Historisch gesehen leidet Österreichs Industrie aber nach wie vor am Nachlaß zweier ehemaliger Großmächte. Der immer noch hohe Anteil der Textil- und Bekleidungsindustrie ist schlußendlich ein Bestand aus längst vergangenen Tagen der Monarchie. Der hohe Anteil der vor allem im verstaatlichten Bereich angesiedelten grundstofflastigen Stahl- und Chemiebranche ist das schwere und kostenintensive Erbe eines ehemaligen Deutschen Reiches. Die anfallenden Stützungszahlungen in Milliardenhöhe sind bereits Legende.

Andererseits gibt es aber im internationalen Wettbewerb hervorragende Positionierungen der überwiegend klein- und mittelständisch strukturierten österreichischen Industrie, insbesondere dort, wo in Marktnischen eingedrungen werden konnte.

Die größte Herausforderung aber für die österreichische Industrie des auslaufenden zweiten Jahrtausends ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze für das aus der Ostöffnung und der weltweiten Rezession entstandene Heer von Arbeitslosen. Industrie und Politik haben alles zu unternehmen, um neue Produkte und Dienstleistungen nach Österreich zu bringen, die hier wettbewerbsfähig produziert und am Weltmarkt verkauft werden können. Ich weiß – ich bin mir dessen bewußt –, ich spreche hier große Worte gelassen aus, aber wir alle müssen uns im Sinne einer weiteren Entwicklung des Wohlstandes, aber auch im Hinblick auf die Erhaltung des sozialen Friedens dieser Herausforderung stellen und diese Herausforderung schlußendlich auch meistern.

Ansatzweise einige Punkte aus diesem Maßnahmenpaket: nachfrageorientierte Bildung, höhere Qualifikationen von Arbeitnehmern. Es wurde heute schon angesprochen: Es macht wenig Sinn, wenn österreichische Universitäten und Hochschulen in Unmengen Soziologen, Politologen, Psychologen und so weiter heranzubilden, ohne daß seitens des Marktes Nachfrage für Ab-



**Abgeordneter Hermann Böhacker**

solventen dieser Studienrichtungen besteht. Gleichzeitig aber gibt es einen eklatanten Mangel an Informatikern, an WU-Absolventen, Werkstofftechnikern, Facharbeitern und, wie in meinem Bundesland Salzburg, an Lehrlingen.

Es muß auch zu einer Reform der Berufsschulen kommen. Hier nur schlagwortartig einige unbedingt notwendige Veränderungen: bessere Ausbildung in den Betrieben, Errichtung von Fachhochschulen mit laufender externer Kontrolle – auch durch ausländische Experten –, verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen, ständige Kontrolle und Anpassung des gesamten Schulsystems, von der Volksschule bis zur Hochschule, an die sich rasch ändernden Anforderungen. Außerdem ist die Anhebung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung notwendig. In Österreich scheint noch immer die Meinung präsent zu sein, daß eigene Forschung und eigene Entwicklung nur in geringem Umfang notwendig sind, der im Ausland produzierte Fortschritt könne durch zugekaufte Anlagen weit billiger erworben werden. So lautet die Ansicht vieler, vor allem im mittelständischen Bereich. Diese Einstellung gehört grundlegend geändert, da sie völlig falsch ist.

Zunächst ist es die Aufgabe der Unternehmen, für Forschung und Entwicklung zu sorgen. Es ist aber genauso Aufgabe der öffentlichen Hand, diese Forschung und Entwicklung zu fördern, ohne gleich den Ruf nach mehr Staat laut werden zu lassen, denn schlussendlich bringen innovative Forschung und Entwicklung dem österreichischen Staat durch höhere Steuerleistungen mehr Einnahmen.

Es sollte uns eigentlich alle wachrütteln, daß Österreich mit einem prognostizierten Anteil an Forschungsaufgaben am Bruttoinlandsprodukt 1994 in der Höhe von 1,65 Prozent noch immer erheblich unter dem internationalen Durchschnitt von etwa 2,5 Prozent und damit im letzten Drittel der OECD-Staaten liegt. Es wird daher notwendig sein, Forschungsschwerpunkte festzulegen und sich an internationalen Forschungsprogrammen zu beteiligen.

Die Flexibilisierung des Arbeitszeitrechtes ist ein weiterer notwendiger Schritt, und die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist nicht nur eine Notwendigkeit für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, sondern liegt auch im Interesse vieler Arbeitnehmer. Dies alles darf aber nicht zu einer „Amputation“ von sozialen Errungenschaften führen, denn eines muß klar sein: höhere Leistungsbereitschaft, mehr geistige und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer können sicher nicht durch Abbau von sozialer Sicherheit erreicht werden.

Wir in der Industrie brauchen einen besseren Kapitalmarkt: 1,6 Billionen an Geldwertvermögen haben Kreditinstitute und Versicherungen. Gelingt es uns, nur etwa 10 Prozent davon in direkte Beteiligungen oder Beteiligungsfonds zu bringen, kann das Eigenkapital durch diese Eigenmittelzufuhr von außen wesentlich verstärkt werden.

Verbesserungen der Infrastruktur, Neuausrichtung der Investitionsförderung, Steuer- und Abgabepolitik, eine ökologische Steuerreform mit der Besteuerung von Ressourcen sind jene Punkte, die in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden müssen. Als Gegengewicht hat es zu einer Entsteuerung des Humankapitals zu kommen. Die in der zweiten Etappe der Steuerreform 1993 eingeführte Kommunalabgabe ist wieder abzuschaffen. Bei allen steuer- und abgabenrechtlichen Änderungen ist eine Wettbewerbsverzerrung hintanzuhalten.

Die Lohnkosten, die Lohnnebenkosten sind umfassend und nachhaltig zu senken – ohne daß es dabei zu einer weiteren Einschränkung der sozialen Sicherheit kommt, beziehungsweise muß man darauf achten, welche sozialen Maßnahmen wir uns in der Zukunft noch werden leisten können.

Zusammenfassend: Auf die österreichische Industrie darf niemand vergessen. Die Politik ist gefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die heimische Industrie auch den geänderten Herausforderungen des dritten Jahrtausends gewachsen ist und wir in der heimischen Industrie wieder sichere Arbeitsplätze vorfinden, wo mit umweltfreundlichen, modernen Technologien Produkte erzeugt werden können, die auch auf dem Weltmarkt gefragt sind. – Danke. (*Beifall.*) 14.24

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Ich danke Herrn Abgeordneten Böhacker für seine Ausführungen.

Als nächste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic. – Bitte, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

14.24

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Werte Referenten! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich vor nunmehr schon sehr geraumer Zeit den Antrag auf Einrichtung eines Industrieausschusses, aus dem dann letztendlich die Abhaltung dieser Enquete hervorgegangen ist, gestellt habe, habe ich damit sehr stark die Hoffnung verbunden, daß es noch in dieser Legislaturperiode gelingen könnte, inhaltliche Ziele und Ausrichtungen einer nationalen Industriepolitik im internationalen, im europäischen und weltweiten Kontext zu formulieren.

**Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic**

Nunmehr stehen wir relativ knapp vor dem Auslaufen einer Legislaturperiode, und ich habe Stimmen gehört: Ja zahlt sich das überhaupt noch aus, jetzt eine Industrie-Enquete abzuhalten? Ich glaube, wir sollen uns dessen bewußt sein, was wir noch leisten können, und das auch umsetzen. Einiges ist dabei ja heute herausgekommen — vor der Pause und in den Statements nach der Pause —: daß es eine nationale Industriepolitik geben muß und man sich wieder von einem Standpunkt verabschiedet, der lange Zeit lautete: Die beste Industriepolitik ist keine Industriepolitik. — Dieser Standpunkt ist eindeutig falsch.

Über die Inhalte und Konturen werden wir sicherlich noch länger reden müssen. Ich komme aus grüner Sicht in der Folge noch darauf zu sprechen, doch glaube ich sagen zu können, auch hier haben wir schon einige gemeinsame Nenner gefunden.

Der dritte Punkt ist: Wir brauchen Träger der Industriepolitik, und zwar hier in diesem Hause. Ich glaube auch, daß wir dringend einen Industriausschuß brauchen, weil weder der Handlungsausschuß noch der völlig obsolete Verstaatlichungsausschuß geeignet sind, diese Funktion zu übernehmen. Ferner brauchen wir auch ein Pendant auf Ebene der Regierung, das heißt, es soll ein Industrie-Staatssekretariat — es kann auch ein Industrieministerium sein — eingerichtet werden, welches an zentraler Stelle in der Regierung angesiedelt sein soll. Dort soll dann tatsächlich jene Koordinationsfunktion geleistet werden, die erst bruchstückhaft angelegt ist, aber ohne wirkliche Kompetenzen und auch ohne Geld ausgestattet ist.

Viele Redebeiträge haben sehr positive Aspekte gebracht, ich muß aber schon auch auf die einführenden Worte des Wirtschaftsministers Dr. Schüssel zurückkommen. Ich bin froh, daß die übrigen Redebeiträge sich von diesem Eingangsstatement wieder ein wenig entfernt haben, denn dieses Eingangsstatement ließ mich eigentlich nicht mehr viel Positives für diese Enquete erwarten. Von Minister Schüssel kamen nämlich zu Beginn wieder Worte, die eigentlich die übliche Pro-EU-Werbung verstärkten, und ich glaube, das hat in dieser Enquete keinen Raum, sondern wir sollten über inhaltliche Ausrichtungen reden. Minister Schüssel hat noch dazu seine Aussagen in einer Art und Weise getätigt, wie ich sie gänzlich ablehne. Wenn Minister Schüssel aber schon davon gesprochen hat und ohnehin Vertreter des von ihm besonders angesprochenen IHS anwesend sind, dann ersuche ich schon um Aufklärung, wie die gesamten Modellrechnungen zustande kommen. Das IHS selbst sagt ja, daß für die Durchführung der letztlich auf die Vorteilhaftigkeit des EU-Beitrittes hinauslaufenden Rechnungen an vier Stellen in das wirtschaftliche Si-

mulationsmodell eingegriffen wurde. — Was heißt das? Hat man hier manipuliert? — Ich ersuche dringend um eine Klarstellung.

Damit aber wieder zum Inhalt: Es hat mich noch ein Zweites an den Ausführungen von Minister Schüssel sehr gestört und befremdet, nämlich die Deutlichkeit, mit der er von den Bürgerinitiativen, der Ökologiebewegung gesprochen hat. Er hat sie wörtlich als „Neinsager-Front“ bezeichnet. Wenn diese Haltung bestehen bleibt, dann sehe ich wirklich schwarz für eine sinnvolle österreichische Industriepolitik, denn eines haben mir die anderen Referate sehr deutlich gezeigt, nämlich daß zwei Dinge als Rahmenumstände für eine Industriepolitik erforderlich sein werden: eine Anerkennung der Sozialpolitik, und zwar als eine Mindeststandardpolitik, um die Bereitschaft für den Wechsel, für die Modernisierung überhaupt aufrechtzuerhalten. — Von Menschen, die mit dem Rücken an der Wand stehen, kann man diese Bereitschaft nicht erwarten.

Der zweite Aspekt ist die ökologische Ausrichtung, jetzt nicht im Sinne einer sentimentalischen Öko-Orientierung, sondern im Sinne eines beinharten Wettbewerbsfaktors. Wir haben ja die Zahlen schon auf dem Tisch. Demnach werden diejenigen wirtschaftspolitisch die Nase vorn haben und den Ton angeben, die heute erkennen, daß es im Sinne von Kostenminimierungen notwendig ist, ökologisch zu agieren. Auf der Ebene des Personals ist die Möglichkeit, noch Rentabilitätsspielräume auszuschöpfen, praktisch erschöpft.

Das geht ja schon vielfach in den Bereich des Kontraproduktiven, wenn der Streß überbetont wird. Es heißt ja nicht zuletzt auch im Weißbuch der EU selbst, daß zusätzliches Wachstum immer mehr den schon Beschäftigten zugute kommt, den Druck noch erheblich verstärkt und daß eine große Zahl der nicht mehr an diesen Prozessen Beteiligten ausgeklammert bleibt. Auf dieser Ebene können Sie nicht noch mehr Druck machen, das ist heute schon in vielen Bereichen fast kontraproduktiv.

Es bleibt nur die Ebene einer intelligenten Ökologisierung. Das heißt für uns, Ökobilanzen im Sinne abfallwirtschaftlicher Optimierung, energetischer und logistischer Optimierung zu verlangen. Und das werden die Vertreter der Industrie ja wohl bestätigen können, daß sich derartige Optimierungsprozesse erheblich leichter gestalten, wenn es hier auch einen gewissen Kostendruck gibt. Da der Kostendruck des Erdölpreisschocks weggefallen ist, ist es hoch an der Zeit, daß die politischen Systeme diesen Druck aufbauen, und zwar in einer vorhersehbaren, kalkulierbaren Art und Weise, durch eine sukzessive gesteigertes Konzept von Ökosteuern, die nach und

**Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic**

nach andere Steuern — vor allem indirekte Steuern, Verbrauchssteuern — zurückdrängen sollen.

Dieses Bekenntnis zu einer Ökologisierung habe ich gänzlich vermißt, ich habe es leider auch in den Ausführungen von Herrn Weissenberg weitgehend vermißt. Denn wenn er im Zusammenhang mit der Infrastruktur gesagt hat, die Industrie habe Anspruch auf optimale Netze, dann kann ich sagen: Ja, das hat sie, aber unter zweierlei Voraussetzungen. Zum einen, daß wir marktwirtschaftlich agieren, das heißt, daß die Industrie dann auch ihre Kosten selbst trägt, und die Kosten der Verkehrswirtschaft sind dazuzurechnen, denn der Verkehr findet zu einem gut Teil nicht als Selbstzweck statt, sondern deshalb, weil die Industrie immer stärker spezialisiert und konzentriert und die Stückkostendegressionseffekte immer noch weiter ausgenützt werden. Hier müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nicht schon längst das Optimum überschritten haben und zurückschalten müssen. Vor allem müssen wir die Übertragung von Kriterien der Industrialisierung auf andere Bereiche, wo sie nicht hingehören, etwa auf die Landwirtschaft, in Frage stellen. Güter des täglichen Bedarfs müssen in der Region für die Region produziert werden — alles andere ist ökologisch unerträglich, weil es letztlich zu einem Zusammenbruch der Verkehrswirtschaft führt. — Wir haben in diesem Bereich keine Kostenwahrheit!

Die zweite Voraussetzung ist, daß die Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger Priorität haben müssen und daß geschaut wird, wie diese bestmöglich vertreten werden können. Eine Wirtschaftspolitik, eine Industriepolitik der Zukunft ist schlecht beraten, die Bürgerinnen und Bürger auszuschließen, nur den Schulteranschlag von Industrie und Politik zu suchen und die Bürger sozusagen als Demonstranten draußen auf der Straße zu lassen. Diese Industriepolitik wird in Zukunft Schiffbruch erleiden. Sie müssen die Bürger auf zweierlei Art miteinbeziehen: zum ersten als Mitbestimmende im Bereich der Standortpolitik — die sind nämlich nicht gegen alles, das ist keine Neinsager-Front, sie wollen nur nicht an der Nase herumgeführt werden, und das ist oft genug passiert — und zum zweiten als ökologisch motivierte Konsumentinnen und Konsumenten. Dazu brauchen sie von der Politik auch das nötige Handwerkszeug, nämlich eine ökologische und auch soziale Produktdeklaration. Ökologisches und soziales Dumping muß in Zukunft genauso geächtet sein wie das klassische Kostendumping.

Das sind Grundzüge einer Industriepolitik der Zukunft.

Da ich Ihnen aus Zeitgründen die weiteren grünen Vorschläge jetzt nicht mehr mündlich vortragen kann, ersuche ich das Präsidium, daß man die Positionspapiere der politischen Parteien dem

Protokoll dieser Enquete anschließt, um damit auch eine Diskussionsgrundlage für das Plenum zu haben. — Danke schön. (*Beifall.*) 14.35

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Danke, Frau Dr. Petrovic.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter — Alt-Abgeordneter muß ich eigentlich sagen, Entschuldigung, aber vielleicht sind Sie bald wieder Abgeordneter — Mag. Helmut Peter. Bitte, Sie haben das Wort.

14.35

Mag. Helmut Peter (Fraktionsexperte; Liberales Forum): Herr Präsident! Meine Herren am Podium! Meine Damen und Herren! Es war wirklich hoch an der Zeit, sich der Frage der österreichischen Industriepolitik und des österreichischen Industriestandortes in einer Enquete zu widmen. Mein Dank gilt den Referenten, die uns, glaube ich, in ausgezeichneter, sehr umfassender Art und Weise einen globalen Überblick gegeben haben über das, was sich industriepolitisch auf der Welt tut, und damit ein Schlaglicht auf Österreich richten.

Martin Bartenstein hat recht, die Industrie hat wirklich große Leistungen in Österreich vollbracht, und wir können stolz auf sie sein. Es ist ohne Zweifel so, daß Österreich ohne Industriestandort nicht lebensfähig ist. Ich komme aus dem Dienstleistungssektor, wie Sie wissen, und weiß sehr wohl, daß der tertiäre Sektor ohne den sekundären Sektor keine Chance hat.

Drei Faktoren erscheinen mir aus liberaler Sicht wesentlich für den Wirtschaftsstandort und den Industriestandort Österreich: Zum ersten: Es ist in Wirklichkeit ein bildungspolitischer Standort. Die Bildungspolitik in Österreich ist auf vier oder fünf Ministerien aufgesplittert, und jeder kocht seine eigene Suppe. Ich meine, wir brauchen eine koordinierte Bildungspolitik — von der Vorschule bis zur Fachhochschule.

Der zweite Bereich ist Wissenschaft, Forschung und Technologie. Auch dieser Bereich ist zersplittert. Wenn wir also schon darüber reden, ob es sinnvoll wäre, ein Industrieministerium einzurichten, dann fordere ich das Hohe Haus beziehungsweise die Teilnehmer dieser Enquete auf, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob es nicht Änderungen hinsichtlich des Bundesministeriengesetzes geben sollte. Das Bundesministeriengesetz als solches hat zwar viele parteipolitische Begründungen, weil man sich da und dort Pfründe sichert, aber sachlich ist es durch nichts gerechtfertigt. Wäre es nicht faszinierend, von einem Bildungsministerium zu sprechen, von einem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie, das bewußt die Universitäten als Forschungsstätten miteinschließt? Wäre es nicht gut,

**Mag. Helmut Peter**

den Industrieminister Klima zu einem wirklichen Industrieminister zu machen und ihm die verstaatlichte Industrie durch Privatisierung zu entziehen? Herr Kollege Koppler wird dafür schon Verständnis haben.

Ich befürchte, Industriepolitik, so wie sie Frau Kollegin Petrovic versteht, wird nicht meine Zustimmung finden. Ich unterstelle Ihnen, Frau Kollegin, daß Sie im Hinterkopf immer ein bißchen den Ruf nach dem Staat haben und immer noch glauben, daß der Staat alles regeln kann. Ich glaube, der Staat kann in Wirklichkeit sehr, sehr wenig regeln und hat schon oft genug Schiffbruch erlitten, wenn er sich eingemischt hat.

Der eigentliche Punkt ist doch, daß Industriepolitik nichts anderes ist, Frau Kollegin Petrovic, als die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftens für die österreichische Industrie. Das ist die makroökonomische, die politische Ebene, wo wir Politiker das Recht haben, das Maul aufzutun. In allen betriebswirtschaftlichen Fragen haben wir das Maul zu halten, denn die Mikroökonomie wird durch die Makroökonomie bestimmt. Wenn sich nun die Mikroökonomie falsch entwickelt, dann haben wir nicht über die Mikroökonomie — über die Betriebe — zu schimpfen, sondern uns als Politiker zu fragen, was wir makroökonomisch falsch gemacht haben, welche Rahmenbedingungen wir falsch gesetzt haben, daß die Mikroökonomie zu dieser Fehlentwicklung kommt.

Es ist ja heute sehr deutlich gesagt worden . . . (*Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Ökologie ist aber nichts Mikroökonomisches!*) Es ist im Prinzip etwas Makroökonomisches, denn die makroökonomischen Vorgaben, die wir machen, werden letztlich in den Betrieben zu mikroökonomischer Umweltpolitik führen. Wir sind da, wenn Sie das so sehen, einer Meinung, nur habe ich bei Ihnen immer im Hinterkopf, daß Sie immer noch den Staat für den großen Retter aller Dinge halten.

Diese Rahmenbedingungen für die österreichische Industrie haben ohne Zweifel ihre positiven Seiten, das soll hier in aller Deutlichkeit gesagt werden. Es gibt im Arbeits- und Sozialrecht — dankenswerterweise hat das Hohe Haus das vor wenigen Tagen beschlossen — erste Ansätze zur Flexibilisierung. Die Menschen sind heute selbständiger geworden, sie wissen, wann sie arbeiten wollen und wann sie nicht arbeiten wollen. Wenn wir uns von diesem unglückseligen Prätext des kollektiven Glücks endlich entfernen könnten, dann würden wir die Menschen in ihrer Arbeitswelt viel glücklicher, produktiver und erfüllter machen.

Die Unternehmensbesteuerung als zweiter Punkt ist dieser Bundesregierung geglückt — dazu muß man gratulieren, auch die Experten ha-

ben dazu gratuliert. Wir haben eine vernünftige, erstklassige, europareife Unternehmensbesteuerung.

Auch die Maßnahmen, die dazu geführt haben, daß Österreich Mitglied der Europäischen Union werden soll — am 12. Juni stimmen wir darüber ab —, würde ich der Bundesregierung im Sinne der Rahmenbedingungen der Industriepolitik als Positivum anrechnen.

Leider bleiben auch Negative über, über die wir mehr reden sollten, denn dort liegt die Arbeit für die nächsten Jahre. Das soziale Netz, meine Damen und Herren — und das betrifft den Industriestandort Österreich —, in Österreich ist unfinanzierbar geworden. Wir haben ein Allzeitbeitragshoch von 43 Prozent der Bruttolohnsumme — Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zusammen —, und alle sechs Töpfe, die daraus gespeist werden, sind leer. — Nein, sie sind nicht leer: sie werden am Budget vorbei im Wege einer außerbudgetären Finanzierung durch Kredite finanziert. Der Insolvenzentgeltausgleichsfonds hat 5 Milliarden Schilling Miese, die Unfallversicherung ist erstmals negativ, der Familienbeihilfenausgleichsfonds hat 6 Milliarden Miese, die Krankenversicherung kann nicht mehr positiv gesteuern — von der Pension möchte ich gar nicht reden. Hier schlummert eine Zeitbombe, und hier ist die Bundesregierung aufgefordert, zu sagen, wie sie das Problem mittelfristig zu lösen gedenkt.

Die Staatsverschuldung betrifft natürlich auch den Industriestandort Österreich, weil sie den makroökonomischen Spielraum des Staates einschränkt. Und die Staatsverschuldung ist halt nicht nur die 1 200-, 1 300-Milliarden-Finanzschuld, das wissen wir alle, die wir immer am Bruttoinlandsprodukt messen und sagen, wir sind eh noch unter 60 Prozent. Da sind die Verwaltungsschulden dazuzuzählen, da sind die außerbudgetären Finanzierungen und die Haftungen, die eingegangen wurden, dazuzuzählen. Hier tickt die zweite Zeitbombe, wo die Bundesregierung uns bisher im Sinne des Industriestandortes Österreich die Antwort schuldig geblieben ist.

Die Strukturreformen — vor allem ausgaben-seitig — in den Bereichen, wo der Staat verwaltet, bei den Österreichischen Bundesbahnen, Herr Minister Generaldirektor Aufsichtsratspräsident Streicher, sind angegangen worden, aber die Erfolge, die wir bisher gesehen haben, haben immer zu noch höheren Ausgaben geführt. Wir warten dringend darauf, daß wir hier positive Meldungen bekommen. Das blockiert nämlich den Staatshaushalt, das blockiert die Möglichkeiten, die wir haben. Wir leben heute immer noch in einem Land, in dem die Bundesbahnen nicht in der Lage sind, logistisch die Anforderungen der Industrie zu erfüllen. Die industriellen Unternehmer gehen

**Mag. Helmut Peter**

ganz einfach auf die Straße — zwangsweise, im wahrsten Sinne des Wortes — und bevorzugen den LKW, weil die Bundesbahnen nicht in der Lage sind, diese Aufgaben zu erfüllen.

Staatsdienst und Bürokratie — ein weiterer Bereich, der den Industriestandort wesentlich hemmt. Fragen Sie doch einmal Industrielle, was es heißt, eine neue Anlage in Betrieb zu nehmen. Nachdem die 24. Kommission dort war, geben es manche auf. Ich hoffe, es wird nicht so bald aufgegeben, weil es Investitionen sind, die uns fehlen. Hier gibt es Hemmnisse, die wir bearbeiten müssen.

Und als letztes bleibt uns die Privatisierung. Ich freue mich ja, daß die Privatisierung jetzt schon langsam in Gang kommt, das Diktat der leeren Kassen treibt die Bundesregierung ganz einfach vor sich her. Jetzt muß das Geld aufgebracht werden. Mir wäre es halt lieber, wenn man aus einem anderen Grund privatisieren würde, nämlich aus dem ganz einfachen Grund, daß man sagt, all das, wo der Staat nicht nachweisen kann, daß sein Eigentum an Produktionsmitteln Vorteile für die österreichische Bevölkerung bringt, all das wird automatisch privatisiert. Es gilt die Umkehr der Beweislast in der Privatisierung. Nur wenn es einen Vorteil für die österreichische Bevölkerung bringt, daß irgend etwas vom Staat erfüllt wird — und den Beweis hat der Staat zu führen —, nur dann, meine Damen und Herren, soll es weiterhin im Staatsdienst bleiben. Ich sehe eine gewisse Gefahr, daß diese Probleme durch den wirtschaftlichen Aufschwung zugedeckt und eingeschnürt werden.

Ich erlaube mir in aller Kürze an die Experten vier Fragen zu stellen, von denen ich meine, daß sie ein bißchen zu wenig darauf eingegangen sind. GATT und Binnenmarkt bringen mehr Freihandel, sie bringen mehr Welthandel, der Welthandel wird neue Arbeitsteilung mit sich bringen — soweit sind wir uns einig. Diese neue Arbeitsteilung — und das ist vor allem auch eine Frage an die Europäische Union — wird mehr Verkehr erzeugen. Und dieser Verkehr, da sind wir auch uns einig, hat ökologische und soziale Grenzen. Wir brauchen also für den Verkehr — wenn wir nicht bürokratisch beschränken wollen — neue Engpaßfaktoren. Ich meine, die Engpaßfaktoren für den Verkehr können nur die Kosten desselben sein — der Verkehr ist zu billig. Ich will jetzt nicht produktive Frächterunternehmen mit hohen Steuern so lange belasten, bis die unproduktiven Bundesbahnen endlich wirtschaftlich werden, das wäre mir zuwenig. Wir müssen darüber nachdenken, was kostet Verkehr wirklich, spiegelt er die ökologischen und sozialen Grenzen wider.

Das zweite, meine Herren Vortragenden: Sie haben zuwenig von der Frage des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Thematik gesprochen. Das

muß doch auch in Ihren Ländern ein Thema sein. Sie haben von Arbeitsproduktivität, von Kapitalproduktivität gesprochen, ich habe Sie aber nicht von Energieproduktivität sprechen gehört. Den CO<sub>2</sub>-Effekt beziehungsweise das Toronto-Ziel werden wir so nicht erreichen. Wo sind jetzt Ihre Maßnahmen, wo sind Ihre konkreten Vorschläge, wie wir zu mehr Energieproduktivität kommen? Der Weg der ökologischen Steuerreform wurde von der Kollegin Petrovic schon aufgezeigt.

Die dritte Frage: Wie sieht es in Ihren Ländern mit der Durchsetzbarkeit industrieller Projekte aus? Es gibt wirklich eine missionarische Gruppe von Leuten, die von Baustelle zu Baustelle reisen und versuchen, jedes zweite und dritte Projekt zu verhindern. Bei allem Respekt vor der persönlichen Betroffenheit der Bürger, aber es gibt diesen Verhinderungstourismus in Österreich, der von Baustelle zu Baustelle zieht. Wie schaut es in Ihren Ländern mit der Durchsetzbarkeit aus?

Vierter und letzter Punkt: Wie schaffen Sie es, daß Sie trotz Bürokratie noch investieren? Ich halte das für ein ganz wesentliches, zentrales Thema. Vielen Unternehmern und vielen Industriellen vergeht ganz einfach die Lust, und sie sagen, wir investieren dort, wo wir keinen bürokratischen Hürdenlauf starten müssen.

Meine Damen und Herren! Industriepolitik ist wohl eines der wichtigsten Themen in unserem Land. Ich bin froh, daß wir heute endlich darüber gesprochen haben. — Danke schön. *(Beifall.)*  
14.45

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Danke, Herr Kollege Peter, für die Ausführungen. Damit ist die erste Diskussionsrunde beendet, und wir kommen zur nächsten Diskussionsrunde. Darf ich in Erinnerung rufen, daß in dieser fünf Minuten Redezeit vorgesehen sind.

**IV. Punkt: Diskussion über die Referate**

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Als erstem darf ich jetzt in dieser Runde Herrn Generaldirektor Dkfm. Helmut Hamming von der VA-Technologie AG — er ist dort Vorstandsmitglied — das Wort erteilen. — Bitte, Herr Generaldirektor.

14.46

Generaldirektor Dkfm. Helmut Hamming (VA-Technologie AG): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Verehrte Damen und Herren! Ich darf — so wie die Repräsentanten ausländischer Unternehmungen — zuerst den VA-Technologie-Konzern vorstellen und möchte als zweiten Punkt unsere industriepolitischen Anliegen hier präsentieren.

Die VA-Technologie AG ist ein Konzern mit 23 Milliarden Umsatz, 13 000 Mitarbeitern und

## Generaldirektor Dkfm. Helmuth Hamminger

erwirtschaftete letztes Jahr zirka eine Milliarde Gewinn. Das ist das Resultat einer Produktivitätssteigerung von 71 Prozent in den letzten fünf Jahren — 45 Prozent in der Energie- und Umwelttechnik, 30 Prozent bei industrienahen Dienstleistungen, 25 Prozent im metallurgischen Anlagenbau. Die Absatzstruktur sieht folgendermaßen aus: 70 Prozent Europa, wir sind daher ein europäischer Konzern — und dazu zähle ich jetzt auch schon Österreich —, 10 Prozent Fernost, 10 Prozent Naher Osten, 10 Prozent Nordamerika und Rest der Welt.

Ein Technologiekonzern hat global zu agieren, und das tun wir auch. Der Aufwand, den wir jährlich in Forschung und Entwicklung stecken, beträgt zirka 900 Millionen Schilling. Die Stoßrichtung ist die Entwicklung umweltfreundlicher, energiesparender Technologien für die Industrie, für die Kraftwerksindustrie. Und unser Anliegen an die Technologiepolitik ist es, insbesondere die angewandte Forschung und Entwicklung auch in den traditionellen Bereichen der Industrie zu fördern, nicht nur den sogenannten Hochtechnologiebereich, Bereiche der Gentechnik oder Biotechnologie, wo Österreich überhaupt keine Chance hat, gegen ausländische Großkonzerne eine Position zu erringen.

Unser Anliegen ist auch weiterhin, die Umweltpolitik mit ausreichenden Mitteln auszustatten, nicht nur für das Land Österreich, sondern auch für das umliegende Ausland, denn die Emissionen der Industrie und der Kraftwerke im Ausland belasten auch Österreich. In Zeiten wie diesen, in denen die Industrieproduktion stagniert oder in vielen Ländern sogar rückläufig ist, nimmt der Wettbewerbsdruck zu. Wenn der Wettbewerbsdruck zunimmt, steigt die Kreativität im Wettbewerb, und dies nicht nur in den Unternehmungen, sondern auch in den Institutionen, in den Organisationen, mit denen die Industrie zusammenarbeitet. Das sind staatsnahe Institutionen, regierungsnahen Institutionen. Und ich denke hier insbesondere an die Außenhandelspolitik, die in vielen OECD-Ländern heute dazu verwendet wird, um für eine Wirtschaftsbelebung in Industrie und Export zu sorgen.

Es ist daher aus meiner Sicht unabdingbar, daß von Österreich Rahmenbedingungen für den Außenhandel geboten werden, die gegenüber jenen anderer OECD-Länder zumindest wettbewerbsneutral sind, dies insbesondere in bezug auf Deckungspolitik für politische wirtschaftliche Länderrisiken, laufende Anpassung der Garantientgelte an das Niveau, das aus den Konkurrenzländern geboten wird, Mindestselbstbehalt des Exporteurs, wie das in anderen OECD-Ländern üblich ist. Eine konsequente Haltung Österreichs gegenüber der mißbräuchlichen Auslegung der sogenannten Helsinki-5-Guide-lines wäre für uns

ebenfalls sehr, sehr wichtig, wenn diese durch Konkurrenzländer erfolgt.

Und zuletzt — vor Ablauf der fünf Minuten — noch der Appell zur Bereitstellung von wettbewerbsfähigen Exportkrediten, wo immer dies erforderlich ist. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)* 14.50

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Ich danke, Herr Generaldirektor.

Nächster auf der Rednerliste ist Herr Dr. Caspar Einem von der Österreichischen Mineralölverwaltung. — Bitte.

14.50

Dr. Caspar Einem (ÖMV AG): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht zunächst korrigieren — von der ÖMV AG. Wir sind hier ein Stück des Weges schon gegangen und, wie ich glaube, auch einigermaßen erfolgreich — die Verwaltung versuchen wir zunehmend abzugeben.

Ich möchte zunächst vielleicht einen Begriff aufgreifen, den Herr Brooks im Rahmen seines Referates verwendet hat, und meine Ausführungen insgesamt unter den Übertitel stellen „Affair instable environments to act“, dazu zunächst einmal jenseits der Industrie, aus der ich komme, ein paar Worte sagen und dann dazu noch drei Spezifika anführen.

Ich glaube, daß die Idee eines regelmäßigen und intensiven Meinungsaustausches zwischen Industrie und Politik nur wärmstens begrüßt werden kann. Das kann nach unserer Auffassung eine Basis für einen rationalen Diskurs sein und kann dem Fundamentalismus, den es auch in der Industriepolitik da und dort gibt — ich komme auf Beispiele dieser Art zurück —, vorbeugen helfen. Dieser Fundamentalismus kostet teilweise sehr viel Kraft, Zeit und schließlich auch Geld.

Ich glaube aber auch — und auch das ist vorhin schon betont worden —, daß eine Neuorientierung der Industriepolitik nicht aus dem Auge verlieren darf, daß es sich dabei letztlich auch um eine Weiterentwicklung der sogenannten Sozialpartnerschaft handeln muß, daß es — wenn wir von der Öffnung in den Köpfen der Menschen, die bereit sein sollen, eine andere Art des Wirtschaftens mitzutragen, reden — auch darum geht, Menschen die Angst zu nehmen, sich auf dieses Spiel einzulassen. Es geht nicht an, daß wir den Wettbewerb im Interesse unseres Überlebens als Unternehmen forcieren und diejenigen, die dabei Gefahr laufen, aus der Stabilität, die sie wünschen, herauszufallen, sich selbst überlassen. Das heißt, es geht sicherlich um eine Weiterentwicklung des spezifisch für Österreich erfolgreichen Musters des Gespräches zwischen Industrie und

**Dr. Caspar Einem**

Politik einerseits und zwischen allen beiden und den Beschäftigten in der Industrie zum anderen.

Als Vertreter eines Energieunternehmens, das vor allem in den Bereichen Öl und Gas tätig ist, und eines Unternehmens, das außerdem ein großer Verbraucher von Energie ist, darf ich vielleicht auch noch drei Aspekte anführen, die uns konkret beschäftigen und wo wir konkrete Erwartungen an die Politik haben. Auch hier geht es im wesentlichen nicht darum, daß etwas billig oder günstig ist, sondern daß es faire, vergleichbare und vor allem auch voraussehbare Bedingungen gibt.

Beispiel 1: CO<sub>2</sub>-Steuer oder Energiesteuer. Wenn eine derartige Steuer eingeführt wird, sollte dem Umstand Rechnung getragen werden, daß es Wettbewerb gibt, daß wir also darauf Rücksicht zu nehmen haben, daß eine einigermaßen vergleichbare Besteuerung in den Märkten, in denen wir tätig sind, stattfindet.

Und — das muß leider Gottes dazugesagt werden, das macht die Aufgabe nicht gerade leichter — es muß auch darauf Rücksicht genommen werden, daß Österreich am Ostrand der EU liegt — sei es innerhalb, sei es außerhalb, ich nehme aber an, in der EU — und daß daher der Gesichtspunkt, daß wir neben Industriestaaten tätig sind, mit denen gewissermaßen der Ferne Osten an Österreich angrenzt, eine Rolle spielt.

Zweitens: Energiepreise. Hier spreche ich als einer, der aus einem Unternehmen kommt, in dem sehr viel Gas verbraucht wird, in diesem Fall zur Düngemittelproduktion in Linz. Wir haben diesbezüglich Sorgen und erwarten von der Politik — auch der österreichischen —, daß dafür Sorge getragen wird, daß hier im Rahmen Europas faire und gleichbehandelnde Politik angewendet wird, daß also etwa nicht Länder schon aufgrund des Umstandes, daß sie selbst große Produzenten von Gas sind, dieses Gut zugunsten der dort tätigen Industrie subventioniert einsetzen können.

Letzter Punkt, noch einmal zum Fundamentalismus zurückkommend: Als Vertreter eines Unternehmens, das in den Leitungssystemen Europas — nämlich in den Gasleitungssystemen — tätig ist, möchte ich sagen, daß wir uns erwarten, daß man sich hier nicht politische Spiele erlaubt, wo es um Fundamentalismus geht — nämlich ob zwingend third party access oder ähnliches eingeführt wird —, sondern daß pragmatische Lösungen gesucht und gefunden werden. Die Beispiele, die hier gerne in der Diskussion angeführt werden, nämlich Beispiele einerseits aus den USA und andererseits aus Großbritannien, sind mit den realen Verhältnissen, wie in Kontinentaleuropa gearbeitet wird, nicht vergleichbar. Wir sollten

daher auch hier pragmatische Lösungen finden. — Schönen Dank. (*Beifall.*) 14.55

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal: Danke, Herr Dr. Einem. — Bitte um Nachsicht, daß ich versucht habe, ÖMV für unsere ausländischen Gäste zu übersetzen. (*Heiterkeit.*) Ich weißte nicht, daß das nicht mehr statthaft ist. Hoffentlich darf man AG noch übersetzen, das heißt Aktiengesellschaft, das steht auch noch dabei.

Ich bin daher froh darüber, daß beim nächsten Redner nicht nur Wifo, sondern auch Wirtschaftsforschungsinstitut dabeisteht. Daher traue ich mich, das zu sagen, und bitte daher jetzt Herrn Universitätsprofessor Aiginger vom Wifo das Wort zu nehmen. — Bitte schön.

14.56

Universitätsprofessor Dr. Karl Aiginger (Wifo): Wir haben heute am Vormittag bereits gehört, vor allem von Dr. Vossen, daß Österreich ein guter Industriestandort ist. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß sich gerade in letzter Zeit hier wahnsinnig viel ändert.

Wir alle wissen oder haben es schon gehört, daß hundert Kilometer von hier die Löhne ein Zehntel des Niveaus jener von Österreich betragen. Wir wissen, daß nicht mehr Europa, sondern der pazifische Raum jener Raum ist, der am raschesten wächst, und wir wissen von der EU-Integration, die bevorsteht, in EWR- und EU-Form, und wir wissen, daß es einen neuen Stellenwert für Umwelt und Transit gibt, der nicht mehr so bald wegzudenken ist. Und in dieser Situation gibt es daher auch neue Anforderungen an die Industriepolitik, die der österreichischen Industrie helfen muß, im Wettbewerb zu bestehen.

Die bisherige Industriepolitik war nicht schlecht, sie war besonders gut dort, wo es darum gegangen ist. Altes abzusichern, und sie war weniger erfolgreich dort, wo es darum gegangen ist, die Bedingungen für morgen zu schaffen. Und ich möchte das an zwei Zeichnungen zeigen. (*Der Redner zeigt Overhead-Folien.*) Diese beiden Linien zeigen die Fähigkeit der österreichischen Industrie, ihre Preise im Ausland durchzusetzen, und auf der anderen Seite die Preise ausländischer Güter, die nach Österreich kommen. Die blaue Linie ist leider die Linie der Importe. Das heißt, die Importe sind höherwertig als die Exporte. Das hat vielfache Ursachen: einerseits ein zu langsamer Strukturwandel aus dem Grundstoffbereich heraus, andererseits eine zu geringe Anreicherung der Industrieprodukte mit Dienstleistungen und ein zu geringes Marketing, was die einzelnen Produkte beziehungsweise den Industriestandort Österreich betrifft.

Das zweite zeigt Ihnen kurz die Orientierung Österreichs beziehungsweise eines vergleichbaren

### Universitätsprofessor Dr. Karl Aiginger

Landes, nämlich der Schweiz, auf nahe beziehungsweise ferne Märkte. Die Balken zeigen die Exportquote in die einzelnen Blöcke. Wir exportieren mehr in die EG, daher ist der rote Balken größer. Wir exportieren mehr in die EFTA, wir exportieren mehr in die Oststaaten, wir exportieren aber wesentlich weniger in den amerikanischen Markt, in den japanischen Markt und in die Tiger-Staaten, und das verglichen mit einem Land, das unserem Land ähnlich ist. Und ein Phänomen hängt mit dem anderen zusammen: Wenn die Produkte nicht hochwertig genug sind, dann sind sie von Transportkosten nicht genügend unabhängig.

Wir haben dann auch von den Wettbewerbsfaktoren für Österreich gehört — Herr Vossen hat sie präsentiert. Von den ersten fünf haben wir bei vier einen hervorragenden Stellenwert für Österreich gehabt. Der fünfte war die Telekommunikation. Das ist natürlich einer jener Bereiche, wo es besonders schwer ist, der aber nach vorne gerichtet ist. Da hilft kein Absichern, sondern da hilft nur ein Vorwärtsschreiten in neue Märkte.

Ich glaube daher, daß es eine neue Industriepolitik sein muß, die sich an folgenden Zielen orientiert: an der Förderung des strukturellen Wandels in Richtung Höherwertigkeit, Internationalität und Nutzung unseres Hauptfaktors, der qualifizierten Arbeit.

Das klingt vielleicht, wenn man es gehört hat, sehr einfach. Haben wir je etwas anderes getan? — Natürlich, es wurde bisher auch verschiedenes andere getan.

Das bedeutet kein Sozialdumping, keine Vernachlässigung des Umweltfaktors, keine neuen Mauern für Importe, hingegen Forschung, Wissenschaft, Transfer, Integration, Ausbildung und Standortpolitik.

Zur Standortpolitik nur ganz kurz. Man liest immer wieder in den ausländischen Zeitungen: Werbung für Industriestandorte, für Korea hundertmal sooft wie für Österreich. Obwohl einiges versucht wird, muß doch gesagt werden, es gibt wenig Werbung für Österreich. Und wenn es Werbung gibt, dann handelt es sich um Werbung für ein Land, das ein bißchen hinten nach ist, in dem vor Hunderten Jahren sehr viel Musik komponiert wurde und ähnliches.

Das geht bis zu den Austrian Airlines, über deren Werbung ich mich jedesmal ärgere, weil diese die Vergangenheit so festschreibt: Bleibt stehen, noch einmal könnt ihr die Vergangenheit betrachten! Kommt nach Österreich!

Weltweites Standardmarketing heißt Schaffung des Bewußtseins der industriellen Stärke, des Industrieanteils, der sehr hoch ist, Hinweis darauf,

daß wir die Produktivität der westdeutschen Industrie erreicht haben, Hinweis auf geographische Lage und ähnliches. Werbung für Österreich als Standort von produktionsnahen Dienstleistungen!

Ich möchte, weil ich sicher schon am Ende meiner fünf Minuten bin, die Schwerpunkte einer aktiven Industriepolitik, wie ich sie mir vorstelle, nur kurz aufrollen. Sie müssen irgendwann einmal in einem Konzept, in einem Plan niedergeschrieben werden. Das ist Aufgabe der Parlamentarier. Wenn dabei Hilfe notwendig ist, stehen wir zur Verfügung.

Die Schwerpunkte sind natürlich Höherqualifikation, Innovationsförderung. Daß man das nach 40 Jahren Forschungsberichten in diesem Haus noch sagen muß, ist auch ein Problem. Aber geändert hat sich nichts. Das ist meine einzige Begründung, warum ich das noch sagen darf. Weiters: Qualitätssicherung, Infrastrukturpolitik, Management des EU-Beitrittes.

Neben der Frage, ob wir beitreten oder nicht, gibt es auch noch die Frage: Wie erfolgreich managen die österreichische Verwaltung und die österreichische Industrie die Tatsache, daß wir Mitglied sind? Wir dürfen nicht vergessen, alle Begründungen für Subventionen, die es bisher gegeben hat, sind mehr oder minder obsolet. Subventionen müssen jetzt als externe Effekte begründet werden. Österreichs Verwaltung hat nunmehr nicht mehr die Aufgabe, nach innen etwas abzusichern, zu erlauben oder nicht, sondern sie hat nach außen zu vertreten. Das ist wichtig.

Das schließt natürlich daran an: Wer sind die Träger der Industriepolitik? Ich möchte das nicht vorschreiben, aber ich glaube auch, daß es einen bestimmten Träger der Industriepolitik geben muß, daß es einen Ausschuß dafür geben muß, daß Industriepolitik nicht so stark verteilt sein sollte auf die einzelnen Ministerien, und vor allem müssen wir uns dessen bewußt sein, daß aktive Industriepolitik nicht heißt lenken, sondern jene Rahmenbedingungen zu bringen, unter denen unsere Industrie eben den veränderten Rahmenbedingungen entsprechen kann. *(Beifall.)*  
15.02

Vorsitzender Präsident Dr. Robert Lichal:  
Danke, Herr Professor Aiginger.

Der nächste Redner ist Dr. Kurt Bayer vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Bitte schön, Sie haben das Wort.

15.02

Dr. Kurt Bayer (Wifo): Meine Damen und Herren! Ich trete hier als Zwilling mit Karl Aiginger auf. Ich arbeite auch im Wirtschaftsforschungsinstitut, werde allerdings nicht das wiederholen, was er sagte, sondern komplementär zu



**Dr. Kurt Bayer**

ihm einige Aussagen zu Organisation und Ablauf einer modernen Industriepolitik machen. Wir haben einiges über Inhalte gehört, und ich glaube, man muß auch über die Organisation und über die Ablauffähigkeit in Österreich sprechen. *(Abg. Koppler übernimmt den Vorsitz.)*

Der internationale Standardwettbewerb führt auch unter den Voraussetzungen eines EU-Beitrittes zu einem Wettbewerb nationaler Industriepolitiken. Qualität und Ausprägung der Industriepolitik haben einen wichtigen gestaltenden Einfluß auf die Standortqualität. Und damit stehen Inhalt, Organisation und Ablauf der Industriepolitik unter einem verstärkten Legitimations- und Konkurrenzdruck.

Der Erfolg einer modernen Industriepolitik hängt davon ab, daß alle gesellschaftlichen Kräfte und alle Gebietskörperschaften — natürlich unter Beachtung ihrer legitimen Interessen — an einem gemeinsamen Strang ziehen. Dazu ist ein Konsens über Ziele, Strategien und Instrumente herzustellen und die jeweilige Maßnahme an der zu ihrer Umsetzung am besten geeigneten Stelle anzusetzen. Hier ist wenig Platz für parteipolitische, interministerielle, zwischenministerielle, regionalpolitische Streitereien und Kompetenzstreitigkeiten.

Die Zersplitterung der industriepolitischen Kompetenz in Österreich auf mindestens drei Ministerien, denen jeweils unterschiedliche, teilweise einander überlappende Instrumente zugeordnet sind, erschwert eine gezielte und integrierte Industriepolitik. Gleichzeitig aber erfordert die moderne Industriepolitik eine stärkere Verschränkung mit Technologie, Umwelt und Sozialpolitik. Damit entsteht über den engeren Kreis der Industriepolitik hinaus ein erhöhter Koordinationsbedarf, der von der Industriepolitik zu bewältigen ist.

Um den notwendigen Konsens zwischen supranationalen, nationalen und regionalen Interessen sowie zwischen unterschiedlich betroffenen Gruppen in Österreich zu finden, sind neue Instrumente der Moderation und der Partizipation in der Industriepolitik erforderlich. Leider Gottes sind Regulierungs- und wettbewerbspolitisches Know-how in Österreich unterentwickelt. Ich sage das hier ganz bewußt, da sehr viele Beamte anwesend sind, die dafür zuständig sind. Eine moderne Regulierungsstruktur erfordert klare Vorstellungen und Regeln über Ziele, Inhalte und Interessenkollisionen, das letzte unterstreiche ich, sowie eine ausreichende qualitative und quantitative Ressourcenausstattung der österreichischen Regulierungsinstanzen.

Ich glaube, daß wir, wenn wir diese Grundregeln beachten und natürlich nicht nur beachten, sondern die entsprechenden Taten setzen, eine

Chance haben, zur gedeihlichen Entwicklung der Industrie zum Wohle aller in Österreich lebenden Bevölkerungsteile beizutragen. — Danke schön. *(Beifall.) 15.06*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Herrn Dr. Kurt Bayer für seine Ausführungen.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Rudolf Quehenberger. Ich erteile es ihm. — Bitte.

*15.06*

Rudolf **Quehenberger** (Firma Quehenberger): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein kleiner österreichischer Privatunternehmer. Ich habe eine Spedition, mache Transporte und nebenbei auch noch Fußball — für mich ist Fußball die schönste Nebensache der Welt —, und, wie ich glaube, nicht erfolglos. Ich beschäftige zirka 700 Mitarbeiter.

Ich rede sicherlich nicht fünf Minuten, sondern nur ganz kurz, weil ich ein Beispiel aus der Praxis bringe.

Ich begrüße diese Enquete, weil nicht nur Politiker, sondern auch Leute aus der Wirtschaft, aus der Praxis daran teilnehmen.

Ein Rudi Quehenberger begreift folgendes nicht: Seit 1986 — so ist mein Wissensstand — liegen in der Kaserne Siesenheim Hunderttausende Quadratmeter Grund am Rande von Salzburg in verkehrsmäßig bester Lage, Bahnanschluß, Autobahn et cetera, brach. Seit 1986 spricht man davon, man wolle dieses Grundstück der Salzburger Wirtschaft zur Verfügung stellen, und zwar zu vernünftigen Preisen. Geschehen ist null. Auch ich interessiere mich für diesen Standort, weiß aber nicht, an wen ich mich wenden soll. Angeblich werden diese Grundstücke zu Höchstpreisen an ausländische Firmen verkauft. Das verstehe ich nicht.

Wahrscheinlich wird es nicht nur in Salzburg so sein, sondern auch in anderen Städten Österreichs. Warum unterstützt man nicht die heimische Wirtschaft? Warum gibt es keine Forderungen nach Errichtung von Speditionsterminals, Lagerhallen, Logistikzentren? Ich verstehe mich als wichtiger Partner der Industrie und des Handels. Ich bin eben nur ein österreichischer Unternehmer. — Danke schön. *(Beifall.) 15.08*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Danke für die Ausführungen, Herr Quehenberger! Es wird zum Schluß noch Herr Bundesminister Klima zu Wort kommen. Ich hoffe, er wird Ihnen eine ausreichende Antwort hinsichtlich Ihres Problems geben.

Als nächste ist Frau Monika Pacher von ICD-Austria am Wort. — Bitte.

**Monika Pacher**

15.08

**Monika Pacher (ICD-Austria):** Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr verehrte Damen und Herren! Mein Name ist Monika Pacher. Ich bin Geschäftsführerin der ICD-Austria, und ich möchte in meiner Wortmeldung zu dieser Standortdiskussion noch einen internationalen Beitrag leisten.

Mein Ziel ist es, über eine Initiative zur Positionierung Österreichs als Wirtschaftsstandort zu informieren und Ihre Unterstützung und Ihre Mitarbeit zu gewinnen.

Wir, das heißt die ICD-Austria, haben in Abstimmung und im Auftrag des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft im Herbst des Vorjahres die Initiative für die internationale Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Österreich ergriffen.

Seit mehr als zehn Jahren bringt die ICD-Austria erfolgreich Arbeitsplätze und Technologie nach Österreich. Das sind bis heute rund 5 500 Arbeitsplätze und 8,2 Milliarden Schilling an Investitionen und zur Sicherung des Wohlstandes in Österreich und als Business-opportunity für die heimische Wirtschaft, die durch unsere Aktivitäten weitere Geschäftsbeziehungen anbahnt.

Dr. Vossen hat in seinem Beitrag heute vormittag das Umfeld unserer Arbeit einigermaßen deutlich dargestellt und auch die Schwierigkeiten, die durch unsere Finanzierung im internationalen Vergleich unsere Arbeit erschweren.

Im Zuge unserer Tätigkeit wurden wir praktisch bei allen Geschäftskontakten im wesentlichen mit zwei Problemen konfrontiert:

Erstens wird Österreich als Standort praktisch nie in Betracht gezogen, weil wir weltweit im Erscheinungsbild von Entscheidungsträgern und Wirtschaft als Wirtschaftsstandort fast überhaupt nicht präsent sind. Zweitens: Selbst dort, wo es uns gelungen ist, die Attraktivität Österreichs darzustellen und Österreich damit in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, hat man sich letztlich doch für einen weniger attraktiven Standort in der EU entschieden.

Trotz engster Verflechtungen und Freihandelsabkommen gelten wir als ein Land, das einfach nicht dazugehört. Dieses zweite Hindernis wird — und darauf hoffen und vertrauen wir — durch die Volksabstimmung am 12. Juni positiv gelöst werden.

Ab diesem 12. Juni wird die Republik Österreich besonders gut daran tun, die heimische Wirtschaft durch eine Marketingoffensive zu unterstützen. Der Beitrag der ICD dazu ist die Basis

für eine kontinuierliche Imagewerbung, ausgerichtet auf alle wirtschaftlich starken Länder in der EU, Amerikas und im Fernen Osten.

Nach einer Analyse des Standortes Österreich, bei der auch die Bedürfnisse der wichtigsten Wirtschaftspartnerländer, aber auch das Image Österreichs dort erfaßt wurden, hat die ICD ein modulares und flexibles Marketing- und Kommunikationskonzept entwickelt. Es besteht aus einem Mix aus klassischer Werbung und PR-Aktivitäten, der auf Kulturkreise und Länder hin maßgeschneidert ist. Das heißt, das umfaßt zum Beispiel Symposien, Programme für internationale Journalisten, Sonderbeilagen in Zeitungen, Werbeeinschaltungen, und vieles mehr.

Die Realisierung dieses Konzepts würde sicherstellen, daß Österreich künftig im Vorstellungsbild von wichtigen Wirtschaftspartnern präsent und positiv verankert wäre. Damit wird Österreich als international attraktiver Standort positioniert.

Das wird auch österreichischen Unternehmen das Umsetzen eigener Werbelinien erleichtern, denn ihre Produktwerbung erreicht ein höheres Effizienzniveau und größeren wirtschaftlichen Erfolg, wenn das Vorstellungsbild über Österreich als Zielland bereits positiv verankert ist.

Es ist zweifellos im nationalen Interesse, daß Österreich als EU-Wirtschaftsstandort international derselbe Stellenwert zukommt, der heute schon dem Fremdenverkehrsland Österreich zukommt.

Die Zeit drängt, das heißt, es gibt keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, um mit der Umsetzung dieser Marketingoffensive zu beginnen.

Das ICD-Konzept ist modular aufgebaut, das heißt, wir bieten ein Programm für eine umfassende Imagekampagne, die von einzelnen Organisationen bei Bedarf in Anspruch genommen werden kann, zum Beispiel der Bundesregierung, der Wirtschaftskammer, den Banken und vielen Unternehmen.

Erstmals werden mit dieser Marketingoffensive die vielen einzelnen Werbetätigkeiten gebündelt und erreichen damit ein Maximum an Wirkung. Um dieses Programm umzusetzen, braucht die ICD eine umfassende, allseits anerkannte Planungskompetenz. Das heißt, wir wollen die akzeptierte Anlaufstelle für Auslandswerbetätigkeiten sein, im Endeffekt die Werbegesellschaft für die Business-opportunity Österreich.

Ihr Beitrag zu dieser internationalen Marketingoffensive wird daher mitentscheiden, in welchem Ausmaß Österreich in Zukunft für heimische Unternehmer neue Kunden und Partner gewinnen wird und ob Arbeitsplätze und Technologie

**Monika Pacher**

gie dem internationalen Trend entsprechend stärker als je zuvor nach Österreich gebracht werden können. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.) 15.15

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Ihnen, Frau Pacher, für Ihren Beitrag.

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Monika Langthaler vom Grünen Klub. — Bitte.

15.15

Abgeordnete Monika **Langthaler** (Grüne): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zuerst ein kurzes Wort an die wenigen Damen hier: Ich denke, wir sollten uns alle etwas anstrengen, damit bei der nächsten Industrie-Enquete hier auch ein paar Damen als Referenten sitzen. Dieses Thema scheint nach wie vor ein sehr von Männern dominiertes zu sein, und das trifft auch auf meinen Bereich zu, über den ich in erster Linie in diesem Zusammenhang sprechen möchte, nämlich den Bereich Ökologie und Industrie. Denn auch hier scheint es so zu sein, daß die Ökologie und der Umweltschutz zwar eigentlich in sehr vielen Reden, auch in den Ausführungen mancher Referenten vorkommen, in der tagtäglichen Praxis aber oft nichts anderes als ein Aufputz sind. Damit ist wohl auch in vielen Bereichen die Analogie zu Damenrepräsentation und Industrie zu sehen. Beides muß wohl sehr intensiv geändert werden.

Vielleicht wundern sich manche doch, daß sich gerade die Grünen so intensiv für einen Industrieausschuß und für eine Industrie-Enquete in diesem Haus eingesetzt haben. Ich möchte das noch einmal damit begründen, daß natürlich gerade wir erkannt haben, daß Ökologie und Umweltschutz nicht ohne Industrie, nicht ohne Wirtschaft möglich sind, und daß es uns ganz wichtig erscheint, einen intensiven Dialog mit Ihnen zu führen.

Ich selber habe das öfters konkret in Ausschüssen besonders dann erlebt, wenn diese für Vertreter der Industrie geöffnet wurden. Ein konkretes Beispiel: Wir haben lange gebraucht, um einen Solarausschuß hier zu initiieren. Da waren auch Vertreter der Autoindustrie dabei, damals auch von Daimler-Benz. Ich muß allerdings sagen, daß mir der Vortrag damals — Sie entschuldigen — insofern besser gefallen hat, als damals sehr klar formuliert wurde, daß die Autoindustrie beispielsweise selbstverständlich bereit ist, in ökologischen Bereichen mehr zu investieren, wenn sie ganz konkrete und genaue Ziele von der Umweltpolitik vorformuliert bekommt.

Um beispielsweise auf die kalifornischen Abgasregelungen zu kommen: Es dürfte an und für sich kein Problem sein, einerseits dem starken Bedürfnis nach größerer Mobilität, andererseits aber

dem richtigen und wachsenden Bedürfnis nach ökologischen Verkehrsmitteln gerecht zu werden. Und man meinte, bei längerfristiger Planung wäre Umweltschutz für die Industrie überhaupt kein Gegenpart, sondern es müßte tatsächlich ein wirtschaftliches Interesse vorhanden sein, um zu Innovationen und neuen Technologien quasi sanft gedrängt zu werden.

Damals haben die Vertreter der Industrie sehr deutlich gesagt: Technologisch ist das überhaupt kein Problem. Aber, lieber Gesetzgeber, solange du uns das nicht vorgibst, werden wir selber nicht so blöd sein, von uns aus diese Vorleistungen zu erbringen.

Einfach formuliert: Es war ihnen relativ egal, wie man das Geld verdient, nur muß man rechtzeitig planen können. Das ist aus meiner Sicht eine ganz wesentliche Vorgabe für einen solchen Industrieausschuß, um endlich Umweltpolitik nicht mehr nur als Annexmaterie zu verstehen, sondern als integrativen Bestandteil jeder Politik, gerade einer Industriepolitik. Es geht dabei um Stoff- und Ressourcenpolitik.

Ich möchte Sie alle erinnern, daß es immerhin doch eine sehr große Umweltkonferenz 1992 gegeben hat. Alle Regierungschefs und auch viele Industrievertreter waren damals dort. Der Herr Schmidt-Heyne hat in Rio selbst ja einen sehr prominent besetzten Tisch mit Industriellen gehabt, wo sich alle immer wieder — das passiert bei solchen Veranstaltungen eben meistens — verbal für mehr Umweltschutz und für mehr Aktivitäten in diesem Bereich ausgesprochen haben.

Die Realität ist nach wie vor eine völlig andere, leider auch in der EU. Sie kennen meine Position bezüglich eines EU-Beitrittes. Nur, die heutigen Ausführungen — und mir tut es leid, daß der Herr von der EU-Kommission schon wieder weg ist — sind alles andere als aufmunternd, denn das ist kein moderner Zugang, der uns heute hier von seiten der Kommission präsentiert wurde.

Zusammenfassend: Worum es uns Umweltschützern und vielen Grünen ginge, wäre ein besserer und verstärkter Dialog in diesem Bereich, einfach mit dem Wissen, daß eine vernünftige Umweltpolitik nicht ohne eine Industriepolitik gehen kann, die eben ökologischer Kriterien bedarf, sehr wohl auch von staatlicher Seite.

Herr Ex-Abgeordneter von der FPÖ Peter, jetziger Wirtschaftssprecher des Liberalen Forums, nur ein kurzer Seitenhieb zu Ihnen: Sie als Gastwirt werden so wie viele andere Gastwirte in Österreich ganz froh über den Staat und dessen Regelungen dann sein, wenn es darum geht, entsprechend dem Saisonsgeschäft Arbeitskräfte freizusetzen, die dann Arbeitslosenunterstützung beziehen. Das kostet in vielen Betrieben Ihrer Grö-

**Abgeordnete Monika Langthaler**

Benennung den Staat viele Millionen Schilling. Da hört plötzlich der liberale Wirtschaftssprecher vielleicht auf, oder er nimmt gerne in diesem Falle staatsintervenistische Dinge entgegen.

Aber, um wieder zur Sache zurückzukehren — ich komme zum letzten Satz, Herr Vorsitzender —: Diese Enquete soll ein großer Beitrag dazu sein, einen besseren Dialog zwischen Ökologie und Industrie zu schaffen. Und ich hoffe, das ist ein erster Schritt. — Vielen Dank. *(Beifall.) 15.20*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler:  
Ich danke Frau Abgeordnete Langthaler.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. List von AVL. — Bitte.

15.20

Dr. Helmut List (AVL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich leite ein Unternehmen, welches für die internationale Automobil- und Fahrzeugindustrie Verbrennungsmotoren entwickelt, wobei 80, 90 Prozent der Arbeit und der Ziele, die wir im Kundenauftrag verfolgen, letztlich darauf hinauslaufen, Motoren umweltfreundlicher zu machen, Abgasemissionswerte zu reduzieren, Geräusch zu reduzieren und vor allem auch Verbrauch zu reduzieren. Also lauter umweltrelevante Faktoren.

Um diese Ziele heute zu realisieren, ist ein unerhörtes Ausmaß an Forschung und Entwicklung erforderlich. Wir geben auch als Unternehmen etwa 15 Prozent unseres Umsatzes für eigenfinanzierte, also vom Kunden unabhängige Forschung und Entwicklung aus, das sind rund 220 Millionen Schilling pro Jahr, um eben vor allem, in Richtung Motor, Umwelttechnologien voranzuinvestieren, um auch unseren Kunden dann Lösungen anbieten zu können.

Ich möchte deshalb auch besonders auf die Bedeutung von Forschung und Entwicklung hinweisen, denn gerade ein Standort wie Österreich, der ein Hochlohnstandort ist — das ist im Prinzip eine gesunde Entwicklung —, kann nur über eine Technologiepolitik und eine Forschungspolitik an erster Stelle trotzdem international konkurrenzfähig sein. Und ein wichtiger Schritt in der Richtung, auf den ich hinweisen möchte, ist auch die Chance, die sich in Europa durch die europäischen Forschungsprogramme nicht nur für ein Unternehmen wie der AVL, sondern für die gesamte Zulieferindustrie und für wichtige Teile der österreichischen Industrie darstellt.

Ich möchte ein Beispiel aus der Fahrzeugindustrie nennen: Es gibt in der Europäischen Union das Programm EUK, ein Programm, das über vier Jahre läuft, mit 33 Milliarden Schilling an Mitteln ausgestattet ist, auf vier Jahre verteilt, um letztlich neue Technologien in Forschung und Vorentwicklung voranzutreiben, um diese Umwelt-

ziele zu realisieren, aber natürlich auch um Fahrerleitsysteme, Fahrerinformationssysteme neben neuen Antriebsaggregaten, neuen Fahrzeugen et cetera, zu schaffen. Entscheidend ist aber, daß ein großer Teil dieser Gelder so ausgerichtet ist, daß sie tatsächlich sehr umweltrelevant sind.

Hier auch ein Wort, das, glaube ich, gerade für die Europadiskussion sehr wichtig ist: Die EU ist in Sachen Umweltschutz und von der Gesetzgebung her tatsächlich zu einem Schrittmacher geworden. In den achtziger Jahren war richtigerweise Österreich durch die LKW-Geräuschgesetzgebung, durch die Abgasgesetzgebung, wo die US-Gesetze Mitte der achtziger Jahre übernommen wurden, Schrittmacher. In den neunziger Jahren hat die EU Österreich eingeholt und teilweise schon echt überholt. Ab 1986 trat eine nächste Etappe in Kraft, die bereits beschlossen ist, die noch einmal die Abgasemissionen wesentlich reduziert. Bereits heute diskutiert man für das Jahr 2000 Gesetze, und zwar sehr ernsthaft, und es ist nicht mehr weit zu einem Abschluß, die noch einmal die Abgasemissionen drastisch reduzieren, sodaß sie dann in der EU zu den strengsten der Welt, durchaus vergleichbar mit den kalifornischen, zählen werden.

Wesentlich ist, daß solche Lösungen nur gemeinsam mit der europäischen Industrie, mit Forschungsinstituten, Universitätsinstituten in einem großangelegten Netzwerk realisiert werden können, wobei auch die Zielsetzung langfristig definiert werden kann. Es ist das Gute, daß jetzt für das Jahr 2000 Gesetze festgelegt werden und auf diese Weise die Industrie tatsächlich Schritte in die Richtung setzen kann, Mobilität und Umweltschutz vereinbaren zu können.

Solch eine umweltorientierte Politik, glaube ich, führt auch dazu, daß letztlich die Produkte, die in Europa hergestellt werden, qualitativ höherwertig sind und damit auch automatisch vor Billigimporten schützen und so meines Erachtens auch die Beschäftigung wesentlich sichern.

Entscheidend ist, daß neben diesen europäischen Forschungsprogrammen auch die nationalen Forschungsprogramme voll aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden, denn sie sind auch die Basis dafür, daß dann bei den europäischen Programmen entsprechend qualifizierte Anträge gestellt und Geldmittel von Brüssel wieder nach Österreich geholt werden können. *(Beifall.) 15.26*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler:  
Ich danke Herrn Dr. List für seinen Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Generaldirektor Dr. Silbermayr von der Voith AG.

**Dkfm. Dr. Franz Silbermayr**

15.26

Dkfm. Dr. Franz **Silbermayr** (Voith AG): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich komme aus dem Großmaschinenbau, einem Industriezweig, der zu den traditionellen Industriezweigen gehört und von dem manche meinen, er wäre nicht vorrangig förderungswürdig im Rahmen einer Industriepolitik.

Bei den heutigen Referaten am Vormittag haben mich zwei Aussagen besonders beeindruckt, die Aussagen von Herrn Dr. Brunke und von Herrn Vossen. Frei zitiert haben Sie gemeint, es wäre ein Irrglaube, das Heil in der Wirtschaftspolitik, im Dienstleistungsbereich oder in sogenannten High-Tech-Produkten zu sehen und zu suchen. Und die Aussage des Herrn Vossen — ich zitiere sie frei in englisch —: *It's a good idea to look around to see what your competitors are doing to support selling goods.* Er hat damit ganz konkret die Exportförderung angesprochen.

Ich schlage hier in dieselbe Kerbe wie mein Kollege Raminger von der VOEST: Exportförderung, Exportgarantie und Exportfinanzierung sind ein fundamentales, ja lebenswichtiges Instrument für die Industrie und im konkreten für die Anlagenindustrie.

Ich weiß, daß die Themen Exportgarantien, Exportfinanzierung, Softloans und so weiter im Hohen Haus nicht immer unumstritten sind. Ich kann aber nur wiederholen: Für die Anlagenindustrie sind unter der Vorgabe, daß wir die Anlagenindustrie in der Zukunft wollen und daß wir wollen, daß dieser Teil der Industrie international seine Position behauptet, die Exportförderung, die Exportfinanzierung eine unabdingbare Voraussetzung.

Wir haben in den heutigen Referaten und Diskussionen wiederum bestätigt gefunden, daß wir alle sehr gut in der Standorttheorie beschlagen sind und daß wir sehr kreativ sind im Aufzählen von notwendigen Maßnahmen. Ich wäre schon zufrieden, wenn man punktuell mit einzelnen Maßnahmen begänne, wenn man begänne, Maßnahmen umzusetzen. Ja ich wäre schon zufrieden, wenn man einige fundamentale Instrumente der Industriepolitik außer Streit stellte.

Wir haben in den letzten zehn Jahren in Österreich rund 90 000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren, und das soll uns zu denken geben. Wenn das heute stärker ins Bewußtsein gekommen ist, dann, meine ich, war diese Enquete erfolgreich. — Danke. (*Beifall.*) 15.29

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Herrn Generaldirektor Silbermayr für seinen Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gerhard Prager vom ÖGB. Ich erteile es ihm. — Bitte sehr.

15.29

Gerhard **Prager** (ÖGB): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Werte Damen und Herren! Ich möchte mich in meinem Diskussionsbeitrag eher plakativ mit Bildungsangelegenheiten beschäftigen, weil ich meine, daß Industriepolitik und die damit verbundene Erfassung und Erledigung von Anträgen und Aufträgen sehr stark mit der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenhängen.

Aus diesem Grund ist es ein sehr wichtiger Faktor, für einen Industriestandort Österreich die gute berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer hervorzuheben. Für die gute berufliche Qualifikation leisten die berufsbildenden Schulen, leistet das duale Berufsausbildungssystem vor allem in der Industrie hervorragende Beiträge. Leistungen zum Beispiel der Ingenieure, der Facharbeiter in der österreichischen Industrie sind nicht nur in unserem Land anerkannt, sondern sie werden europaweit, ja weltweit geschätzt.

Dennoch, sehr geehrte Damen und Herren, sind diese guten und wichtigen Standortvorteile keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen die besten Voraussetzungen im Bildungssystem schaffen, damit auch künftige Generationen die neuen Herausforderungen bewältigen können.

Neue Herausforderungen, die ich sehe, sind neue Technologien, geänderte Arbeitsorganisation, eine sich stärker ausprägende Informationsgesellschaft. Ich meine, daß eine zu starke Spezialisierung, die bereits in unserem Bildungssystem, in unserem Schulsystem einsetzt, keine vernünftige und geeignete Grundlage darstellt, diese neuen Anforderungen in der Industrie zu bewältigen.

Was verstehe ich unter Neuqualifikationen? — Das sind Teamfähigkeit, die Beherrschung von Fremdsprachen, das Erkennen von Zusammenhängen, die Förderung sozialer Umweltkomponenten, die auch unter dem Aspekt von Schlüsselqualifikationen verstanden werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nicht nur diese neuen Qualifikationen sind notwendig, sondern es ist das Bildungssystem insgesamt Änderungen zu unterziehen. Es gehört durchlässiger gemacht. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß, spezifische Lehrberufe zu haben, die viel zu stark auf eine Tätigkeit, auf eine betriebswirtschaftliche Situation abgestellt sind, sondern wir meinen, daß diese Berufe in breitere Berufsfelder zusammenzufassen sind, die auch unter dem Begriff „Flächenberufe“ firmieren.

## Gerhard Prager

Die deutsche Industrie hat in dieser Richtung sicherlich eine brauchbare Grundlage geschaffen. Dort hat man für diese Lehrberufe bereits eine breitere Qualifikation entwickelt.

Aber nicht nur in der dualen Berufsausbildung ist eine Neuorganisation notwendig, sondern auch im berufsbildenden höheren Schulsystem sind Änderungen notwendig. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß und macht auch keinen Sinn, 13 verschiedene Fachrichtungen Maschinenbau zu haben, sondern auch hier muß der Gedanke einer breiteren Qualifikation im Vordergrund stehen.

Ich möchte im Zusammenhang mit der aktuellen Entwicklung der Lehrlingsausbildung in Österreich — einer der wesentlichen Faktoren für den Nachwuchs an Facharbeitskräften — den Trend ansprechen, daß sich die Industrie meiner Meinung nach zu stark und immer stärker von der dualen Berufsausbildung abkoppelt. Ich meine, daß es nicht mehr zeitgemäß ist, daß die Industrie diesen Weg geht. Ich meine, daß Einrichtungen, Kapazitäten, wie Lehrwerkstätten, genützt werden müssen, um genau jene gute berufliche Qualifikation zu fördern und auszubilden, die in Österreich so not tut. Eine Entsorgung, um es ökologisch auszudrücken, bringt der Industrie nur Nachteile.

Ein abschließender Punkt: Vor allem die Weiterbildung muß in Zukunft viel stärker forciert werden. Hier hätte die Industrie meiner Meinung nach eine Schrittmacherfunktion. Auch wenn Bundesminister Schüssel heute von 10 Milliarden gesprochen hat, haben wir die Erfahrung gemacht, daß Arbeitnehmer oder angelernte Arbeitnehmer kaum in diese Weiterbildungsstrukturen hineinkommen. Daher wird es notwendig sein, auch seitens der Industrie Schritte zu setzen.

Aufgrund der kurzen Redezeit war es nicht möglich, alles zu beleuchten, aber ich hoffe, daß einige Blitzlichter die Situation entsprechend erhellt haben. — Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)* 15.35

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke dem Kollegen Prager für seinen Beitrag.

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Maria Hofstätter vom Österreichischen Institut für Berufs- und Bildungsforschung. — Bitte.

15.35

Maria **Hofstätter** (Österreichisches Institut für Berufs- und Bildungsforschung): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme vom ÖIBF. Wir beschäftigen uns mit Berufsqualifikationen, mit Qualifikationsentwicklung, mit neuen Arbeitsplätzen. Im Jahre 2010 —

also in rund 15 Jahren — wird in Europa nur mehr etwa jeder dritte Beschäftigte auf einem Industriearbeitsplatz arbeiten, also es werden maximal 30 Prozent der Beschäftigten Industriearbeitsplätze innehaben. Zurzeit sind es in Europa noch fast 40 Prozent.

Es ist das Ergebnis der gewachsenen Produktivität in der Industrie, daß dort das Jobangebot schrumpft. Der Dienstleistungssektor legt dafür an Arbeitsplätzen zu. Dort gibt es ein gehöriges Wachstumspotential. Das betrifft die Beratung, die Planung, die Werbung, die Bildung, den Tourismus, die Informatisierung, den Gesundheitsbereich, Umwelt, Energie und auch Forschung.

Es gibt in den Dienstleistungsbereichen gutbezahlte Arbeitsplätze, das sind die unternehmensorientierten Dienstleistungen, und es gibt schlechtbezahlte Arbeitsplätze, nämlich im privaten Dienstleistungsbereich.

Wir haben heute schon im Diskussionsbeitrag aus den USA gehört, daß dann sehr oft einfache und schlechtbezahlte Arbeitsplätze entstehen, wie Hausdiener, Hilfgärtnerinnen, Grasschneider und Kindermädchen. Aus diesen Billigstjobs kann man nur sehr schwer wieder in normalbezahlte Jobs aufsteigen. Das heißt, die Möglichkeit hilft uns nur wenig. Wir brauchen in Europa hochbezahlte Arbeitsplätze.

Dennoch: Die lebenslange Arbeit in der gleichen Branche, im gleichen Betrieb wird es künftig immer wieder geben. Die Unternehmen lagern Arbeit aus. Trotz Indikatoren für den Konjunkturaufschwung baut die Industrie weiterhin Arbeitsplätze ab, sie muß sie auch abbauen. Das bedeutet für die Arbeitsorganisation eine neue Situation. Sie kennen alle die Modebegriffe aus der Managementliteratur, wie „lean management“, „lean production“, „Outsourcing“, „just in time“ und so weiter. Das bedeutet intensive Leistungssteigerung für die Beschäftigten, Dequalifizierung, Neuqualifizierung, Nachqualifizierung, und das bedeutet dann Arbeitsplatz- und Berufswechsel, das bedeutet aber natürlich auch Verunsicherung für die Beschäftigten. Und ich glaube — ich darf das vor allem hier im Parlament sagen —, das bedeutet dann auch, daß diese Menschen oft sagen: Die Politik tut zuwenig für mich!, und sie werden zu Nichtwählern oder Protestwählern.

Wenn man früher den Beruf gewechselt hat, hat man das am ehesten deswegen getan, weil einem der Job nicht gefallen hat oder weil man mehr verdienen wollte. Derzeit ist es so, daß man bei einem Berufswechsel — und wir haben dazu Zahlen im ÖIBF — sehr häufig weniger verdient als vorher. Das steigert nicht unbedingt die Arbeitsmotivation, und natürlich steht in engem Zusammenhang damit die Produktivität.

**Maria Hofstätter**

Es gibt seit kurzem Studien über die Wirtschaftsentwicklung und über die Beschäftigungspolitik, die zeigen, daß vor allem Forschung und Entwicklung in Europa wichtig sind, daß wir neue Produkte herstellen müssen, diese dann wieder verkaufen müssen. Dazu brauchen wir Forschung und Entwicklung, denn sehr bald können die anderen das nachproduzieren und wir müssen wieder etwas Neues erfinden.

Sehr wichtig ist auch eine aktive, innovative Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitsmarktbeschaffungsprogramme in den Vordergrund stellt. Es hat sich herausgestellt, daß ein Drittel der internationalen Unterschiede bei der Beschäftigungspolitik durch die Arbeitsmarktpolitik zu erklären ist. Das heißt – Fazit –: Da nicht anzunehmen ist, daß sich bei einer positiven Konjunktorentwicklung die Beschäftigungsprobleme von selbst erledigen, brauchen wir in den nächsten Jahren im Zusammenhang mit der Industriepolitik weiterhin verstärkt Forschung und Entwicklung und Beschäftigungssicherung, Ausbildung und Weiterbildung. Wir müssen uns da Maßnahmen überlegen und sie auch laufend umsetzen. – Danke. *(Beifall.) 15.40*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Frau Maria Hofstätter für ihren Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Professor Walter Clement von der Wirtschaftsuniversität. – Bitte.

*15.41*

Universitätsprofessor Dkfm. DDr. Walter **Clement** (Wirtschaftsuniversität): Herr Präsident! Meine Herren Bundesminister! Meine Damen und Herren! Das Ziel dieser Enquete ist, wie bereits mehrfach geäußert wurde, die Intensivierung der Industriepolitik. Im Raume schwebt aber die Frage: welche Industriepolitik?

Wir haben schon das Zitat gehört, daß die beste Industriepolitik keine Industriepolitik sei. Wir haben gehört, daß Industriepolitik hauptsächlich Infrastrukturpolitik sei. Wir haben gehört, daß Industriepolitik Wettbewerbspolitik sein sollte, und dann gibt es wahrscheinlich noch eine ganze Reihe von anderen Facetten.

Ich möchte dazu einen ganz spezifischen Beitrag leisten und an die Spitze die Frage stellen: Was ist eigentlich die Aufgabe der Industriepolitik? Und da bekenne ich mich dazu, daß die Aufgabe der Industriepolitik primär die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und der Marktstärke der österreichischen Wirtschaft ist, selbst wenn der Touch ökologische Industriepolitik hier auch hineingekommen ist. Aber primär meine ich, daß doch ökonomische Argumente im Vordergrund stehen sollen.

Wenn wir also die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft an die Spitze stellen, dann stehen wir vor einem, wie ich das nennen würde, österreichischen Paradoxon, nämlich daß wir auf der einen Seite, wie das Herr Bundesminister Schüssel sehr deutlich hervorgehoben hat, eine insgesamt günstige Entwicklung der Leistungsbilanz und recht gute Exporterfolge haben, daß aber auf der anderen Seite, und auch diesbezüglich haben sich die Diskussionsredner nicht verschwiegen, viele Schwächen in der österreichischen Wirtschaftslandschaft, am österreichischen Wirtschaftsstandort festzustellen sind, und zwar in der Forschung und Entwicklung, im Humankapital, bei der Eigenkapitaldecke.

Was sind die Ursachen dieses Paradoxons? – Ich glaube, die Ursachen sind noch relativ wenig erforscht. Wir vermuten, daß sehr viel in der Prozeßtechnologie der Firmen liegt, die nicht so stark nach außen kommt. Ich glaube weiter, daß es nicht genügt, sich nur die Branchen anzuschauen, sondern man muß eben darüber hinausgehen.

Die Ausländer fragen uns ja immer: Wo seid ihr Österreicher eigentlich gut? Da haben wir oft Schwierigkeiten, eine entsprechende Antwort zu geben. Mit Studien aus unserem Institut, dem industriewissenschaftlichen Institut, hoffen wir bei der Beantwortung dieser Frage einen gewissen Beitrag zu leisten, der jedenfalls sowohl von Minister Schüssel als auch von Minister Klima schon angezogen wurde, nämlich den Beitrag, daß wir über Branchen hinausgehend Cluster betrachten müssen; Cluster der österreichischen Industrie oder, besser, Cluster der österreichischen Wirtschaft.

Damit, meine ich, können wir die Frage nach den Stärken besonders gut beantworten, und das wiederum, wenn diese Cluster wichtig sind, wäre ein Ansatzpunkt für die Erhöhung der Wettbewerbsstärke, für die Ansiedlungspolitik und eben für die Industriepolitik.

Minister Schüssel hat an Clustern genannt: Bahn, Telekommunikation und, wenn ich es richtig mitbekommen habe, Energie und Roadpricing.

Wir sind in einer nunmehr zweijährigen Studie noch einer Reihe von anderen Verflechtungen nachgegangen, die wir in drei Wochen präsentieren werden, vom Timing her ist natürlich dann entscheidend, ob das am 12. Juni negativ oder positiv ausgegangen ist. Aber der Focus sollte auf alle Fälle, so glauben wir, wie auch immer das läuft am 12. und wie wir am 13. dann dastehen, auf diesen Clustern liegen.

Einige Beispiele von solchen Stärken: Es gibt eine ganze Reihe von extrem interessanten und Performingfirmen im Bauwesen, im weitesten

**Universitätsprofessor Dkfm. DDr. Walter Clement**

Sinne Bauwesen und Bautechnologie, im Bereich Papierindustrie, Papiertechnologie. Sie werden staunen: sogar im Bereich Textil, Mode, Bekleidung, Textil, Maschinen, im Bereich Umwelttechnik, im Bereich Biotechnologie, Gentechnik, Medizintechnik, Kunststoff — darauf hat schon die ICW hingewiesen — und Automobilzulieferer.

Allein das Finden, meine Damen und Herren, von Hunderten zum Teil mittelständischen, zum Teil größeren Firmen, die sehr erfolgreich sind, ist schon ein Erfolgserlebnis für sich, und ich glaube, man sollte einfach auf diesem Wege weitermachen. Das sind nicht nur Firmen, sondern in solchen Clustern finden sich auch Bildungsinstitutionen und Forschungsinstitutionen mit ganz interessanten Erfolgen. Das Negative — leider Gottes! — bei solchen Clustern ist, daß wir immer noch einen Teil der österreichischen Krankheit kennenlernen, nämlich das sogenannte Einzelkämpfersyndrom.

Industriepolitische Konsequenzen aus dieser Clusteranalyse wären: Man muß zum einen das Bewußtsein solcher Stärken schaffen; das ist gar nicht selbstverständlich. Man sollte die Kräfte auf solche Felder lenken und, was Dr. Weissenberg am Beginn gesagt hat, man muß den institutionellen Dialog, ich würde sagen den wirtschaftspolitischen, den industriepolitischen Dialog zwischen Politik, Sozialpartnern, Firmen und anderen Institutionen auf solche Stärken lenken. Ich plädiere also hier für eine Cluster-bezogene Industriepolitik zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich, und ich hoffe, daß wir als Ergebnis in einigen Jahren noch auf viel mehr solcher Stärkfelder hinweisen können. — Danke. *(Beifall.)*

15.46

**Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler:** Ich danke Herrn Professor Clement für seine Ausführungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Ausschreibung und in der Einladung zu unserer Enquete wurde ein Zeitrahmen bis 17 Uhr angegeben. Mir ist schon klar, daß es an und für sich schwer ist, ein Zeitlimit vorzugeben. Aber aufgrund der Tatsache, daß noch eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen, sodaß es von der Zeit her, die Beantwortung durch den Herrn Bundesminister eingeschlossen, später wird als 17 Uhr, möchte ich ersuchen, sofern es möglich ist, keine Wortmeldungen mehr abzugeben, und ich danke vorerst für Ihr Verständnis.

Als nächster zu Wort gemeldet: Herr Karl Schrotter, Betriebsratsobmann von Böhler-Udeholm.

15.47

**Karl Schrotter (ARGE Böhler):** Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Herren Bundes-

minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Belegschaftsvertreter der Böhler-Udeholm-Gruppe möchte ich die Aussage von Herrn Dr. Glatz nicht im Raume stehenlassen. Herr Dr. Glatz sagte, die Installierung eines Eurobetriebsrates sei ein Hemmschuh für den Industriestandort Europa und die Betriebsräte seien Verhinderer. — Ich möchte ihn doch fragen, ob er mir — ich behaupte, er kann es nicht — einen Betrieb nennen kann, wo Belegschaftsmitglieder verhindert haben, daß ein Unternehmen expandiert. Oder kann er mir ein Unternehmen nennen, wo Betriebsräte, Belegschaftsmitglieder schuld sind, daß es mit dem Unternehmen bergab ging?

Im Gegenteil. Ich könnte ihm einige Unternehmen nennen, wo es die Belegschaftsvertretungen waren, die im Aufsichtsrat aufgezeigt haben, wenn im Unternehmen etwas schiefgelaufen ist, und überall dort, wo den Belegschaftsvertretungen zugestimmt wurde, wo man dem Rat der Belegschaftsvertretung gefolgt ist, gibt es diese Unternehmen noch. Als Beispiel dafür, daß man dem nicht Rechnung getragen hat, möchte ich nur die AMAG nennen, wo die Belegschaftsvertretung schon vor fünf Jahren darauf hingewiesen hat, daß die Entwicklung nicht in die richtige Richtung geht; die Probleme sind uns ja bekannt.

Ich darf als Vorsitzender der Belegschaftsvertreter von Böhler-Udeholm hier feststellen, daß wir sofort nach dem Erwerb der Betriebe in Schweden eine grenzüberschreitende Belegschaftsvertretung verlangt haben — und sie funktioniert. Sie wurde in einer Vereinbarung mit dem Aufsichtsrat beschlossen, und ich kann nur abermals sagen: sie funktioniert. Die folgenden Worte sind nicht von mir, sie wären Eigenlob, sondern sie stammen von einigen Mitgliedern des Aufsichtsrates und vom Vorstand der Böhler-Udeholm. Diese sagten: Ohne die konstruktive Mitarbeit der Belegschaftsvertretung hätten wir diesen großen Strukturschritt, diese großen Strukturvereinbarungen der Unternehmungen in Schweden, Düsseldorf und Österreich nicht geschafft. Daher bin ich überzeugt, daß es kein zukünftiges Europa ohne Eurobetriebsrat geben wird, es sei denn, wir wollen kein fortschrittliches Europa. — Danke. *(Beifall.)* 15.51

**Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler:** Ich danke Kollegen Schrotter für seine Ausführungen.

Als nächster zu Wort gemeldet: Herr Dipl.-Ing. Rudolf Schicker, Österreichische Raumordnungskonferenz. — Bitte.

15.51

**Dipl.-Ing. Rudolf Schicker (ÖROK):** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Österreichische Raumordnungskonferenz beschäftigt sich seit mehreren Jahren intensiv mit der Frage der re-



**Dipl.-Ing. Rudolf Schicker**

gionalen Wirtschaftsentwicklung und mit den Implikationen des Beitritts zur Europäischen Union beziehungsweise der Öffnung der Ostgrenzen. Vergleicht man die Ergebnisse der Arbeiten, die im Rahmen der ÖROK gemacht wurden, mit den Referaten des Vormittags, so zeigt sich, daß die internationalen Erfahrungen sich auch mit den österreichischen Problemlagen decken. Brooks von der OECD hat darauf hingewiesen, daß im internationalen Wettbewerb nicht mehr die Konkurrenz zwischen Einzelstandorten und Kleinregionen im Vordergrund steht, sondern daß größere regionale Einheiten ihre Qualitäten anbieten und miteinander in Konkurrenz stehen.

Zweifellos hat sich auch in Österreich die industrielle Standortpolitik von Einzelstandorten verabschiedet. Das Denken in größeren Einheiten hinkt aber trotzdem noch nach. Zwei Beispiele: Der Wiener Raum endet nicht an der Wiener Stadtgrenze beziehungsweise an der Landesgrenze. Vielmehr reicht der Standort Wien mit hinein in Teile Niederösterreichs, Nordburgenlands und grenzüberschreitend in die Slowakei, Tschechien und Ungarn. Die Industrieregion Obersteiermark manifestiert sich nicht durch Donawitz oder Kapfenberg allein, sondern ist als Gesamtregion als zu verändernder, neu zu positionierender Industriestandort zu verstehen.

Ohne Denken in größeren regionalen Einheiten wird vermutlich die Standortpolitik, die Industriepolitik in Österreich weniger erfolgreich sein können. Dafür fehlen aber auch einzelne institutionelle Rahmenbedingungen. Wenn man daran denkt, daß die Wiener Industriepolitik in der Regel an der Stadtgrenze Wiens aufhört, daß die Industriepolitik Niederösterreichs ebenfalls an der Stadtgrenze Wiens haltmacht und sich nur als Industriepolitik für das Wiener Umland versteht, dann erkennt man, welche Probleme da auftreten. Meiner Meinung nach könnte seitens der Bundespolitik dadurch Unterstützung geleistet werden, daß geeignete Möglichkeiten geschaffen werden, um einen innerregionalen Ausgleich bei der Industrieansiedlung zu schaffen und die Standortkonkurrenz von Gemeinden, die zwangsläufig aus den Gemeindeabgaben, aus den gemeindebezogenen Steuern ihre Vorteile ziehen, zu vermeiden. Damit würde seitens des Bundes auch ein Beitrag zur Überwindung von Ländergrenzen geleistet.

Wenn die österreichische Industrie und die Unterstützung durch staatliche Einrichtungen erfolgreich sein sollen, wird es auch darum gehen, in diesen größeren regionalen Einheiten zu gebündelten Maßnahmen der Ministerien, der Länder, der Gemeinden zu kommen, und dieser gebündelte Mitteleinsatz ist anhand regionaler Entwicklungsprogramme zu vollziehen.

Die Strukturpolitik der Europäischen Union zeigt, daß das zweckmäßig und sinnvoll ist. Die

Vergabe von Regionalförderungen orientiert sich an Programmen, integrierten Programmen über Infrastrukturpolitik, Technologiepolitik, unternehmensnahe Dienstleistungen und — weil es heute extra angesprochen wurde — auch über Umweltpolitik. Ich denke, daß die Chance zur Umstellung auf eine programmatische und in Maßnahmenbereichen abgestimmte regionale Wirtschaftspolitik möglichst rasch in Österreich Eingang finden sollte. *(Beifall.)* 15.55

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Herrn Schicker für seinen Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gernot Kindelmann von der SGP-Verkehrstechnik. — Bitte schön.

15.56

Dkfm. Gernot **Kindelmann** (SGP-Verkehrstechnik): Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich bin in der Schienenfahrzeugindustrie tätig, einer sogenannten alten Industrie, in Wirklichkeit einer sehr alten, ja einer der ältesten Industrien. Wir sind daher von der Frage nach der Zukunft des Standortes Österreich als Industriestandort direkt Betroffene. Das ist für uns sozusagen eine Grundsatzfrage. Beantworten wir diese trotzdem mit einem Ja in der Zukunft und sehen wir sie positiv, dann deshalb, weil uns die letzten Jahre gezeigt haben, daß die Qualität, die wir liefern können, dank der Qualität unserer Mitarbeiter international akzeptiert wird. Das macht uns Hoffnung, und wir sehen uns in dieser Hoffnung durch die Aussage von Herrn Dr. Brunke bestätigt, der die Waggonindustrie ausdrücklich im Rahmen der Preussag AG erwähnte.

Welche Barrieren sehen wir für die Standort-sicherung oder für eine etwas lockerere Betrachtungsweise? — Die Hauptbarriere der Gegenwart ist für uns sicherlich der Strukturwechsel, den wir in der Industrie in dieser Branche zu bewältigen haben. Aus einer horizontal und regional strukturierten Industrie wird eine vertikalisierte, ein Zusammenschluß von Elektrotechnikern und Mechanikern zur Entwicklung neuer Produkte. Das bringt auch in den Unternehmen und Betrieben eine ganz neue Struktur. Wir verringern laufend die Fertigungstiefe bis an die Grenzen unserer Standortfähigkeiten, und wir haben gleichzeitig unsere Design- und Konstruktionskapazitäten so zu erhöhen, daß wir dem internationalen Standard auch wirklich entsprechen können.

Die Produkte haben einen immer kürzeren Lebenszyklus. Waren es vor zehn Jahren noch 30 Jahre, die man für Lokomotiven an Lebenszeit ansetzte, so spricht man heute von Wegwerfprodukten und meint damit in der Eisenbahntechnik 10 bis 15 Jahre. Das bringt natürlich ganz andere Anforderungen mit sich.

**Dkfm. Gernot Kindelmann**

Die internationale Arbeitsteilung nimmt zu, und sie nimmt in einem immer schnelleren Maße zu, was uns natürlich zwingt, zunehmend besser informiert zu sein. Auch das ist ein Mehraufwand, der, betrachtet man die internationale Verknüpftheit, nicht so ohne weiteres in der Umstrukturierung zu schaffen ist. Trotzdem: Wir sind stolz auf unsere Erfolge in China, auf unsere Erfolge in Singapur und auf unseren jüngsten Erfolg in Bangkok.

Wir sehen es aber auch ganz klar, wie das Herr Dr. Glatz in einem Nebensatz zum Ausdruck brachte, als er meinte, der Produktivitätszuwachs bei Daimler war im letzten Jahr 10 Prozent, 20 Prozent liegen noch vor ihm. Wir sehen das in ähnlichen Größenordnungen, wenn wir zur internationalen Spitze, sprich zu den USA oder zu Japan, aufschließen wollen.

Was wünschen wir uns von einer österreichischen Industriepolitik? — Wir wünschen uns in erster Linie, daß der Heimmarkt nicht völlig austrocknet, damit wir nicht, nachdem wir gerade schwimmen gelernt haben, auf dem Sande liegen, und wir hoffen auf eine Industriepolitik, die uns den Zeitrahmen verschafft, die Restrukturierung mit Erfolg zu beenden. Für diese unsere beiden Anliegen finden wir hohes Verständnis. — Vielen Dank, meine Damen und Herren. *(Beifall.) 16.01*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler: Ich danke Herrn Dkfm. Kindelmann für seinen Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Mag. Johann Moser von der GBI. — Bitte.

16.01

Mag. Johann Moser (GBI): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der Geschäftsführer der Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen und somit Repräsentant einer Gesellschaft, die bereits Aktivitäten setzt, um den Standort Österreich beziehungsweise bestimmte Standortfaktoren zu verbessern.

Insgesamt haben wir vier Geschäftsfelder.

Das erste Geschäftsfeld ist das Restrukturierungsgeschäftsfeld, wo wir versuchen, private Betriebe, die in Schwierigkeiten gekommen sind und eine regionale und industriepolitische Bedeutung haben, zu sanieren. Die Vergangenheit hat bei fünf Betrieben gezeigt, daß diese Vorgangsweise sehr erfolgreich war. Zurzeit haben wir zwei Betriebe: erstens die Assmann-Ladenbaugruppe und zweitens Schmidt-Schrauben in Hainfeld. Beide Betriebe sind in traditionellen Industriestrukturen tätig, aber wir haben heute schon gehört, daß es für einen Industriestandort auch sehr wichtig ist, traditionelle Strukturen aufrechtzuerhalten.

Wir haben diese beiden Betriebe letztes Jahr übernommen, mittlerweile eine Produktivitätssteigerung von ungefähr 40 Prozent erreicht und damit bereits eine große Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt auch durchgesetzt.

Am Beispiel der Schmidt-Schrauben möchte ich aber auch verdeutlichen, wo ein Problem auch der Industriepolitik zurzeit klar zutage tritt: Auf der einen Seite fordert man eine Ökologisierung dieser Industriepolitik — ich bekenne mich auch dazu, aber genau dieses Problem haben wir bei Schmidt, wo ein sehr stark kontaminierter Boden zu bereinigen ist —, und da gilt es natürlich, auf der einen Seite auf dem Markt zu reüssieren, auf der anderen Seite auch diese Kosten für das Standortrecycling aufzubringen.

Es gibt hier in Österreich Instrumente, aber die Durchsetzung dieser Instrumente ist durch sehr große administrative Hürden gekennzeichnet, und das ist auch der Punkt, der für eine zukünftige Industriepolitik wesentlich ist: Wenn wir Standortrecycling betreiben wollen, dann ist auch die Administration in dem Maße nachzuziehen, daß das rasch und zügig vorangeht, damit man auch die nächsten Schritte einleiten kann.

Das zweite Geschäftsfeld in der GBI ist ein offensives Feld: Das ist die Bereitstellung betrieblicher Infrastrukturen. Wir haben damit schon sehr früh auf jene Punkte reagiert, die heute auch schon mehrfach angeführt wurden: daß man betriebliche Infrastrukturvorleistungen anbieten soll, quasi als Saatbeet für neue Unternehmungen, für neue Unternehmensgründungen, für das sogenannte Unternehmensumfeld.

Wir haben auch hier klare Vorgaben, wo wir einmal sagen: Wir entwickeln diese Wirtschaftsparks, Science-Parks, Technologieparks in Regionen, wo der Markt selbst nicht aktiv wird. Das heißt, wir versuchen, quasi dort Wachstumspole und Agglomerationsvorteile für die Unternehmen zu initiieren und zu simulieren, sodaß letztlich dort auch ein Unternehmensklima entsteht und auch entsprechende Arbeitsplätze ökologisch ausgerichtet entstehen können.

Wir haben daneben auch noch industriepolitische Forschungsaktivitäten. Unsere Studie über die Ostöffnung wurde heute schon zitiert. Es gibt auch eine größere Infrastrukturuntersuchung. Was braucht Österreich an infrastrukturpolitischer Vorleistung? Minister Klima — wir sind eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr — wird in nächster Zeit auch eine Studie mit dem Thema „Industriebeschäftigung und strukturpolitische Maßnahmen“ vorstellen, wo genau diese Aspekte Berücksichtigung finden,

**Mag. Johann Moser**

die eigentlich für eine aktive Industriepolitik wichtig sind.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen: Ein viertes Feld — das habe ich jetzt vergessen, es wurde heute aber bereits von Frau Pacher präsentiert — ist die Ansiedlungspolitik. Diese gehört noch zu uns, das ist eine Tochtergesellschaft. Wir konnten durch diese Maßnahmen im letzten Jahr über 1 000 Arbeitsplätze sichern beziehungsweise schaffen. Das ist keine große Zahl, aber in einem Zeitraum, in dem die Industriebeschäftigung massiv zurückgeht, sind 1 000 neue Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise geschaffen eine doch recht ansehnliche Zahl.

Ich möchte noch eine einzige Anmerkung zur Industriepolitik generell machen . . .

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte zum Schluß zu kommen.

Mag. Johann **Moser** (*fortsetzend*): Die Aufforderung oder der Wunsch an eine Industriepolitik wäre, daß man versucht, im Rahmen der EU eine dreistufige Industriepolitik zu machen, und zwar in der Form, daß wir die EU als „Dach“ haben und in Österreich die nationale Industriepolitik als „Zahnrad“ zu den Regionen benützt — als Punkt eins — und diese koordiniert.

Letzter Punkt: daß man auch — das wurde auch schon mehrfach angeführt — jene Dialogstrukturen aufbaut, wo man einen bestimmten Ansprechpartner hat, damit man für die Industrie die Wege zur Politik reduzieren kann. Denn ich glaube, daß die Industrie den Markt und nicht die Administration bearbeiten soll. — Danke schön. (*Beifall.*) 16.07

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Herrn Mag. Moser für seine Ausführungen.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Generaldirektor Wenckheim, Ottakringer Brauerei. In Klammern: Mitglied des Privatisierungsausschusses der ÖIAG.

16.07

Generaldirektor Dkfm. Engelbert **Wenckheim** (Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Industrie, Brauerei): Herr Vorsitzender! Ich komme nicht als Mitglied des Privatisierungsausschusses, sondern ich möchte vor allem als Obmann der Sektion Industrie einen Gedanken kurz ins Spiel bringen, der, glaube ich, von meinem Kollegen nicht wirklich ins Spiel gebracht wurde.

Eigentlich sind das, was die Industrie als Kapital hat, die Menschen, die in unseren Unternehmen arbeiten. Dieses Kapital ist absolut das

wertvollste, und ich glaube, daß unser Österreich den Weg mit einer Sozialpartnerschaft gegangen ist, daß Unternehmer und Mitarbeiter einen Zusammenhalt gefunden haben, der beispielgebend ist.

Wenn hier von einer Fraktion gesagt wurde, daß heute nicht der Tag der EU ist, dann möchte ich ganz kraß im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter — es sind 520 000 in der Industrieorganisation, wenn man so sagen darf, im Rahmen von 9 000 Mitgliedsbetrieben — diesem Gedanken widersprechen, denn nur dann können wir die Zukunft dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern, wenn wir an die Phantasie, an die Anpassung und das Unternehmertum dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter glauben. Und das war es eigentlich, was in den letzten 50 Jahren unser Land aufzubauen geholfen hat.

Ich möchte aber aus persönlicher Sicht meines Unternehmens auch zu etwas aufrufen. Auch ich komme aus einer nicht alten Industrie, sondern aus einer reifen Industrie. Ich glaube, wir sind wahrscheinlich reif geworden, und unsere Unternehmen würden nicht bestehen, wenn sie nicht auf dem modernsten Stand der Technologie und der Technik wären.

Ich glaube, das, was wir als kleines Unternehmen bewiesen haben, war, daß der Wettbewerb niemandem schadet, daß es nur der Wettbewerb ist, mit dem man die Herausforderungen der Zukunft bewältigen kann; nur mit dem Wettbewerb wird Leistung von Nicht-Leistung getrennt. Ich glaube, das ist das entscheidende: daß wir auch in Zukunft die Möglichkeit eines Wettbewerbes, einer Spezialisierung haben. Darum möchte ich mich noch einmal ganz besonders dazu bekennen, daß uns nur der Weg nach Europa helfen kann. (*Beifall.*) 16.09

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Danke, Herr Generaldirektor Wenckheim, für Ihren Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Mag. Franz Obermayr von der Braubeteiligungs AG.

16.10

Mag. Franz **Obermayr** (BBAG): Herr Vorsitzender! Meine Herren Referenten! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Dr. Schüssel hat in seinen Eingangsworten sehr kurz auf den Nachholbedarf auf dem steuerlichen Sektor im Hinblick auf die EU hingewiesen. Ich darf dazu aus der Sicht der heimischen Getränkeindustrie — mit einem Produktionswert von immerhin 19 Milliarden Schilling, einem Exportwert von 2,6 Milliarden Schilling und 9 600 Mitarbeitern — Wünsche und auch Besorgnis heute hier deponieren.

**Mag. Franz Obermayr**

Auf betrieblicher Ebene geht man in den österreichischen Unternehmen seit geraumer Zeit zügig an die EU-Adaptierung heran. Doch um die aus einem EU-Beitritt resultierenden Probleme letztlich zu bewältigen, bedarf es auch der Unterstützung durch die öffentliche Hand. Dabei, meine Damen und Herren, geht es keinesfalls um ökonomisch unvertretbare Vorstellungen wie etwa wettbewerbsverzerrende Förderungen oder gar Stilllegungsprogramme, sondern es geht darum, die Absicherung Österreichs als Industriestandort durch eine wettbewerbsneutrale Gestaltung der Steuern, im besonderen der Verbrauchssteuern, zu gewährleisten.

Lassen Sie mich das kurz mit Fakten belegen, zunächst am Beispiel Bier: Es ergibt sich in Relation zu Deutschland eine doppelt so hohe Biersteuer. Pro Hektoliter beträgt die Steuer 240 S in Österreich und 130 S in Deutschland.

Bei der Umsatzsteuer für Getränke mag die Differenz zwischen Österreich — 20 Prozent — und Deutschland — 15 Prozent — vorerst nicht groß erscheinen, doch ist diese Differenz im Zusammenhang mit Verbrauchssteuern und den Kostennachteilen bei agrarischen Rohprodukten sehr wohl maßgeblich.

Eine weitere Verzerrung der Chancen stellt die Getränkesteuer dar, die, abgesehen von der Frage, ob sie mit EU-Recht kompatibel ist, in den deutschen Bundesländern praktisch abgeschafft ist.

Schließlich noch die Frage der Branntweinsteuer auf alkoholhaltige Limonadengrundstoffe: In der EU ist Alkohol, der zur Herstellung von Aromastoffen für Limonaden benötigt wird, bekanntlicherweise steuerbefreit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die österreichische Getränkeindustrie, im besonderen die heimische Brauwirtschaft und die von ihr belieferten Abnehmer, erwartet daher im Falle des von uns sehr erhofften und immer unterstützten Eintritts in die Europäische Gemeinschaft eine Neuregelung der angesprochenen Steuern. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.) 16.13*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Herrn Mag. Franz Obermayr für seinen Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet: Herr Dipl.-Ing. Ernst Tutschek, Austrian Energy. Ich bitte um Ihre Ausführungen.

16.13

Dipl.-Ing. Ernst **Tutschek** (Austrian Energy): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mein kurzes Referat mit einer Frage von Dr. Brunke beginnen. Er fragt allgemein: Mit wieviel

muß die Industrie gefördert werden, damit zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich geschaffen werden können? Für Österreich möchte ich eine etwas leichtere Frage stellen: Mit wieviel muß die Industrie gefördert werden, damit die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen erhalten werden können?

In diesem Zusammenhang hat Herr Peter bereits auf die Wichtigkeit der Wechselwirkung von Industrie und Dienstleistungen hingewiesen. — Nun: Wieviel Förderung, wieviel Geld braucht unsere Industrie? — Ich sage Ihnen: nicht mehr, aber doch mindestens soviel, wie unsere Konkurrenz auch bekommt. Stichworte: F & E, Technologieüberleitung, Exportförderung.

Die Themenstellung in Österreich ist also: Industrie erhalten. Wir haben heute in einzelnen Branchen einen Existenzkampf, dramatische Wertschöpfungsverluste. Mein Vorredner Silbermayr hat darauf hingewiesen — und unlängst auch Abgeordneter Nowotny in einer Zeitung —, daß das Industriesterben eigentlich viel größer ist als das Bauernsterben. — Vielleicht ist das in der EU-Kampagne übersehen worden.

Industrie kostet Geld — das ist schon in den Köpfen der Bevölkerung. Unsere Aufgabe ist es, dieses „Geld kosten“ positiv zu besetzen. Managementterfolge in der jüngeren Zeit geben Hoffnung, daß das geht. Heute kein Geld mehr in die Industrie zu investieren, weil es früher Flops gegeben hat oder es für Flops verbraucht wurde, kann nicht die Lösung sein. Die Industrie muß weiter Geld kosten, die Kosten müßten aber als Investition, als RUI — return und investment — verstanden werden und nicht als Verlustabdeckung oder Sanierungskosten. Und ich sage Ihnen: Ein Kostenverständnis ist erzielbar.

Am Beispiel Umweltschutz: Vor zehn Jahren hat man gesagt: Umweltschutz kostet Geld. Heute hat die Bevölkerung schon begriffen, daß es sinnvoll ist, Geld in den Umweltschutz zu investieren.

Bei der Industrie müßte das eigentlich auch gehen. Die Technikfeindlichkeit müssen wir noch weiter abbauen und unsere Dialogfähigkeit weiter verbessern. Das Ziel muß sein, aus Kompetenz- und Referenzgründen im Export mindestens kritische Massen in den industriellen Kernbereichen zu erhalten. Und man muß so konzentriert vorgehen wie zum Beispiel in der Energie- und Umwelttechnik. Ich durfte eine Fusion von SGP und Waagner-Biro machen, die sich international sehr bewährt hat. Wir haben unseren Auftragseingang vom Fusionsjahr auf das zweite Jahr von 3,4 auf 6 Milliarden gesteigert, wir hatten 80 Prozent Exportanteil, und der österreichische Anteil ist, absolut gesehen, gleichgeblieben.

**Dipl.-Ing. Ernst Tutschek**

Dazu ist es eine Forderung, ja Notwendigkeit, Österreich in Österreich und im Ausland weiter als Industriestaat gelten zu lassen. Und dafür müssen wir auch etwas tun. Ich meine, Privatisierung allein ist kein Allheilmittel. Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern. Hier haben wir einiges getan, und das wird auch international anerkannt, zum Beispiel auf dem steuerlichen Sektor. Bei den Exportförderungen hinken wir nach. Hamminger und Silbermayr haben bereits darauf hingewiesen. Ich möchte aber doch erwähnen, daß die Österreichische Kontrollbank in den letzten fünf Jahren das jährliche Haftungsvolumen um 50 Prozent reduziert hat.

Wir brauchen auch Aufträge vom Heimmarkt. Ich habe großes Verständnis für die Politik der Verbundgesellschaft mit neuem Management, daß jetzt keine Kraftwerke mehr gebaut werden, mir ist dadurch aber nicht geholfen.

Damit wieder zu der Firma Austrian Energy, die ich leiten darf: Mit 80 Prozent Export hat man im Ausland bereits Probleme, weil man fragt: Was macht ihr eigentlich daheim? Und wenn es ein Enqueteeziel ist, zu klären, wie man Österreich als Industriestandort stärken kann, dann muß ich sagen: Wir brauchen auch das Bekenntnis zur Industrie, insbesondere auch das Engagement und die Risikobereitschaft des Kreditapparates und der öffentlichen Hand. Anlagenbauprojekte wie zum Beispiel Müllverbrennungsanlagen halten Private rein aus Genehmigungsgründen nicht durch.

Ich möchte daher meinen Schlußappell an Sie richten: Industrie kostet etwas, muß anders besetzt in unsere Köpfe. Auch die Ausländer lassen sich ihre Industrie etwas kosten. Zum Teil schützen sie ihre Industrie, auch in der EU, in Frankreich, in Italien, in Deutschland mit seinen neuen Bundesländern. Diese Kosten dürfen allerdings nicht als Verluste, sondern sie müssen als Investition mit RUI verstanden werden. Wenn das die österreichische Bevölkerung versteht und die Politiker es entsprechend vertreten, dann ist mir um Österreich als Industriestandort nicht bange. *(Beifall.) 16.18*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke Herrn Dipl.-Ing. Tutschek für seine Ausführungen.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Baumgartinger, Betriebsratsobmann der Lenzing AG.

16.18

Walter **Baumgartinger** (Lenzing AG): Werter Herr Vorsitzender! Werter Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich komme aus der Lenzing AG, wie Sie schon gehört haben, aus einem Betrieb mit einem 80prozentigen Exportanteil.

Ich möchte dazu sagen: Vor zwei Jahren betrug die Beschäftigtenzahl 3 900, und zum heutigen Tage beträgt sie 3 100. Daraus ergibt sich schon, was sich in den letzten zwei bis drei Jahren in unserem Betrieb abgespielt hat, und zwar wegen der sogenannten Exportnotwendigkeit, die wir vorfinden.

Ich möchte als Belegschaftsvertreter dieser großen Belegschaft auch hier sagen, daß ich es nicht ganz verstehe, wenn man heute Politik gegen einen EU-Beitritt machen will. Ich sage für unsere ganze Belegschaft im Hause, daß wir zum Beitritt positiv stehen, weil wir glauben, daß wir als österreichische Industriearbeiter vor nichts Angst zu haben brauchen, da gerade wir in der Industrie befähigt sind, dieser EU beizutreten und dort unseren Mann zu stellen. *(Abg. Monika Lungthaler: Oder unsere Frau!)*

Ich bin sehr froh darüber, daß diese Enquete heute hier stattfindet. Denn die Verteufelungspolitik der Industrie hat in den letzten Jahren in Österreich, glaube ich, einen Gipfel erreicht, und das kann man nicht so ohneweiters hinnehmen. Ich glaube, heute sind ganz positive Aussagen über unseren österreichischen wirtschaftlichen Stellenwert zum Ausdruck gekommen. In allen Reden habe ich das vernommen, wenn es natürlich auch Einschränkungen gab und auch auf Probleme hingewiesen wurde.

Aber ich möchte hier doch darauf verweisen, daß mir eines in der Debatte ein bißchen zu kurz gekommen ist, werte Damen und Herren: Man hat zwar immer gesagt, was man alles gemacht hat, hat dabei aber vergessen zu erwähnen, was die Belegschaften in diesen Industriezweigen in der vergangenen Zeit zu machen bereit waren, damit wir diesen Stellenwert erreichen konnten, werte Damen und Herren!

Ich sage noch einmal in aller Ruhe: Österreich ist ein guter Industriestandort. Es ist ja, was hier schon alles bei allem sozialen Frieden geschehen ist, schon angeklungen, und ich möchte die Sozialpartnerschaft hier in diesem Hause in Erinnerung rufen. Sie ist eigentlich ein Garant für das gewesen, worum uns viele in der Welt beneiden: daß wir all das, was hier geschehen ist, auch wirklich in gemeinsamer Arbeit und in gemeinsamer Aufgabenstellung durchgezogen haben.

Was ist denn alles geschehen in dieser Zeit? — Die Leistungsbereitschaft unserer Industriearbeiter, der Bildungswille, den unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Kreise haben, haben mitgeholfen, daß wir diesen Stellenwert erreichen konnten. Die große Umstrukturierungswelle, die es in den letzten zwei Jahren gegeben hat, werte Damen und Herren, beziehungsweise diese Rationalisierungswelle muß, so wie sie

**Walter Baumgartinger**

in Österreich durchzogen wurde, anderswo gesucht werden.

Ich möchte aber doch einige Punkte ansprechen, bezüglich derer ich besorgt bin. Die Exportwirtschaft und im wesentlichen die Industrie sind in einigen Punkten hier in Österreich sehr, sehr gefordert. Wettbewerbsverzerrungen gibt es natürlich sehr viele. Erstens stellen natürlich Umweltfragen und Umweltkosten durch den hohen Exportanteil ein großes Problem dar. Ich stehe zur Ökologie. Aber eines muß man sagen: Man muß sich national überlegen, wie man diese Dinge unterstützen kann.

Man hat unendlich lange Behördenwege vor sich, wenn man neue Dingen anfangen möchte, wenn man ein neues Produkt einführen möchte. Und wir haben auch — und das muß ich für die Exportwirtschaft sagen — die Hartwährungspolitik. Ich sage nicht, daß sie schlecht ist. Aber ich glaube, daß wir überdenken müssen, wie wir so manche Hürden überspringen können. Das sage ich hier jetzt noch einmal: Die Beschäftigungspolitik ist meiner Ansicht nach hingegen etwas zu kurz gekommen.

Meine Damen und Herren! Liebe Fachleute! Sagen Sie nur bitte, wie wir dieses Problem der Beschäftigung in der nächsten Zeit bewältigen werden können, denn wenn wir uns wieder in Richtung Vollbeschäftigung bewegen, dann könnten wir uns auch das Einkommen und das soziale Netz in Österreich leisten. — Danke schön. (*Beifall.*) 16.23

Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler: Ich danke dem Herrn Kollegen Baumgartinger für seinen Beitrag.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Direktor Dr. Winfried Waibel von der Firma Pfanner. — Herr Direktor Waibel scheint nicht da zu sein. Dann gebe ich mit großer Freude dem nächsten, Herrn Professor Dr. Streicher, das Wort. — Bitte. (*Abg. Monika Langthaler: Professor ist er auch schon?*)

16.23

Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Streicher (Steyr-Daimler-Puch): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In alter Verbundenheit zu diesem Haus hätte ich natürlich gern auf die patentierte Eisenbahnattacke von Herrn Peter repliziert. Da ich aber nicht mehr Politiker bin, steht mir das nicht mehr zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Unternehmen, die Steyr-Daimler-Puch AG, erwirtschaftet zirka 14 Milliarden Schilling Umsatz. 65 Prozent davon gehen in den Export, davon 90 Prozent in die EU-Länder. Wir liegen im Augenblick in einem sehr stacheligen Bett, im Bett der Branchenkonjunkturkrise. Ich glaube,

Sie können ein Lied davon singen. Und wir müssen uns sehr, sehr anstrengen, unsere Position auf dem europäischen Markt zu halten.

Es wurde heute schon erwähnt: Diese Situation ist für uns umso schwieriger, als die Lohnkostenvorteile in den Ostländern beträchtlich sind. Meine Damen und Herren! Ich habe vor kurzer Zeit in Prag mit Herrn Kalmár, dem Manager der Skoda-VW-Gruppe, gesprochen. Die Stunde in Tschechien — und VW zahlt dort gut — kostet etwa 3 DM, in der Schwesterfirma von VW in Spanien kostet sie 16 DM, in Wolfsburg 45 DM, bei uns ungefähr 40 DM. — Auch das Qualitätsmanko dieser Betriebe in Tschechien und in anderen Ostländern wird sich irgendwann einmal wesentlich beseitigen lassen.

In all den Betrieben, die ich in den letzten Wochen und Monaten besucht habe, sind etwa 70 bis 90 Prozent branchenrelevante Facharbeiter tätig, sodaß sich auch das Qualitäts- und Produktivitätsproblem dieser Länder irgendwann einmal wird beseitigen lassen. Das Drohpotential von dorthier ist — wenn ich das jetzt einmal egoistisch sagen darf — groß.

Das heißt: Eine weitere Verschlechterung der Wettbewerbsposition hier in Österreich — und das wäre ganz zweifellos der Fall, würden wir nicht der EU beitreten — kann für viele Unternehmungen, meines ist ein Beispiel, fatale Folgen haben.

Jetzt möchte ich besonders auf zwei Punkte eingehen, die sehr wichtig sind. Sie dürfen nicht vergessen: Beispielsweise im Landmaschinenbereich hat sich in Westeuropa die jährliche Zulassung seit 1976 halbiert. Hier muß man strategische Partnerschaften mit deutschen Unternehmungen eingehen, und die sind nur dann möglich, wenn wir der EU beitreten. Das haben alle Gespräche ergeben.

Aber nicht nur im Landmaschinenbereich, sondern auch im Kraftfahrzeugbereich ist diese Frage immer wieder aufgeworfen worden. Ich war erst vorige Woche beim Chef von Daimler-Benz, bei Herrn Wörner, der ganz selbstverständlich bei den Projekten, die wir beraten haben, davon ausgeht, daß Österreich der EU beitrete. Beispielsweise das Chrysler-Projekt, das vielbeschriebene Jeep-Projekt, das immerhin in den nächsten Monaten tausend zusätzliche Arbeitsplätze in Graz absichert, war nur deshalb möglich, weil die österreichische Regierung versichert hat — der Bundeskanzler hat das in einem Brief getan —, daß sie uneingeschränkt den Beitritt zur EU wünscht.

All diese Dinge sind für viele österreichische Unternehmungen von großer Bedeutung. Eine sinkende Standortattraktivität wäre gegeben, würden wir nicht der EU beitreten. Und ich gebe

**Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Streicher**

schon zu, daß es auch Nachteile gibt. Es wird für viele Unternehmungen nicht mehr so komfortabel sein, sich an öffentlichen Ausschreibungen in Österreich zu beteiligen. Hier hat es zugegeben immer einen gewissen Schutz gegeben.

Meine Damen und Herren! Umgekehrt darf man aber auch nicht vergessen, daß 15 Prozent des Bruttonationalproduktes der EU-Länder — und das sind 5 600 Milliarden Schilling an öffentlichem Auftragsvolumen — uneingeschränkt für die Österreicher verfügbar sind.

Österreich — das wurde heute schon gesagt — ist ein leistungsstarkes Industrieland mit vielen Problemen, es sind nicht mehr und nicht weniger, als sie die EU-Länder branchenbezogen haben. Sie wissen ja, daß ich mich einmal um ein politisches Amt beworben und in 600 Wahlreden immer wieder gesagt habe: Wir müssen nirgendwo auf den Knien rutschen, wir können selbstbewußt dort hineingehen.

Wir können wirklich davon ausgehen, daß wir diese Herausforderung schaffen. Und für den überwiegenden Teil — nicht für alle, aber für den überwiegenden Teil — der österreichischen Industrie ist der Beitritt ein Vorteil. *(Beifall.) 16,30*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**:  
Danke auch für Ihre Ausführungen.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Aichinger von der AMF.

*16,30*

Dipl.-Ing. Gerald **Aichinger** (AMF): Werte Herren Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme von Österreichs größtem Lebensmittelunternehmen. Erwarten Sie aber nicht, daß ich über die Probleme der Lebensmittelwirtschaft spreche. Sie sind so umfassend, daß es sich bei einer Redezeit von fünf Minuten nicht lohnen würde, damit zu beginnen.

Ich will die Möglichkeit, hier vor Ihnen zu sprechen, dazu nützen, um an Sie als gesetzgebende Körperschaft, aber letztlich auch an die Administration Österreichs einen Appell zu richten: Schaffen Sie schneller ein wirtschafts- und industriefreundliches Umfeld in Österreich! Ich will Ihnen die Notwendigkeit dieses Appells anhand von drei Beispielen darstellen, eines davon betrifft mein Unternehmen, also die österreichische Lebensmittelindustrie.

Ich habe im März des vergangenen Jahres Richtlinien für ein neues EU-Fitprogramm für die Lebensmittelwirtschaft auf den Schreibtisch bekommen. Ich bin noch am selben Tag hergegangen und habe diese Richtlinien meinen Mitarbeitern, und zwar jenen Mitarbeitern, die Investitionen planen, gegeben und habe Druck dahin gehend ausgeübt, so schnell als möglich ihre Projek-

te, die wir zum Teil laufen haben, zum Teil planen, einreichfertig zu machen.

Dies war dann auch im Juni der Fall. Wir haben im Juni all diese Projekte eingereicht und waren der Meinung, daß wir zumindest im dritten Quartal des vergangenen Jahres Bescheid bekommen würden, ob wir für unsere Projekte, die österreichische Lebensmittelindustrie für die EU fit zu machen, Unterstützung bekommen. Da ich nichts gehört habe, habe ich zu intervenieren begonnen, und es wurde mir klar, daß es wohl eine gute Absicht gab, aber es für diese Absicht keine weiteren Entscheidungen gegeben hat. Erst vor wenigen Wochen — ich glaube, es ist jetzt eineinhalb oder zwei Wochen her — habe ich gehört, daß man sich über dieses EU-Fitneßprogramm geeinigt hat.

Meine Damen und Herren! Wir stehen wenige Monate vor dem Beitritt. Dieses Jahr, das wir verloren haben, wäre für uns sehr, sehr wichtig gewesen. Und ich glaube, verantwortliche Unternehmen haben auch trotz dieser Verzögerungen entschieden zu investieren, und jene, die nicht investieren wollen, würden es auch wegen der Förderung nicht machen. — Das war das erste Beispiel. Werden Sie bitte schneller!

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel darstellen, das ich im privaten Bereich, am eigenen Körper erlebt habe. Es betrifft mein eigenes Unternehmen, in dem ich Gesellschafter bin. Es ist ein kleines Unternehmen, aber es ist doch symptomatisch. Dieses Unternehmen wurde 1986 von einem Mitarbeiter, der in der verstaatlichten Industrie beschäftigt war, gegründet. Er hat dort für den Verantwortungsbereich keine Vision gesehen, und nachdem ich ihn kennengelernt habe, haben wir gemeinsam ein Unternehmen gegründet. Dieses Unternehmen wurde mit zehn Mitarbeitern gegründet. Wir haben in einem eingemieteten Betrieb begonnen, Spezialkunststoffwerkzeuge zu produzieren. 1988 haben wir um eine Errichtung eines eigenen Betriebsgebäudes eingereicht.

Wir haben seit 1988 drei Betriebsgebäude errichtet, aber die gewerberechtliche Genehmigung für den ersten Betrieb, der 1988 die Produktion aufgenommen hat, habe ich dieses Jahr bekommen. Damit war auch eine Förderung verbunden, diese Förderung war aber an eine gewerberechtliche Genehmigung gebunden. Das heißt, wir haben diese Förderung nicht erhalten, weil wir die gewerberechtliche Genehmigung nicht bekommen haben. Heuer haben wir diese Genehmigung rechtskräftig erhalten, wir haben den Förderungsgeber ersucht, diese Förderung auszubezahlen — in der Zwischenzeit gibt es aber diese Förderung nicht mehr.

**Dipl.-Ing. Gerald Aichinger**

Ich will Ihnen ein drittes positives Beispiel erzählen. Ich war in den letzten Tagen bei einem Managementforum in St. Gallen, das von der dortigen Hochschule veranstaltet wurde. Im Rahmen dessen hat ein Referent ein sehr positives Beispiel dargestellt, und zwar: Man hat in seinem Unternehmen die Förderung von Verbesserungsvorschlägen abgeschafft. Man hat sie deshalb abgeschafft, weil man damit nichts bewegt hat. Man fördert dafür jetzt die verwirklichten Umsetzungen, die dem Unternehmen Vorteile bringen. Und erst seitdem man diese Philosophie geändert hat, bewegt sich auch etwas im Unternehmen. Ich möchte diesen Appell von dieser Stelle aus anbringen. — Danke. (*Beifall.*) 16.36

Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler: Ich danke schön, Herr Dipl.-Ing. Aichinger.

Als letzter Redner hat sich Herr Dipl.-Ing. Fegerl zu Wort gemeldet. — Bitte.

16.36

Dipl.-Ing. Josef Feger (MIBA): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es sind bereits alle Punkte behandelt worden, auf die ich eingehen wollte. Ich kann mir das daher sparen und werde versuchen, mich sehr kurz zu fassen. Aber ein Punkt ist meiner Meinung nach zu kurz gekommen, der sich jetzt sehr gut an das letzte und an das vorletzte Referat anschließt.

Im derzeitigen Wettbewerb gewinnt eigentlich nur der im Markt, der am schnellsten das Kundenbedürfnis erfüllt. Das ist die Forderung, vor der wir heute stehen, denn man muß Qualität sicherstellen, sonst ist man nicht im Wettbewerb. Man muß heute die Zuliefertreue laut der Just-in-time-Philosophie sicherstellen, sonst ist man nicht im Wettbewerb. Man muß sicherstellen, daß man den Preis, der ein Zielpreis des Kunden ist, akzeptiert, denn dann ist man im Wettbewerb. Und wenn man im Wettbewerb bleiben will, dann muß man auch die Kosten entsprechend gestalten. Maßnahmen dazu sind heute schon vielfach angesprochen worden. Meiner Meinung nach muß es dazu führen, daß man viel stärker als bisher mit verschiedenen Standorten vernetzt zusammenarbeitet, man muß zumindest die Standardproduktfertigung in den sogenannten Billiglohnländern etablieren.

Aber damit hat man eigentlich noch keinen Wettbewerbsvorteil. Wenn man für die Zukunft einen Industriestandort strategisch sichern will, dann sollte man das auf jeden Fall aufgrund von Vorteilen machen, und der Vorteil, der uns zur Vergütung stünde und den wir meiner Meinung nach brauchen, ist eben der Faktor Zeit, wobei zu sagen ist, daß wir in Österreich gute Voraussetzungen dafür haben.

Wir haben sehr gut ausgebildete Fachkräfte, wir verfügen in Österreich über eine sehr gute Anpassungs- und Improvisationsfähigkeit, die das sehr unterstützt. Auch das Verhalten des Österreicherers ist weniger „planokratisch“ als pragmatisch und erlaubt, sich sehr schnell anzupassen. Und das Ganze ist noch mit einer großen Portion Kreativität verbunden.

Was also zu lange dauert — das ist vorhin schon erwähnt worden —, das sind die Genehmigungsverfahren und die Umsetzungsverfahren. Und der Punkt, der meiner Meinung nach zu kurz gekommen ist, ist die Möglichkeit, sich im Rahmen unserer Arbeitszeitregelungen den Bedürfnissen des Marktes flexibel genug anzupassen. Und ich glaube, daß gerade auf diesem Sektor ein hoher Handlungsbedarf besteht, um für die Zukunft strategisch den Standort Österreich — unter Ausnutzung aller Vorteile, die wir hier haben — auszunützen. — Danke. (*Beifall.*) 16.39

Vorsitzender Abgeordneter Erhard Koppler: Ich danke Herrn Dipl.-Ing. Fegerl für seinen Beitrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Wort ist niemand mehr gemeldet.

Zur Zusammenfassung erteile ich Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Viktor Klima das Wort. — Bitte.

**V. Punkt: Zusammenfassung**

16.39

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima: Herr Vorsitzender! Werte Gäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich — ich glaube, auch in Ihrem Namen — beim Parlament recht herzlich bedanken, daß wir diese industriepolitische Enquete heute hier durchführen konnten. Welche Fraktion das initiiert hat und bei wem ich mich hier bedanken soll, das konnte ich nicht eruieren. Mir ist das auch als jemand, der 25 Jahre in der Industrie tätig war und nur zwei Jahre in der Politik, relativ gleich. Ich bin nur froh, daß diese industriepolitische Enquete stattgefunden hat.

Ohne Zweifel ist auch Dank dafür auszusprechen, daß diese Diskussion heute ohne das übliche parteipolitische Gezänk stattgefunden hat, das ja die Industriediskussion in den letzten Jahren in Österreich sehr belastet hat. Vor allem die Diskussion um einen Teil der Industrie, nämlich um die verstaatliche Industrie, hat sich ja durch sehr viel parteipolitisches Gezänk „ausgezeichnet“, sodaß wir aus meiner Sicht selbst ein bißchen diese Prophezeiung erfüllt haben.

Wir beklagen heute zu Recht, daß die Industrie in Österreich nicht die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Es gibt Umfragen der Indu-



**Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima**

striellenvereinigung, die besagen, daß die Mehrheit der Österreicher der Meinung ist, daß Österreich mittelfristig keine Industrie braucht, und ähnliches mehr. Ich glaube, daß wir dazu selbst einiges beigetragen haben, ich hoffe aber, daß das vorbei ist; ebenso hoffe ich, daß sich niemand mehr die Frage stellt, ob wir überhaupt eine aktive Industriepolitik brauchen.

Wenn ich die heutige Diskussion zusammenfassen darf, dann ist für mich eines ganz deutlich herausgekommen, nämlich daß wir einen breiten politischen Konsens darüber haben, daß es in Österreich eine aktive Industriepolitik geben soll. Und damit kein Mißverständnis entsteht, darunter ist nicht zu verstehen: Interventionismus, Dirigismus, Eingriffe in die Unternehmen oder ähnliches mehr, sondern es geht darum, daß wir erfolgreiche Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die erfolgreiche österreichische Industrie weiterhin erfolgreich sein kann.

Wir hatten in der Vergangenheit hervorragende Erfolge. Tüchtige Unternehmer und Manager, tüchtige Mitarbeiter und, wie es scheint, auch erfolgreiche Politiker haben diese Rahmenbedingungen bisher gesetzt. Die österreichische Industrie hat die Produktivität dramatisch verbessert, wir liegen heute im Durchschnitt vor Westdeutschland — dazu ist zu sagen: ohne die neuen deutschen Bundesländer. Wir haben hervorragende Exporterfolge auch in neuen Exportmärkten. Und schließlich, glaube ich, hat es die österreichische Industrie geschafft, durch den Umstand, daß wir in Österreich 1,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Umweltschutz ausgeben, auch einen zweiten wesentlichen Wirtschaftssektor in Österreich zu ermöglichen, nämlich den Sektor des Fremdenverkehrs und des Tourismus in unserem schönen Land.

Wir haben erkannt, daß trotz der Schwierigkeiten durch die politischen Veränderungen im Osten, die Chancen Österreichs und für die österreichische Industrie durch die geographische — wie Kollege Schüssel gemeint hat — oder durch die geoökonomische Lage durchaus hervorragend sind, allerdings haben wir gemeinsam an einer Industriepolitik zu arbeiten. Und es war für mich klar, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir dazu drei Ebenen der Industriepolitik brauchen werden.

Die erste ist die Ebene der europäischen Industriepolitik im Wettbewerb der Triaden. Der Kollege aus der Europäischen Union hat uns die Schwerpunkte aufgezeigt: Infrastrukturnetze, Forschung und Entwicklung und den Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen, wobei ein sehr schmaler Grat zu gehen sein wird zwischen Antidumping-Maßnahmen, die vor unlauterem Wettbewerb bei Sozialdumping und Umweltdumping schützen, und protektionistische Maßnahmen.

Ich habe vor kurzem Gelegenheit gehabt, mit mehreren hochrangigen Ministern aus dem südostasiatischen Raum zu reden. Hier befürchtet man „fortress europe“, also die Festung Europa, die sich gegen die anderen Märkte abschottet. Meine persönliche Meinung dazu ist, daß wir hier keinen Protektionismus verfolgen dürfen, sondern daß wir eine aktive, offensive Öffnung — auch im Sinne einer möglichen Retorsion — unserer Märkte weiterhin betreiben müssen.

Zweitens: Natürlich bedarf es einer engagierten nationalen Industriepolitik. Es ist bereits im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik einiges geschehen. Ich möchte jetzt nicht die gesamten Wohltaten der Bundesregierung aufzählen, Sie wissen, daß hier noch einiges zu tun sein wird. Besonders bedeutsam war für mich die breite zustimmende Diskussion zu einer grundsätzlichen Ressourcenbesteuerung, weil damit auch ein neuer Produktivitätsgewinn geschaffen werden kann, der vielleicht die Arbeitskraftbesteuerung und damit die Produktivitätsgewinne durch den Bereich Arbeit entlastet. Die Mehrzahl der Meinungen sprach sich für eine gemeinsame internationale Abstimmung aus. Und lobend wurde insbesondere die Diskussion über diese Ressourcenbesteuerung in der Europäischen Union hervorgehoben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Finanzpolitik gehört auch ein funktionierender Kapitalmarkt. Was hat das mit der Industrie zu tun? — Die österreichische Industrie hat den Wettbewerbsnachteil, daß wir in einem hohen Ausmaß — deutlich mehr als Wettbewerber wie Deutschland, Niederlande oder andere Länder — fremdfinanziert sind, also die österreichischen Unternehmungen sind mit weniger Eigenkapital finanziert. Das führt dazu, daß in Phasen einer Hochzinslandschaft Wettbewerbsnachteile für die österreichischen Unternehmungen vorhanden sind.

Woran liegt das? — Es lag ohne Zweifel an Hemmnissen, zum Beispiel an der Vermögenssteuer und ähnlichem mehr, es lag aber auch an fehlenden klaren gesetzlichen Maßnahmen im Bereich des Insider-Tradings, im Bereich der Börsengesetze und im Bereich der Börseharmonisierungsbestimmungen.

Diesbezüglich ist viel geschehen. Es lag aber auch aus meiner Sicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, daran, daß wir die Unternehmen selbst zu wenig ermutigt haben. Österreich ist ein Land, das einen sehr hohen Anteil an zinsgestützten Krediten für Investitionen hat. Das reduziert natürlich das Engagement und die Begeisterung von Unternehmen, sich mittels Eigenkapital Investitionen oder Erweiterungen selbst zu finanzieren, weil man vielleicht sogar billigeres Fremdkapital bekommen kann, weil wir, wie ge-

**Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima**

sagt, ein hohes Ausmaß an Zinsstützungen bei Krediten haben.

Es liegt aber auch daran, daß die österreichische Börse als attraktiver Kapitalmarkt noch nicht funktioniert und daß wir zuwenig Titel haben. Ein Beispiel dazu: In Österreich gibt es etwa 1 000 Aktiengesellschaften, nur 10 Prozent davon sind an der Börse vertreten. Insbesondere aber haben wir zuwenig Handelsvolumen an der Börse. Das liegt auch daran, daß nur etwa 4 Prozent der Österreicher — mit einem Sparkapital von 3,3 Billionen — Aktien besitzen. Das heißt, wir waren also traditionell bisher ganz andere Sparformen gewohnt. Wir müssen einen vorsichtigen Einstieg für jene Österreicherinnen und Österreicher ermöglichen, die durch die Glücksspielsituation der neunziger Jahre auf dem Kapitalmarkt nun verschreckt sind. Dieser Einstieg kann, muß aber nicht durch steuerliche Anreize unterstützt werden. Er kann unterstützt werden — und das sollte er auch — durch eine breitere Steuerung, durch Österreich-Fonds, durch Privatisierungs-Fonds, wie sie von einzelnen Institutionen schon aufgelegt wurden.

Einen weiteren Nachteil haben wir weiterhin — wir haben das schon sehr häufig angemerkt —, nämlich daß der typische institutionelle Anleger, der in den angloamerikanischen Märkten, aber auch in Deutschland zunehmend ein Aktionär für Industrieunternehmungen ist, in Österreich fehlt. Wir haben keine wirklichen großen Pensionsfonds, und auch die österreichischen Versicherungen nützen den Spielraum, den sie in der Veranlagung von Aktien hätten, bei weitem nicht aus.

Also hier ist einiges zu tun, es sind die Kapitalmärkte zu beleben, indem mehr Titel an der Börse gehandelt werden. Es ist auch im Bereich der verstaatlichten Industrie in den letzten Wochen sehr Erfolgreiches geschehen. Hervorragende Unternehmungen stehen dem österreichischen Aktionär mit Österreich-Bonus und all dem, was hier getan wurde, zur Verfügung, um eben den Aktionärsgedanken in Österreich zu stärken.

Der dritte wesentliche Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren — auch darüber herrschte breiter Konsens —, ist die Zuverfügungstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur. Kollege Schüssel und ich unterscheiden uns nur darin, indem er gemeint hat, man möge sie behutsam ausbauen — was immer „behutsam“ heißt. Wir müssen die Infrastruktur ausbauen, wir müssen die Infrastruktur im Bereich der Verkehrstechnik, der Transportsysteme ausbauen, wir müssen die Infrastruktur im Bereich der Kommunikationssysteme ausbauen, und wir müssen auch die Infrastruktur im Bereich der Energieversorgung ausbauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich „Verkehrssysteme“ sage, so meine ich damit, daß wir auf den Ausbau der umweltfreundlichen Verkehrsträger, auf die vernünftige Nutzbarmachung der Schifffahrt und auf die vernünftige Nutzbarmachung des Kombinierten Verkehrs einen Schwerpunkt zu legen haben. Beim Kombinierten Verkehr soll jeweils der Verkehrsträger eingesetzt werden, der am besten geeignet ist: bei Regionalverteilung LKW, bei Fernverkehr zum Beispiel Schiene oder Schifffahrt, natürlich — das muß sehr präzise geplant werden — unter besonderer Berücksichtigung der Umladestellen, der sogenannten Terminals.

Daher bin ich sehr froh darüber, daß wir zurzeit am ersten österreichischen Bundes-Verkehrswegeplan arbeiten, der die Verkehrsträger, die Verkehrsachsen inklusive der Verknüpfungspunkte der einzelnen Verkehrssysteme optimieren soll.

Zum Thema Kommunikation: Die österreichische Post und Telekommunikation baut sehr engagiert, die Breitbandübertragung, die Digitalisierungstechnik, die Glasfasernetze und das Metropolitan Area-Network aus. Sie versucht, auch einen Verbund der europäischen Hauptstädte in unserem Umfeld zu schaffen und gleichzeitig die österreichischen Bundesländerhauptstädte auch in dieses Metropolitan Area-Network miteinzubauen.

Ich glaube, man wäre gut beraten, wenn man der österreichischen Post und Telekommunikation möglichst schnell — aus meiner Sicht noch ab 1. Jänner 1995 — die Gelegenheit böte, sich in diesem neuen liberalisierten Fernmeldemarkt mit Partnern in Joint-ventures, in Tochtergesellschaften selbst für das nun liberalisierte Datennetz und ähnliches mehr zu engagieren. Man sollte also möglichst schnell eine Organisationsform für Post und Telekommunikation schaffen, die es ihr ermöglicht, Partnerschaften, Joint-ventures und ähnliches mehr einzugehen.

Der dritte wesentliche Bereich — hier herrscht ja breiter Konsens — ist der Bereich Forschung und Entwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben in Österreich nicht nur zu beklagen, daß wir mit rund 1,5 Prozent des BIP im Vergleich zu anderen westeuropäischen Wettbewerbern relativ wenig dafür ausgeben, sondern wir setzen möglicherweise auch noch — wie uns Vergleiche zeigen — falsche Schwerpunkte. Bei uns gehen 60 Prozent in die universitäre Grundlagenforschung und nur 40 Prozent in die industrielle Anwendungsforschung. Im Ausland ist es genau umgekehrt.

Wir sind auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Meinung, daß wir in diesem Forschungsszenario, bei den Unterstützungsfonds,

**Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima**

die es auf Bundesebene, auf Länderebene und wo immer auch geben mag, eine Ordnung herbeiführen sollen und herbeiführen müssen; wobei es mir insbesondere wichtig zu sein scheint, daß wir in Österreich auch als kleines Land die Chance haben sollten, in den wesentlichen Gebieten der Grundlagenforschung tätig sein zu können.

Unserer Chance ist es, mit der österreichischen Flexibilität und mit der Geschwindigkeit die Umsetzung von bekannten Forschungswissen in die industrielle Produktion, in die Anwendung verstärkt zu betreiben, also einen Schwerpunkt auf Technologiediffusion zu legen. Und dazu gibt es ja schon sehr viele gute Ansätze.

Was aber dafür erforderlich ist — auch das sage ich mit Nachdruck als Industriepolitiker —, ist, daß wir Zugang haben zu den Forschungsprogrammen in Europa, daß wir Zugang haben zu den gemeinsamen Forschungsaktivitäten der Europäischen Union in einem, wie ich glaube, verstärkterem Maße.

Ein Problem, das ich auch ansprechen möchte, ist, daß in Österreich sehr häufig die öffentliche Hand als Auftraggeber zur Entwicklung von neuen Produkten beigetragen hat. Denken Sie daran, daß zum Beispiel die österreichische Schienenfahrzeugindustrie ein Gerät nur dann verkaufen kann, wenn es eine Referenzanlage hat. Das heißt, wenn es zum Beispiel im Heimmarkt im Einsatz ist. Da kommt eine bestimmte Polarität auf uns zu.

Auf der einen Seite sagen die drei österreichischen Schienenfahrzeughersteller: Bitte, lieber Manager der ÖBB, wir brauchen eine halbwegs kontinuierliche Auslastung, um die fehlende innerösterreichische Auslastung durch ausländische Aufträge ausgleichen zu können. Wir brauchen aber auch weiterhin öffentliche Aufträge, um Referenzprodukte hier in Österreich zum Einsatz bringen zu können. Nur dann können wir auf dem europäischen oder auf dem internationalen Weltmarkt erfolgreich tätig sein.

Das trifft in etwa auf den Bereich der Post und Telekommunikation zu, weil, wie Sie wissen, in der Vergangenheit die öffentliche Hand doch einiges dazu beigetragen hat, daß sich die österreichische Telekommunikationsindustrie stabil entwickeln konnte, wiewohl in diesem Bereich — das sei sofort zugegeben — die Forschungsschwerpunkte nicht allzu gravierend waren, im Gegensatz zur Schienenfahrzeugindustrie, in der das gut funktioniert hat.

Also hier werden wir eine Lösung finden müssen. Auf der einen Seite gibt es die politischen Vorhalte bezüglich eines ÖBB-Defizits und die betriebswirtschaftliche Aufgabe des Aufsichtsrates und des Managements, das wir installiert ha-

ben, und auf der anderen Seite gibt es doch auch gewisse Unterstützung für die österreichische Schienenfahrzeugindustrie, die nichts mehr mit dem Staat zu tun hat, weil meines Wissens sind Jenbacher, Bombardier und SGP nicht mehr in staatlicher Mehrheit.

Ein wesentlicher Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Bildungspolitik. Hier ist bereits auf die ausgezeichnete Qualität der österreichischen Facharbeiterausbildung hingewiesen worden. Das Thema Fachhochschulen ist Ihnen hinlänglich bekannt. Damit ist, glaube ich, ein sehr guter Impuls gelungen.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der auch öfter angesprochen wurde. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich hat bei den Technikstudenten die höchste Drop-out-Rate in Europa. Österreich hat bei den Technikabsolventen den geringsten Output, das heißt, im Hinblick auf die Anzahl der Studierenden in Österreich haben wir im Vergleich zu anderen westeuropäischen Industrieländern sehr wenig Technikabsolventen. Und ich glaube, daß wir mittels Studienplänen und all diesen Dingen dazu beitragen sollten, daß die nötige Ausbildung im technischen Bereich, die wir ohne Zweifel brauchen, effizienter vor sich gehen kann.

Es wurde auch die Arbeitszeitpolitik angesprochen. Das heißt, es wird insgesamt eine stärkere Flexibilität bei der Arbeitszeit gewünscht beziehungsweise erwartet, wobei ich glaube, daß darüber Klarheit herrscht, daß das nicht in Richtung KAPOVAZ gehen kann.

Ein wesentlicher Punkt, der auch von einem der Vorredner angesprochen wurde, ist das nötige Entrepreneurship. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden damit zu leben haben, daß die Industrie weniger und weniger Beschäftigte hat, und zwar aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen, Produktivitätssteigerungen, aber insbesondere von Out-sourcing, das bedeutet Ausgliedern von Unternehmensteilen in den gewerblichen Bereich.

Ein Beispiel: Betreibt ein Industriebetrieb — ich nehme ein ganz einfaches Beispiel — die Werkküche selbst, dann zählen die dort Beschäftigten als Industriebeschäftigte, gliedert er sie aus und läßt sie durch einen professionellen Werkküchenmanager und dessen Mitarbeiter betreiben, dann zählt das plötzlich zum tertiären Bereich.

Ich glaube, wir sollten, wenn wir die Beschäftigtenreduktion in der Industrie sehen, auch berücksichtigen, daß Out-sourcing, das heißt Konzentrieren auf die Kernfunktionen, in den Industriebetrieben in den letzten Jahren sehr stark

**Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima**

betrieben wurde und daß dieser Trend ohne Zweifel auch noch weitergehen wird.

Was wir dringend brauchen, ist, daß wir für jene, die sich selbst engagieren wollen, die Unternehmen gründen wollen, die Produktideen haben, die Marktideen haben, den entsprechenden Boden aufbereiten. Und diesbezüglich gibt es – möglicherweise unbekannt – doch schon einige Instrumente in Österreich, es gibt zum Beispiel Seed-financing-Unterstützungen, es gibt aber in diesem Bereich noch viele andere gute Ideen – sie wurden ja hier vorgestellt –: Wirtschaftsparks, Businessparks, Gründerzentren und Technologiezentren.

Ich glaube, daß wir auf diesem Gebiet mehr tun – wie ich aus Gesprächen mit Industriepolitikern anderer Länder weiß – als vergleichbare Nachbarländer.

Unbestritten ist, meine sehr geehrten Damen und Herren – und daran haben wir zu arbeiten –, daß wir einen Bürokratieabbau brauchen. Die Bürokratie ist einer der Wettbewerbsnachteile des Industriestandortes Österreich, der am häufigsten genannt wird. Das beginnt damit, daß es sehr lange dauert, bis man eine Gewerbeberechtigung bekommt oder bis man Genehmigungen bekommt, Anlagen zu bauen. Es gibt überhaupt im Rahmen des Gebietsschutzes sehr komplizierte Verfahren.

Ein wesentlicher Punkt, der angesprochen wurde, ist die Außenhandelsunterstützung. Wir haben uns nicht nur in unseren traditionellen Lieferantenmärkten, also in den Märkten Deutschlands zum Beispiel, zu bewegen oder der Europäischen Union, sondern wir haben uns auch – hier bin ich mir mit sehr vielen der österreichischen Industrieunternehmen einig – um die stark wachsenden Märkte in Südostasien zu kümmern. Wir brauchen in diesen Märkten gleiche Wettbewerbsbedingungen – keine Bevorzugungen, gleiche Wettbewerbsbedingungen –, was die Garantienpolitik betrifft, was die Frage soft-loans, was die Frage der kosmetischen Sätze und der intelligenten Unterstützungen betrifft. Aber diese Märkte erfordern auch – hier bedanke ich mich gleichzeitig bei allen Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung – politische Reisen in diese Länder, weil da über gemeinsame Märkte und gemeinsame Möglichkeiten sehr intensiv gesprochen werden kann.

Ein vieldiskutierter Punkt war die Frage: Wie soll man unterstützen, wie soll das ein Staat tun? – Wir sind uns darin einig, daß MITI nicht mehr die richtige Attraktivität hat.

Ich glaube aber auch, daß wir Förderungen nicht nach dem Antragsprinzip vergeben sollten, sondern daß wir Schwerpunkte in der Technologie- und Forschungspolitik setzen sollten. Einige

der wesentlichen Schwerpunkte, die Österreich gesetzt hat, betrifft die Umwelttechnik, bei der wir sehr erfolgreich sind und bei der wir auch auf internationalen Märkten sehr erfolgreich sein können, aber auch die Energietechnik, die Verkehrstechnik und die Kommunikationstechnik.

Ich bin der Meinung, daß sich Österreich durch den sehr frühen Start einer ökologischen Industriepolitik Vorteile in der Produktion, in den Prozessen, aber auch in den Produkten, in den Anlagen, im Engineering erarbeitet hat, was auch heute zu einem Wettbewerbsvorteil Österreichs führt.

Einer der wesentlichen Punkte, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, daß wir bei all den Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, zur Verbesserung der Parameter für den Industriestandort Österreich, für die Attraktivität, für internationales Investment in Österreich auch nicht darauf vergessen sollten, das zu vermarkten. Es muß bewußt sein, daß Österreich ein guter Industriestandort ist und nicht nur aus Lipizzanern, Schönbrunn et cetera besteht. Daher ist – auch das wurde mehrfach heute angesprochen – ein Marketing für den Industriestandort Österreich ohne Zweifel erforderlich; ein Marketing nach außen, aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Marketing nach innen.

Politik wird dann erfolgreich sein, wenn es eine breite Unterstützung in der Bevölkerung gibt. Und diese breite Unterstützung wird es nur dann geben, wenn die österreichische Bevölkerung auf ihre Industrie stolz ist, wenn es wieder so etwas wie eine Industriegesinnung gibt.

Das Parlament, wenn ich das richtig verstanden habe, hat sich entschlossen, dazu etwas beizutragen. Es sind von allen Fraktionen mehrfach Anregungen gekommen, daß es in der nächsten Legislaturperiode keinen Verstaatlichtenausschuß, sondern einen Industrieausschuß geben sollte, damit sich auch das Parlament mit den Problemen, mit den Entwicklungschancen und den notwendigen politischen Maßnahmen für die Industrie in Österreich auseinandersetzen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierung wird sich, wie ich hoffe, vom „Kastel-Zeichnen“, welche Industriekompetenzen wo und unter wem angesiedelt sein sollen, nicht beeindrucken lassen, sondern sie wird, so hoffe ich, sehr schnell und effizient faktische Schritte zum Erhalt des Industriestandortes Österreich setzen.

Ich hoffe, daß ich fair und objektiv zusammengefaßt habe. Ich bedanke mich für das Engagement der Redner bei dieser Veranstaltung, und ich sehe das als erstes Zeichen, dem viele konkreten Schritte folgen müssen und folgen werden, damit die hervorragende österreichische Industrie

---

**Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klima**

auch noch in zehn Jahren der Motor und das Rückgrat der Wirtschaft unseres Landes ist. — Danke schön. *(Beifall.) 17.03*

Vorsitzender Abgeordneter Erhard **Koppler**: Ich danke dem Herrn Bundesminister für die faire und objektive Zusammenfassung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Stenographische Protokoll dieser Enquete wird — wir werden es zumindest versuchen — allen Teilnehmern zugesandt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir der Vorschlag zugekommen, das Stenographische Protokoll dieser Enquete als Verhand-

lungsgegenstand gemäß § 98a Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz dem Nationalrat vorzulegen.

Wer von den Nationalratsabgeordneten damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.**

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich mich sehr herzlich bei den Referenten des heutigen Tages bedanken. Ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedanken, aber vor allem möchte ich mich bei den Dolmetscherinnen und Dolmetschern bedanken, die eine für uns sehr nützliche Arbeit geleistet haben. *(Beifall.)*

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluß der Enquete: 17 Uhr 4 Minuten

## Anhang

### Schriftliche Stellungnahmen zum Thema „Die Zukunft des Industriestandortes Österreich“

#### SPÖ:

#### „Die sechs Schwerpunktprogramme für eine österreichische Industriepolitik“

Zur effektiven Nutzung der neuen potentiellen Standortvorteile Österreichs im neuen Europa sind sechs Schwerpunktprogramme notwendig:

- (1) Zentraleuropäisches Vernetzungs-(Integrations)programm,
- (2) Bestandsstärkungs- und Entwicklungsprogramm für die Inlandsproduktion,
- (3) „High-tech-Programm“ zum Aufbau eines ultramodernen Industriekerns,
- (4) Infrastrukturprogramm zum Ausbau der Attraktivität des Standortes Österreich,
- (5) Weiterbildungsoffensive („Qualifizierungsprogramm“),
- (6) Regionalentwicklungsprogramm.

Das bestehende Instrumentarium ist auf diese sechs Schwerpunkte auszurichten.

Zentraleuropäisches Vernetzungs(Integrations)programm

##### 1.1. Ziele

Neue Märkte für die österreichische Industrie:

Die Einbettung der österreichischen Industrie in das Europa der unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und politischen Geschwindigkeiten erfordert einen multiinstrumentellen Ansatz. Bedrohungsbild: „Die teuren Produkte werden in Westeuropa erzeugt — die billigen Produkte in Osteuropa!“

Als Antwort auf die neue europäische Arbeitsteilung ist eine Vernetzung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen zu fördern. Dabei hat das Reziprozitätsprinzip zu gelten. Beispielhaft ist die Erweiterung des Begriffes „Heimmarkt“, insbesondere in Richtung unserer östlichen Nachbarstaaten, die Zusammenarbeit bei F&E und Know-how-Entwicklung, die Zusammenarbeit bei der Gewinnung und der Verarbeitung von Rohstoffen und Energie, die Zusammenarbeit bei der Absicherung des Binnenmarktes, die gemeinsame Nutzung der komparativen Vorteile oder gemeinsame Förderungsprogram-

me, gemeinsamer Infrastrukturausbau zu erwähnen.

##### 1.2 Bestehende Instrumente

Investförderung:

(a) durch Garantien:

Bestehend: FGG-Ost-West-Fonds

Änderung: Aufstockung der Mittel von 5 auf 10 Milliarden Schilling, temporärer Schwerpunkt für östliche Nachbarländer, Außenstellen vor Ort errichten;

(b) durch Kredite:

Bestehend: ERP-Internationalisierungsprogramm

Änderung: Erhöhung der Quoten für die östlichen Nachbarländer, Laufzeitveränderung (alternativ: Zinssatzabsenkung);

(c) durch Zuschüsse für Umweltschutz:

Für die östlichen Nachbarstaaten ist in Kombination mit dem Ökofonds sowie der ÖKB ein ökologisches Umstrukturierungsprogramm in die Wege zu leiten (Energieprojekte, ökologisches Umrüsten der Produktion und Infrastruktur et cetera).

Bestehend: Ökofonds-Ostprogramm, derzeit 300 Millionen Schilling

Änderung: Abwicklung beschleunigen, Mittelaufstockung durch Mittelumschichtung aus Fernwärmeförderung und Wasserwirtschaft (Fernwärme besser durch ordnungspolitische Maßnahmen fördern).

Exportförderung:

(a) durch Garantien für Projekte in Nicht-EWR-Ländern:

Bestehend: Republik Österreich im Wege ÖKB

Änderung: Garantieentgelte insbesondere für östliche Nachbarländer auf international konkurrenzfähiges Niveau absenken. Weiterer Ausbau der Deckungsmöglichkeiten durch entsprechende

**SPÖ**

Devisenproduktivität. „Selbsttragende“ Projektfinanzierungen für ansonsten wegen mangelnder Bonität ausgeschlossene Länder, insbesondere durch Erweiterung des Spektrums der verfügbaren Garantien auf Kompensations- und Tauschgeschäfte.

(b) durch Garantien für kurzfristige Geschäfte in OECD-Ländern

Bestehend: Republik Österreich im Wege ÖKB, Prisma und ÖKV mit teilweiser Rückgarantie der Republik Österreich,

Änderung: vorerst keine;

(c) durch Betriebsmittelfinanzierung (Refinanzierungsverfahren):

Bestehend: Exportfonds (bis 100 Millionen Exportumsätze), OeNB (über 100 bis 800 Millionen), ÖKB-KRR (über 800 Millionen), ÖKB-Rahmen I (zusätzlich für alle Firmen auf Basis Wechselbürgschaft, Bundesgarantie G 6, sowie Prisma und ÖKV),

Änderung: vorerst keine;

(d) durch Projektfinanzierung:

Bestehend: ÖKB-Rahmen I,

Änderung: keine;

(e) durch Soft loans:

Soft Loan-Finanzierungen der OECD-Staaten sind international auf einigen strategisch wichtigen Märkten wettbewerbsüblich geworden, sodaß Österreich ebenfalls Soft loans zur Verfügung stellen muß, um überhaupt am internationalen Wettbewerb teilnehmen zu können.

Bestehend: ÖKB Rahmen II (mit teilweiser Zinsenunterstützung durch Bundeskammer-Ausfuhrförderungsbeitrag),

Änderung: Möglichst großzügiges Vorgehen bei Schwerpunktländern (vgl. Wifo-Studie), Konzentration der Mittel (50 Prozent) auf diese Schwerpunktländer, Verbesserung des Verfahrensablaufes des OECD Aid Quality Assessment.

#### Regionale Zusammenarbeit

Bestehend: Grenzüberschreitende Wirtschaftsparks, Regionalberater,

Änderung: Finanzielle Ausstattung sichern. Zusätzlich regionale Zusammenarbeit auf dem Telekommunikationssektor, öffentlicher Verkehr (zum Beispiel Erweiterung des VOR auf Bratislava).

#### 1.3 Neue Instrumente

Hilfe für den Infrastrukturausbau:

Privatwirtschaftlich finanzierte Modelle sollen durch Mittel der EBRD unterstützt und durch Garantien des FGG Ost-West-Fonds im Rahmen des Garantiesetzes abgesichert werden.

Unterstützung bei der Kooperation und Beteiligung zwischen Firmen der östlichen Nachbarländer und österreichischen Unternehmen: Beratung, Know-how-Vermittlung, Ansiedlungsberatung.

Unterstützung bei Ausbildung, Vernetzung und Beratung: Insbesondere Zusammenarbeit öffentlicher Institutionen zum Aufbau von Know-how: vor allem Einrichtung bilateraler Beiräte für Wirtschafts- und Sozialfragen, industriepolitische Beratung durch österreichische Consultants, Ansiedlungsberatung, Know-how-Transfer, Ausbildungsprogramme durch AMV, WIFI, Ost-West-Akademie et cetera.

(2) Bestandsstärkungs- und Entwicklungsprogramm der Inlandsproduktion

#### 2.1. Ziel:

Kurzfristig sind die durch temporär begrenzte Wettbewerbsverzerrungen (weil Umwelt- und Kapitalkosten bei den östlichen Nachbarn nicht entsprechend verrechnet werden) bedrohten Produktionen und Standorte beziehungsweise Regionen in die Lage zu versetzen, sich dem Wettbewerb zu stellen, um eine künftige offensive Vernetzung mit dem neuen Europa zu gewährleisten. Voraussetzung dafür ist die längerfristige wirtschaftliche Erfolgchance des Unternehmens unter Wettbewerbsbedingungen.

Andere Unternehmen, die diesen strengen Auswahlkriterien nicht genügen, sollen wegen der Gefahr der Strukturkonservierung nicht gehalten werden. Die Subventionierung von Arbeitsplätzen in Betrieben, die nicht überlebensfähig sind, ist abzulehnen. Um jedoch die volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und Arbeitskraftprobleme zu ordnen, soll ein geregelter Ausstieg organisiert werden. Dies soll nicht über den Weg der Subventionen erfolgen, sondern durch Handels- und industriepolitische Maßnahmen oder strategische Allianzen mit anderen Produzenten und mittelfristigen Technologie- und Standortverlagerungen.

Für die Absicherung der Arbeitnehmer ist jedoch ein soziales Netz (zum Beispiel Arbeitsstiftungen) erforderlich.

Das freiwerdende Kapital soll in zukunftsichere Investitionen umgelenkt werden.

#### 2.2. Bestehende Instrumente

**SPÖ**

Umweltsanierung:

Bestehend: Ökofonds,

Änderung: Effizienzsteigerung, Abwicklung beschleunigen.

Bergbauförderung:

Bestehend: Prospektierung, Aufschließung und Heimfahren,

Änderung: Bergbauförderung für Ausstieg aus dem Bergbau, und Umstrukturierung von Bergbauregionen konzentrieren. In Bergbaugebieten ist ein Standortrecycling -und developing zu betreiben, um die bestehenden Infrastrukturen zu nutzen, um unnötige neue Greenfield-Errichtungen zu vermeiden.

Zur Sicherung und Stärkung des österreichischen Bestandes sind auch ordnungspolitische Maßnahmen angebracht, wie zum Beispiel Normung, Umwelt- und Qualitätsstandards, Antidumpingverfahren (GATT).

Zur Sicherung und Stärkung des österreichischen Bestandes sind die entsprechenden handelspolitischen Rahmenbedingungen (zum Beispiel passiver Veredelungsverkehr mit den osteuropäischen Staaten und so weiter) zu schaffen und die in den Verträgen vorgesehenen Schutzklauseln anzuwenden.

### 2.3. Neue Instrumente:

Einsatz von Kapitalbeteiligungen über Beteiligungsfonds,

Beteiligungsgarantie zur Risikoabsicherung mit stufenweiser Abschichtung der Garantie (FGG).

Gründung von nationalen Stiftungen oder nationalen Holdings für die Neuausrichtung von Industriebranchen:

Schaffung eines modernen Stiftungsrechtes, Unterstützung der Stiftungsgründung durch einen institutionellen Investor oder durch Kooperation einer Industriebranche, Einrichtung eines neutralen Managements, Zusammenführung, Umstrukturierung und Sanierung ähnlicher Unternehmen einer Branche, die volkswirtschaftlich überlebensfähig ist.

Umstrukturierungshilfe zur Erhaltung der Kernbereiche von Unternehmen (unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung). Diese Unterstützung soll nach strengen Kriterien und entsprechend den Zielformulierungen (2.1.) und befristet möglich sein.

Für Sanierungsfälle: Unterstützung bei Sanierungskonzepten und Zurverfügungstellung von Managementressourcen.

Stärkung des Kapitalmarktes.

(3) High-tech-Programm (zum Aufbau eines ultramodernen Industriekerns)

### 3.1. Ziele

Selektive Beschleunigung des Strukturwandels der österreichischen Industrie zur Bewältigung der Herausforderung zur EG/EWR — Beitritt und Ostöffnung.

Modernisierung der industriellen Produktion und Logistik, Stärkung der Innovationskraft der heimischen Industrie, damit sie in der Lage ist, an der Erschließung des wirtschaftlichen Potentials sowohl der westlichen als auch der östlichen Nachbarstaaten optimal teilzunehmen (Nutzung der Beschaffungsmärkte, Direktinvestitionen vor Ort, Erschließung und Ausbau des zukünftigen Heimmarktes im EWR sowie der östlichen Nachbarstaaten CSFR, Ungarn, Slowenien und Kroatien).

Ansatzpunkt müssen die Industriecluster sein (vor allem dort, wo Technologie ein zentraler Faktor für die Wirtschaft ist), die durch gezielte öffentliche Investitionen, Förderungsschwerpunkte, selektive Betriebsansiedelungen sowie ordnungspolitische Zielvorgaben gestärkt werden sollen (zum Beispiel für Umwelttechnik: Emissionswerte, Lärmvorgaben, Recyclingpflicht et cetera).

F&E-Maßnahmen haben sich auf eine Nischenstrategie kombiniert mit Nachfragepolitik zu konzentrieren. Hauptsächlich soll eine Förderung der Technologie-Diffusion (Engpaß-Wissen) erfolgen.

Eine strategische Ansiedlungspolitik ist einerseits auf den Aufbau ultramoderner Industrien (hier spielen in der Produktion die Arbeitskosten eine untergeordnete Rolle) auszurichten, welche die österreichische vor- und nachgelagerte Industrie befruchten. Die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen ist konzentriert zu fördern.

### 3.2. Bestehende Instrumente:

Technologie- und Innovationsförderung (FFF, ERP),

Betriebsansiedlung (FGG, ICD, ERP),

Umstrukturierung, TOP,

Kapitalmarkt,

Seed financing, Erleichterung von Firmengründungen,

Fokussierung auf Technologiefelder mit hohem industriellen und sozialem Primärnutzen



**SPÖ**

(zum Beispiel Verkehr, Umwelt, Energie, Telekommunikation).

**3.3. Neue Instrumente**

Konzentration auf Schirmprojekte (Leise Bahn, Leiser Verkehr, Berührungslose Mautsysteme, Verkehrsleitsysteme, Fernwärmeauskopplung/Cogeneration, Entsorgung).

Konzentration auf den Aufbau von Industrieclustern.

Die auf verschiedene Förderungsaktionen (FFF, TOP, ITF et cetera) aufgeteilte Technologieförderung soll in einem ausgegliederten Technologiefonds zusammengefaßt werden. Dieser Fonds soll von einem Aufsichtsrat kontrolliert werden, der auch die Projektförderung beschließt. Diese Konzentration dient einerseits der Bereinigung der Förderungslandschaft und ist andererseits sachlich gerechtfertigt, weil sich ein Projekt häufig über mehrere Investitionsstadien erstreckt. Die Richtlinienkompetenz für den Technologiefonds soll beim Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung liegen, die auch den Aufsichtsrat bestellen.

**(4) Infrastrukturprogramm für Österreich****4.1. Ziele:**

Der Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur (Ausbildung, Arbeitsvermittlung, Wohnungen, Freizeit, Telekommunikation, Transportkapazität, technologische und industrielle Transferzentren) ist eine Voraussetzung zur Hebung der Standortattraktivität Österreichs. Die Errichtung schwerpunktorientierter Technologie-, Wirtschafts-, Industrie- und Wissenschaftsparks ist zu forcieren (Positivbeispiele Japan, BRD, USA).

Öffentliche Aufträge und Investitionen sind das am besten geeignete Instrument für Konjunkturimpulse und heben gleichzeitig die Standortqualität des Industriestandortes Österreich.

Eine strategisch orientierte Wirtschaftsförderungspolitik sollte sich offensiv auf künftig dominierende wertschöpfungsintensive Sektoren ausrichten. Im Klartext heißt dies Förderung der Grundlagen einer ultramodernen Industrie, weiters der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Modernisierung und Erweiterung einer ökologisch orientierten Infrastruktur. Die Wirtschaftsförderung hat sich an den zukünftigen Wirtschaftsstrukturen auszurichten.

Aufwertung des Staates als avancierter Nachfrager, Integrationsmöglichkeiten zu einem Cluster nutzen, Verschiebung des Leistungsangebotes von „Verwaltung“ zur „Dienstleistung“.

**4.2. Bestehende Instrumente:**

Bahn, Post, Straße, Energiewirtschaft (BMö-WuV, BMwA),

F&E-Infrastruktur (BMWF),

Wirtschaftsparks, Technologieparks (GBI),

Qualifikationsinfrastruktur (AMF, BFI, WIFI).

**4.3. Neue Instrumente:**

Zeitliche Umsetzung notwendiger Infrastrukturinvestitionen beschleunigen,

Organisation und Finanzierung der Infrastrukturbereitstellung,

privatwirtschaftlich orientierte Erbringung von Infrastrukturleistungen, Private als Investoren und Betreiber unter Wettbewerbsbedingungen,

Österreich als Standort für Holdinggesellschaften forcieren (ICD).

**(5) Weiterbildungsoffensive****5.1. Ziele**

Last, but not least ist die Höherqualifizierung des Produktionsfaktors Arbeit einschließlich unternehmerische Fähigkeiten in den Vordergrund zu rücken. Nur der Staat mit den am besten ausgebildeten Arbeitskräften wird die komplexen Herausforderungen der Zukunft bewältigen (materielle und immaterielle Förderungen von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen et cetera). Diese historische Stärke Österreichs ist weiter auszubauen.

Schwerpunkt Qualifikationsstrategien in marktbezogenen Bereichen (Marketing und Sprache), Erhöhung von Flexibilität und Mobilität.

**5.2. Bestehende Instrumente**

AMV, Arbeitsstiftungen, WIFI, BFI.

**5.3. Neue Instrumente:**

Fachausbildung (zum Beispiel Ankoppelung an Industrieparks, Zugangsvoraussetzungen),

Flächenberufe,

stärkere Institutionalisierung des 2. Bildungsweges.

**(6) Regionalentwicklungsprogramm****6.1. Ziele:**

Die unterschiedliche Betroffenheit einzelner Regionen beziehungsweise das Entstehen neuer Entwicklungsachsen und Zukunftszonen verstärkt den Druck auf die Schaffung attraktiver

**SPÖ**

Standorte. „Weg von flächendeckender Strategie hin zur Profilierung entwicklungsfähiger Standorte.“ Diese Standortsschwerpunkte sind national (untereinander und mit dem Hinterland), insbesondere aber auch mit den Nachbarstaaten zu vernetzen (vergleiche Projekt Gmünd/Česke/Velence).

Die Regionalförderung muß nach Regionstypen spezifiziert sein. Die Klassifizierung der Regionen soll quantitativ und qualitativ den Kriterien der EG folgen und mit der Erstellung regionaler Entwicklungspläne verbunden werden.

Strukturverbesserung von alten Industrieregionen, produktzyklische Verjüngung und verstärkte Mobilisierung unternehmerischer Potentiale.

Wachstumsstimulierung in entwicklungsschwachen peripheren Regionen, „upgrading“ und Dynamisierung der Unternehmensstruktur.

Weniger Einzelprojektförderungen — verstärkte Programmförderung.

**6.2. Bestehende Instrumente:**

Regionale Innovationsprämie (ERP),

Technologie- und Wirtschaftsparks, Gründerzentren (GBI), Vernetzung durch Trägerorganisation („Mini-World-Trade-Center“),

Förderungsprogramm für eigenständige Regionalentwicklung.

**6.3. Neue Instrumente:**

Regionales Infrastrukturprogramm, Förderungsprogramm für eigenständige Regionalentwicklung, Sektorübergreifendes, subsidiär und selektiv einzusetzendes Regionalverstärkungsprogramm: mit folgenden Förderungsschwerpunkten:

integrierte regionale Wirtschaftskonzepte (vor allem im Hinblick auf EG),

Schlüsselbereiche der (wirtschaftsnahen) Infrastruktur, zum Beispiel Innovationszentren;

Modell- und Pilotprojekte sowie sonstige Projekte von besonderer Qualität und Bedeutung für die Entwicklung der jeweiligen Regionen, wobei jeweils alle Sektoren (Industrie, Tourismus, Landwirtschaft, Dienstleistungen) einbezogen werden.

Förderung der Konzepterstellung, der Investitionen und begleitende Unterstützung in der Startphase.

Erleichterung der Unternehmensgründung, Liberalisierung des Zugangs zu Gewerbe und Dienstleistungen.

\*\*\*\*\*

## ÖVP: „Industriestandort Österreich — industriepolitische Leitlinien“

Die internationale Konjunkturkrise hat vor Österreich nicht halt gemacht:

Die enormen Leistungen der Menschen in Österreich, der Arbeitnehmer, der Wirtschaftstreibenden und Industriellen, aber auch der politisch Verantwortlichen haben dieses Land zu einem der reichsten Länder der Erde gemacht. Die Qualität des Wirtschafts- und Industriestandortes Österreich ist über die Grenzen, auch jener des europäischen Kontinents, bekannt und geschätzt. Die Trade-mark „made in austria“ genießt weltweite Anerkennung. Durch den Beitritt zur Europäischen Union werden wichtige Impulse für die österreichische Industrie ausgehen.

Angesichts der neuen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen brauchen wir jedoch eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik, ein kräftiges Wirtschaftswachstum, neue Arbeit und eine gestärkte Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, um diese hervorragende Wettbewerbsposition auch in Zukunft behaupten und weiter ausbauen zu können.

Die Wirtschaftspolitik der ÖVP will die Stärken Österreichs als Chancen für die Zukunft nutzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und eine neue Phase des wirtschaftlichen Wachstums einzuleiten.

Derzeit steckt die Weltwirtschaft in einer beachtlichen Konjunkturkrise. In den meisten Industriestaaten ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zum wirtschaftspolitischen Schwerpunktthema geworden. Österreich ist von dieser Entwicklung leider nicht verschont geblieben. Auch wir haben mit erheblichen Konjunktur-, vor allem aber auch Strukturproblemen zu kämpfen. Im Jahr 1993 erlitt die österreichische Wirtschaft den schwersten Wirtschaftseinbruch seit 1945. Im Jahresdurchschnitt 1993 waren über 225 000 Menschen ohne Arbeit; das war die höchste Arbeitslosenzahl seit den siebziger Jahren.

Die Weltmärkte rücken durch kürzere Transport- und Kommunikationswege näher an unsere Grenzen heran, was für uns Österreicher Chancen, aber auch risikoreiche Herausforderungen bringt. Ein isolationistisches Abschotten unserer Grenzen gibt es nicht, denn wir sind Teil der Weltwirtschaft. Also müssen wir als kleiner Staat auf diese geänderten Situationen klug und verantwortungsvoll reagieren. Denn in den nächsten Jahren werden die Niedriglohnländer (für uns sind vor allem die osteuropäischen Nachbarn bedeutend) weiter eine enorme Konkurrenz für unsere österreichische Wirtschaft darstellen.

Daher: Ausbau des Wirtschafts- und Industriestandortes Österreich

Das politische Ziel der ÖVP ist es, die Qualität des Wirtschafts- und Industriestandortes Österreich weiter auszubauen um damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf den Weltmärkten dauerhaft zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine zentrale Rolle nimmt dabei die österreichische Industrie ein:

Die österreichische Industrie — einschließlich Energie- und Bauwirtschaft — leistet einen Beitrag von über 30 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt und beschäftigt rund ein Viertel aller unselbstständig Erwerbstätigen. 1992 wurden mehr als 90 Prozent der österreichischen Exportleistung mit industriellen Produkten im Wert von nahezu 500 Milliarden Schilling erzielt.

Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion wird exportiert. Damit ist die Industrie der mit Abstand wichtigste Zweig der Volkswirtschaft. Große Bereiche der wirtschaftsnahen Dienstleistungen stehen in engem Zusammenhang mit der Sachgüterproduktion.

Österreich weist im internationalen Vergleich hohe Einkommens-, Sozial- und Umweltstandards auf. Die Volkspartei geht davon aus, daß diese nur auf der Basis einer international wettbewerbsfähigen Industrie gesichert und weiterentwickelt werden können. Ihr kommt daher eine Motorfunktion für Wirtschaftswachstum, Volkseinkommen, Leistungsbilanz, Steueraufkommen und sozialstaatliche Sicherheit zu.

Nur knapp ein Drittel der Österreicher ist der Meinung, daß die Industrie der wichtigste Wirtschaftszweig beim Zustandekommen des Bruttoinlandsproduktes ist. Zumindest ebensoviele Menschen glauben hingegen jeweils, daß der Fremdenverkehr oder die Landwirtschaft diese gesamtwirtschaftliche Motorfunktion innehaben. Das sind über Jahre hinweg immer wieder die Ergebnisse einschlägiger demoskopischer Befunde.

Vergleichszahlen aus anderen westeuropäischen Industriestaaten ergeben, daß etwa in Deutschland, aber auch in den BENELUX-Ländern das Industriebewußtsein deutlich stärker ausgeprägt ist. Dort weiß jeweils mehr als die Hälfte der Bevölkerung um die entscheidende Funktion der Industrie Bescheid.

Darüber hinaus sind die von der Industrie zu tragenden Lasten staatlicher Bürokratie radikal

**ÖVP**

abzubauen. Viele Länder, mit denen Österreich im Wettbewerb steht, haben unnötige Gesetze abgeschafft oder vereinfacht und überlassen Unternehmen und Mitarbeitern mehr Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe und Rahmenbedingungen, als dies in Österreich der Fall ist.

Auf Druck der Volkspartei konnten auch in Österreich bereits zahlreiche Überreglementierungen abgebaut werden. Beispiele dafür sind das neue Preisgesetz oder das Preisauszeichnungsgesetz. Auch die von der ÖVP durchgesetzte neue Gewerbeordnung bringt für die österreichische Wirtschaft eine deutliche Liberalisierung.

Der Weg der Liberalisierung der Wirtschaft und der Verbesserung der kosten- und produktmäßigen Konkurrenzfähigkeit ist konsequent weiterzuverfolgen.

Die Österreichische Volkspartei will Rahmenbedingungen für die Industrie weiter verbessern:

Als Volkspartei wollen wir die österreichische Industrie vor allem durch die Schaffung leistungsfreundlicher Rahmenbedingungen unterstützen:

Die ÖVP ist der Garant dafür, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht zum Anlaß für mehr Staatseingriffe genommen werden. Die staatliche Verwaltung hat sich als Servicestelle für unternehmerische Tätigkeit zu verstehen.

Das bürokratische und zeitaufwendige österreichische Anlagengenehmigungsverfahren sollte nach dem Muster der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Verfahrens- und Entscheidungskonzentration umgestellt werden. Die ÖVP schlägt dazu ein eigenes Standortsicherungsgesetz vor.

Die industriellen Rahmenbedingungen sind generell derart zu gestalten, daß die Zahl der Betriebsansiedlungen und -erweiterungen zunimmt und bestehende Standorte nicht aufgrund eines ungünstigen Umfeldes geschlossen oder verlegt werden müssen.

Voraussicht ist eine wichtige Säule der unternehmerischen Disposition. Je mehr sich die Unternehmen auf kommende Veränderungen einstellen können, desto besser sind sie für den internationalen Wettbewerb gerüstet. Maßnahmen, die die unternehmerische Disposition massiv beeinflussen, sind daher vorausschauend zu planen.

Inflexible Regelungen — zum Beispiel bei der Arbeitszeit — und bürokratische Hindernisse kosten Zeit und Geld und behindern die heimische Industrie in ihrer Wettbewerbskraft. Alle Gesetzesvorlagen sollen daher in Zukunft vor ihrer Beschlußfassung auf ihren Verwaltungsaufwand und ihre Folgekosten für die Wirtschaft überprüft werden.

Alle Rahmenbedingungen müssen sich am Ziel einer ökosozialen Wirtschaftspolitik orientieren. Der sorgfältige Umgang mit dem öffentlichen Gut „Umwelt“ muß belohnt werden. Umweltpolitik muß ihre Ziele möglichst effizient auf Basis von Kosten-Nutzen-Überlegungen erreichen.

Industriennahe Dienstleistungen nehmen eine zentrale Schlüsselrolle ein, wenn es darum geht, die Wettbewerbskraft der heimischen Wirtschaft zu stärken. Restriktive Regelungen, die die Entwicklung leistungsfähiger industriennahe Dienstleistungsunternehmen verhindern, sind abzuschaffen.

Leistung muß sich wieder lohnen! Zweifellos ist der soziale Ausgleich Eckpfeiler der politischen und sozialen Stabilität. Aber Menschen, die zu Mehrarbeit bereit sind, muß ein leistungsfreundliches Umfeld geboten werden.

Im Kampf gegen die gegenwärtige Rezession tritt die Volkspartei für eine deutliche Entlastungsoffensive für die heimischen Unternehmen als beste Maßnahme für einen raschen Aufschwung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein.

Schwerpunkte der Industriepolitik:

Weitere Konsolidierung des Staatshaushaltes:

Die ÖVP ist überzeugt davon, daß ein konsolidierter Staatshaushalt das notwendige Fundament einer verantwortungsbewußten Politik darstellt. Eine nachhaltige Gesundung der österreichischen Staatsfinanzen ist nur möglich, wenn die Sparsinnung von der gesamten Bundesregierung, den Ländern und den Sozialpartnern getragen wird.

Im Regierungsübereinkommen 1991 wurde dieser Konsolidierungskurs neuerlich bestätigt. Trotz der konjunkturbedingten Verzögerung des Jahres 1993 kann man seit dem Regierungseintritt der ÖVP von einem signifikanten Sanierungsfortschritt des Staatshaushaltes sprechen. Ein Abgehen vom Sanierungskurs würde für Österreich auch international Nachteile bringen. So wäre nicht auszuschließen, daß Zweifel an der Glaubwürdigkeit und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Österreichs auch die Stabilität des österreichischen Schillings in Frage stellen.

Nach wie vor sind die großen strukturellen Probleme des österreichischen Staatshaushaltes nicht vollständig gelöst. Dies gilt im besonderen Maße für die Bereiche Gesundheitswesen, ÖBB und Schule. Wenn Österreich nicht — ähnlich manch internationalen Beispielen — unvorbereitet auf plötzlich aufbrechende Finanzierungslücken reagieren will, muß die vernünftige Sparpolitik fortgesetzt werden.

Die Volkspartei tritt daher dafür ein, daß

## ÖVP

das Ziel der Reduktion des Nettoabgangs auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes weiter verfolgt wird,

die Sanierung der öffentlichen Haushalte durch entsprechende Reorganisationsen der Verwaltung wirkungsvoll unterstützt wird,

die Gerechtigkeit der Sozialpolitik durch klare Anspruchsvoraussetzungen, verbesserte Kontrolle langfristig abgesichert wird,

durch Organisationsänderungen im öffentlichen Dienst das Reagieren des Staates auf neue Aufgaben deutlich erleichtert wird, und daß

bei öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen erhöhte Kostentransparenz geschaffen wird, um einen effizienteren und rationalen Einsatz von Steuermitteln zu ermöglichen.

Die ÖVP tritt daher für eine sparsame und verantwortungsvolle Budgetpolitik ein, die Steuererhöhungen verhindert und neue Spielräume für Steuersenkungen für Wirtschaft und Arbeitnehmer schafft.

### Flexibilität von Arbeitszeit und Entlohnung:

Die Volkspartei ist davon überzeugt, daß durch eine offensive Arbeitsmarktpolitik, aber vor allem auch durch flexible Arbeitszeitformen der Arbeitsmarkt entspannt und die Zahl der Arbeitslosen verringert werden können:

Einarbeitung von „Fenstertagen“: Die Einarbeitung von „Fenstertagen“, die auf Grund des Arbeitszeitgesetzes derzeit nur binnen sieben Wochen möglich ist, sollte auf das ganze Jahr aufgeteilt werden können.

Jahresarbeitszeitverträge: Innerhalb eines Jahres muß rechnerisch die geltende Normalarbeitszeit (maximal 40 Stunden pro Woche, für manche Bereiche bereits weniger) eingehalten werden. Wann und in welcher Bandbreite diese Arbeitsstunden absolviert werden, hängt von den betrieblichen Erfordernissen und den Bedürfnissen des Arbeitnehmers ab, die zu Beginn dieses Vertrages gemeinsam festgelegt werden sollen. Vorteil dieser Regelung ist, daß die derzeit für Wirtschaftsbereiche wie Bau- oder Tourismusbranche übliche Saisonarbeitslosigkeit wegfällt und damit auch der Bedarf an Mitteln für Arbeitslosengelder reduziert wird.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich hängt entscheidend von der Entwicklung der Arbeitskosten in unserem Land ab.

Die Österreichische Volkspartei spricht sich in der aktuellen Situation gegen eine weitere Erhöhung der Lohnnebenkosten aus. Damit würde die

Wettbewerbsituation der Unternehmer verschlechtert und mittelbar auch Arbeitsplätze gefährdet werden.

### Ausbildungs- und Qualifikationsoffensive:

Die Qualifikation der Mitarbeiter ist — neben Kostenfragen — ein Schlüsselkriterium bei der Beurteilung eines Industriestandortes. Die Volkspartei will die Qualität des Industriestandortes Österreich nachhaltig festigen und ausbauen. Mehr Qualität auf allen Bildungsebenen ist daher eines der wichtigsten Ziele, wenn es um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs geht.

Die Europäische Integration, das hohe Sozial- und Lohnniveau Österreichs und die hohen Standards im Umweltbereich erfordert Anstrengungen Österreichs vor allem im Bereich der Qualifikation, der Innovation, der Qualitätssteigerung und der Flexibilisierung. Erfolgreiche Produkte aus Österreich werden sich in Zukunft vor allem an den Kriterien Innovation im Produkt- und Prozeßbereich, hohe Wertschöpfung, hohes Qualitätsniveau, professionelles Marketing und ansprechendes Design orientieren müssen.

Berufsbilder und Lehrpläne sind der wirtschaftlichen Entwicklung rascher anzupassen. Dazu ist eine stärkere Orientierung der Lehrinhalte an den Anforderungen der Betriebe anzustreben.

Aus- und vor allem Weiterbildungsangebote für alte und neue Berufe sind zu entwickeln und ohne Zeitverzug umzusetzen. Dies gilt sowohl für die berufliche, schulische aber auch universitäre Ausbildung, als auch für die betriebliche und überbetriebliche Weiterbildung.

Neue postsekundäre Bildungseinrichtungen, wie etwa die neu zu gründenden Fachhochschulen, sollen eine praxisorientierte Ausbildung für Ingenieure und Betriebswirte anbieten, wobei auf eine adäquate budgetäre Vorsorge zu achten ist.

Zur Unterstützung Berufstätiger, die eine akademische Qualifikation erwerben wollen, sind Fernstudien offensiv auszubauen, mit Zielrichtung einer Verdreifachung der Studentenzahlen bis 1998.

Private Ausbildungsinstitutionen, die mit der Wirtschaft kooperieren oder an denen sich die Wirtschaft direkt beteiligt, sind zu unterstützen.

In allen Bildungsstufen und Qualifikationsebenen, vor allem auch in fachspezifischen Ausbildungsvorhaben, sind verstärkt Fremdsprachen zu vermitteln.

Die Lehrerbildung ist verstärkt praxisnah und an den Erfordernissen der Wirtschaft zu orientieren.

**ÖVP**

Das Image der Facharbeiterausbildung muß deutlich aufgewertet werden. Die Attraktivität der Lehrlingsausbildung ist durch die Eröffnung — auch vertikaler — Weiterbildungsmöglichkeiten aufzuwerten. In diesem Sinn ist generell erhöhtes Augenmerk auf die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems zu richten.

Verdoppelung der Aufwendungen für F & E, Investitionen in moderne Technologien:

Die Österreichische Volkspartei betrachtet Ausgaben für moderne und zukunftsweisende Technologien gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als Investitionen in die Zukunft und damit in den Wohlstand unseres Landes. Die ÖVP tritt dafür ein, die Mittel für Forschung und Entwicklung raschest an das Niveau unserer europäischen Mitkonkurrenten anzupassen.

Obwohl die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung während der letzten Legislaturperiode deutlich gesteigert werden konnten, gibt Österreich derzeit nur rund 1,6 Prozent seines BIP für F&E aus. Das ist ein im internationalen Vergleich außerordentlich geringer Forschungs-etat. Vergleichbare Länder, wie etwa die Schweiz, Deutschland oder die USA, investieren rund doppelt so viel in Forschung und Entwicklung wie Österreich. Der EG-Durchschnitt liegt bei 2 Prozent.

Um zu verhindern, daß sich Österreich im Bereich von Forschung und Entwicklung von den europäischen Mitwettbewerbern abkoppelt, sind daher neue Akzente in der Forschungs- und Technologiepolitik notwendig.

Die ÖVP will Forschung und Entwicklung verstärkt zu einem wirtschaftspolitischen Schwerpunktthema machen und die staatliche und private Forschungsquote auf das OECD-Niveau heben. Konkret tritt sie für folgende Maßnahmen ein:

Eine deutliche Erhöhung der Forschungsquote. Neben budgetmäßigen Schwerpunktsetzungen sollen auch die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung gefördert werden.

Die Erhöhung des Forschungsfreibetrags von derzeit 12 Prozent auf 20 Prozent beziehungsweise von 18 Prozent auf 30 Prozent.

In Zusammenarbeit mit den Förderungsfonds soll — ausgehend von einem nationalen Forschungsplan — die Grundlagenforschung verstärkt und durch Schwerpunktinvestitionen, insbesondere im technischen Bereich, gefördert werden.

Da Forschung und Entwicklung verstärkt in internationaler Kooperation durchgeführt werden, ist eine verstärkte Teilnahme Österreichs an den

Forschungsprogrammen der EG von außerordentlicher Bedeutung.

Die Teilnahme Österreichs an europäischen und internationalen Forschungsorganisationen ist durch Schwerpunktsetzungen im Wissenschaftsbudget auszuweiten.

Durch Großforschungseinrichtungen und die Initiierung von Spezialforschungsbereichen soll die Konkurrenzfähigkeit Österreichs auf dem Sektor spezialisierter Hochtechnologien gestärkt werden.

Die technologieorientierte öffentliche Auftragsvergabe ist zu verstärken und institutionell so zu organisieren, daß ein effizienter Einsatz sichergestellt ist.

Marktnahe Forschungsk Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind zu intensivieren, um aktuelle Forschungsergebnisse ohne Zeitverzögerung wirtschaftlich nutzen zu können.

Zukunftstechnologien wie Biotechnologie, Mikroelektronik oder die Nutzung von Biomasse sind verstärkt zu fördern.

Ausbau des Finanz- und Kapitalplatzes Österreich:

Der Finanzmarkt Österreich bedarf einer nachhaltigen Neustrukturierung, um den Anforderungen einer Öffnung im Zuge des EWR-Vertrages sowie der Annäherung unserer östlichen Nachbarstaaten gerecht zu werden. Die ÖVP unterstützt die Bemühungen um die Dynamisierung und Verbreiterung des Kapitalmarktes Österreich. Sie setzt angesichts der Vielzahl notwendiger Maßnahmen auf folgende Schwerpunkte:

Stärkung der Eigenkapitalbasis der österreichischen Industrie: Jene Unternehmen der österreichischen Wirtschaft, die aufgrund ihrer Größe einen Gang an die Börse noch nicht antreten können, bedürfen besonderer Maßnahmen zur Förderung ihrer Eigenkapitalbasis. Die mittelständische österreichische Industrie bedarf einer soliden Finanzierungsstruktur: „Mittelstandsfonds“; (Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften) sollen sich nach dem Prinzip der Risikostreuung erfolgsabhängig an solchen Unternehmen beteiligen.

Verbesserung des Minderheitenschutzes, um die Börse für das Publikum attraktiver zu machen: Der Schutz einer kleinen Minderheit gegenüber der dominierenden Mehrheit ist der ÖVP auch im wirtschaftlichen Umfeld ein Anliegen. Wengleich wir unverändert von einer Parallelität von Risikotragung und Kapitalbereitstellung ausgehen, muß dennoch dem Minderheitsaktionär ein ausreichendes Maß an effektiver Informa-

## ÖVP

tion und Mitsprachemöglichkeit eingeräumt werden.

Neustrukturierung der Marktaufsicht: Die mangelnde Attraktivität des Finanzmarktes Österreich geht zum Teil auf eine veraltete und nicht mehr angemessene Marktaufsicht zurück. Die ÖVP fordert daher eine moderne, vollcomputerisierte Handelsüberwachung, um Verstöße gegen Handelsvorschriften jeder Art rasch und unmittelbar der Marktaufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen.

Fortsetzung des Privatisierungskurses:

Die Österreichische Volkspartei tritt für eine zügige Privatisierung jener Bereiche ein, die Private besser und leistungsfähiger als der Staat wahrnehmen können. Privatisierung zwingt zu mehr Leistung und Kosteneinsparung. Sie führt zu Innovation und stärkerer Kundenorientierung. Und sie führt auf breiter Front zur Entlastung des Staates.

Sichere Arbeitsplätze setzen voraus, daß Unternehmen auf Dauer Gewinne erzielen. Für öffentliche Unternehmungen besteht aber oftmals kein Zwang zur wirtschaftlichen Gebarung. Versteuerte Strukturen, unterdurchschnittliche Produktivität und überdurchschnittliche Kosten sind nicht selten die Folge.

Stehen öffentliche Unternehmungen mit Privaten im Wettbewerb, so können sie vielfach Wettbewerbsvorteile nutzen, die Privatunternehmen nicht offen stehen. Bestes Beispiel dafür sind günstigere Finanzierungsmöglichkeiten und Ungleichbehandlung im steuerlichen Bereich.

Privatisierung ist für die Volkspartei weder Ideologie noch Selbstzweck. Sie ermöglicht es der öffentlichen Hand vielmehr, sich auf zeitgemäße Bereiche zu konzentrieren. Zumindest 50 Prozent der Privatisierungserlöse sind zur Dotation in Forschungs- und Technologiefonds einzubringen.

Umsetzung der Privatisierung der verstaatlichten Industrie entsprechend dem jüngst fixierten Zeitplan laut ÖIAG-Gesetz.

Die Verkaufsermächtigung zur weiteren Privatisierung der Creditanstalt ist vom Finanzminister zügig umzusetzen.

Die Bank Austria ist mehrheitlich zu privatisieren.

Der kommerzielle Teil der Postsparkasse ist in eine AG unzuwandeln und zu privatisieren.

Die Post- und Telegraphenverwaltung ist organisatorisch in die Bereiche Telekommunikation, „gelbe“ Post und Busdienst zu gliedern. Der Tele-

kommunikationsbereich ist für eine Privatisierung vorzubereiten.

Die ÖBB haben das nicht betriebsnotwendige Vermögen, im speziellen nicht benötigte Liegenschaften zu verkaufen.

Die Verbundgesellschaft, die Landes-EVUs und die Stadtwerke sind auf die mehrheitliche Privatisierung vorzubereiten.

Die seit Jahren vom Finanzminister angekündigte Privatisierung der Vorarlberger III-Werke ist nach wie vor offen. Sie ist daher rasch umzusetzen.

Die Bundesforste sind auszugliedern. Gemeinwirtschaftliche Leistungen der Bundesforste sind wirtschaftlich abzugelten.

Weitere Privatisierungskandidaten sind u.a. der Österreichische Bundesverlag, die Salinen AG, die Austria Tabakwerke sowie die Österreichische Staatsdruckerei und das Dorotheum.

Moderne Infrastruktur:

Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist das Grundelement des öffentlichen und privaten Lebens und eine wesentliche Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft. Die Österreichische Volkspartei tritt dafür ein, die ökonomische und ökologische Verbesserung aller Verkehrsabläufe voranzutreiben, um damit den Wirtschaftsstandort Österreich und damit unseren Wohlstand abzusichern und unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten.

Die ÖVP spricht sich daher dafür aus, daß

die freie Wahl des Verkehrsmittels unter Berücksichtigung ökologischer Rahmenbedingungen und regionaler Betroffenheiten weiterhin gesichert bleibt,

es durch Attraktivitätssteigerungen, insbesondere in Ballungsräumen, zu einer Verlagerung zum öffentlichen Personenverkehr und, insbesondere im Transit, zu einer stärkeren Nutzung des Schienenverkehrs kommt,

die Transparenz der Verkehrskosten der einzelnen Verkehrsträger erhöht wird und so eine verursachergerechte Zuordnung der volkswirtschaftlichen Kosten zu den einzelnen Verkehrsträgern ermöglicht wird,

die Erstellung eines in die europaweite Planung eingebundenen langfristigen Verkehrskonzeptes mit konkreten Finanzierungsplänen rasch abgeschlossen wird,

die Österreichischen Bundesbahnen nach ihrer erfolgten Ausgliederung forciert zu einem lei-

**ÖVP**

stungsfähigen, flexiblen und raschen Massenbeförderungsmittel ausgebaut werden,

die Bahninfrastruktur zu unseren nördlichen und östlichen Nachbarstaaten ausgebaut wird, da gerade in Ostösterreich mit Zunahmen im Güter- und Personenverkehr zu rechnen ist, deren Nutzung für die österreichische Wirtschaft neue Chancen eröffnet,

die Lücken im überregionalen Straßennetz durch Fertigstellung der noch ausstehenden Autobahn-, Schnellstraßen- und Bundesstraßenprojekte geschlossen werden.

**Telekommunikation:**

Mit der zunehmenden Technologie- und Dienstleistungsorientierung unserer Wirtschaft wird der Transport von Nachrichten immer wichtiger. Die weltweite ökonomische Entwicklung zeigt, daß Wissen und Information als Produktionsfaktor und damit zusammenhängend die Telekommunikation als Vermittlungsinstrument weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Die europäischen Wirtschaftsforscher gehen davon aus, daß im Jahr 2000 der Anteil des Fernmeldewesens am Bruttosozialprodukt der Volkswirtschaften von derzeit knapp über 2 Prozent auf 7 Prozent ansteigen wird. Gleichzeitig werden Konzentrationstendenzen im Telekommunikationssektor stattfinden. Die Telekommunikationswirtschaft ist also ein Sektor von grundsätzlicher wirtschaftlicher Bedeutung für die positive Weiterentwicklung der österreichischen Volkswirtschaft. Der Markt selbst wird von außerordentlicher wirtschaftlicher Dynamik geprägt sein. Konkret fordert die ÖVP eine umfassende Reform der Post- und ein modernes Poststrukturgesetz.

Die Jahre des Umbruchs, wie wir sie gegenwärtig erleben, sind immer auch Anlaß zur Bestimmung des eigenen Standortes, Gelegenheit zu einer nüchternen Bestandsaufnahme sowie Chance, den Blick auf neue Herausforderungen zu richten und die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Das gilt auch und vor allem für die Zukunft des Industriestandortes Österreich.

Die Antworten der ÖVP lauten dazu – wie schon ausführlich dargestellt –:

1. Rückkehr zu Budgetkonsolidierung
2. Fortsetzung der steuerlichen Entlastungspolitik
3. Umsetzung einer umfassenden Qualifikationsoffensive
4. zeitgemäße Flexibilisierung der Arbeitszeit
5. Innovationsstärkung durch Verdoppelung der Forschungsmittel
6. stärkere Teilnahme unserer Wirtschaft am europäischen Wettbewerb
7. Bündelung und Neuausrichtung der öffentlichen Fördermittel
8. Forcierung einer modernen Infrastrukturpolitik
9. Verbesserung des Umfeldes zur Gründung neuer Unternehmen
10. Weiterführung des erfolgreichen Privatisierungskurses.

\*\*\*\*\*



## FPÖ: „Perspektiven für eine erfolgreiche Industriepolitik in Österreich“

In der österreichischen Industriepolitik ist es „höchste Eisenbahn“, an eine weitreichende Neuorientierung zu denken. Am Vorabend der Europäischen Integration wird eine weitere Anpassung an die gesamteuropäischen Wettbewerbsregeln unumgänglich sein. Auch muß Österreich rasch die richtigen industriepolitischen Antworten auf die Herausforderungen durch die neuen Marktwirtschaften der Länder des ehemaligen Ostblocks finden.

Diese auch als „Ostöffnung“ bekannte Entwicklung hat für Österreichs Industrie grundsätzliche Veränderungen mit sich gebracht. Österreich steht somit einem neuen Markt mit zum Teil sagenhaft billigen Produkten vor allem der Grundstoff- und Textilindustrie gegenüber. Das Kostenverhältnis kann mit etwa 1 : 10 beziffert werden — eine völlig neue Situation, die auch völlig neue Antworten erfordert.

Diese Entwicklung hat auch zur Folge, daß aus wirtschaftlichen Gründen der Standort Österreich für viele Erzeugnisse nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Die logische Folge dieser Entwicklung sind massive Verluste an Arbeitsplätzen und somit auch negative volkswirtschaftliche Auswirkungen.

Diese Entwicklung beinhaltet aber gleichzeitig auch eine große Chance und damit auch eine große Herausforderung für innovative österreichische Industrieunternehmen. Der Wegfall bisher in Österreich angesiedelter „verlängerter Werkbänke“ und die Schaffung von wertschöpfungs- und arbeitsplatzintensiven Unternehmen ist für Österreichs Industrie eine Aufgabe, die langfristig dazu führen kann, daß wieder sichere Arbeitsplätze, saubere Produkte und gefragte Technologien in Österreich geschaffen werden. In diesem an Chancen, aber auch Risiken reichen Umfeld geht es nun zuerst um eine weitreichende Neugestaltung der Rahmenbedingungen, von denen die Industriepolitik im engeren Sinne nur einen Ausschnitt darstellt.

Wichtig ist die Umsetzung eines „Maßnahmenbündels“, welches beispielsweise eine neuorientierte und nachfragegerechte Bildungspolitik, eine flexiblere und aktive Arbeitsmarktpolitik, einen attraktiven Kapitalmarkt, eine ökologisch orientierte und das Humankapital schonende Steuerpolitik sowie die Schaffung neuer Infrastrukturen im Bereich Verkehr und Telekommunikation beinhalten muß.

Dies wird notwendig sein, um in einer „zweiten industriellen Revolution“ dem 21. Jahrhundert

mit seinen neuen Herausforderungen auch ins Gesicht schauen zu können. Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie muß wieder der Motor der österreichischen Volkswirtschaft werden.

Historisch gesehen wird die österreichische Industrie aber nach wie vor vom Nachlaß zweier ehemaliger Großmächte geprägt. Der immer noch hohe Anteil der Textil- und Bekleidungsindustrie ist letztlich ein Relikt aus den längst vergangenen Tagen der Monarchie.

Der hohe Anteil der vor allem im Verstaatlichten-Bereich angesiedelten grundstofflastigen Stahl- und Chemiebranchen ist das schwere und kostenintensive Erbe des ehemaligen Deutschen Reiches. Die anfallenden Milliarden an Stützungszahlungen aus dem Budget für diesen Industriebereich sind bereits Legende.

Andererseits gibt es eine gute Positionierung im internationalen Wettbewerb der überwiegend klein- und mittelständisch strukturierten österreichischen Industrie. Insbesondere dort, wo in Marktnischen etwa die Metall-, Maschinen-, Bau- und Baustoffindustrie auch international reüssieren kann.

Die größte Herausforderung, die sich für die Industriepolitik des auslaufenden zweiten Jahrtausends ergibt, ist die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für das aus der Ostöffnung und der weltweiten Rezession resultierenden Arbeitslosenheer.

Industrie und Politik — über Partei- und ideologische Grenzen hinaus — haben alles zu unternehmen, um neue Produkte und Dienstleistungen nach Österreich zu bringen, die hier wettbewerbsfähig produziert werden können.

Wir alle müssen uns — im Sinne einer weiteren Entwicklung des Wohlstandes, aber auch im Hinblick auf die Erhaltung des sozialen Friedens — dieser Herausforderung stellen und sie schlußendlich auch meistern.

Um dieser Herausforderung gerecht werden, um den Industriestandort Österreich auch in Zukunft erhalten und ausbauen zu können, sind aus freiheitlicher Sicht ein gutes Dutzend an Maßnahmen zu erfüllen:

nachfrageorientierte Bildung (Höherqualifikation von Arbeitnehmern):

Es macht wenig Sinn, wenn Österreichs Universitäten in Unmengen Soziologen, Politologen,

**FPÖ**

Psychologen und so weiter heranbilden, ohne daß diese Studienrichtungen vom Markt nachgefragt werden. Gleichzeitig aber gibt es einen eklatanten Mangel an Informatikern, WU-Absolventen, Werkstofftechnikern, Facharbeitern — und wie etwa im Bundesland Salzburg — an Lehrlingen.

**Reform der Berufsschulen:**

Hier nur schlagwortartig einige unbedingt notwendige Veränderungen:

bessere Ausbildung in den Betrieben, Anreize für Unternehmer zur Ausbildung von Facharbeitern,

Errichtung von Fachhochschulen mit laufender externer Kontrolle (auch durch ausländische Experten),

verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen,

ständige Kontrolle und Anpassung des gesamten Schulsystems von der Volksschule bis zur Hochschule an die sich rasch ändernden Anforderungen.

Anhebung der Aufwendungen für Forschung & Entwicklung:

In Österreich scheint nach wie vor die Meinung präsent zu sein, daß eigene Forschung und eigene Entwicklung nur in geringem Umfang notwendig ist. Der im Ausland produzierte technische Fortschritt könne durch zugekaufte Anlagen weit billiger erworben werden — so lautet die Ansicht vieler, vor allem im mittelständischen Bereich. Diese Einstellung gehört grundlegend geändert, da sie auch grundlegend falsch ist. Nur eine rasche und umfassende Nutzung des Fortschritts ermöglicht den Fortbestand und die Weiterentwicklung einer wettbewerbsfähigen österreichischen Industrie.

Es ist zunächst die Aufgabe der Unternehmungen, für Forschung und Entwicklung zu sorgen. Es ist aber genauso die öffentliche Hand gefordert — dies, ohne gleich den Ruf nach mehr Staat laut werden zu lassen. Die Erfolge innovativer Forschung und Entwicklung bringen letztlich der öffentlichen Hand beträchtliche Mehreinnahmen durch steigende Steuerleistung. Die Forschungs- und Entwicklungspolitik muß somit ein vordringliches Anliegen all jener sein, denen eine zukunftsorientierte österreichische Industrie ein Anliegen ist. In diesem Zusammenhang muß es auch zu einer Verbesserung sowohl der direkten als auch der indirekten Forschungsförderung kommen.

Es sollte alle wachrütteln, daß Österreich mit einem prognostizierten Anteil an Forschungsausgaben von 1,65 Prozent am BIP 1994 noch immer

erheblich unter dem internationalen Durchschnitt von etwa 2,5 Prozent und damit im letzten Drittel der OECD-Staaten liegt.

**Festlegung von Forschungsschwerpunkten:**

Eine Beteiligung an internationalen Forschungsprogrammen ist genauso anzustreben wie eine Anhebung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowohl des unternehmerischen als auch des öffentlichen Anteils.

**Flexibilisierung des Arbeitszeitrechtes:**

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit entspricht nicht nur den Notwendigkeiten einer Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie, sondern auch dem Interesse vieler Arbeitnehmer. Die Wirtschaft braucht dringend eine Entlastung bei den Arbeitskosten. Dies darf jedoch keinesfalls durch eine Amputation von sozialen Errungenschaften geschehen. Eine höhere Leistungsbereitschaft, mehr geistige und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer können sicher nicht durch Abbau von sozialer Sicherheit erreicht werden.

**besserer Kapitalmarkt:**

Durch einen effizienteren Kapitalmarkt soll in den Unternehmungen die Eigenmittelzufuhr von außen verstärkt werden. Es müßte gelingen, von den rund 1,6 Billionen Geldwertvermögen, die bei den Kreditinstituten und Versicherungen herumdümpeln, zumindest 10 Prozent in direkte Beteiligungen oder Beteiligungsfonds zu bringen.

**Verbesserung der Infrastruktur:**

Die Telekommunikationsnetze und -dienste gehören zügigst erweitert und modernisiert. Ebenso ist ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, vor allem im Bereich der öffentlichen Güterbeförderung, die Grundlage einer erfolgreichen Industrie. Zu einer wettbewerbsfördernden Infrastruktur gehören aber auch Investitionen in die Ausbildung, in die Forschung und Entwicklung und Investitionen in das Sozial- und Gesundheitswesen.

**Neuausrichtung der Investitionsförderung:**

Im Hinblick auf die gesamteuropäischen Wettbewerbsregeln wird es zu einem Abbau der allgemeinen Investitionsförderungen kommen müssen. Dem aber stehen andere Förderungsbereiche mit steigender Bedeutung gegenüber, wie beispielsweise die Forschung und Entwicklung, die Mittelstandsförderungen, die Bereiche Umwelt und Energie, die arbeitsmarktpolitischen Förderungen oder die Regionalhilfen.

Eine institutionelle Bereinigung der Förderungslandschaft ist unumgänglich. Klare Förderungsrichtlinien, Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen, verstärkte Innovationsförderungen

**FPÖ**

gen, Verlagerungen von den Betriebsförderungen hin zur Standortförderung sind weitere Forderungen an eine Neuausrichtung der Investitionsförderung.

**Steuer- und Abgabepolitik:**

Eine ökologische Steuerreform mit dem Aspekt der verstärkten Besteuerung der Primärenergie muß in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden. Als Gegengewicht hat es sofort zu einer Entsteuerung des Humankapitals zu kommen. Die in der 2. Etappe der Steuerreform 1993 eingeführte arbeitsplatzvernichtende Kommunalabgabe ist ersatzlos abzuschaffen. Bei allen steuer- und abgabenrechtlichen Änderungen ist eine Wettbewerbsverzerrung hintanzuhalten.

Die Lohnnebenkosten sind umfassend und nachhaltig zu senken, ohne daß es dabei zu einer Amputation der sozialen Sicherheit kommt.

Auf die Industrie darf dabei nicht vergessen werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die heimische Industrie auch den Herausforderungen des dritten Jahrtausends gewachsen ist und wir in der heimischen Industrie wieder sichere Arbeitsplätze vorfinden und mit umweltfreundlichen, modernen Technologien Produkte erzeugt werden können, die auf dem Weltmarkt gefragt sind.

\*\*\*\*\*

## Grüne: „Anforderungen an eine aktive Industriepolitik“

### 1. Ausgangslage

Die industriepolitische Debatte der letzten Jahre war geprägt von ideologischen Scheingefechten zwischen den Proponenten der verstaatlichten Industrie und den Vertretern der Privatindustrie beziehungsweise der Klein- und Mittelbetriebe. Parteipolitische Auseinandersetzungen rund um Subventionsvergaben und der Terminisierung von Privatisierungsaktivitäten verdrängen noch heute die notwendige Debatte einer gesamtösterreichischen Industriepolitik, die staatliche Unternehmen ebenso umfassen muß wie Privatunternehmen. Nur durch diese Gesamtschau kann eine strategische Standortbestimmung erfolgen, die Österreichs Industrieposition im internationalen Wettbewerb aktiv mitbestimmen kann.

Diese Standortbestimmung erscheint auch deswegen notwendig, als Österreich im Spannungsfeld zwischen Europäischer Integration und der Konkurrenz aus den mittel- und osteuropäischen Ländern einem beschleunigten Strukturwandel ausgesetzt ist, dessen wirtschaftspolitische Gestaltung in Richtung einer ökologischen und sozialen Entwicklung bislang vermißt wird.

Aufgrund der Inexistenz einer österreichischen Industriepolitik ist es nicht weiter verwunderlich, daß Industriepolitik bei den Verhandlungen mit der EU keine Rolle gespielt hat, obwohl diese erstmals in den Maastrichter Verträgen als Kompetenzbestand der EU verankert wurde. Dieser Verankerung ging eine heftige EU-interne Debatte voraus. Zwei Grundpositionen waren dominierend: Deutschland, Großbritannien und die Niederlande sehen die Aufgabe von Industriepolitik in erster Linie darin, das wirtschaftspolitische Umfeld für die Industrie zu verbessern. Frankreich und Italien, unterstützt von den Kohäsionsländern, sind hingegen Befürworter einer interventionistischen und sektoralen Industriepolitik und wollen exponierte EU-Sektoren besonders gefördert wissen.

Im EU-Vertrag sind die institutionellen Voraussetzungen geschaffen worden, interventionistische Maßnahmen zu treffen (Artikel 130); und in Verbindung mit Artikel 115 und 130b sind spezifische industriepolitische Aktionen zugunsten einzelner Regionen möglich. Die Industriepolitik hat somit grundsätzlich eine Aufwertung erfahren. Der Kompromiß ist allerdings so weich formuliert, sodaß politische Kräfteverhältnisse sowie realwirtschaftliche Notwendigkeiten über dessen Auslegung bestimmen werden. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang immer wieder der mangelnde Dialog zwischen den Sozialpartnern, der

eine sinnvoll akkordierte Industriepolitik begleiten müßte.

Auch in diesem Zusammenhang hat die österreichische Bundesregierung eine Positionierung vermissen lassen.

Insofern ist die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zum Thema „Die Zukunft des Industriestandortes Österreich“ als ein positiver Beginn einer industriepolitischen Debatte zu sehen. Der Erfolg wird erst dann zu beurteilen sein, wenn konkrete Schritte in Richtung der Erstellung eines Industriekonzeptes in die Wege geleitet werden.

### 2. zur Definition

„Unter Industriepolitik wird im weiteren staatliche Beeinflussung des industriellen Strukturwandels in Richtung höherwertiger Produktion/Dienstleistung verstanden. Ziel der Industriepolitik ist die Erreichung und Erhaltung einer dynamischen Wettbewerbsfähigkeit, das heißt der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei hohen und steigenden Faktoreinkommen sowie hohen und steigenden sozialen und ökologischen Standards.“ (Kurt Bayer, Grundlagen einer Neuen österreichischen Industriepolitik, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Jg. 16, Nr. 4, S. 442-448, hier S. 442, 1993)

„Ziel der Industriepolitik ist es, den dynamischen Wandel der Industrie in Richtung Höherverarbeitung, Internationalität, hohem Beschäftigungsniveau und hoher Qualifikation aktiv zu unterstützen. Die Erreichung einer dynamischen Wettbewerbsfähigkeit bedeutet die Erzielung langfristig anhaltender hoher und steigender realer Einkommen und eines hohen und steigenden sozialen und ökologischen Standards“ (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Industriepolitik III, S. 8, Wien 1991).

Dieser Definition von Industriepolitik, die sich gleichzeitig als Absage an vor allem von konservativer Seite immer wieder favorisierten „Kostensenkungsprogrammen“ versteht, kann sich die grüne Fraktion anschließen. Die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie darf nicht zu Lasten der sozialen Absicherung und nicht zu Lasten der Umwelt gehen. Hier ist die Politik gefordert. Es geht um die Gestaltung des Strukturwandels, den man nicht dem Spiel der freien Marktkräfte überlassen darf.

### 3. Wettbewerbsfähigkeit

## Grüne

Für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft kann eine radikale Umorientierung nach Meinung der grünen Fraktion nur von Vorteil sein. Das hohe Entwicklungsniveau unseres Landes und die zunehmende Einbindung Österreichs in die Weltwirtschaft erfordern wirtschafts- und industriepolitische Strategien einer neuen Qualität, die langfristig auch international positive Impulse setzen können. Fragen der Technologiebeherrschung, aber auch der Gesellschafts- und Umweltverträglichkeit der Technologie- und Industrientwicklung werden für eine österreichische Forschungspolitik an Bedeutung gewinnen müssen. Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft kann nicht im Öko-Raubbau und in den Billiglohnbranchen liegen.

4. zum Begriff des ökologischen Strukturwandels (siehe dazu: Martin Jänicke, Harald Mönch, Manfred Binder, Umweltentlastung durch industriellen Strukturwandel?, Eine explorative Studie über 32 Industrieländer [1970 bis 1990], Berlin 1992 Michael von Hauff, Umrisse einer ökologisch orientierten Industriepolitik, in: Michael von Hauff, Uwe Schmid [Hg.], Ökonomie und Ökologie, S. 81 — 98, Stuttgart 1992)

Voraussetzung ist, den Zusammenhang zwischen Strukturwandel und Umwelt zu analysieren. Daraus leitet sich unter Berücksichtigung der ökologischen Zielvorgaben der industriepolitische Handlungsbedarf ab. Zu unterscheiden ist zwischen reaktiven Strategien der Reparatur, Kompensation, Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden und präventiven Strategien technischer Innovationen zur Schaffung ökologisch verbesserter Produktionsprozesse beziehungsweise Strategien industriepolitischen Umweltschutzes durch die Kompensation umweltgefährdender durch umweltfreundliche Produktion. Während für schrumpfende und stagnierende, das heißt traditionelle Branchen primär reaktive Strategien relevant sind, sollten für expandierende Produktionszweige die präventiven Strategien verstärkt angewandt werden.

Da Umweltqualität zunehmend zum Standortfaktor geworden ist, müssen ökologisch nachteilige Wachstumseffekte langfristig durch ökologisch positive Struktureffekte ausgeglichen werden. Umweltschutz als regionale Strukturpolitik bezieht sich beispielsweise auf die ökologische Sanierung von Regionen und Standorten, auf selektive Schrumpfungsprozesse oder Produktionsauslagerungen aus ökologisch überlasteten Ballungsgebieten, die durch die Nutzung vorhandener Entwicklungspotentiale, einschließlich ökologisch vorteilhafter lokaler Ressourcen, kompensiert werden.

Umweltschutz als sektorale Strukturpolitik kann den Strukturwandel im Sinne einer Veränderung des Stellenwertes einzelner Produktionen

beziehungsweise Branchen anstreben. Ziel wäre hier eine relative Einschränkung für strukturell besonders umweltbelastende Produktionen und deren Kompensation durch ökologisch angepaßtere Zweige.

Ökologische Strukturpolitik sollte aber auch auf den technischen Wandel innerhalb der Branchen und Unternehmen abzielen. Dabei wird es vor allem um technische Innovationen im Sinne einer ökologischen Modernisierung gehen. Ökologische Modernisierung als Programm folgt der Erkenntnis, daß der technische Fortschritt angesichts des Problems langfristiger Umweltzerstörung beschleunigt werden muß, mit dem Ziel der Umrüstung auf ökologisch angepaßte Produktionen und Produkte. Demnach betrifft technischer Wandel sowohl Prozeßinnovationen als auch Produktinnovationen.

5. konkrete Forderungen an eine aktive und offensive Industriepolitik

Eine offensive und strategische Industriepolitik muß sich, entsprechend ihrer regionalpolitischen Verantwortung, schwerpunktmäßig an einer Qualifizierung der Standorte, wobei es nicht nur um die Bereitstellung der Infrastruktur (Verkehr und Telekommunikation), sondern vor allem um die Qualifizierung der Arbeitskräfte geht, orientieren. Zielsetzung einer grünen Industriepolitik ist die Forcierung des ökologischen Strukturwandels.

### 5.1. Öko-Steuern

Die rasche Einführung einer Energiesteuer würde die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie sicherlich stärken. Nach dem grünen Vorschlag werden

die Mineralölsteuer auf alle Treibstoffe um 2 S erhöht (in Summe 13,3 Milliarden Schilling) und

Steuern auf sogenannte Nicht-Treibstoffe wie Gas, Kohle, Öl (5 g/kWh) und Strom (12 g/kWh) eingeführt (Gesamtaufkommen rund 11 Milliarden Schilling).

Ab 1996 erfolgt eine jährliche Erhöhung des Steueraufkommens um real 3 Prozent. Diese jährliche Erhöhung betrifft sowohl die Treib- wie auch die Nichttreibstoffe.

Die 13 Milliarden Schilling aus der Treibstoffbesteuerung werden zur Gänze — zweckgebunden — für energiesparende beziehungsweise verkehrsvermeidende Investitionen und Maßnahmen eingesetzt. Das Steueraufkommen aus der Besteuerung der Nicht-Treibstoffe beträgt rund 11 Milliarden Schilling. Aus wettbewerbs- und beschäftigungspolitischen Gründen ist geplant, die Schwerindustrie und jene durch die Einführung einer Energiesteuer besonders betroffenen

## Grüne

Industriezweige zeitlich befristet (für ungefähr fünf Jahre) von dieser Regelung auszunehmen. Diese Betriebe sind jedoch aufgerufen, diese Ausnahmefrist dahin gehend zu nützen, unverzüglich Umstrukturierungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Das Aufkommen aus der Besteuerung der Nicht-Treibstoffe verringert sich aus diesem Grund um etwa 1,5 Milliarden Schilling und resultiert somit in einem Gesamtaufkommen von rund 9,5 Milliarden Schilling. Diese 9,5 Milliarden Schilling werden zur Gänze zur Abgleichung des Wohnbauförderungsbeitrages (rund 9 Milliarden Schilling), der derzeit je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entrichtet wird, verwendet. Dadurch kann ein erster Schritt in Richtung Ökologisierung des Steuersystems gesetzt werden, der der Forderung der Grünen nach verstärkter Besteuerung von Energie und Rohstoffen bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit gerecht wird.

Das Steueraufkommen, aus der ab 1996 durchgeführten jährlichen 3prozentigen realen Steuererhöhung auf Treib- und Nicht-Treibstoffe, wird ebenfalls zur Gänze aufkommensneutral verwendet. Nach Abschaffung des Wohnbauförderungsbeitrages soll in einem zweiten Schritt die Kommunalabgabe (Lohnsummensteuer) reduziert beziehungsweise ersetzt werden.

### 5.2. aktive Arbeitsmarktpolitik und Bildungsoffensive

Derzeit werden drei Viertel der finanziellen Mittel für passive Arbeitslosenfinanzierung und nur ein Viertel für aktive Arbeitsmarktpolitik verwendet. Dieses Mißverhältnis beweist, daß sich der Staat zunehmend in die Rolle eines „Verwalters“ von Arbeitslosigkeit zurückzieht. Neben den negativen persönlichen und psychologischen Effekten, die eine solche Politik für die Betroffenen nach sich zieht, entgehen dem Staat auch Kaufkraft und Steuereinnahmen. Es rechnet sich, in die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu investieren.

Die Aufwertung des Arbeitsmarktservice in Richtung eines modernen Dienstleistungsbetriebes verlangt eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung; Ausgliederung als Absicherung sozialpartnerschaftlicher Einflüßbereiche genügt nicht. Umschulungen und Qualifikationsoffensiven, Bildungsprogramme und Individualförderung unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Betroffenheit könnten ein erster Schritt in eine mutige und etwas phantasievollere Richtung der Arbeitslosenbekämpfung sein. Die Qualifizierung der Arbeitskräfte ist eine notwendige Investition in die künftige Sicherung des Industriestandortes Österreich.

Neue Umschulungsmaßnahmen müssen die volkswirtschaftlich sinnlose Vergeudung von

Humankapital ablösen, die vielfach durch sehr großzügige Frühpensionierungen betrieben wird (Kurt Bayer, a. a. O., S. 447).

Staatliche Bildungs- und Infrastrukturkonzepte müssen auf die Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft Bedacht nehmen und durchlässig sein, auch für jene, die bereits in Beschäftigung stehen, offen bleiben. Lebenslange Berufe gibt es nicht mehr, und nur ein andauernder Lern- und Weiterbildungsprozeß sichert individuellen Erfolg und eine „öko-optimale“ Wirtschaft.

### 5.3. Förderungsreform

Dem Gießkannenprinzip des österreichischen Förderungswesens muß ein Ende bereitet werden. Stattdessen sollte ein Bundesförderungsrahmengesetz nach folgenden Kriterien verankert werden: verpflichtende Vorlage von Öko- und Sozialbilanzen, Festlegung von Erfolgskriterien, Pflicht zur Rückzahlung bei Nicht-Einhaltung, Vorlage entsprechender Besicherungen, Informationspflicht gegenüber dem Nationalrat. Vor jedem Förderungsvorhaben ist vom Förderungswerber eine Ökobilanz einzufordern, also ein Abfallwirtschaftskonzept, ein Energieoptimierungskonzept und ein logistisches Konzept für innerbetriebliche Transporte und für die Anbindung der Unternehmen an das öffentliche Verkehrsnetz.

Die institutionelle Bereinigung der österreichischen Förderungslandschaft ist vordringlich zu behandeln. Gleichzeitig sollte eine verpflichtende Evaluierung aller Subventionen durchgeführt werden. Eine Verlagerung von der reinen Investitionsförderung zur Innovationsförderung und von der Betriebs- zur Standortförderung kann einen positiven Beitrag zum Strukturwandel leisten (siehe dazu: Karl Aiginger, Eine zukunftsorientierte Industriepolitik vor dem Hintergrund der Verstaatlichtenkrise, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992, S. 487 — 503, hier S. 495/496, Wien/München 1993).

### 5.4. Branchenkonzepte und Regionalentwicklungspläne

Für jene Unternehmen und Regionen, die aufgrund von neuer Konkurrenz beziehungsweise Standortnachteilen besonders krisenanfällig sind, sollten in einer konzertierten Aktion Branchenkonzepte beziehungsweise Regionalentwicklungspläne erarbeitet werden. Branchenkonzepte sind vor allem für die Grundstoffindustrie notwendig, die künftige Kapazitäten ebenso klären sollen wie langfristige Anpassungspläne.

„Die stark konjunkturabhängige Grundstoffindustrie, die sehr hohen Kapitalbedarf hat, muß aus dem Zyklus der oftmals öffentlich gefördernten Expansion im Konjunkturaufschwung und der mit öffentlichen Mitteln verhinderten

## Grüne

Schrumpfung im Abschwung herausgenommen und an einem langfristigen Konzept ausgerichtet werden“ (Kurt Bayer, a. a. O., S. 448).

Regionalentwicklungspläne werden bei einem EU-Beitritt für jene Regionen notwendig, die EU-Strukturmittel lukrieren wollen. Deren Konzeption erscheint auch dann ohne EU-Beitritt sinnvoll, wenn sie sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert und langfristigen Perspektiven den Vorrang vor kurzfristiger Krisenintervention gibt. Zentraler Ausgangspunkt einer solchen Strategie muß die Aktivierung vorhandener regionaler Entwicklungspotentiale sein. Um die Akzeptanz und das Know-How der betroffenen Bevölkerung zu erhöhen beziehungsweise zu nutzen, ist bei der Erstellung derartiger Konzepte die Partizipation der regionalen Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.

### 5.5. Forschung und Entwicklung

Österreich gibt derzeit nur rund 1,5 Prozent seines BIP für Forschung und Entwicklung aus, ein im OECD-Vergleich äußerst geringer Anteil, der bei jeder Gelegenheit beklagt wird. Dennoch wurden bislang nur unzureichend Maßnahmen gesetzt, diesen Anteil zu erhöhen. Gleichzeitig erhofft man sich von der Teilnahme an Europäischen Forschungsprogrammen einen positiven Impuls. Aus bisheriger Sicht konnte Österreich allerdings nur einen sehr geringen Teil seiner an die EU-Forschungstöpfe zu leistenden Zahlungen als „retour juste“ lukrieren.

Die Befürchtung, daß die Zahlungen an die EU-Töpfe die eigenständige österreichische Forschung weiter reduzieren, ist nicht unbegründet. Neben der Erhöhung des Forschungsbudgets müssen gleichzeitig Zielvorgaben verankert werden, die sich aus Sicht der Grünen vor allem auf die „Vorsorgeforschung“, also auf gesellschaftlich wichtige Bereiche wie Gesundheit, Verkehr und Umwelt konzentrieren sollen (Kurt Bayer, a. a. O., S. 448). Daneben sollte die Kooperation der Forschungseinrichtungen verstärkt und deren Wissen in eigenen Technologie- und Beratungszentren der Unternehmen vor allem im mittelständischen Bereich zur Verfügung gestellt werden.

### 5.6. Verfügungsrechte

Die Grünen schließen sich der Forderung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen an, der eine „verfügungsrechtsorientierte Industriepolitik“ empfiehlt, welche die Sicherung und Entwicklung starker Unternehmen mit strategischem Zentrum in Österreich durch Wahrung des strategischen Einflusses in Österreich situerter „strategischer Eigentümer“ anstrebt.

„Es liegt sowohl im gesamtwirtschaftlichen Interesse Österreichs wie auch im langfristigen Interesse der österreichischen Unternehmen selbst, die Verfügungsrechte über wichtige österreichische Unternehmen in Österreich zu halten. Nur dadurch können die wertschöpfungsintensiven strategischen Funktionen auch auf lange Sicht in Österreich gehalten und alle möglichen Synergie- und Multiplikatoreffekte genutzt werden“ (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, a. a. O., S. 40).

Das im Dezember beschlossene Privatisierungsgesetz der ÖIAG nimmt zwar mehrmals Bezug auf die „Wahrung und Sicherung österreichischer Interessen“, läßt aber ein Konzept zu deren Durchsetzung vermissen.

Auch der Wirtschaftswissenschaftler Professor Aiginger ortet ein „geringes Interesse an österreichischen Lösungen (Papier, Schi et cetera) und das Fehlen eines Bewußtseins für strategische Industriepolitik im Sinne des Managements von Verfügungsrechten“ (Karl Aiginger, a. a. O., S. 493).

### 5.7. Kompetenzen

Die Forderung nach einer Bündelung der industriepolitischen Instrumente in Österreich ist nicht neu — bis heute allerdings hat sich an der unkoordinierten Vielfalt der industriepolitischen Instrumente und der ihnen entsprechenden ministeriellen Zuständigkeiten nichts geändert (dazu: Wilfried Stadler, Die Stunde der Industriepolitik, in Wirtschaftspolitische Blätter, Jg. 41, Nr. 1, S. 4-15).

Parteipolitische Interessen verhindern eine sinnvolle Zusammenführung beziehungsweise Koordination der Kompetenzen sowohl im Bereich des Förderungswesens als auch bei industriepolitischen Maßnahmen im allgemeinen.

Die grüne Fraktion fordert vor allem aber auch industriepolitische Kompetenzen für das Parlament:

Die besten industriepolitischen Vorschläge nützen nichts, wenn sie nicht in die politischen Entscheidungen einfließen. Deshalb fordert die grüne Fraktion die Umwandlung des ohnehin nicht wirklich existierenden Verstaatlichtenausschusses in einen Industrieausschuß (bereits am 13. 1. 1993 brachte die Klubobfrau Mag. Dr. Madeleine Petrovic einen diesbezüglichen Vorschlag in der Präsidialsitzung ein), der unter Beiziehung von Industrie- und Regionalexperthen einem Industriekonzept zum Durchbruch verhelfen soll. In diesem Ausschuß könnte die Zusammenführung aller relevanten Vorlagen und Berichte stattfinden, die eine industriepolitische Gesamtschau ermöglichen würde.

**Grüne**

Gleichzeitig könnte so ein Diskussionsforum entstehen, welches sich mit Fragen der strategischen Standortqualifizierung ebenso wie mit Fragen der Verfügungsrechte befassen sollte.

\*\*\*\*\*



## Liberales Forum: „Die Zukunft des Industriestandortes Österreich“

Der Wettbewerb der Standorte wird in Zeiten zunehmender internationaler Verflechtung der Volkswirtschaften schärfer. Das birgt Risiken, aber auch Chancen in sich. Die österreichische Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne hat sich darauf einzustellen und zeitgerecht Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den österreichischen Unternehmen ermöglichen, die Herausforderungen anzunehmen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

### I. Eckpfeiler einer liberalen Industriepolitik

#### 1. Industriepolitik statt Verstaatlichten-Politik

Die Industrie ist mit 31 Prozent Anteil am BIP Österreichs größter Wirtschaftssektor. Gleiches gilt für die exportorientierte österreichische Industrie als Devisenbringer. 36,8 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Industrie und im Großgewerbe. Schon diese Zahlen belegen die Wichtigkeit der Erhaltung des Industriestandortes Österreich. Industriepolitische Überlegungen bedürfen daher der Einbeziehung der Steuer-, Wirtschafts-, Forschungs-, Bildungs-, Sozial-, Umwelt-, Regional- und Europapolitik. Vor allem aber bedarf es der gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen für die private und die Staatsindustrie. Der Weg führt zu einem einheitlichen Industriebegriff.

#### 2. Industrieausschuß ins Parlament

Voraussetzung für eine effiziente Industriepolitik ist auf parlamentarischer Ebene die Umorganisation des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe zum Industrieausschuß. Das bringt weitere Blickwinkel, umfassendere Kompetenzen, mehr Transparenz und bessere parlamentarische Kontrolle der Industriepolitik.

#### 3. Langfristig ökonomisch handeln heißt ökologisch handeln

Das heißt, weiterer Ausbau ökologischer Aspekte in der Industriepolitik auf zwei Ebenen:

auf jener der ökologischen Auswirkungen industrieller Produktion

und auf jener der Entscheidung für bestimmte Produktgruppen (Wettbewerbsargument und Öko-Technologie).

#### 4. Wandel der Industrie

Wie jedes Unternehmen, hat sich auch ein Land seiner Stärken zu besinnen, hat diese zu nutzen. Österreichs Arbeitskräftepotential ist gut, aber teuer. Danach hat sich die Wirtschaft und

insbesondere die Industrie zu richten. Es gilt sogar, diese Stärke durch eine Qualifikationsoffensive weiter auszubauen.

#### 5. Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas

Wichtigste Voraussetzung für Investitionen ist die Berechenbarkeit der Politik, die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen, die Rechtssicherheit. Zudem bedarf es einer Redimensionierung des Normenschungels und einer weiteren Straffung von Genehmigungsverfahren, nicht jedoch auf Kosten der Qualität derselben.

#### 6. Förderung von Forschung und Entwicklung

Die Förderung von Forschung und Entwicklung durch direkte Transferzahlungen ist deshalb (noch) notwendig, weil Österreich im Vergleich der OECD-Länder immer noch ein Nachzügler bezüglich seiner F&E-Quote ist. Außerdem bedarf es weiterer Motivation der Industrie zur Teilnahme an europäischen Rahmenprogrammen im Rahmen der EU (Informationspolitik!).

#### 7. Standortpolitik

Es muß umgedacht werden: Weg von der Förderung einzelner Betriebe, hin zur Förderung von Standorten, Regionen. Ebenso wichtig sind Investitionen in Infrastrukturmerkmale des Standortes, wie Verkehrsanbindungen, Telekommunikation et cetera. Das wirkt nicht wettbewerbsverzerrend, ist EU-konform und im Rahmen des europäischen Standortwettbewerbes notwendig und erwünscht.

#### 8. Einbeziehung der Zulieferer

Unumgänglich ist die Einbeziehung der Zulieferer und sonstiger von Industrien abhängiger Unternehmen in industriepolitische Überlegungen. Die Industrie ist ein Konjunkturmotor, das Beziehungsgeflecht mit anderen Wirtschaftszweigen komplex.

#### 9. aktive Mitwirkung an einer gesamteuropäischen Industrieentwicklung

Es gilt ähnliches wie für die Umweltpolitik. Problemlösungen bedürfen eines überregionalen Ansatzes. Auch kann ein kleines Land sich der weltweiten Arbeitsteilung und der Vernetzung der Wirtschaft nicht verschließen.

#### 10. Lösung des Verstaatlichen-Dilemmas im Dreischritt

## Liberales Forum

Zerteilung der verstaatlichen Konzerne in überschaubare, sinnvolle, branchenorientierte, gesundgeschrumpfte kleinere Einheiten, um diese (ver)käuflich zu machen (Abschied von der rot-weiß-roten Mischkonzernidee). Diese Forderung des Liberalen Forums aus dem Herbst 1993 ist mittlerweile endlich erfüllt.

Geordneter Rückzug aus bestimmten Produktionsbereichen und Branchen; was nicht überleben oder umsteigen kann, muß zugesperrt werden.

Zügige Privatisierung der verstaatlichten Industrie (institutionelle Partner, Börse).

### II. Der ökologische Aspekt

Besonders wichtig erscheint aus der Sicht des Liberalen Forums die Harmonisierung von industrieller Entwicklung und Rücksichtnahme auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Daher soll dieser Aspekt hier noch einmal bewußt vertieft werden. Auch die Industrie selbst bekennt sich zusehends zum aktiven und vorsorgenden Umweltschutz. Dazu dienen etwa 110 Milliarden Schilling jährlich an Investitionsvolumen der österreichischen Industrie.

Die Industrie hat sich einer sachlichen Diskussion zu stellen.

Die Industrie hat möglichst geschlossene Kreisläufe anzustreben.

Die Industrie hat nach sinnvollem recyclingfähigem Produktionsdesign zu streben.

Die Energieeffizienz muß gesteigert werden (gerade Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen enthalten noch viel Potential.)

Die Vermeidung von gefährlichen Abfällen ist längst als (volks)wirtschaftlich sinnvoll erkannt worden.

Die Reduktion umweltbelastender Verfahren und Anlagen durch gezielte Forschung und Entwicklung ist ebenso zielführend wie durch notwendige Investitionen.

Voraussetzung für eine günstige industrielle Entwicklung ist überdies die Straffung und Abstimmung der unüberschaubaren Umweltgesetzgebung:

Einbeziehung von Industrieexperten schon bei der Gesetzwerdung,

bessere Investitionsplanung durch langfristige, systematische Umwelt-Rahmenbedingungen für die Industrie,

Berücksichtigung der EU-Richtlinien.

Umweltgerechte Industriepolitik endet nicht an den Grenzen Europas, auch nicht an jenen der Industrienationen, sondern muß auch und vor allem die Dritte Welt einbeziehen.

zu 6.) Investition in die eigene Zukunft durch entsprechende Technologie- und Innovationspolitik (F&E)

Der beschleunigte Strukturwandel der Wirtschaft in den hochentwickelten Industriestaaten in Verbindung mit dem verschärften internationalen Wettbewerb haben dazu geführt, daß ein hoher Standard von Forschung und Technologie für exportorientierte Volkswirtschaften zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor in der internationalen Arbeitsteilung geworden ist. In einem modernen Wirtschaftssystem muß die Forschung die Innovationskraft aufrechterhalten und damit die Wettbewerbsstärke. Der eigentliche Schlüssel zum Erfolg einer ausgewogenen industriellen Entwicklung ist also die Investition in die technologische Entwicklung.

Daher müssen alle politischen Anstrengungen zur Verbesserung der Kapitalkraft der österreichischen Industrieunternehmen durch steuerpolitische Maßnahmen unternommen werden, denn Innovation bedeutet Risiko, und Risikobereitschaft setzt Kapital voraus.

Österreichs Industrieunternehmen bedürfen der Beratung beim Zugriff auf neues Wissen. Die österreichischen außeruniversitären Forschungsinstitute und Technologie-Transferzentren müssen auf diese Aufgabe ausgerichtet werden.

Auch Österreichs Industrieunternehmen können die Ergebnisse aus der Grundlagenforschung nicht immer unmittelbar verwerten. Sie benötigen dazu externe Mittlerfunktionen. Die Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstitute müssen diese Funktion verstärkt wahrnehmen.

Die Politik hat ihre Verantwortung bei der Anbahnung internationaler Kooperationen für Österreichs Industrie wahrzunehmen. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union öffnet neue Chancen für Europa, aber es gilt, die spezifischen Probleme der österreichischen Industrieunternehmen zu berücksichtigen. Die österreichischen Förderungseinrichtungen müssen daher nicht nur restrukturiert werden, sie müssen auch aktiv diese neuen Anbahnungs- und Vermittlerdienste für internationale Projekte aufbauen und anbieten.

Ökonomisch tragbare Wege der Weiterbildung (möglichst innerhalb der Unternehmen) müssen gefunden werden.

Außerordentlich wichtig ist außerdem der Einsatz moderner Kommunikationstechnologien

---

**Liberales Forum**

(über Computernetze) mit den damit verbundenen Zugriffsmöglichkeiten auf Information. Daraus resultieren Vorteile im Wettbewerb. Die österreichische Post soll dabei eine aktive Führungsrolle übernehmen, neigt aber im Gegensatz dazu in vielen Details zur Restriktion. Darüber hinaus müssen Gewinne aus der Telekommunikation für deren infrastrukturelle Verbesserung eingesetzt werden.

Darüber hinaus sind steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die österreichische Technologie- und Innovationsentwicklung nachhaltig unterstützen, das heißt:

Verbesserung der steuerbegünstigten Anerkennung von betrieblichen F&E-Kosten,

echte Steuerbefreiung für Forschungszuschüsse,

höhere Steuerfreistellungen für Erfindervergütungen an Mitarbeiter.

Auch die staatliche F&E-Quote ist unverzüglich auf das Niveau der führenden Industrienationen zu erhöhen.

\*\*\*\*\*

